

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW — 19

»Frauen hört die Signale...«



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösch (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Konstanz), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Lud-ger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Frauen-Kommission: Ruth Fricke, Katharina Gröning, Ilse Günther, Ulrike Neumann und Marti-na Tiltmann

Redaktionssekretariat: Christiane Rix und Andreas B. Westphal

Redaktion: Karin Gauer-Krusewitz, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christia-ne Rix, Dieter Scholz, Andreas B. Westphal.

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 34 29

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45, Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Sekretäre: Dieter Klump und Joachim Pieczkowski

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1983.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend Juni 1983

Die spw erscheint 1982 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhal-tung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskrip-te müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)
Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält — in Teilaufgabe — eine Zahlkarte des spw-Verlags, ein Prospekt des *Argument*-Verlags.

Inhalt

Editorial	131
Verlagsmitteilungen	133

Aktuelle Kommentare

<i>Michael Ernst-Pörksen</i> Frühjahrgutachten: Bitte wenden!	134
<i>Dieter Scholz</i> Tarifauseinandersetzungen 1983 — Niederlage der Arbeiterbewegung	136
<i>Frank Heidenreich</i> Nicaragua und Vietnam	138
Ohne Kommentar	142

Diskussionsschwerpunkt: »Frauen hört die Signale ...«

<i>R. Fricke, K. Gröning, I. Günther, U. Neumann, M. Tiltmann</i> Frauen hört die Signale	143
<i>Erna Zmuda-Schamper</i> Rationalisierung in Handel und Büro: Zur besonderen Betroffenheit von Frauen	152
<i>Karin Roth</i> Zum Reich der Gleichheit und Freiheit	156
<i>Bärbel Klöckner</i> Solidarität tut Not! Ausländische und deutschen Frauen in der Krise	161
<i>Anne Wenzel</i> Zur Persönlichkeitsentwicklung von Frauen	167
<i>Mechtild Jansen</i> Frauenfriedenszeichen in der Politik	172

Interviews

»Kein Sozialismus ohne Feminismus ...« Katharina Gröning interviewt Lydie Schmit, Präsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale	177
Frauenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion Martina Tiltmann interviewt Hertha Däubler Gmelin, Bundestagsabgeordnete ...	180

Analysen

<i>Wolfgang Kowalsky</i> Anmerkungen zum »Französischen Linksexperiment«	182
<i>Albert Statz</i> Möglichkeiten und Grenzen des Konzepts einer atomwaffenfreien Zone Europa	191
<i>Jo Rodejohann</i> Rüstungsabhängige Arbeitsplätze. Arbeit für wenige — Arbeitslosigkeit für viele	201
<i>Detlev Albers</i> Unsere Aufgaben nach dem 6. März	209
<i>Günter Beling und Olaf Scholz</i> Nach dem Scheitern des »Godesberger Weges« Thesen zur Perspektive von marxistischen Sozialdemokraten aus der Opposition	213
<i>Michael Häupl und Peter Pelinka</i> Das Ende einer Ära. Österreich nach den Nationalratswahlen vom 25. April	219

Archiv

<i>Otto Bauer</i> : Schaffen die Kriegsschiffe Arbeitsgelegenheit?	223
--	-----

Berichte

<i>Gabriele Lüker</i> : »Frauenalltag und Frauenbewegung in Frankfurt 1890-1980	225
<i>Otto Thoenßen</i> : Marxens Reflexionsniveau oder Krise des Marxismus als Krise der Wissenschaft. Über den Marx-Kongreß der FES vom 3.-4.2.83	226
Christoph Butterwege: Die Demokratischen Sozialisten — wie weiter?	229
<i>Olaf Scholz</i> : Bundeskongreß der Jungsozialisten am 26./27.3.83	233
Leserbrief	235

Besprechungen

<i>Ulrich Schreiber</i> : Die politische Theorie Antonio Gramscis (<i>A.G. Frei</i>)	237
<i>Franz Kaminski u.a.</i> : Antonio Gramsci — Philosophie und Praxis (<i>R. Staudhammer</i>)	238
<i>Carla Ravaoli</i> : Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung. (<i>K. Gröning</i>)	240
<i>Kurt Klotzbach</i> : Der Weg zur Staatspartei (<i>K. Helf</i>)	242
<i>Joachim Streisand</i> : Kulturgeschichte der DDR (<i>H. Glaser</i>)	243
<i>Wolfgang Emmerich</i> : Kleine Literaturgeschichte der DDR (<i>P. Baab</i>)	244
<i>Rainer Barzel</i> : Unterwegs, Woher und wohin? (<i>H.-D. Bamberg</i>)	245
<i>Gerhard Huck</i> (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit (<i>H. Glaser</i>)	248
<i>Daniel Bell</i> : Die Zukunft der westlichen Welt (<i>R. Hillgärtner</i>)	250
Über die Autoren	253

Editorial

Unter dem Titel »Kampfaufgabe Emanzipation« erschien vor zwei Jahren das erste *spw*-Heft mit dem Schwerpunkt Frauenpolitik. Seitdem hat die Frauenkommission der *spw* kontinuierlich weitergearbeitet in dem Bemühen, eine frauenpolitische Diskussion innerhalb der linken Sozialdemokratie zu etablieren und in eine regelmäßige Veröffentlichungsstrategie bei *spw* münden zu lassen.

Daß es zwei Jahre gedauert hat, bis wieder einmal ein Frauenschwerpunkt für ein *spw*-Heft realisiert wurde, liegt sicher nicht an dieser Kommission. Immer noch werden die frauenpolitischen Gesichtspunkte bei politischen und ökonomischen Fragen meistens außer Acht gelassen, wird die besondere Betroffenheit von Frauen zwar konstatiert, nicht jedoch analysiert, um daraus für die praktische politische Arbeit Konsequenzen zu ziehen.

Über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit wird allerorten viel geschrieben, gedacht und gesagt. Auch hier entwickelt sich aber konzeptionell wenig in Richtung der frauenspezifischen Aspekte dieses Problems. Die Frage der geschlechtsspezifischen Arbeitslosigkeit und ihrer gesellschaftlichen und individuellen Konsequenzen bleibt meist der Diskussion unter Frauen vorbehalten. Dabei betrifft die soziale Isolierung, die berufliche Dequalifikation von Frauen und die Rückkehr zur alten Rollenverteilung Männer mindestens genauso wie Frauen. Ihre alleinige Verantwortung für die ökonomische Sicherung der Familie, ihre Reduzierung auf die Funktion des Verdienenden, des Versorgenden innerhalb der Familie reduziert ihre Möglichkeiten, sich zu entfalten, zu leben, Verantwortung zu teilen, sich an Kindererziehung zu beteiligen, sich politisch und gewerkschaftlich zu engagieren.

Die Individualisierung der ökonomischen Probleme betrifft eben nicht nur die Frau, die wieder reduziert wird auf ihre biologische Funktion als Gebärende, als Mutter, die zur Versorgung der Familie besser »begabt« ist als der Mann. Die Individualisierung der Krise betrifft auch den Mann, der es sich nicht leisten kann, schwach zu sein, krank zu werden, den Arbeitsplatz zu verlieren, zu versagen. Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, die beide nur unvollständig als Menschen, als gesellschaftliche Wesen zuläßt, betrifft alle, sollte uns alle betroffen machen.

Unmittelbar spürbar und offensichtlich jedoch ist die neue familienpolitische Offensive der Konservativen im Zuge der allgemeinen Krise zunächst vor allem für Frauen. Solange Äußerungen wie »in Deutschland leben viele schöne und attraktive Frauen — auch das gehört zum natürlichen Reichtum unseres Volkes« (Bundeskanzler Kohl) fallen können, ohne daß ein Aufschrei der Empörung durch eben dieses Volk geht, solange wird es notwendig sein, die besondere Form von Diskriminierung der Frauen, ihre Verleugnung als gesellschaftliche Wesen und ihre Funktionalisierung für die Männer sowie als industrielle Reservearmee zu thematisieren.

Dies geschieht im vorliegenden Heft weder an- noch beklagend. Vielmehr soll die besondere Verschlechterung der gesellschaftlichen Stellung der Frauen in der Bundesrepublik untersucht werden — und zwar in ihren vielen verschiedenen Auswirkungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen. Die massive Betroffenheit von Frauen von der Arbeitslosigkeit und den Sparmaßnahmen liegt ja nicht an ihrer geringeren »Begabung« für Berufe, sondern an der nach wie vor bestehenden Arbeitsteilung, deren Auswirkungen sich durch enger werdende ökonomische Spielräume in Verbindung mit der allgemeinen und — auf der Regierungsebene — speziellen Rechtsentwicklung in der Krise verschärfen und bereits gewonnene Fortschritt gefährden.

Frauen werden zurück an den Herd geschickt. Die 3-K-Frau (Küche, Kinder, Kirche) wird wieder propagiert und konkret durch haushaltspolitische, gesetzgeberische und bildungspolitische Maßnahmen gefördert. Damit werden die Entscheidungsspielräume von Frauen auf der privaten und gesellschaftlichen Ebene eingeschränkt. Selbst wenn sie wollten, könnten sie nur unter Schwierigkeiten Alternativen zur 3-K-Existenz finden und durchsetzen. Traditionelle Geschlechter- und Herrschaftsverhältnisse werden so restauriert und quasi naturwüchsig im Zusammenleben neu etabliert, als gäbe es keine Alternativen.

Der Grundsatzartikel, mit dem der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes eingeleitet wird, thematisiert die wichtigsten Ebenen, auf denen sich die frauenspezifischen Aspekte der gegenwärtigen Krise zuspitzen lassen. Es ist der Versuch, zu informieren und analytische Kategorien für die konkrete politische Arbeit zu entwickeln und zur Diskussion zu stellen, damit ein Problembewußtsein entsteht oder sich verfestigt und fundiert, das dazu beitragen soll, sowohl in der kleinsten gesellschaftlichen Einheit, der Zweierbeziehung und der Familie, als auch in politischen Organisationen und am Arbeitsplatz für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen einzutreten und traditionelle Herrschaftsverhältnisse zu bekämpfen.

Auf den Grundsatzartikel der Frauenkommission der *spw* folgen Einzelanalysen zu den angesprochenen Aspekten sowie zu weiteren Problemfeldern, die ebenfalls für die Analyse frauenspezifischer Diskriminierungen in der Krise von Bedeutung sind. Dazu gehört thematisch auch der Aufsatz über die Frauenfriedensbewegung, die von der Friedensbewegung leider bisher viel zu wenig beachtet wird. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern existiert in der Bundesrepublik kaum ein Bewußtsein darüber, daß es eine aktive und kreative Frauenfriedensbewegung gibt, was sie tut und welches politische Potential in ihr steckt. Der vorliegende Artikel soll hier ein erster Schritt sein, die Frauenfriedensbewegung ins Rampenlicht der Diskussion über Friedensbewegung und Friedenspolitik zu bringen und ihr mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, als es gemeinhin bisher für nötig befunden wurde.

Der vorliegende Schwerpunkt bietet keine fertigen Lösungen an. Auch werden nicht alle denkbaren Aspekte im Zusammenhang mit Frau und Krise behandelt. Dennoch sollen die Beiträge zur Diskussion anregen, neue Probleme entdecken helfen und so vielleicht Lösungen näherkommen. Die Leser/innen sind jedenfalls aufgefordert, sich an der Diskussion in *spw* zu beteiligen. Die Leserbriefrubrik steht zur Verfügung. Christiane Rix

Verlagsmitteilungen

Über die (Zahlungs-)Moral der *spw*-Abonnenten

Schlimm genug ist es ja, daß Anfang März, also drei Monate, nachdem die Abrechnungen für 1983 verschickt wurden, immer noch ungefähr 400 Rechnungen im Wert von DM 15 000 ausstehen. Es dürfte klar sein, daß ein Kleinverlag wie *spw* mit einer solchen Summe steht und fällt.

Zudem fallen bei der Eintreibung dieser 15 000 DM weitere Kosten an. Hier ein Beispiel des ersten Mahngangs, wie er am 3. März dieses Jahres durchgeführt wurde:

Portokosten	DM 300,—
Vordrucke Mahnungen	DM 50,—
Umschläge 400 Stück	DM 15,—
Arbeitskosten	DM 240,— (24 Stunden zu DM 10,—)
insgesamt	DM 605,—

Zu diesen DM 605 kommen noch die Kosten für den 2. und 3. Mahngang, so daß die Schlamperie von etlichen Abonnenten den Verlag zusätzlich 1 500 DM kostet. Hierbei ist die vergeudete Arbeitszeit noch unerhört niedrig bewertet!

Damit wenigstens nicht alle Abonnenten und Käufer von *spw* die schlechte Zahlungsmoral einiger zu tragen haben, versuchen wir, diese Kosten nicht auf die Preise aufzuschlagen, sondern über Mahngebühren einzutreiben. Nur: die Idee ist zwar ganz gut, aber — die Leute bezahlen die Mahngebühren einfach nicht! Was bedeutet das? Sollen wir wiederum 3 Mahngänge wegen der Mahngebühren anstrengen, um dabei wiederum Mahngebühren zu verlangen, die dann wieder nicht bezahlt werden usw.? Oder sollen wir die Preise erhöhen, so daß alle mehr zahlen oder gar nicht mehr zahlen können, weil sie selbst in finanziellen Schwierigkeiten stecken?

Die einfachste Lösung wäre: pünktlich bezahlen! *spw* kostet was, und wir können mit unseren Rechnungen nicht so verfahren, wie manche von Euch mit unseren! Notfälle werden berücksichtigt.

Die Sekretäre und die Redaktion

Hundert Bezieher

etwa

zahlen ihre Beiträge für die SPW nur, wenn sie wiederholt gemahnt werden. Das macht uns viel unnütze Mühe und kostet viel Zeit und Geld. Wir bitten dringend alle Zahlungsrückstände noch im alten Jahr, möglichst postwendend, an uns einzusenden. Wir sind gezwungen diejenigen Abonnenten aus unseren Listen zu streichen, die unserer heutigen Aufforderung nicht nachkommen

Aktuelle Kommentare

Michael Ernst-Pörksen

Frühjahrgutachten: Bitte wenden!

Immer im Frühjahr, wo die Menschen lustvoll und froh dem Sommer entgegensehen und vom Herbst nichts wissen wollen, legen fünf Institute für Wirtschaftsforschung (DIW/Berlin, HWWA/Hamburg, Ifo/München, IfW/Kiel und RWI/Essen) ein Gutachten zur »Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft« vor, das seinem Veröffentlichungszeitpunkt nach »Frühjahrgutachten« heißt und naturgemäß optimistisch ist. Im Herbst — dies ist dann die Zeit für ein »Herbstgutachten« der genannten Institute — werden die optimistischen Annahmen und Prognosen des Frühjahrs häufig revidiert, vielleicht weniger wegen des dann bevorstehenden Winters, sondern eher wegen der dann ins Haus stehenden alljährlichen Lohnrunde: Optimismus und Aufschwungerede kann da nur schaden.

Auch das diesjährige Frühjahrgutachten ist in diese Dramaturgie eingepaßt. Dennoch kommt ihm diesmal besondere Bedeutung zu, weil es drei Tage vor der Regierungserklärung eines Kanzlers vorgelegt wurde, der den Aufschwung versprochen und die Wende in Richtung Sozialabbau und Gewinnstütze geschworen hat — »zum Wohle des deutschen Volkes«. Das Gemeinschaftsgutachten der fünf Institute kam aber nicht nur zum richtigen Zeitpunkt, sondern es paßt auch inhaltlich wie die Faust aufs ohnehin blaue Auge: »Die fast drei Jahre dauernde Rezession«, so heißt es da, »ist in den letzten Monaten ... zu Ende gegangen.« Aber: »Werden die wirtschaftspolitischen Weichen nicht entschiedener als bisher gestellt, wird man befürchten müssen, daß die wirtschaftliche Erholung schon im nächsten Jahr wieder ins Stocken gerät.«

Die Bestätigung der Bonner Kohlpolitik hätte nicht deutlicher ausfallen können. Dabei sind die Prognosen der Gutachter mehr als zweifelhaft und ihre Forderungen an die Wirtschaftspolitik mit Sicherheit einer der vielen Schritte in die falsche Richtung. Die Bestandsaufnahme zeigt zunächst,

- daß 1982 das *Welthandelsvolumen* um nahezu 2% abgenommen hat;
- daß der Zuwachs der *Staatsausgaben* 1982 3,5% betrug und damit weit hinter der Inflationsrate von ca. 5% zurückblieb, real also gesunken ist;
- daß der *Export* nach einer Steigerung von 9% im ersten Halbjahr 1982 im zweiten um 1,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken ist und im ersten Halbjahr 1983 ebenfalls um 1,5% niedriger liegt als im ersten Halbjahr 1982;
- daß die *Investitionsnachfrage* der Unternehmen nach wie vor stagniert und es »zweifelhaft« ist, »ob die Verbesserung [der Investitionsneigung; d. Verf.] groß genug ist, die Investitionstätigkeit zum Motor einer sich selbst verstärkenden konjunkturellen Expansion werden zu lassen«;
- daß die *Nettorealeinkommen* weiter gesunken sind und daher der reale Verbrauch durch die Entnahme von Ersparnissen zum Jahresende zwar etwas ansteigen konnte, im Durchschnitt des Jahres 1982 gegenüber dem Vorjahr allerdings um 2,3% gesunken ist;
- daß die *Arbeitslosigkeit* unvermindert ansteigt, die Zahl der Arbeitslosen Ende März saisonbereinigt bei 2,2 Millionen lag, 600 000 Menschen — also ungefähr ganz Frankfurt — mehr als vor einem Jahr.

So sieht also das Ende einer Rezession bzw. der Anfang eines Aufschwungs aus: reduzierter Welthandel, sinkende Staatsausgaben, stagnierender Export, stagnierende Investitionsnachfrage, stagnierender privater Verbrauch und ein rapider Anstieg der Arbeitslosigkeit! Ebenso berauschend sieht der prognostizierte Aufschwung selbst aus, vor dem die westdeutsche Wirtschaft und die in ihr sich abwirtschaftenden Menschen offenbar stehen: Nach oben werden sich nur zwei Größen bewegen, die Investitionen (ein wenig) und die Arbeitslosenzahlen (ein wenig mehr)! Die 1,2 Millionen Kurzarbeiter, die zu Jahresbeginn gezählt wurden, und die gegenwärtig erheblich unterausgelasteten Produktionskapazitäten stellen nämlich für den erwarteten »Aufschwung« eine hinreichend große Reserve dar, so daß auch für 1983 und bis in das nächste Jahr hinein keinesfalls mit einem Aufleben der Erweiterungsinvestitionen zu rechnen ist. Diese allein könnten aber Arbeitslosigkeit abbauen. Stattdessen werden sich die Rationalisierungsinvestitionen ausweiten, die bekanntlich mehr Arbeitslose zur Folge haben und nicht weniger.

Trotz alledem halten die genannten Institute an der Vorstellung fest, es seien die Investitionen, auf die zu setzen ist. Eine stärkere Aufwärtsentwicklung sei nur möglich, »wenn die Investitionen anspringen«. Und weil die Kette Gewinne — Investitionen — Arbeitsplätze zwar erwiesenermaßen falsch, aber dennoch sehr schön ist, ist es für die Gutachter keine Frage, wann »die Investitionen anspringen«: wenn die Gewinne stimmen. Hierzu ist nach Meinung der Institute ein weiterer Sozialabbau und eine weitere Steuerentlastung der Unternehmen erforderlich. Im einzelnen wird u.a. gefordert:

- Sozialleistungen weiter einzuschränken und umzubauen (»Nettoanpassung oder Besteuerung der Rente, Abbau von Überversorgung im öffentlichen Dienst, Ausbau der Selbstbeteiligung in der Sozialversicherung«);
- die staatlichen Ausgaben zugunsten jener Investitionen umzustrukturieren, »die die Rentabilität privater Investitionen erhöhen«;
- Gewerbe- und Vermögensteuer abzubauen;
- von kostspieligen Sozialplänen Abstand zu nehmen und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen »in Fällen akuter Gefährdung von Arbeitsplätzen« aufzuheben;
- Lohn- und Lohnnebenkosten weiter zu reduzieren (»Bei niedrigeren Arbeitskosten bestehen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten«), und zwar für mehrere Jahre;
- die Arbeitszeit allenfalls auf individueller Basis und bei entsprechendem Lohnverzicht zu verkürzen.

Alle hier genannten Vorschläge werden die bereits bedrohlich ansteigende Massenarmut erhöhen und zusätzliche Arbeitslosigkeit hervorrufen, weil sie staatliche wie private Nachfrage weiter senken, staatliche Sozialleistungen und Lohn Einkommen kürzen und die dringend erforderliche Arbeitszeitverkürzung blockieren. Das DIW hat zum Teil aus diesen Erwägungen heraus ein Minderheitsvotum formuliert und fordert vor allem eine Abkehr von der staatlichen Sparpolitik und eine Lohnpolitik, die der Rolle der Löhne als Nachfragefaktor stärker gerecht wird.

Entscheidend ist jedoch, daß im gesamten Frühjahrsgutachten der Anschein erweckt wird, es gäb auf der Linie neuerlichen Wirtschaftswachstums überhaupt eine Lösung der gegenwärtig anstehenden Probleme. Strittig ist dabei allenfalls der Weg zu neuem Wachstum. Dagegen muß deutlich vor Augen geführt werden, daß wirtschaftliches Wachstum gegenwärtig keine Möglichkeit bietet, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden: 4% reales Wachstum wären in den nächsten Jahren erforderlich, um die Arbeitslosigkeit auf dem Stand von heute zu halten, mindestens 6%, um sie in absehbarer Zeit abzubauen. Abgesehen davon, daß ein solches Wirtschaftswachstum illusionär ist, wäre die damit vorgegebe-

ne Verdopplung der Warenmenge in 10 Jahren sozialer, ökologischer und mit Blick auf die weltwirtschaftliche Situation auch ökonomischer Irrsinn.

Über den Streit um den Weg zu neuerlichem Wirtschaftswachstum darf deshalb nicht übersehen werden, daß der Wachstumsweg keinen Ausweg darstellt, sondern zusätzliche Gefahr. Dies macht den Kampf gegen Sozialabbau und Realohnsenkung nicht weniger notwendig, verweist aber auf das dringende Erfordernis, radikale Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen und ebenso radikal die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung umzustellen. Ökologisierung, Vergesellschaftung, Selbstverwaltung, dezentrale/zentrale Planung und demokratische Kontrolle ist die unvollständige Liste längst genannter Stichworte, die einen Weg aus der Krise weisen können, der entschieden weniger utopisch ist als das Hoffen auf die Wachstumsjahre.

Dieter Scholz

Tarifaueinandersetzung 1983 — Niederlage der Arbeiterbewegung

Es ist nicht zu leugnen: Die Tarifaueinandersetzungen und ihre bisher vorliegenden Ergebnisse sind für die Gewerkschaften eine weitere Niederlage in den jüngsten Klassenkämpfen der Bundesrepublik. Lohnsteigerungen knapp über 3% sind eine weiterer Reallohnabbau. Mehr noch: sie bedeuten faktisch die von Blüm geforderte Lohnpause. Der von den Herren Esser & Co. behauptete Inflationsausgleich der Tarifabschlüsse gehört in das Reich der Demagogie. Insbesondere in ökonomischen Krisenzeiten unterliegen Arbeitnehmerhaushalte viel höheren Kostensteigerungen, als in der statistischen Inflationsrate zum Ausdruck kommt — von Einkommensverlusten durch Arbeitslosigkeit einmal ganz abgesehen. Zusätzlich wäre 1983 von Seiten der abhängig Beschäftigten eine »angebotsorientierte Wirtschaftspolitik« in Form von Beitragserhöhungen zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Mehrwertsteueranhebung, steigenden Mieten durch das neue Mietrecht, bisheriger Abbau sozialer Besitzstände usw. in Rechnung zu stellen. Kurz: Die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von »unten nach oben« wird auch 1983 — mit dem frischen Wind des 6. März im Rücken — von den Konservativen fortgesetzt.

Trotz Branchenkrisen und Firmenzusammenbrüchen wären gesamtwirtschaftlich die finanziellen Voraussetzungen für eine Richtungsänderung im Umverteilungskampf durchaus gegeben. Hohe Rückstellungen in den Bilanzen vieler Großkonzerne und Rekordgewinne der mit ihnen verflochtenen Banken, die 1982 das beste Geschäft »seit der französischen Revolution« (Handelsblatt v. 5.4.83) gemacht haben, verweisen darauf. Offensichtlich läßt sich an der Krise vieler Unternehmen sowie in- und ausländischer Staatshaushalte gut verdienen.

Die »ungerechte Verteilungssituation« zwischen Kapital und Arbeit, die durch die diesjährigen Tarifabschlüsse zusätzlich unterstrichen wird, zeigt die Defensive, in die die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik gedrängt ist. Dieser Verteilungsaspekt reicht aber zur Beurteilung gewerkschaftlicher Tarifpolitik nicht aus. Zu fragen ist nach den politischen Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifauseinandersetzung standen und stehen. Diese Bedingungen waren erdenklich schlecht. Auch die über 700000 Kolleginnen und Kollegen, die sich an den Warnstreiks der IG Metall beteiligten, ändern wenig an der Tatsache, daß auf Seiten der abhängig Beschäftigten Angst, politische Verunsicherung und Entsolidarisierungsprozesse als Reaktion auf die Krise vorherrschen, die bis in die und zwischen die Gewerkschaften reichen. Natürlich muß gefragt werden, aufgrund welcher Politik der Arbeiterbewegung diese verhängnisvolle Situation entstehen konnte; an der Situation selbst ändert dies nichts, die mit allen erdenklichen ökonomischen und politischen Druckmitteln von Unternehmen und Bundesregierung verschärft wird.

Kurzfristige Aktionen und verbale Kraftmeierei ändern an den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nichts. Streiks unter den Bedingungen voller Warenlager und nicht ausgelasteter Produktionskapazitäten erfordern eine weitaus größere Kampfkraft als zu Zeiten von Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur. Zusätzlich ist die gegenwärtige ideologische Vorherrschaft der Konservativen zu berücksichtigen. Allein unter diesen Aspekten ist die Entscheidung der IG Metall richtig, einem Arbeitskampf in diesem Jahr auszuweichen und die Kampfkraft der Gewerkschaften auf den 1984 auslaufenden Manteltarifvertrag und damit die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche zu konzentrieren. Die Konzentration auf die 35-Stunden-Woche ist auch daher geboten, da dieser Konflikt unter der herrschenden Massenarbeitslosigkeit nicht mehr nur ein Tarifkonflikt im engeren Sinn sein wird, sondern allgemein das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit beeinflusst. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist daher nicht nur eine Sache der IG Metall. Er ist der Ansatzpunkt, um sich aus der gegenwärtigen Defensive ein Stück zu befreien und erfordert daher die Solidarität der gesamten Arbeiterbewegung. Um so unverständlicher ist der Tarifabschluß der IG Chemie, die die 40-Stunden-Woche für ihren Organisationsbereich auf weitere fünf Jahre festgeschrieben hat. Unsolidarisches Handeln dieser Art ist für Niederlagen der Arbeiterbewegung mitverantwortlich.

Für Sozialdemokraten sollte dieser Tarifabschluß der IG Chemie keine Orientierung sein. Neben der gewerkschaftlichen Solidarität für den Kampf der Metaller wäre es ihre Aufgabe, insbesondere im Vorfeld der kommenden Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie eine »Gegenöffentlichkeit« herzustellen, die der gewerkschaftlichen Politik im Bereich der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung bessere Ausgangsbedingungen verschafft. Vielleicht wäre die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche auch für die Wiedergewinnung der alten sozialdemokratischen Erkenntnis geeignet, daß sich erfolgreiche Politik außerhalb von Parteilokalen und Parlamentssälen erweisen muß.

Mit der Stationierungsfrage ist die Auseinandersetzung um die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung das zentrale Thema der nächsten Monate, an denen über die weitere Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik entschieden wird. Solidarität mit den Metallern ist das Gebot der Stunde. Tut was, Genossen!

Frank Heidenreich

Nicaragua und Vietnam

Das »Böse« hat für den durchschnittlichen Amerikaner oft den Anstrich der hygienisch interpretierten Undurchsichtigkeit. (...) So erinnert die amerikanische Kriegführung in Vietnam denn auch in manchen Zügen an eine hygienische Kampagne, an eine Sprayaktion mit Insekten- und Unkrautvertilgungsmitteln zu dem Zwecke, durch Ausmerzungen möglichst vieler »kommunistischer Schädlinge« im Land wieder »saubere«, »klare« und »übersichtliche« Verhältnisse herzustellen.« (Georg W. Alsheimer, Die Amerikaner in Vietnam, in: Das Argument 36/1966, 27f.)

Interventionen der USA auf dem amerikanischen Kontinent, motiviert durch das Interesse an ökonomischer Ausbeutung und seit 1945 zusätzlich bestimmt durch den Systemgegensatz, haben eine lange Geschichte; Guatemala 1954, »Schweinebucht« 1961, Chile 1973 — das waren jüngere, vielleicht die markantesten Stationen dieser Politik. Die Militärhilfe für das oligarchische Regime in El Salvador (1983 in Höhe von 90 Mill. US-Dollar) und die Ausbildungslager des CIA in Honduras heute erscheinen insofern nur als ihre Fortsetzung. Allerdings haben sich in Mittelamerika inzwischen die Voraussetzungen für die Durchsetzung der Vormachtstellung der USA geändert, die Stützpunkte des Widerstands gegen Neokolonialismus und Imperialismus sind seit den Erfolgen der sozialistisch orientierten Befreiungsbewegungen in Nicaragua und Grenada gestärkt. Die gewandelten Kräfteverhältnisse lassen daher von einer US-Regierung, die das Recht der anderen Nationen des Kontinents auf Unabhängigkeit und eigene Entwicklung einem Kreuzzug gegen den Sozialismus unterordnet, neue Formen der Gewalt befürchten. Die Angst verlebendigt eine Erinnerung: Vietnam.

Die Vietnamkriegserfahrung scheint uns spontan ein schlagendes Argument gegen die Logik imperialistischer Eskalation überhaupt. Muß es nicht jeder/jedem einleuchten, daß die amerikanische Intervention von Anfang an auf den versuchten Genozid und nicht auf »freedom and democracy« hinauslief? Sind 50000 gefallene US-Soldaten keine hinreichende Lehre gegen derartige militärische Engagements? — Daß der Verweis auf Vietnam allein noch nicht für die Gegner der Reaganschen Mittelamerika-Politik arbeitet, muß die amerikanische Friedensbewegung gegenwärtig lernen. Das Vietnam-Syndrom und die kollektive Verdrängung, Schuldgefühle und Befangenheit sollen jetzt von rechts her durch »Erinnerungsarbeit« geknackt werden. Unter dem Titel »Auf der Suche nach der Wahrheit über Vietnam« (FAZ vom 14.3.1983, 10) informierte der Militärexperte und Bundesverdienstkreuzträger Adalbert Weinstein die Leser der »Frankfurter Allgemeinen« (FAZ) über den neuen Realismus US-amerikanischer Vergangenheitsbewältigung. »Die Zeit hat inzwischen einen Wandel erzwungen. Amerika beschäftigt sich wieder mit Vietnam.« Von der Analyse der verdrängten Wirklichkeit ist die Rede, und wir lesen weiter, daß »... eine junge Generation von Professoren und Redakteuren heranwächst, die ohne Emotionen, wissenschaftlich forschend täglich mehr Licht in das Dunkel der vietnamesischen Vergangenheit bringt.«

Wissenschaftliche Erforschung der Wirklichkeit, Erkenntnis der Geschichte ohne Vorurteile (Emotionen) — wer wäre nicht dafür? Mit spürbarer Sympathie liefert Weinstein

einige Beispiele für diese neue »Suche nach der Wahrheit«; sie offenbaren zugleich ein bemerkenswertes Wissenschaftsverständnis:

»Auf der Universität von Iowa werden jetzt Kurse über die Geschichte des Vietnam-Krieges abgehalten. Und die *New York Times* hat in ihrem Sonntagsmagazin eine Studie über Vietnam veröffentlicht. Sie beschäftigt sich ausschließlich mit Fragen, wie dieser Krieg verlorengehen konnte.« (Hervorhebung d. Verf.)

Nicht das verallgemeinerbare Interesse an Frieden und Selbstbestimmung leitet diese »Wissenschaft«, sondern die lockere Frage »how is victory possible?« *Fox Butterfield*, dem Autor der erwähnten Studie und Londoner Bürochef des ehrenwerten Blattes, geht es ganz undramatisch darum, wie die USA anders hätten handeln müssen, um in Vietnam seinerzeit zu siegen. Das von Weinstein in sechs Punkten wiedergegebene alternative Szenario für den Vietnam-Krieg ist im Kern eine Kritik an der zu laschen und bremsenden Politik der Präsidenten Kennedy, Johnson und Nixon. Butterfield vermißt die »strategische Konzeption«, die sich den Sieg zum Ziel gesetzt hätte. »Die Initiative habe man Hanoi gelassen. Amerika habe einen 'billigen' Krieg gegen ein Nordvietnam geführt, das einen totalen Krieg führte.«

Welcher Mittel hätte sich ein »totaler Krieg« der USA in Vietnam bedienen sollen? Der Kontext dieses zynischen, wahnvollen Denkens legt den Atomwaffeneinsatz nahe. Er soll wohl künftig auch im Falle von Konflikten mit Ländern der Dritten Welt nicht länger »undenkbar« bleiben, wenn anders amerikanische Weltmachtinteressen nicht zu sichern sind. Gleichwohl lautet die militärische Alternative für Südostasien, von der hier im Nachhinein ausdrücklich die Rede ist, so:

»Die militärischen Führer im Pentagon hätten gewußt, daß ohne die Befriedung von Laos und Kambodscha und ohne eine direkte Einwirkung — das heißt einen Einmarsch — der amerikanischen Streitkräfte in Nordvietnam der Krieg im Süden nicht gewonnen werden konnte.«

Es bedarf keiner überdurchschnittlichen Phantasie, um den Sinn dieser Diskussion fast 10 Jahre nach der Befreiung Vietnams nicht im bloß wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn (»wie es in Vietnam wirklich war«) zu erblicken. Die seit der Demonstration von 30000 Vietnamkriegsveteranen vom November 1982 verstärkt in Gang gekommene Diskussion liest sich wie eine dringende Ermahnung für die künftige Mittelamerika-Politik der USA. Nur in diesem Bezug hat sie eine praktische Bedeutung außerhalb der Hörsäle von Iowa und Princeton. Eskalieren die Konflikte, »schüren« Nicaragua und Kuba das revolutionäre Feuer in weiteren Ländern Zentralamerikas, dann muß die US-Regierung zu größerem Einsatz bereit sein als seinerzeit in Vietnam: Im karibischen Raum hieße das die Invasion auf Kuba und die Besetzung Nicaraguas.

Der amerikanische Präsident wird sich durch derlei »Studien« und veröffentlichte Meinungen in seiner Haltung bestärkt sehen. Dennoch wäre es falsch und fatalistisch anzunehmen, eine Intervention amerikanischer Bodentruppen stünde in nächster Zeit bevor. Dazu sind die Widerstände zu groß — in verschiedener Hinsicht. Die relative militärische Stärke der Streitkräfte Nicaraguas und Kubas sowie der Guerilla und ihr politischer Rückhalt im Volk bilden ernstzunehmende Gegengewichte. Die US-Regierung muß — gegen ihren Willen — Rücksichten nehmen auf die Friedensbewegung im eigenen Land, die katholische Kirche und die wachsende Opposition im Kongreß. Und sie kann sich nicht bei allen ihren Schritten der Unterstützung bestimmter westeuropäischer Regierungen und der blockfreien Staaten sicher sein, mit denen zusammen sie die sowjetische Invasion in Afghanistan als eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker verurteilte. Da also die militärischen Handlungsmöglichkeiten begrenzt sind, worin besteht auf absehbare Zeit

das strategische Kalkül der US-Administration in Zentralamerika? — Die Lagebeurteilung geht von der Allgegenwart des »Ost-West-Gegensatzes« auch in Mittelamerika aus. Durch die Aussicht auf eine ganze Reihe national unabhängiger und sozialistischer Regierungen in dieser Region sieht die US-Regierung die »politischen, wirtschaftlichen und strategischen Lebensinteressen Amerikas« bedroht. Die ökonomische Abhängigkeit Mittelamerikas von den USA, die neokolonialen terms of trade stehen auf dem Spiel, wenn man bedenkt, daß der US-Anteil an den Importen Nicaraguas seit der Revolution um mehr als die Hälfte auf gegenwärtig ca. 25% gefallen ist. Knapp zwei Drittel des amerikanischen Außenhandels und der Öleinfuhren passieren den Panama-Kanal, über den im Falle einer Krise in Europa zudem 50% des amerikanischen Nachschubs für die NATO verschifft würden (vgl. FAZ vom 29.4.1983, 1). Reagan und das Pentagon halten auch die scheinbar »ruhigen« Länder der karibischen Region für sozialismus-gefährdet. Die These von der »vierten Front am Rio Grande« (sic!) dient nicht nur dem Zweck, die westeuropäischen Verbündeten auf die Linie der USA in der Mittelamerika-Politik zu ziehen. Bemerkenswert ist, daß die USA jetzt deutlich erklären, daß Mexiko das Land ist, dem mehr und mehr ihre Hauptsorge gilt.

»Der Präsident [der USA, d. Verf.] ist überzeugt, daß sich in Mittelamerika das gleiche Phänomen entwickle wie einst in Südostasien — der 'Domino-Effekt' —, wobei diesmal die Vereinigten Staaten und Mexiko direkt bedroht seien.« (FAZ vom 22.4.1983, 6)

In der Tat: Mexiko ist durch die vielleicht tiefsten Klassengegensätze der Region gespalten, eine Revolution in diesem Land, die eine vorsichtig antiimperialistische Politik nach außen durch sozialistische Veränderung im Innern abstützt, würde das System des Imperialismus in ganz Mittelamerika zum Einsturz bringen. — Solange im Fall Nicaraguas unmittelbare militärische Eingriffe unmöglich bleiben, werden die USA sich auf eine Strategie der politischen und wirtschaftlichen *Destabilisierung* verlegen. Grundlage dieser Politik ist die Einrichtung von Stützpunkten für die antisandinistische »Befreiungsbewegung« *Fuerza Democratica Nicaraguense* (FDN) — der im wesentlichen ehemalige Somoza-Söldner angehören — und ihre Ausbildung in Honduras. Die Aufrechterhaltung einer militärischen Bedrohung der sandinistischen Revolution zwingt Nicaragua hohe Verteidigungsanstrengungen auf, die zu Lasten des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes gehen.

Fall 1

Die schlechte Wirtschaftslage — nach Angaben von Reuter sank das Bruttosozialprodukt 1982 um 4,7% bei ca. 20% Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit — schafft wachsende Unzufriedenheit bei den Massen. Bürgertum und katholisches Episkopat betätigen sich erfolgreich als Organisatoren dieser Kritik, entwickeln sie zu einer massenrelevanten Opposition und stürzen die sandinistische Regierung.

Fall 2

Miliz und Armee Nicaraguas versuchen, der antisandinistischen Kamarilla die Operationsbasis zu nehmen und greifen die Stützpunkte der Somozisten in Honduras an. Die USA werten diese »Aggression« als Bestätigung ihrer These von der kommunistischen Bedrohung der Karibik und benutzen sie als Vorwand für weitere militärische Eskalation. (Denkbar wäre die Verstärkung der »Militärberater« und der CIA-»Ausbilder« in Honduras bis auf Kampfgruppengröße; US-Truppen des Panama-Kanal-Kommandos kämen in Costa Rica zum Einsatz, dessen »sozialdemokratischer« Präsident Monge bereits vorbildliche Bündnistreue gezeigt hat.)

Flankiert wird diese Strategie der innenpolitischen Destabilisierung durch Initiativen zur internationalen Isolierung Nicaraguas. Hauptziel der amerikanischen Regierung ist, die westeuropäischen Länder zu einer Einschränkung ihrer Entwicklungshilfe für Nicaragua zu veranlassen. Der Staatssekretär für politische Angelegenheiten im US-Außenministerium Iklé beklagte die »... undemokratische Verteilung der Wirtschaftshilfe für die zentralamerikanische Region, die eine einseitige und unverständliche Begünstigung der marxistisch orientierten Regierungen Zentralamerikas widerspiegelt.« (FAZ vom 25.3.1983, 5) 1982 belief sich nach Angaben Iklés die Bonner Wirtschaftshilfe für Nicaragua noch auf 14 Mill. US-Dollar, El Salvador erhielt ein Zehntel davon und Honduras 4,3 Mill. US-Dollar. Nach dem Willen der Reagan-Fraktion hierzulande muß dies endlich anders werden: »In Washington hat man sich schon leise gewundert, daß in dieser Beziehung sich in Bonn seit der 'Wende' noch nicht viel gerührt hat.« (FAZ vom 23.4.1983, 1) SPD und Grüne werden dafür kämpfen müssen, daß nicht Schweden demnächst das einzige kapitalistische Land in Europa wird, das Nicaragua politisch und wirtschaftlich unterstützt.

Zufrieden beobachtet indessen die Rechte in der Bundesrepublik die tendenzielle Distanzierung der SPD und der Sozialistischen Internationale (SI) von den revolutionären Bewegungen Lateinamerikas. Schon im Vorfeld der SI-Konferenz in Portugal Anfang April schrieb Ernst-Otto Maetzke in der FAZ: »Im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus scheint jetzt die Ansicht vorzuherrschen, daß man ... besonders den 'Nicas' ... nicht mehr so unkritisch wie früher gegenüberstehen solle.« (FAZ vom 2.4.1983, 10) Politischer Pluralismus und Blockfreiheit waren die Beurteilungsmaßstäbe, die *Ben Wisch* auf dem SI-Kongreß gegen Nicaragua ins Feld führte und damit die Politik der begrenzten Solidarität der SI mit der sandinistischen Revolution zur leeren Phrase machte. Rückblickend auf den SI-Kongreß notierte Maetzke denn auch beifällig: »Die Befreiungsbewegungen, die in Vancouver und Madrid das große Wort geführt hatten, mußten jetzt ein niedrigeres Profil zeigen. Fast kamen sie nicht mehr vor. Das war eine Entwicklung zum Besseren.« (FAZ vom 12.4.1983, 12)

Nicaragua soll isoliert und wirtschaftlich ausgehungert werden. Zieht sich Westeuropa ökonomisch zurück, bleiben die sozialistischen Länder und das sozialdemokratisch regierte Schweden die einzigen Stützen, was den USA selbstverständlich als »Beweis« der Abhängigkeit Nicaraguas von Moskau dienen würde. Jungsozialisten und alle linken Sozialdemokraten müssen viel dafür tun, die SPD und damit die SI wieder zu einer praktisch wirksamen Solidarität mit Nicaragua zu bewegen. Der Parteitag gibt die Gelegenheit.

Ohne Kommentar

Dem *Vorwärts* vom 5. Mai 1983 entnehmen wir von Seite 2 eine Verlagsmitteilung, die den Vollzug von schon länger angekündigten Sparbeschlüssen meldet. Trotz Steigerung der Abonnentenzahlen in der laufenden Werbekampagne von 37000 auf nunmehr ca. 56000 Leser/innen erfolgen damit Kürzungen im redaktionellen Angebot und im technischen Bereich, die manche unserer Befürchtungen bestätigen (vgl. auch den Kommentar des *Vorwärts*-Mitarbeiters Hannes Schwenger: Aufwärts, abwärts oder rückwärts?, in: *spw* 18, 13f.).

Die Redaktion

* * *

»Donnerstag, 5. Mai 1983

Äußerlich sichtbare Zeichen einer 'Wende' nun auch im *Vorwärts*: Redaktion und Verlag des Blattes ziehen um — in kleinere und mietgünstigere Räumlichkeiten. Einer der Schritte des Sanierungskonzeptes für das gesamte Unternehmen. Ab sofort gilt die nachstehende Anschrift: *Vorwärts*, Am Michaelshof 8, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 36 10 11-18. Das Postfach trägt unverändert die bisherige Nummer (Postfach 20 09 10, 5300 Bonn 2). — Die Telefon-Nummer wird sich in einigen Wochen, wenn eine neugemietete Anlage abgeschlossen ist, noch einmal ändern. Beschäftigungswirksame Folgen dieser *Vorwärts*-Wende: Vier Tage lang haben die Mitarbeiter der beauftragten Spedition die sozialistischen Marterwerkzeuge der *Vorwärts*-Leute vom Rande in das Zentrum des Bonner Stadtteils Bad Godesberg zu transportieren. Beschäftigungswirksame Folgen der Sanierung ebenso: Nach dem Personalabbau in den Redaktionen und Verlagsabteilungen des *Vorwärts* erfaßt dieser Prozeß nun auch die *Vorwärts*-Druckerei (Druckhaus Deutz, Niederlassung Bonn).

Betriebsrat und gewerkschaftliche Vertrauensleute in einer Resolution zum 1. Mai: '23 Kolleginnen und Kollegen sind in der *Vorwärts*-Druckerei von Entlassung bedroht. Seid mit uns solidarisch im Kampf gegen diese Entlassungen! Defizite immer auf dem Rücken von Menschen auszugleichen, kann doch wohl keine sozialdemokratische Politik sein.' Die Kolleginnen und Kollegen erklärten zugleich, daß sie nicht bereit sind, Entlassungen widerstandslos hinzunehmen, und erinnern u.a. an die von ihnen entwickelten eigenen Sanierungsvorschläge.«

Diskussionsschwerpunkt

R. Fricke/K. Gröning/I. Günther/U. Neumann/M. Tiltmann

Frauen hört die Signale ...

I. Arbeitsmarktpolitische Vorstellungen der Rechtskoalition

Die Jahrtausendealte Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen durch Männer ist heute Bestandteil der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung. Ihre spezifische Form ist durch die Strukturen der kapitalistischen Klassengesellschaft geprägt. Sehr deutlich werden läßt dies die umfassende kapitalistische Wirtschaftskrise, die gegenwärtig alle westlichen Länder erfaßt und ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Neben Hochrüstung und Sozialabbau im staatlichen Bereich führt sie auch zu einer enormen Vernichtung von Arbeitsplätzen. Mit 2,5 Millionen amtlich registrierten Arbeitslosen erreichte 1983 die Arbeitslosenquote (10,2%) im Februar den höchsten Stand seit der Entstehung der BRD. Traditionell sind Frauen von der Arbeitslosigkeit in besonderem Maß betroffen: Ihr Anteil an den Arbeitslosen ist überproportional hoch. Zwar sind 59% aller Arbeitslosen Männer, mit ca. 40% liegt der Anteil der arbeitslosen Frauen aber über ihrem Anteil an den Erwerbspersonen (ca. 38%). Im Februar 1983 waren 1 490 000 Männer (Arbeitslosenquote: 10,0%) und 996 000 Frauen (Quote: 10,5%) arbeitslos. Obwohl der Anstieg der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr bei Männern höher liegt, sind Frauen länger davon betroffen (Dauerarbeitslosigkeit). Darüber hinaus stellen Frauen einen immer größer werdenden Teil der »Stillen Reserve« dar. Zwar macht die Zahl der registrierten arbeitslosen Frauen deutlich, daß Frauen nicht mehr ohne weiteres auf ihren Arbeitsplatz und auf ihren Anspruch auf Arbeit verzichten können und/oder wollen; dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß immer weniger Frauen überhaupt die Möglichkeit erhalten, Leistungsansprüche bei der Bundesanstalt für Arbeit zu erwerben. Hiervon sind insbesondere junge Frauen und Mädchen, aber auch sogenannte »Rückkehrerinnen« (nach einer »Familienphase«) betroffen.

Die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit liegen gegenwärtig im gewerblich-technischen Bereich, im Baugewerbe, im Dienstleistungssektor und in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Bereits jetzt ist absehbar, daß der gesamte Abschnitt der Angestelltentätigkeiten in den nächsten Jahren — verstärkt durch die Einführung neuer Technologien — von einer umfassenden Rationalisierungswelle erfaßt werden wird. Der DGB rechnet hier mit einem möglichen Arbeitsplatzschwund von 3 Millionen Arbeitsplätzen. Hiervon wären insbesondere Frauen betroffen.

Zwei Drittel aller arbeitslos gemeldeten Frauen suchen eine Vollzeitbeschäftigung. Für diejenigen Frauen, die aus familiären oder sonstigen Gründen aktuell auf einen Teilzeitarbeitsplatz angewiesen sind, sind die Aussichten auf einen Arbeitsplatz besonders schlecht. Auf 253 887 Teilzeitarbeit suchende Arbeitslose — darunter 251 610 Frauen — kamen im Februar 1983 nur 5 750 offene Stellen. Finanzielle Einschränkungen durch fortschreitenden Reallohnabbau und Rotstiftpolitik im sozialen Bereich (Kindergärten etc.) verschärfen die problematische Lage der Frauen weiter. Die trotz Einzelerfolgen fortexistierende Lohndiskriminierung bewirkt in diesem Zusammenhang eine tendenzielle »Verelendung« arbeitsloser Frauen, die oft mit ihrem Arbeitslosengeld bzw. ihrer Arbeitslosenhilfe an der Sozialfürsorgengrenze liegen.

Der Anteil der an- und ungelerten Frauen unter den Arbeitslosen ist überdurchschnittlich hoch, die Chance, als Mädchen eine qualifizierte zukunftsfruchtige Berufsausbildung zu durchlaufen, ist unterdurchschnittlich gering. Die Konzentration der Frauenerwerbsarbeit auf wenige Berufe (Verkäuferin, Friseurin, Bürokauffrau) mit eingeschränkten Weiterentwicklungsmöglichkeiten in vertikaler und horizontaler Richtung behindert Frauen bei ihren Bemühungen, neue Arbeitsfelder zu erschließen.

Mit der Übernahme der Regierung durch die Rechtskoalition von CDU/CSU/FDP geht die Ära materieller und ideeller staatlicher Förderung der Frauenerwerbsarbeit mit dem Ziel der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt vorläufig zu Ende. Wurden schon unter sozialliberalen Regierungen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre Reformen durch gesetzliche Veränderungen rückgängig gemacht (vgl. Arbeitsförderungsgesetzgebung) und damit vielen Frauen, insbesondere den »Rückkehrerinnen«, der Zugang zum Erwerbsleben versperrt, so bedeutet die Konzentration christlich-liberaler Regierungspolitik auf die Familienförderung (vgl. Haushalt und Koalitionsvereinbarungen 1983) gleichzeitig eine ideologische Offensive gegen die von Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Frauenbewegung geforderte »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« und gegen das »Recht auf Arbeit für Frauen und Männer«.

Dieser allgemeine Eindruck verstärkt sich durch die programmatischen Vorstellungen von CDU/CSU zur Gleichberechtigung der Frau im Arbeitsleben (vgl. Heiner Geißler im Pressedienst des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit vom 1.1.83), die vor dem Hintergrund der skizzierten Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt nur noch makaber erscheinen können. Sie geben die politische Stoßrichtung der »Arbeitsmarktpolitik« für Frauen an. Neben unverbindlichen Feststellungen der ungleichen Chancen (schlechtere Ausbildung, ungleiche Löhne etc.) konzentrieren sich die politischen Absichten erstens in der Förderung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen und Arbeitsplatzteilung (job sharing etc.) und zweitens in der Aufwertung der Hausarbeit und der Realisierung der Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf für Frauen. Ziel dieser Konzeption ist die Verwirklichung einer flexiblen, disponiblen Gruppe von Arbeitnehmerinnen, die ohne große »Reibungsverluste« — sprich Widerstand — den konjunkturellen Erfordernissen entsprechend anzupassen ist. Zugleich soll diese Gruppe von Arbeitnehmerinnen die durch Sparmaßnahmen im sozialen Bereich anwachsenden Reproduktionsarbeiten zusätzlich übernehmen können (mehr Eigeninitiative, Nachbarschaftshilfe etc.).

Die Ausweitung der Teilzeitarbeit und die Einführung neuer Arbeitszeitsysteme wie job sharing (zwei oder mehrere Arbeitnehmer teilen sich einen Arbeitsplatz) werden von der Rechtskoalition, insbesondere von Dr. H. Geißler, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, mit dem Wunsch der Frauen nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen begründet. Dabei wird u.a. außer Acht gelassen, daß die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen in der Krise in erster Linie durch den Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen vollzogen wird. Insbesondere job sharing führt zu enormen Härten (Arbeitsplatzunsicherheit, Intensivierung, Dequalifikation, Einkommensverlust etc.). Letztendlich verfestigen diese Arbeitszeitformen die strukturelle Doppelbelastung der Frauen und blockieren den Weg der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen.

Die Wahlfreiheit zwischen Hausarbeit und Erwerbsarbeit verwirklichen zu wollen, geht von zwei Positionen aus: Zum einen setzt sie die Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit beider Bereiche voraus, zum anderen geht diese politische Absicht von dem Wunsch der Frauen aus, beide Bereiche vereinbaren zu wollen. Dieser Wunsch bzw. die Notwendigkeit der Vereinbarkeit der qualitativ verschiedenartigen Tätigkeitsbereiche rührt nicht zuletzt

aus der Tatsache, daß das Lohnniveau der Mehrheit der erwerbstätigen Frauen so niedrig ist, daß der Begriff »Wahlfreiheit« häufig lächerlich anmutet.

Trotz aller staatlichen Zuwendung bedeutet deshalb letztlich nur eine eigene Berufstätigkeit mit einem entsprechenden Einkommen eine relative ökonomische Eigenständigkeit vom Mann sowie einen Weg aus der Isolation durch Haushalt und Familie.

Die Verwirklichung des politischen Ziels »Wahlfreiheit« schneidet den Frauen systematisch einen entscheidenden Lebensbereich ab. Unabhängig davon muß die Möglichkeit der Realisierung dieses Ziels in der Krise bezweifelt werden. Die politische Absicht läuft vielmehr darauf hinaus, daß Frauen auf den Familienbereich beschränkt bleiben und Männer nach den Konzeptionen von CDU/CSU nicht vor die Alternative Haushalt und Beruf gestellt werden, sondern sich, sofern der Arbeitsmarkt es zuläßt, voll den beruflichen Aufgaben widmen.

II. Wirtschaftskrise und Familienpolitik

Wie sehr Berufs- bzw. Erwerbsarbeit von Frauen gesellschaftliche Prozesse beeinflussen kann, zeigt uns der Differenzierungsprozeß, der während der Hochkonjunkturphase der letzten 20 bis 30 Jahre innerhalb der Arbeiterschaft stattgefunden hat: die Herausbildung »neuer Mittelschichten«, an der gerade Frauen einen entscheidenden Anteil hatten. Viele Frauen haben die in dieser Zeit geschaffenen ökonomischen Rahmenbedingungen zu ihrer Bildung und Weiterbildung genutzt. Dies hatte zur Folge, daß es bei den höher qualifizierten im Vergleich zu den geringer qualifizierten Gruppen von Frauen einen beachtlichen Bewußtseins- und Selbstbewußtseinsschub gegeben hat. Diese Frauen haben allerdings auch ihre frauenspezifische Unterdrückung sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch im familiären/partnerschaftlichen Bereich am deutlichsten erfahren.

Insbesondere qualifizierte Frauen haben begonnen, sich mit den Hintergründen für ihre Unterdrückung auseinanderzusetzen, sie haben sie aufgezeigt, daraus ihre Forderungen entwickelt und artikuliert. Das Engagement dieser Frauen, aber auch von Teilen der Gewerkschaften und der SPD ermöglichte es, daß in der »Reformphase« der sozial-liberalen Regierung Modellmaßnahmen wie »Mädchen in Männerberufe«, Frauenhäuser, »Gleichstellungsstellen« u. a. m. in verschiedenen Regionen durchgesetzt werden konnten. An der grundsätzlichen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern änderte sich jedoch sehr wenig. Dies gilt insbesondere für die Gruppe von gering qualifizierten Frauen, die je nach arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen zwischen Berufswelt und Hausfrauenwelt hin- und hergehoben wird, die durch nicht ausreichenden Verdienst des »Familienerhalters« von der Doppelbelastung am stärksten betroffen ist.

Reformen im Ehe- und Familienrecht (Abschaffung der Entscheidungsbefugnis des Ehemannes über Erwerbstätigkeit der Frau, Zerrüttungs- statt Schuldprinzip, Namensrecht etc.) sowie des §218 waren längst überfällig und trugen den weitergehenden Bedürfnissen der Frauen nach Selbstbestimmung und Gleichberechtigung nur bedingt Rechnung. In den Bereichen soziale Sicherung, Chancengleichheit und Entlastung von Hausarbeit und Kinderziehung blieben die notwendigen, grundsätzlicheren Reformen, wie z.B. die flächendeckende Einrichtung von Ganztagskindergärten und -schulen, aus. Schon während der Beratungen des neuen Ehe- und Familienrechts 1975/76 stieg die Frauenarbeitslosigkeit überproportional an und wissenschaftliches Interesse wandte sich wieder verstärkt dem Zusammenhang »zwischen Müttererwerbstätigkeit und kindlichen Verhaltensstörungen« zu.

Ziele und Auswirkungen konservativer Familienpolitik

Die Beschlüsse der CDA-Bundestagung vom Oktober 1981 haben die Richtung der familienpolitischen Offensive der Konservativen angegeben. Die Familie wird als überhistorische und menschlichste aller Lebensformen bejubelt. Die Thesen lauten

- daß Männer und Frauen sich von Geburt an in Körper- und Wesensmerkmalen unterscheiden,
- daß Mutterarbeit mehr wert ist als Erwerbsarbeit,
- daß die Anwesenheit der Mutter in den ersten Lebensjahren für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes entscheidend sei,
- daß die Versorgung alter Menschen innerhalb der Familie humaner und der in öffentlichen Einrichtungen vorzuziehen sei.

Obwohl diese Aussagen heilslehrenhaft erscheinen und gesellschaftliche Verantwortung negieren, fallen sie durch die Verschlechterung der individuellen Lebenssituationen vieler Familien auf fruchtbaren Boden.

Haben sich in Prosperitätszeiten emanzipatorische Ansätze für die Beziehungen der Familienmitglieder untereinander entwickelt, so besteht vor dem Hintergrund sich verengender finanzieller Möglichkeiten die Gefahr, daß zur Bewältigung der innerhalb einer Familie auftretenden Probleme althergebrachte Machtstrukturen wieder aufleben. Es sind dies: die Autorität der Eltern über die Kinder und die Autorität des Mannes über die Frau.

Wenn z.B. Familien auf das Einkommen aller Mitglieder, auch das der Kinder, angewiesen sind, werden deren Erlebnismöglichkeiten und Bewegungsspielräume nachhaltig eingeschränkt, der Kontakt mit Gleichaltrigen wird seltener. Dadurch wird die emotionale und räumliche Ablösung der Jugendlichen aufgeschoben; die emotionale, soziale und sexuelle Kontrolle verstärkt sich, wenn Jugendliche arbeitslos sind. Besonders davon betroffen sind Mädchen, für die meist »zu Hause wohnen« ohnehin eine größere Einschränkung ihrer sozialen Möglichkeiten bedeutet. Um den durch Reallohnsenkung und Sparmaßnahmen bedingten Kaufkraftverlust auszugleichen, beginnen Frauen wieder verstärkt einzukochen, zu nähen, zu stricken usw. Der erhöhte Zeitaufwand für diese Tätigkeiten am und für den »häuslichen Herd« behindert gesellschaftspolitisches Engagement und fördert die soziale Isolierung.

In der Regierungserklärung der Rechtskoalition findet sich ein Katalog von gezielten familienpolitischen Maßnahmen, der, neben der Reduktion der Frauen auf Familienaufgaben, handfeste Umverteilungspolitik zugunsten einkommensstarker Bevölkerungsgruppen bedeutet, wie zum Beispiel:

Die Ausweitung des *Ehegattensplittings*, das für Besserverdienende ungeheure Steuervorteile schafft. Hier wird mit beiden Händen zurückgegeben, was durch Kindergeldkürzung genommen wird. Schon heute liegen die Splittingvorteile bei einem Einkommen von 100000 DM um die 11000 DM.

Die Bestrebungen, die *Notlagenindikation* nach §218 aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen herauszunehmen, treffen Frauen aus den unteren sozialen Schichten, die besonders auf gesellschaftliche Hilfe angewiesen sind.

Neben dem Bündel an Sparmaßnahmen, wie Streichung des »Schülerbafög«, Umstellung des Bafög auf Darlehen und Bafög-Kürzungen, Aufschub der Rentenanpassung und Senkung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung, Selbstbeteiligung an Krankenhausaufenthalten und Kuren usw., die wie die Durchlöcherung des *Mieterschutzes* gerade ein-

kommensschwache Familien existentiell treffen, laufen in den CDU/CSU-regierten Ländern bereits Modellversuche zu Konfliktschwangerschaften, Erziehungsgeld und Familiengründungsdarlehen.

Der Modellversuch *Erziehungsgeld* »entlohnt« Frauen, die bereit sind, sich nach der Geburt ihres Kindes ausschließlich dessen Pflege und Aufzucht zu widmen, mit 350 DM monatlich. Der Versuch soll eine Laufzeit von drei Jahren haben. Nach dreijähriger Berufsunterbrechung sind die teilnehmenden Frauen aber weder berechtigt, Arbeitslosengeld oder -hilfe zu beziehen, noch haben sie Anspruch auf Unterhaltszahlungen während einer Umschulung. Zu der gesellschaftspolitischen kommt eine finanzielle Komponente: Erziehungsgeld ist allemal billiger als Arbeitslosengeld.

Die Modelle *»Hilfe für Mutter und Kind«* betreffen Frauen mit Konfliktschwangerschaften. Durch Zahlung von 1.500 DM (einmalig) und 740 DM (monatlich) sollen Frauen zur Fortsetzung einer unerwünschten Schwangerschaft bewegt werden. In Bayern werden parallel zur notdürftigen finanziellen Unterstützung Kurse in Hauswirtschaft und Kinderpflege durchgeführt.

Familiengründungsdarlehen gibt es zur Zeit in allen unionsregierten Ländern. Mit der Eheschließung können vom jeweiligen Land Billigkredite mit einer Laufzeit von sieben Jahren bezogen werden. Waren früher diese Kredite zinslos, werden sie heute mit ca. 5% Zinsen belegt. Mit der Geburt von Kindern wird der Kredit abgetragen (»abgekündet«).

Der konservative Versuch, die Mehrkinderfamilie wieder als allgemeine Lebensform zu installieren, besteht nicht nur aus kurzfristigen materiellen Anreizen, sondern wird begleitet durch Ideologien von Selbsthilfe und Verzicht. Die Betonung des Prinzips der elterlichen Autorität gegen gesellschaftliche Intervention im Bereich der Erziehung bedeutet im Zusammenhang mit dem massiven Festhalten am Subsidiaritätsprinzip die verstärkte Zulassung von privaten Kindererziehungseinrichtungen, die dem Konzept der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft entsprechen. Sparmaßnahmen und Personalabbau führen dazu, daß öffentliche Kindertagesstätten wieder verstärkt zu Aufbewahrungsstätten für Unterschichtkinder werden, während an der Erziehung und Förderung ihrer Kinder interessierte Mittelschichteltern diese in private Einrichtungen schicken werden. Die sich hier vollziehende Klassenspaltung paßt in das konservative Konzept der Elitebildung.

Die Frauenpolitik der gegenwärtigen Regierung zielt also darauf ab, das »generative Verhalten« (die Bereitschaft, Kinder zu gebären) zu fördern. Entgegen ihren wahlpolitischen Versprechungen schweigt sie zu den Bereichen Berufsausbildung, Arbeitsmarktpolitik, eigenständige soziale Sicherung oder Gesundheitspolitik.

Die Sicherung ökonomischer bzw. sozialer Grundlagen für ein eigenständiges Leben der Frauen scheint nicht im Interesse einer Gesellschaft zu liegen, die in Frauen eine Reservearmee disponibler, lohndiskriminierter Arbeitskräfte für Hochkonjunkturphasen sieht.

Bündnispolitische Aspekte

Innerhalb der Arbeiterbewegung kommt es immer wieder darauf an, der Einsicht in die Probleme und Forderungen der Frauen den notwendigen Nachdruck zu verschaffen. Allzu häufig ist die Auffassung anzutreffen, mit einer rein formalen Gleichstellung in der Entlohnung sei schon alles getan, was unter kapitalistischen Bedingungen erreicht werden könne. Wirkliche Gleichheit sei erst im Sozialismus — um den ja gemeinsam gekämpft werde — möglich. Und dann käme sie eigentlich mit Gesetzmäßigkeit auch von alleine.

Die gegenwärtige Situation in den sozialistischen Ländern zeigt jedoch deutlich, daß mit der Abschaffung der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung Benachteiligungen und

Unterdrückung von Frauen durch Männer noch lange nicht überwunden sind. Über Jahrhunderte tradierte Vorstellungen und Verhaltensweisen prägen auch dort heute noch das Zusammenleben von Frauen und Männern und im Ergebnis die benachteiligte Rolle der Frauen im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben dieser Länder.

Das grundlegende Ziel von Marxistinnen hat zwei Aspekte: »Untrennbar verbunden ist die Befreiung der Frau mit dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und den übrigen benachteiligten und unterdrückten Bevölkerungsteilen.« (»Herforder Thesen«, 127) Entsprechend dieser Zielsetzung verstehen wir Marxistinnen uns sowohl als Teil der Frauen- als auch der Arbeiterbewegung. In beiden Bereichen widersetzen wir uns jedoch einer Isolierung oder Verabsolutierung einer der beiden Seiten des Emanzipationskampfes der Frauen und treten für eine Strategie des Zusammenhangs auch bei kurzfristigen und Übergangsforderungen ein.

So wie mit der Herstellung sozialistischer Eigentumsverhältnisse der Kampf um die kulturellen Bedingungen der Gleichheit von Frauen und Männern noch nicht Realität ist, so kann andererseits das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft nur mit Menschen gestaltet werden, die schon unter kapitalistischen Bedingungen ein größtmögliches Maß an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erobert haben. Dies bedeutet für die Emanzipation der Frauen, daß schon unter heutigen Bedingungen der Versuch unternommen werden muß, neben den im Grundgesetz verankerten gleichen Rechten von Männern und Frauen die soziale Gleichstellung beider Geschlechter voranzutreiben und neue Formen des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens von Frauen und Männern durchzusetzen und zu erproben.

Hier liegt eine wesentliche Aufgabe für die Arbeit von Marxistinnen in der Arbeiterbewegung. An der Frage, wie weit Einsichten in dieser Richtung und auch eine entsprechende Praxis bestehen, ergeben sich Kriterien für die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in und mit den Organisationen der Arbeiterbewegung.

Innerhalb der Frauenbewegung, vor allem, soweit ein Selbstverständnis als »neue soziale Bewegung« besteht, werden auf der anderen Seite die ökonomischen Grundlagen der Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen im Kapitalismus nicht genügend berücksichtigt und deshalb teilweise unzureichende, teilweise aber auch in eine falsche Richtung zielende Vorstellungen entwickelt.

Das gilt neuerdings insbesondere für die Diskussion um den Problembereich Hausarbeit. Hausfrauenarbeit bedeutet in unserer Gesellschaft ein »Leben aus zweiter Hand«, bedeutet, sich selbst über die Erfahrungs- und Lebenswelt des Partners bzw. der Kinder zu definieren. Die heutige Kleinfamilie mit ihrer patriarchalischen Struktur ist eine der Säulen der kapitalistischen Gesellschaft. Das gilt nicht nur hinsichtlich ihrer ideologischen Funktionen, sondern auch ökonomisch: sowohl was die Arbeitsleistung der Frau als Hausfrau angeht als auch hinsichtlich der profitversprechenden Konsumstruktur (»Jeder Haushalt ein Besen«).

Auf die Situation, daß Hausfrauen gesellschaftlich nützliche, aber nicht bezahlte und gesellschaftlich wenig anerkannte Arbeit leisten, reagieren nicht nur die Konservativen mit der Forderung nach einem »Erziehungsgeld«. Teile der Frauenbewegung, die den »Gründen« bzw. den Alternativen nahestehen, erheben in verblüffender Parallelität die — allerdings wesentlich aufwendigere — Forderung nach »Lohn für Hausarbeit«.

Die konservative Seite will in der jetzigen Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit möglichst vielen Frauen den Rückzug bzw. den Verbleib im »Reproduktionsbereich« durch einen Beitrag, der einem Taschengeld entspricht, schmackhaft machen und versucht

zugleich, über eine Idealisierung der Hausfrauen- und Mutterrolle möglichst viele Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und ihnen die Rolle als Träger konservativer Erziehungsinhalte zuzuweisen.

Die ähnlichen Forderungen aus dem grün/alternativen Bereich entspringen durchaus guter Absicht: Den Frauen — und auch Männern — soll durch die Entlohnung der Hausarbeit der gesellschaftliche Nutzen dieser Tätigkeit klargemacht werden. Dabei erfolgt aber auch eine Festlegung auf bestimmte, den Frauen als wesenseigen zugeschriebene Eigenschaften und Funktionen: z.B. die Sorge für Menschen, Emotionalität usw. Daß jedoch genau diese Eigenschaften — in jahrtausendealter Unterdrückung anezogen und als natürlich empfunden — zur Humanisierung der Arbeitswelt eingesetzt werden könnten, wird dabei außer Acht gelassen. Durch den Rückzug in den privaten Bereich wird die kritisierte »männliche« Arbeits- und Fortschrittsideologie keineswegs bekämpft, sondern es wird — indem die Nützlichkeit und der gesellschaftliche Wert von Hausarbeit offengelegt werden — den Frauen ein neues »Ich«-Gefühl vermittelt, das althergebrachte Strukturen verfestigen hilft. Die Absicht und die Ausgangslage sind bei Konservativen und Grünen/Alternativen grundverschieden, die Gefahr derselben Wirkung hingegen deutlich.

Bei der Forderung »Lohn für Hausarbeit« wäre zudem noch zu fragen, wer denn als »Arbeitgeber« fungieren soll, an den dann die entsprechenden Bedingungen gestellt werden können. Die Vermutung liegt nahe, daß damit der Ehemann gemeint ist. Unklar bleibt allerdings, wie aus einem durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn ein den tatsächlichen Leistungen angemessener »Lohn für Hausarbeit« bezahlt werden soll, es sei denn, man orientiert sich mit diesen Forderungen an jener Gruppe von privilegierten Frauen, die aufgrund des hohen Einkommens ihrer Männer die Möglichkeit einer »Wahlfreiheit« (Beruf/Hausfrau) in Betracht ziehen können. Sollte jedoch der Staat als »Arbeitgeber« gemeint sein, bleibt im Dunkeln, wie dieser Lohn finanziert werden soll.

Dualwirtschaft schafft keine Emanzipation

Wie die Konzeption »Lohn für Hausarbeit« knüpfen auch verschiedenste Vorstellungen von einer »Dualwirtschaft« an die Tatsache an, daß nicht jede in der Gesellschaft geleistete Arbeit Erwerbsarbeit ist. Es wird unterschieden zwischen der überwiegend entlohnten Arbeit im »institutionellen (auch formellen) Sektor« und der überwiegend unentgeltlichen im »informellen Sektor« mit den einander gleichgesetzten Schwerpunkten »Hausarbeit« und »Freizeitarbeit«. Während der institutionelle Sektor »durch die Märkte und den Geldfluß« zusammengehalten werde, geschehe dies im informellen Sektor »durch das soziale Zusammenleben der beteiligten Menschen und durch die dort geltenden Werte und Verhaltensnormen« (J. Huber, in: Kongreß Zukunft der Arbeit, 57ff.).

In den Konzeptionen der »Dualwirtschaft« soll die (überwiegend durch Frauen) geleistete Hausarbeit nicht durch Entlohnung aufgewertet werden. Sie wird vielmehr wegen ihrer Unentgeltlichkeit für höherwertig erklärt. Ziel soll es sein, den institutionellen Sektor auf das Notwendigste zurückzudrängen und immer mehr Bereiche gesellschaftlicher Arbeit informell zu gestalten. Diese Auffassung trifft sich mit der von konservativer Seite aufgestellten Forderung nach mehr »Subsidiarität« (Selbstversorgung, d.h. erst wenn die kleine Gemeinschaft, z.B. die Familie, versagt, greift der Staat unterstützend ein).

Diese Vorstellungen sind prinzipiell und aus verschiedenen Gründen abzulehnen: Zum einen kann es nicht ausreichen, den Bereich der Erwerbsarbeit, in dem der wesentliche Anteil der Produkte geschaffen wird, zeitlich zu begrenzen. Dieser Bereich ist vielmehr gesellschaftlicher Kontrolle zu unterstellen, zu demokratisieren und zu humanisieren. Zum

anderen darf nicht übersehen werden, daß gerade der informelle Sektor im Bereich der Hausarbeit sich durch ein besonders hohes Maß an Fremdbestimmung und Unterdrückung sowie auch durch fehlende soziale Absicherung auszeichnet. Schließlich ist es — vor allem in Zeiten der Wirtschaftskrise — völlig illusorisch, den informellen Sektor durch Transferzahlungen aus dem institutionellen Sektor finanzieren zu lassen, während auf der anderen Seite bei einer geforderten Ausweitung des informellen Sektors das Kapital in die Bereiche eindringen und sie seinen Verwertungsprinzipien unterwerfen würde, die als politisch wesentlich und ökonomisch profitabel erscheinen.

Die Auseinandersetzungen mit als falsch und desorientierend erkannten Positionen innerhalb der Arbeiterbewegung (und neuer sozialer Bewegungen) sowie innerhalb der Frauenbewegung müssen zwar offensiv, aber immer mit dem Ziel und auf eine Art und Weise geführt werden, ein Höchstmaß an Zusammenarbeit — auch über Organisationsgrenzen hinaus — zu ermöglichen.

Trotz unterschiedlicher Positionen gibt es mit den emanzipatorischen Forderungen dieser Bewegungen viele Ansatzpunkte zur Zusammenarbeit. Genannt seien hier z.B. die Auseinandersetzungen um den §218, die Aktion »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, der Kampf um ein Antidiskriminierungsgesetz, um Frauenhäuser, den Erhalt und Ausbau dieser Frauenhäuser, der Kampf gegen den Abbau sozialer Leistungen, gegen Rechtstendenzen, das Engagement in der Frauenfriedensbewegung u.v.a.m.

III. Perspektiven sozialistischer Frauenpolitik

Wie schon Clara Zekin vor fast 100 Jahren festgestellt hat, ist der zentrale Dreh- und Angelpunkt bei der Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau die ökonomische Unabhängigkeit der Frau, d.h. ihr gleichberechtigter Anspruch auf Erwerbstätigkeit. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist dies nicht gegeben. Sowohl die hohe Frauenarbeitslosigkeit als auch die diskriminierenden Bedingungen der Frauenarbeit (Lohndiskriminierung, Doppelbelastung etc.) verhindern die volle ökonomische Unabhängigkeit der erwerbstätigen Frau heute.

Die — wenn auch nur eingeschränkt zu verwirklichende — ökonomische Unabhängigkeit der Frauen ist sowohl Voraussetzung für die Gleichstellung in anderen gesellschaftlichen Bereichen als auch für den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen für eine menschenwürdige Gesellschaft. Sie stärkt die Position der Frauen in der Familie/Partnerschaft, eröffnet eigenständige Lebensperspektiven im Konfliktfall; sie gibt aber auch dem Partner mehr Freiräume, mindert seine Abhängigkeit am Arbeitsplatz (Alleinverdiener). Dies bedeutet neue Freiräume für gewerkschaftliches und politisches Engagement, zumal der Verlust des Arbeitsplatzes eines Partners nicht gleich der Lebensgemeinschaft die finanzielle Grundlage entzieht. Frauen, die selbst im Erwerbsleben stehen, haben einen erweiterten Erfahrungsbereich und somit eher Zugang zu gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen. Dieses Verständnis für Auseinandersetzungen, die bisher mehrheitlich von Männern getragen werden, kann jedoch keine Einbahnstraße sein: Die gewerkschaftlich und politisch organisierten Männer müssen auch, und zwar nicht wohlwollend, sondern im wohlverstandenen Eigeninteresse, die traditionell als »frauenspezifisch« bezeichneten Forderungen, die uns einer Gleichstellung der Frauen im oben genannten Sinn näherbringen, als ihre ureigensten aufgreifen, verstehen und mit durchsetzen.

Zu diesen Forderungen, die die sozialistische Frauenbewegung seit ihren Anfängen vertritt, gehört in erster Linie das Recht auf Arbeit und ganz eng damit verknüpft, die Forde-

rung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Letzteres ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern dient auch der Sicherung der in der Regel höheren Löhne der Männer. Bei Lohngleichheit können Frauen nicht mehr als »Lohndrückerinnen« eingesetzt werden.

Erwerbstätigkeit beider Geschlechter bedingt aber auch eine gleiche Verteilung der Familienarbeiten. Dies kann aber *nicht nur* über eine veränderte Erziehung und individuelle Vereinbarungen erzielt werden, solche individuellen »Lösungen« können meist nur von Privilegierten getroffen werden. Eine gleichberechtigte Teilhabe der Männer an den Familienarbeiten setzt vielmehr eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für alle voraus. Hier dürfen Männer und Frauen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen; denn Recht auf Arbeit und Recht auf Familie für Männer und Frauen bedingen einander und bilden zusammen nicht das Ziel, sondern das Mittel (Werkzeug) für den gemeinsamen Kampf. Sie stellen im Zusammenhang mit der Vergesellschaftung und der Demokratisierung des Familienbereichs aber gleichzeitig einen wichtigen Schritt der Humanisierung dar (quantitativer und qualitativer Ausbau gesellschaftlicher Erziehungseinrichtungen, Vergesellschaftung weiter Teile der Hausarbeit, umfassende Veränderung der Geschlechterverhältnisse).

In den Kanon der Forderungen, die die Voraussetzungen von Männern und Frauen angleichen, gehört auch die alte Forderung sozialdemokratischer Frauen nach einem obligatorisch zwischen Mann und Frau aufteilbarem Elternurlaub für einen Zeitraum von 1 1/2 Jahren, bei vollem Lohnausgleich und Arbeitsplatzgarantie. Die Realisierung dieser Forderung würde, neben der Aufhebung ungleicher Voraussetzungen von Männern und Frauen im Erwerbsleben, dem Mann die Möglichkeit eröffnen, wirklich an der Erziehung der Kinder teilzuhaben, d.h. dem »Recht auf Väter sein« ein Stück näherzukommen.

Diese grundsätzlichen Forderungen mögen sich gerade heute, in einer Zeit von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, in einer Zeit, in der auch in der Bundesrepublik eine konservative Regierung zum völligen Rückzug geblasen hat, utopisch anhören, doch sind sie gerade jetzt aktueller denn je. Es muß gelingen, die Arbeitnehmer und ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen in den kommenden tarifpolitischen und parlamentarischen Auseinandersetzungen um wirtschafts- und sozialpolitische Fragen auf Forderungen zu vereinen, die letztlich alle betreffen: Die Forderung nach Recht auf Arbeit, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und nach Elternurlaub. Die Auseinandersetzungen im tariflichen und politischen Bereich müssen begleitet sein von einer breit angelegten Kampagne gegen Arbeitslosigkeit, soziale Demontage und Wiederherstellung eines Bildungsmonopols für Eliten. Der Zusammenarbeit mit und die Unterstützung durch die neuen sozialen Bewegungen, und hier insbesondere der Frauen- und der Friedensbewegung, kommt dabei ein zentraler Stellenwert zu. Eine Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ist deshalb an dieser Stelle zu nennen, weil für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des sozialen Netzes für notwendige strukturpolitische Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für ein Bildungssystem, das allen, unabhängig von der sozialen Herkunft, gleiche Bildungschancen eröffnet, die notwendigen finanziellen Mittel nur durch Umverteilungsprozesse zwischen Kapital und Arbeit und innerhalb des Staatshaushaltes freigemacht werden können. Eine solche Umverteilung ist aber nur möglich, wenn vor allem im Bereich des Rüstungshaushaltes konsequent gekürzt wird. Diese Umverteilung trägt nicht nur zur Sicherung des inneren Friedens bei, weil sie wirtschafts- und sozialpolitisch sinnvoll und notwendig ist, sondern kommt auch den sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik entgegen. Ein Leben in Frieden, wobei Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg bedeutet, ist Grundlage und Voraussetzung für sozialen Fortschritt und die freie Entwicklung des Menschen.

Erna Zmuda-Schamper

Rationalisierung in Handel und Büro: Zur besonderen Betroffenheit von Frauen

Rationalisierung ist kein neues Phänomen. Neu sind allerdings das Tempo und das Ausmaß der gegenwärtigen Rationalisierungswelle, die zusammentrifft mit einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit. Immer häufiger ist heute die direkte Folge von Rationalisierung Arbeitslosigkeit. Denn über Menge und Art der Arbeitsplätze entscheiden nicht die abhängig Beschäftigten, sondern weitgehend die Unternehmer allein. Das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das seinen Namen nicht verdient, hat daran nichts geändert.

Noch vor wenigen Jahren konnte der verhältnismäßig langsame Rationalisierungsprozeß kompensiert werden. Hohe Wachstumsraten und Arbeitszeitverkürzungen verhinderten ein Umschlagen von »Freisetzungen« in Arbeitslosigkeit. »Freigesetzte« Arbeitskräfte konnten in expandierenden Wirtschaftsbereichen — vor allem im Dienstleistungsbereich — wieder Arbeit finden. Diese Voraussetzungen sind heute nicht mehr gegeben, da gerade Büro-Arbeitsplätze im Zentrum der Rationalisierungsbestrebungen sowohl der privaten wie öffentlichen Arbeitgeber liegen. Die ungeheure Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung — insbesondere auf dem Gebiet der Elektronik — trifft besonders den Büro- und Verwaltungsbereich und damit die Angestellten. Der Einsatz von Computern ist nicht zu stoppen. Nicht zuletzt, weil Mikroelektronik immer billiger wird, steigt der Computereinsatz auch bei den Klein- und Mittelbetrieben unaufhörlich an.

Aber es sind nicht allein die neuen Techniken, die von den Unternehmern zu Rationalisierungszwecken genutzt werden. Einher geht die Veränderung der Arbeits- und Betriebsorganisation. Die verschiedenen Maßnahmen greifen immer stärker ineinander; technische und organisatorische Rationalisierung werden gebündelt eingesetzt. Gleichzeitig werden sie ergänzt durch ausgefeilte Methoden der betrieblichen Personalplanung. Am Beispiel des Einzelhandels soll dies verdeutlicht werden:

Der Einsatz von elektronischen Datenkassen ist nur die Spitze des Eisberges. Dahinter verbirgt sich ein komplettes Computersystem, mit dem sich der gesamte Warenfluß steuern und kontrollieren läßt. Die neuen Kassen liefern exaktes Datenmaterial über Umsatzvolumen, Umschlaghäufigkeit, Umsatz pro qm/Filiale, Abteilung, Kundenfrequenzen. Dadurch lassen sich Zeitpunkt/Umfang von Arbeitsanfällen/Arbeitsvolumen bemessen. Die erfaßten Daten können auf Monate/Jahre hochgerechnet und so für die zukünftigen Planungen genutzt werden. Damit schaffen also die Datenkassen »nebenbei« die Voraussetzungen dafür, die Personaleinsatzplanung noch flexibler zu gestalten. Das exakte Datenmaterial liefert die Voraussetzung dafür, Arbeitskräfte kapazitätsorientiert und variabel einzusetzen. Die Folge: Teilzeitarbeit wird ausgeweitet, Vollzeit Arbeitsplätze gehen verloren (fast ausschließlich Frauen). Die Arbeit wird zudem noch leistungsintensiver. Außerdem kann jedes Datensichtgerät als Bestandteil innerbetrieblicher Personalinformationssysteme die totale Kontrolle der Arbeitnehmer möglich machen.

Neben dem Einsatz von Computern droht dem Dienstleistungsbereich, insbesondere dem Handel, eine neue Rationalisierungswelle, nämlich die Einführung von Bildschirmtext. Kunden und Verbrauchern wird es dann möglich sein, Bestellungen, Kontenführung und Korrespondenz in der eigenen Wohnung über entsprechend ausgerüstete Fernsehgeräte, die an globale Datennetze angeschlossen sind, zu erledigen. Fachleute schätzen, daß die

flächendeckende Einführung von Bildschirmtext allein im Bereich des Handels annähernd 100 000 Arbeitsplätze gefährdet. Aber auch in den Branchen Banken, Versicherungen und Reisebüros können durch die Ausweitung der Kundenselbstbedienung Arbeitsplätze in erheblichem Umfang wegrationalisiert oder aber in die Wohnungen der jeweiligen Mitarbeiter verlagert werden. Mit der Entwicklung und dem Einsatz neuer Informationstechniken ist es also möglich, die Heimarbeit über die herkömmlichen Grenzen hinaus auszudehnen. Betroffen davon werden überwiegend Frauen sein. Neben den alten Übeln der Heimarbeit wie soziale Isolation, mangelnde Arbeitszeitregelungen, Arbeitsschutz- und Entgeltregelungen werden neue dazukommen: die umfassende Kontrolle von Leistung und Verhalten der Beschäftigten.

Besondere Betroffenheit von Frauen

Während frühere Rationalisierungsmaßnahmen besonders in der Industrie durchgeführt wurden, ermöglichen nun die neuen Techniken in großem Umfang die Rationalisierung in den Büros, im Handel und in anderen Bereichen der Angestelltenberufe sowie bei Dienstleistungen. Dies alles sind Berufsfelder, die traditionellerweise in starkem Maße von Frauen besetzt sind. So sind z.B. zwei Drittel der Auszubildenden im kaufmännischen Bereich immer noch Mädchen. Der hohe Anteil von Arbeitslosen gerade aus den Büro-, Organisations- und Verwaltungsberufen zeigt schlagartig, wie hier die Arbeitsplatzvernichtung fortschreitet, und das geht im wesentlichen zu Lasten von Frauenarbeitsplätzen. Dabei handelt es sich zum weitaus größten Teil um einfache Tätigkeiten auf den unteren und mittleren Funktionsebenen. So arbeiten beispielsweise bei Banken und Versicherungen die meisten Frauen in den Bereichen der Daten- und Textverarbeitung, der einfachen Informations- und Sachbearbeitung, im Zahlungsverkehr. Aber auch qualifizierte Sachbearbeitertätigkeiten bleiben nicht verschont, weil Kopfarbeit und Denkprozesse schematisierbar, standardisierbar und damit programmierbar sind und durch Maschinenarbeit ersetzt werden können.

Hinzu kommt, daß Frauen zusätzlich benachteiligt werden durch eingeschränkte Angebote an Weiterbildung und Umschulung, so daß Aufstiegsmöglichkeiten kaum gegeben sind. Bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung wird es für Frauen immer schwerer, überhaupt wieder in den Beruf zurückzukehren. Schaffen sie es, müssen sie meistens wieder »ganz unten« anfangen. Viele sind froh, wenigstens einen Teilzeitarbeitsplatz zu ergattern, damit sie Beruf und Familie besser miteinander verbinden können. Aber Hunderttausende haben resigniert und sind in die sogenannte stille Reserve abgedrängt worden. Frauenarbeitslosigkeit wird in der Öffentlichkeit nach wie vor als weniger bedrückend empfunden. Verheiratete Frauen haben es in Krisenzeiten besonders schwer. Sie werden als »Doppeldiener« diffamiert, als erste entlassen und als letzte eingestellt. An der Unternehmerstrategie, Frauen als Reservarmee zu benutzen, hat sich nichts verändert.

Gesundheitliche Belastungen nehmen zu

Steigende Arbeitsintensität und zunehmendes Arbeitstempo beanspruchen Gesundheit und Leistungsvermögen der Arbeitnehmer in hohem Maße. Besonders die aus den neuen Technologien und veränderten Arbeitsorganisationen resultierenden Arbeitsbedingungen führen zu einem deutlichen Anstieg gesundheitlicher Belastungen. So ergeben sich beispielsweise besondere Probleme bei den Bildschirmarbeitsplätzen oder den Kassensarbeitsplätzen aufgrund der einseitigen Beanspruchung. Häufig treten Lärm-, Klima- und Be-

leuchtungsprobleme gleichzeitig auf. Muskelschmerzen in Rücken und Nacken, Augenbeschwerden und Störungen des vegetativen Nervensystems sind die Folge. Die hohe Zahl von Frühinvaliden beweist das. Berufstätige Frauen sind besonders betroffen. Sie haben eine niedrigere Lebenserwartung als berufstätige Männer, was mit Sicherheit auf die lebenslange Doppelbelastung zurückzuführen ist.

Neue Arbeitszeitsysteme

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit werden verstärkt auf allen Ebenen Strategien der Arbeitsumverteilung diskutiert. Neue Arbeitszeitmodelle werden angepriesen: Job-Sharing, Job-Splittung, Kapovaz (= kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit) sind nur einige von ihnen. Mehr Flexibilität heißt die Devise. Die schöne Zukunftsvision flexibler Arbeitszeitpolitik bekommt ein anderes Gesicht, wenn man sich anschaut, was in den Betrieben wirklich passiert. Reichlich unbemerkt in der Öffentlichkeit hat sich Teilzeitarbeit gerade in letzter Zeit erheblich ausgeweitet. Betroffen sind fast nur Frauen. Da den Unternehmern ein ausreichendes Arbeitskräftepotential zur Verfügung steht, ist die Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen weder zufällig noch ein Ausdruck des Eingehens auf die Wünsche der Beschäftigten. So ist auch die Ausweitung flexibler Arbeitszeitsysteme nicht zufällig, sie ermöglichen den jeweiligen Unternehmern die rasche Anpassung an Konjunktur- und Umsatzbewegung. Das beste Beispiel dafür ist die bereits beschriebene kapazitätsorientierte Arbeitszeit im Einzelhandel. Hier wird deutlich, daß es sich ja nicht um die Bereitstellung *zusätzlicher* Teilzeitarbeitsplätze handelt, sondern überwiegend um eine Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze. Somit kann Teilzeitarbeit die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen, ganz im Gegenteil. Individuelle Arbeitszeitflexibilisierung entspricht dem schlechten Gewinninteresse der Arbeitgeber und steht in engem Zusammenhang mit den vielfältigen Maßnahmen zur Rationalisierung. Die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wird von den Arbeitgebern durch die Ausweitung der Teilzeitarbeit immer mehr unterlaufen. Außerdem verschärft sich die Konkurrenz zwischen »billigen« und »teuren« Arbeitskräften.

Gewerkschaftliche Forderungen

Angesichts der gegenwärtigen hohen Arbeitslosigkeit und der zukünftigen Beschäftigungsrisiken zeigt sich, daß die traditionellen beschäftigungspolitischen Maßnahmen allein unzureichend sind. Es ist dringend notwendig, eine Politik der Vollbeschäftigung vor allem durch Arbeitszeitverkürzungen anzusteuern, d.h. die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen. Dabei kommt der täglichen Verkürzung der Arbeitszeit besonderes Gewicht zu. Neben dem arbeitsmarktpolitischen Effekt bietet sie auch die wichtige Voraussetzung dafür, Beruf und Familie besser miteinander verbinden zu können.

Die Krisensituation macht aber vor allem deutlich, daß ohne gleichgewichtige Entscheidungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer über Produktion, Produktionsverfahren, Preise und Investitionen die Arbeitslosigkeit nicht gelöst werden kann. Spektakuläre Fälle von Massenentlassungen und Firmenschließungen gerade in jüngster Zeit zeigen, wie ohnmächtig Arbeitnehmer ohne Mitbestimmungsrechte sind. Mit einer breit angelegten Kampagne wollen die Gewerkschaften die Mitbestimmung wieder in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellen. Nur durch erweiterte Arbeitnehmerrechte wird auch der technische Wandel sozial beherrschbar. Rationalisierungsschutz und soziale Gestaltung neuer Technologien müssen vorbeugend erfolgen. Das setzt voraus, daß eine umfassende Informationspflicht des Arbeitgebers durchgesetzt wird, die einen wirksamen Einfluß während der

Planungsphase, also im Vorfeld von Rationalisierungsmaßnahmen, erlaubt. Technologische Entwicklungen dürfen sich nicht gegen die arbeitenden Menschen richten.

Mit Hilfe der Technik und Elektronik haben wir auch die Chance, mit viel geringerer menschlicher Arbeitskraft ein Volumen von Gütern zu erzeugen und Dienste leichter zu erbringen, die das Leben erleichtern und Freude bringen.

Was die Situation der Frauen betrifft, ist ein Bündel zusätzlicher Maßnahmen zur Überwindung der Probleme erforderlich. So müssen beispielsweise spezielle Fördermaßnahmen entwickelt werden, weil ein großer Nachholbedarf besteht. Das Angebot der Bildungsmaßnahmen muß so ausgestaltet werden, daß eine Benachteiligung von Frauen mit familiären Verpflichtungen ausgeschlossen ist. Zudem müssen familienergänzende soziale Einrichtungen bedarfsgerecht und kostenfrei angeboten und qualitativ verbessert werden. Nicht zuletzt bedarf es gesetzlicher Regelungen, wie beispielsweise die Einführung eines Erziehungsurlaubes für Mütter und Väter oder die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für die Berechnung der Renten.

frontal
DAS SOZIALISTISCHE STUDENTENMAGAZIN

Angebot

Wer jetzt abonniert, bekommt als Geschenk das Buch „legal – illegal – scheißegal“.

KOSTENLOS möchte ich die neue frontal haben. Wenn mir die frontal nicht gefällt, teile ich das innerhalb von 14 Tagen mit, und bei der einmaligen Probeflieferung bleibt's dann auch. Hört Ihr nach dieser Frist nichts von mir, bin ich neuer Abonnent und bekomme pro Jahr 6 Hefte zum Preis von 12,- DM. Außerdem bekomme ich als Geschenk das Buch „legal – illegal – scheißegal“. Das Abo kann ich jeweils zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

Name und Adresse _____

Datum und Unterschrift _____

frontal, Postfach 170 203, 5300 Bonn Ko

Karin Roth

Zum Reich der Gleichheit und Freiheit

Phantasie für übermorgen ...

Mit der Wirklichkeit Schritt zu halten, sich »zeitgleich« zu bewegen, das allein genügt all denjenigen nicht, die den großen Traum von gesellschaftlicher Veränderung träumen. Für sie ist die Befreiung der Menschen von Unterdrückung und kapitalistisch-patriarchalischer Herrschaft denkbar, möglich und durchsetzbar. Neues zu entwerfen, die Hoffnung, das neue Andere könne verwirklicht werden, unter diesen Prämissen erhält die sozialistische Utopie eine völlig veränderte Funktion, einen anderen, realen Sinn.

Bloßes Versprechen auf das voraussichtliche Glück der nächsten Generationen ist für die Menschen unserer Zeit kein Trost. Sie wollen ohne Angst um ihre Existenz, ohne Angst um den Verlust ihrer Arbeit, ohne Angst vor Kriegen schon heute leben. Deshalb ist neben dem Aufbau des Neuen, die Klärung des Alten zu leisten. Im Kampf gegen das Alte wird das Neue vorweggenommen; wer kämpft, verändert sich. Das Alte, die geschichtlichen Erfahrungen, ist aufzuarbeiten, aus Fehlern ist zu lernen.

Kenntnis von den Bedürfnissen und Hoffnungen derjenigen, mit denen das Neue aufzubauen, zu schaffen ist, ist Voraussetzung für eine reale Utopie. Den Bedürfnissen setzt die Realität oft scheinbare »Grenzen«, jedoch kann ohne eine grenzüberschreitende Phantasie von übermorgen — das Streben nach Genuß im umfassenden, kulturellen Sinne —, also das Begrenzte heute überwunden, das Unbegrenzte morgen nicht erreicht werden.

Allzuoft lähmt das »Machbare« das Denken und Handeln einzelner (zu vieler). Alles dreht sich unaufhörlich im »Kreis«. Nichts bewegt sich. Aber: Der »Kreis« ist die geschichtliche Gerade, es sind die Widersprüche der Erscheinungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die eine grenzüberschreitende Perspektive dringend brauchen. Alles bewegt sich (nicht im Kreis).

Dialektik im Denken und Handeln anzuwenden, heißt zu wissen, daß Utopisten aller Zeiten jeweils zweimal verlacht wurden. Einmal zu ihren Lebzeiten, als man ihnen vorgeworfen hat, sie würden Unmögliches verlangen, erwarten. Zum anderen, lange nach ihrem Tod, wurden ihre Zukunftsvisionen als beschränkt, als völlig unzulänglich und hinter der historischen Entwicklung zurückgeblieben moniert.

Ohne eine sinnvolle Perspektive kann keine/keiner ein Leben lang kämpfen. Es hat niemand die Kraft, gewerkschaftliche Arbeit unermüdlich Tag für Tag zu tun. Phantasie von übermorgen kann Gegenmacht aushecken. Aber: Nicht die Phantasie ist an der Macht, sondern die Macht.

Mit Machtstrukturen umzugehen, zu lernen, daß die sozialen Auseinandersetzungen Spiegelbild des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit sind, macht Hoffnung, schafft Verpflichtung. Der Wunsch nach Veränderung dieser Macht- und Herrschaftsstrukturen beinhaltet daher die Aufforderung, sich mit den Ängsten der Menschen zu befassen, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu interpretieren, das Wissen über die Ursachen der gesellschaftlichen Widersprüche zu verbreiten, die Wirklichkeit zu verändern. Dies alles ist Aufgabe der gewerkschaftlichen (Frauen-)Arbeit, einer Arbeit mit und für Frauen. So wie es ist, bleibt es nicht.

Wo Angst entsteht, da geht's lang

Wenn in gewerkschaftlichen und politischen Programmen, in Büchern nur die Lösung

von Problemen notiert wird, dann werden die Spuren gelöscht, denen man folgen könnte. Wenn nur die Lösungen für die zu erwartenden technologischen Veränderungen, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Arbeitslosigkeit, besonders die der Frauen, beschrieben werden, dann können wir nichts lernen, und alles Beschriebene wäre nutzlos.

Obwohl Frauen keine Privilegien zu verlieren haben, obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter überfällig ist, haben Frauen Angst, unangenehm aufzufallen, als »Emanzen« beschimpft zu werden, alleine zu sein, aus der Anonymität herauszutreten, Partei zu ergreifen, wenn sie für sich und andere Probleme lösen, also kämpfen sollen. Angst hinterläßt tiefe Spuren im Bewußtsein, ist der psychische Hebel eines Verhaltens, über den entweder Resignation und Anpassung oder Hoffnung und Widerstand erzeugt werden.

Tagtäglich erfahren Frauen, daß ihre Arbeitskraft »weniger wert« ist, ja sogar in Krisenzeiten auf sie »verzichtet« werden kann. Ihr Selbstbewußtsein, ihr Verhältnis zu ihrer eigenen Arbeitskraft wurden früh verbogen, gebrochen. Sie fühlen sich als »Minderheit«, scheuen sich, anders zu sein als traditionell verlangt und gesellschaftlich akzeptiert wird. Die Widerstände des anderen Geschlechts, die Diffamierung, im Mittelpunkt seiner selbst willen stehen zu wollen, die Vorstellung vom »Glück« ohne Konfliktbewältigung, bestimmen noch immer das Denken und Handeln von Millionen Frauen.

Die Spuren, Geschichte von Ausbeutung, die doppelte Unterdrückung der Frauen, das ist unser Erbe. Weibliche Aufopferung im Schoße der patriarchalischen Familie, diese Ideologie gehört keineswegs der Vergangenheit an. Sie wird permanent, besonders in Krisenzeiten, dazu benutzt, um das »schlechte Gewissen« der Frauen, in der Kindererziehung zu versagen (Väter spielen immer noch keine Rolle), zu schüren, damit sie freiwillig auf ihre Persönlichkeitsentwicklung verzichten, den Beruf aufgeben und sich ausschließlich und kostenlos der Erziehung ihrer Töchter widmen, bis dann die Töchter ebenfalls auf ihre Persönlichkeitsentwicklung verzichten, bis dann die Enkelin dasselbe oder anders macht. Warum sollten die Kinder anders als ihre Väter und Mütter werden?

Wer die Rolle der Arbeit für seine Persönlichkeit und Existenz herunterspielt, als belanglos darstellt, und ein Leben ohne Arbeit sogar als segensreich, besonders für Frauen, beschreibt, der verdrängt seine eigenen Ängste, arbeitslos zu werden, oder er profitiert davon. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist für Frauen und Männer real. Gefährlich ist, daß sie für Frauen als erträglicher und damit zumutbar gilt. Zumutbar, weil scheinbar weniger bedeutend. So sollen auf Kosten der lohnabhängigen Frauen und Männer alte Verhältnisse erneuert werden. Die Spuren der Spaltung der Arbeiterbewegung sind nicht mehr nur latent vorhanden. Das Handeln der männlichen Gewerkschafter offenbart den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis.

Gesellschaftliche Programmatik und Gewerkschaftstagsbeschlüsse einerseits, Betriebspolitik und alltägliches Verhalten der Familie und Politik andererseits, mit diesem Spannungsverhältnis lernen umzugehen, es zu begreifen als einen beeinflussbaren Prozeß innerhalb der Bewegung, macht Frauenarbeit auch in den gewerkschaftlichen Organisationen notwendig.

Die Überwindung der Angst, sich zu gewerkschaftlichen Zielen zu bekennen, Konflikte offenzulegen, Kritik am Bestehenden zu üben, ist dann möglich, wenn die gesellschaftlichen Ursachen von einzelnen erkannt werden, wenn sich die einzelnen ihrer Stärke bewußt sind und sie ihre Macht in solidarischem Handeln als Kollektiv erfahren. Die Spuren der Sprachlosigkeit, Unwissenheit und Vereinzelung hinterlassen Schwäche. Wissen wofür, gegen wen und mit wem Frauen kämpfen, das gibt ihnen (und den lohnabhängigen Män-

ner) Mut, Kraft und Ausdauer, für ihre Interessen zu streiten. Gerade weil in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit sich in dieser Handlungsweise manifestiert, weil Gewerkschafterinnen massiven Repressionen von Anbeginn ihres Handelns ausgesetzt sind, führen Vorstellungen von Sozialpartnerschaft, »sozialen — inneren« Frieden an der Wirklichkeit in den Betrieben, in der Gesellschaft vorbei, sie sind irreführend.

Nichts fällt vom Himmel

Andere, »neue« Menschen zu werden, seine bisherige Lebenspraxis zu überdenken, die Hürde bisheriger Werte und Normen zu überspringen, dies alles kann in einem gemeinsamen Lern- und Kampfprozeß gelingen. In den Auseinandersetzungen werden Frauen anders. Aber wie kommt es dazu? Gezielte Aktionen, die die Bedürfnisse der Frauen erfragen, ihre Probleme aufgreifen, ermutigen Frauen, sich zu wehren. Sie werden einbezogen, entdecken ihre Bedeutung als Subjekt der Geschichte.

In den Aktionen »zur Durchsetzung von Lohngleichheit« haben Frauen die langerduldete, als nicht aufhebbar erscheinende Diskriminierung aufgedeckt. Sie haben sich sachkundig gemacht, Tarifverträge und Gesetze studiert, Argumente gesammelt und vorgetragen. Sie haben gelernt zu diskutieren, sich zu verteidigen, haben ihren »Kopf« entdeckt. Schon während des Kampfes waren sie nicht mehr dieselben wie vorher. Als dann die Mutigsten von ihnen auch noch vor den Gerichten und Richtern nicht haltmachten, standen immer mehr Frauen auf.

Ein Signal dafür waren die »Heinze-Frauen«. Die Veränderung bei den Frauen bekamen auch die Männer in den Betrieben zu spüren. Zunächst verwundert, abseitsstehend, dann doch mit immer mehr Respekt begleiteten sie die Aktionen der Frauen. Die Frauen selbst spürten überall die Fesseln. Doch das hielt sie nicht auf. Trotz Arbeitslosigkeit und Reallohnsenkung haben sie im Kampf um Lohngleichheit und richtige Eingruppierung Erfolge. Immer mehr Arbeitsgerichtsprozesse, vor allem aber mehrere Tausend betriebliche Höhergruppierungen (von der Leichtlohngruppe weg), die Diskussion um eine »soziale Komponente« (stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen) bei Tarifrunden, sind ein Spiegelbild unermüdlichen Engagements. Immer mehr Frauen werden Mitglied einer Gewerkschaft, kandidieren für den Betriebsrat, werden gewählt, setzen sich für Positionen innerhalb gewerkschaftlicher Gremien durch.

Ein Beispiel im Bereich der IG Metall:

Der Anteil der weiblichen Betriebsratsmitglieder konnte von 10,4% (1978 = 6984 Betriebsrätinnen) auf 11,5% (1981 = 7562) erhöht werden. 81 Betriebsratsvorsitzende im Jahre 1981, das sind 11,5% mehr als 1978 (361 Betriebsratsvorsitzende wurden gewählt). Eine stolze Bilanz der gewerkschaftlichen Frauenarbeit und noch mehr: In den Jugendvertreterwahlen konnte der Anteil der Frauen von 11,6% (1978) auf 17,5% (1982) gesteigert werden. Bei den Vorsitzenden der Vertrauensleutekörper haben Frauen ein Traumergebnis erzielt. Ihr Anteil wurde mehr als verdoppelt, er stieg von 2,7 auf 5,8% an. Das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß sich Frauen innerhalb der Betriebe und in der IG Metall durchsetzen.

Wider die Verelendung — für den Genuß

Seit Ende der siebziger Jahre hat sich ein neues strategisches Konzept der Wirtschaftspolitik durchgesetzt, in dessen Zentrum binnenwirtschaftlich Austerität und außenwirtschaftlich bedingungslose Expansionsförderung stehen. Für die Verteilung der gesellschaftlich erarbeiteten Güter heißt dies: Investitionsförderung und Subventionierung der Profite der Unternehmen auf der einen Seite, Sozialabbau und Reallohnverlust, Arbeitslosigkeit und Verelendung von Millionen auf der anderen Seite.

Frauen gehören zu den ersten, die in die Verelendung getrieben werden. Von rund 360000 weiblichen Arbeitslosengeldempfängerinnen bezogen 90,3 Prozent weniger als 250 DM Arbeitslosengeld pro Woche. Von insgesamt rund 286000 Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe erhielten rund 77000 weibliche Arbeitslosenhilfeempfängerinnen weniger als 250 DM. Die meisten arbeitslosen Frauen erhalten keine Arbeitslosenhilfe (Stand: September 1982).

Der Kern der Problematik gesellschaftlicher Entwicklung, vor der wir stehen, ist die Tatsache, daß unter den gegebenen kapitalistischen Bedingungen (höchstmögliche Verwertung des Kapitals) nicht ausreichend genug Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ganz zu schweigen von der Problematik des Wachstums um jeden Preis, ohne Rücksicht auf Umwelt und Ressourcen. Es ist in dieser Wirtschaftsordnung ausgeschlossen, daß sich die Wachstumsraten so gravierend erhöhen, daß damit die Arbeitsproduktivitätssteigerung annähernd ausgeglichen werden könnte.

Und es ist nicht utopisch davon auszugehen, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit 1990 nur noch zwischen 25 und 30 Stunden wöchentlich beträgt.

Das schafft für Frauen zusätzliche, hoffnungsvolle Perspektiven (nicht nur Beschäftigung, sondern auch Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik — 5 Stunden Arbeit am Tag sind genug!).

Das Bedürfnis, ohne Hektik zu arbeiten, mehr freie Zeit zu haben, ist besonders bei Frauen groß. Sie stecken in dem Dilemma, daß sie im Umgang mit den Kindern Geduld entwickeln, Zeit opfern sollen und müssen, während in der Fabrik das Motto »Zeit ist Geld« ganz andere Verhaltensweisen verlangt. Eine Arbeitszeitpolitik, die sowohl den Arbeitstag verkürzt als auch niedrigere Leistungsnormen durchsetzt, dafür würden Frauen kämpfen, weil dabei die Doppelbelastung für Frauen vermindert wird.

Warum sollte jede/jeder die Mühen des Kampfes gegen das Kapital aufnehmen, wenn nicht für den Genuß! — Die kulturellen Bedürfnisse der Menschen sind unersättlich. Zu den zentralen Aufgaben der gewerkschaftlichen Arbeit gehört daher, die Konturen eines Berges und die Aussicht vom Gipfel in das Reich der Freiheit und Gleichheit so zu beschreiben, daß sich der mühevolle Aufstieg in jedem Falle lohnt.

Das Nachdenken über Lohngleichheit, über eine andere Bildungspolitik, veränderte Produktions- und Arbeitsstrukturen, über neue Produkte und andere Ansprüche, über die Rolle der Frauen, die Beseitigung von Kriegsgefahren, sind konkrete Aufgaben. Es sind die kleinen und großen Aufgaben des gewerkschaftlichen Tages- und Überlebenskampfes, bei dem man spüren muß, daß die/der einzelne gefragt, seine Antwort von Interesse ist. Dies setzt emotionale Geborgenheit, den Abbau autoritärer Strukturen, die Chance einer umfassenden persönlichen Entwicklung voraus. Emotionen sind das motivationale Scharnier, das Erkenntnis und Handeln verbindet. Gewerkschaftliche Frauenarbeit hat daher die Bewußtseinsstrukturen, die Ängste, die Erfahrungen der arbeitenden Frauen zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit zu machen. So ist jeder »kleine« Erfolg Baustein

für die Summe von gewerkschaftlichen Erfolgen und Entwicklungsprozessen, die zu einer besseren Gesellschaft führen. Der neue Mensch entwickelt sich schon in den alten Verhältnissen, im Neuen gibt es noch viele »alte« Menschen. Dialektik heißt nicht Harmonie.

Stabilisieren, Mutmachen ist in der Gruppe, im überschaubaren Bereich möglich und schützt vor sozialer Isolation. Hinhören, aufeinander Rücksicht nehmen, eigene Ängste offenlegen, zu seinen Problemen stehen, stärkt die eigene und die Widerstandskraft der anderen. Wer Angst hat, Fehler zu machen, der wird selbst zum Problem, Fehler machen zu können, Fragen zu stellen, sich Wissen anzueignen, lernen, Parteilichkeit zu formulieren, ist der Schritt zur Politisierung von Frauen, der Einstieg für das nächste, das Kurz- und Langfristige zugleich.

Das Leben der Frauen kann im Kampf um Gleichberechtigung und Emanzipation aller Abhängigen nur besser werden. Sie haben nichts zu verlieren, als ihre »Ketten« ... Sie haben zu gewinnen ein Leben ohne Angst, eine Existenz, in der Liebe ohne Unterdrückung möglich sein wird.

Wenn Menschen miteinander Beziehungen zueinander und zur Welt eingehen und dadurch menschlicher werden, wenn sie durch ihr menschliches Verhalten zur Erweiterung des Lebenssinns beitragen und so eine Produktion nichtmaterieller Werte zur Wahrung und Entwicklung einer neuen, menschlichen Existenzmöglichkeit schaffen, dann ist der Sinn ihres Lebens gesichert, dann ist Genuß möglich. Wer sich die Frage nach dem Sinn seines Lebens nicht stellt, dem öffnet sich nicht das Fenster zum Reich der Freiheit und Gleichheit. Wer sich über die geschichtliche Wirklichkeit stellt, stellt sich außerhalb der Geschichte, wird zum Objekt der geschichtlichen Prozesse, er wendet sich gegen sich selbst.

Die Arbeiter- und Frauenbewegung kann *nichts* auf bessere Zeiten vertagen. Bessere, menschlichere, gleichberechtigte Zeiten verlangen, sein Ich/Wir heute zu behaupten, verlangen Widerstand.

Bärbel Klöckner

Solidarität tut Not!

Ausländische und deutsche Frauen in der Krise

Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen sind am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen liegt mit über 17% überproportional hoch. Die Arbeitsplatzvernichtung in der Krise erfolgte besonders stark auf Kosten der Ausländer. So entfielen von 1973 bis 1977 auf die ausländischen Lohnarbeiter 61% des Beschäftigungsabbaus, obwohl die »Gastarbeiter« bei den Erwerbstätigen nur einen Anteil von 10 bis 12% stellten.¹ Trotz dieser Tatsachen wird weiterhin so getan, als ob die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter für die Krise verantwortlich wären. Die »Lösung des Arbeitslosenproblems« wird eng verknüpft mit der Lösung des Ausländerproblems. So ist nach Auffassung des Bundeskanzlers Kohl die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ohne die Bereinigung des Ausländerproblems nicht vorstellbar. Joseph Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, bringt es auf die seinen Parteifreunden genehme Formel: Je schlechter die Wirtschaftslage, desto größer der Ruf des deutschen Volkes nach Verringerung der ausländischen Arbeitskräfte.

Die Ausländer werden durch derartige Aussagen von staatlicher Seite, unterstützt von Unternehmervereinigungen und den Medien, zu Sündenböcken der kapitalistischen Krise gemacht. Auf Seiten der deutschen Bevölkerung setzen sich diese Parolen in vielen Köpfen fest und bestimmen die Haltung der deutschen gegenüber der ausländischen Bevölkerung. Mittlerweile glauben drei Viertel der Bundesbürger, laut repräsentativer Befragung, daß viele der gegenwärtigen Probleme durch die Ausländer verursacht sind. Auf diese Weise wird der mit der Krise zunehmenden Ausländerfeindlichkeit bewußt oder unbewußt Vorschub geleistet.

Was unter der neuen Rechtsregierung auf die ausländische Bevölkerung zukommt, verdeutlichen die Empfehlungen der »Kommission Ausländerpolitik«, eine Bund-Länder-Kommission, die von CSU-Innenminister Zimmermann eingesetzt wurde. So soll Nicht-EG-Ausländern die politische Betätigung fast gänzlich untersagt bleiben, der Ehegattennachzug weiter erschwert, das Nachzugsalter für Kinder auf 6 Jahre gesenkt und Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern mit der sofortigen Ausweisung gedroht werden. Mit Hilfe derartiger Maßnahmen ist es möglich, jeden unerwünschten Ausländer auf »legale« Art und Weise abzuschieben. Die Folgen einer solchen Ausländerpolitik sind die Verstärkung der vorhandenen Fremdenfeindlichkeit, die Rechtfertigung von Scheinargumenten für einen aggressiven und irrationalen Ausländerhaß,⁴ der der Etablierung einer Ausländer-Raus-Mentalität dient.

Von hoher Arbeitslosigkeit, sich verschärfenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften und von zunehmender Ausländerfeindlichkeit sind die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Frauen besonders hart betroffen.

Lage ausländischer Frauen in der Bundesrepublik Deutschland

Ausländische Frauen leben unter den verschiedensten Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese werden bestimmt durch ihre Nationalität, die politisch-ökonomische Situation ihrer Heimatländer, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion sowie durch unterschiedliche Sozialisationsbedingungen.² Diese unterschiedlichen Voraus-

setzungen führen dazu, daß Ausländerinnen von Problemen und Schwierigkeiten verschieden stark betroffen sind. Über die verschiedenen Voraussetzungen hinaus gibt es aber Gemeinsamkeiten, die im großen Maße die Situation der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Frauen kennzeichnet.

Die über 1,8 Millionen ausländischen Frauen und Mädchen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, unterliegen den gültigen ausländerrechtlichen Bestimmungen. Das bedeutet, ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik wird bestimmt durch das Ausländergesetz, die Arbeitserlaubnisverordnung und allen dazugehörigen Verwaltungserlassen. Sind ausländische Frauen im Zuge des Familiennachzuges in die Bundesrepublik gekommen, was für den größten Teil der Frauen hier lebender ausländischer Arbeitnehmer zutrifft, unterliegen sie Regelungen, die ihren Aufenthalt hier in besonderer Weise einschränken: Ihre Aufenthaltserlaubnis hängt ab von der des Mannes. Das bedeutet, daß die Frau ihre Rechte verliert, wenn sie sich von ihrem Mann trennen will. Der Mann allein ist derjenige, der über den Aufenthaltsort bestimmen kann.³ Die Arbeitsaufnahme wird dem nachziehenden Ehegatten erst nach einer Wartezeit von vier Jahren gestattet. Das hat wiederum zur Folge, daß die Frauen sich zwangsweise in die ökonomische Abhängigkeit des Mannes begeben müssen. Zu den diskriminierenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen kommt hinzu, daß die hier lebenden Ausländer keinerlei politische Rechte besitzen. Ihre politische Tätigkeit kann jederzeit eingeschränkt werden, das Wahlrecht zu Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen wird ihnen verweigert.

Ausländische Frauen in der Bundesrepublik leben in einem ihnen fremden Land, das sich in seinen Strukturen, den Werten und Normen von denen ihrer Heimatländer unterscheidet. Der Übergang von einer agrarisch-ländlichen in eine hochtechnisiert-städtische Umgebung beinhaltet für die meisten ausländischen Frauen die Konfrontation mit einer völlig neuen, unbekanntem Welt. Die gewohnte Umgebung, die Stellung in der Familie, in der Dorfgemeinschaft, all dies ändert sich.⁴

Nach den traditionellen Wertvorstellungen der Heimatländer dürfen Frauen in der Regel ihre häusliche Umgebung nicht verlassen. Sind sie aufgrund der ökonomischen Zwänge dennoch darauf angewiesen, eine Arbeit aufzunehmen, fällt ihnen die Umstellung schwerer als ihren Männern. Gründe hierfür sind *fehlende Sprachkenntnisse* sowie die *traditionelle Rollenauffassung* in ihren Heimatländern, die eine Kommunikation im Außenbereich so gut wie gar nicht zuläßt.

Ausländische Frauen sind in der BRD vornehmlich als Arbeiterinnen beschäftigt. 716000 Frauen sind erwerbstätig bzw. arbeitslos gemeldet. Dies entspricht einem Anteil von 55,9% aller ausländischen Frauen im Erwerbsalter. Bei den deutschen Frauen beträgt der Anteil 55,3%.⁵ Die ungewohnte Arbeit in der Industrie stellt an die ausländischen Frauen physische und psychische Anforderungen, denen sie kaum gewachsen sind:

- Als ausländische Arbeiterinnen werden sie mit den gleichen Schwierigkeiten konfrontiert und unterliegen den gleichen Ausbeutungsbedingungen wie ihre männlichen Kollegen.
- Als ungelernete Arbeiterinnen unterliegen sie den schlechtesten Arbeitsbedingungen und erhalten die niedrigsten Löhne.⁶
- Sie werden nur unzureichend über ihre Rechte informiert. Insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Krisen sind sie der ständigen Angst vor Entlassung ausgesetzt. Die Angst hat ihre Ursache darin, daß ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen als Teil der industriellen Reservearmee aufgrund ihres ungesicherten rechtlich-politischen Status bei Bedarf jederzeit wieder ins Heimatland abgeschoben werden können.

— Nach Beendigung ihres Arbeitstages beginnt für die ausländische Frau die umfangreiche Hausarbeit. Die Zubereitung der Speisen, die sehr viel Zeit in Anspruch nimmt sowie die Schwierigkeiten, die benötigten Spezialitäten zu kaufen, erfordert für die ausländische Frau einen zusätzlichen Zeitaufwand. Die Hausarbeit ist für sie oftmals noch mühseliger als für die berufstätigen deutschen Frauen.⁷ Hinzu kommt, daß der ausländische Mann in der Regel nach der Arbeit seinen außerhäuslichen Kontakten nachgeht. Den Frauen obliegt somit die alleinige Betreuung der Kinder.

Ist die Situation der *berufstätigen* ausländischen Frauen vornehmlich durch ihre Diskriminierung im Arbeitsleben sowie durch die Doppelbelastung als Frau und Mutter gekennzeichnet, leidet die ausländische *Hausfrau* ganz besonders unter der Isolation und Willkür des Mannes.⁸ Infolge der völligen sozio-ökonomischen Abhängigkeit vom Mann bleibt der ausländischen Hausfrau kaum Bewegungsspielraum über den häuslichen Rahmen hinaus. Es ist ihr kaum möglich, ihre Sprachdefizite aufzuarbeiten oder über ihre Probleme zu reden, ihr Wirkungskreis bleibt auf die Familie beschränkt.

Die Zwangsisolation, die tradierten Wertvorstellungen, die ökonomische und emotionale Abhängigkeit vom Mann führen zu einer körperlichen und seelischen Überforderung der ausländischen Frauen. Infolge dieser Belastungen treten vermehrt Nervosität, Depressionen und andere psychosomatische Krankheiten auf.⁹

Ausländische und deutsche Frauen gemeinsam

Als benachteiligte und diskriminierte Gruppe in der deutschen Gesellschaft erfahren die ausländischen Frauen kaum Unterstützung von irgendeiner Seite. Sie sind im Gegenteil aufgrund ihrer äußerlichen Erscheinung, die angeblich nicht in »unsere so zivilisierte und aufgeklärte Gesellschaft« paßt, besonders stark von ausländerfeindlichen Angriffen betroffen. Für die Parteien sind ausländische Mitbürger wenig attraktiv, da sie keine Stimmen bringen; die Gewerkschaften haben es trotz zahlreicher Bemühungen kaum geschafft, die ausländischen Kollegen in ihren Reihen voll zu integrieren. Für die ausländischen Frauen gilt, daß diese in Parteien und Gewerkschaften so gut wie nicht organisiert sind.

Die Frauenbewegung fängt erst an, sich mit der Situation der ausländischen Frauen zu beschäftigen. Dies sieht allerdings häufig noch so aus, daß für die »armen und unterdrückten« Frauen etwas getan werden soll, anstatt zu überlegen, an welchen gemeinsamen Problemen und Interessen von deutschen und ausländischen Frauen angeknüpft werden kann.

Die ausländischen Frauen haben die Probleme von Frauen im Extrem, sie haben die Probleme von Ausländern im Extrem, und sie haben die Probleme von Angehörigen der Unterschicht im Extrem.¹⁰ Aber genau diese generelle These besagt auch, daß es eine Menge von Problemen gibt, die ausländische und deutsche Frauen gleichermaßen betreffen. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, das Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsleben zurück an den Herd, die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die Doppelbelastung von Familie und Beruf sind einige Beispiele. Die Schwierigkeiten ausländischer Frauen sind somit Teil der Unterdrückung der Frau in dieser Gesellschaft, der Diskriminierung von Ausländern in dieser Gesellschaft, zu deren Überwindung der Zusammenschluß und der Kampf aller fortschrittlichen Kräfte erforderlich ist.

Wenn wir deutschen Frauen ernsthaft daran interessiert sind, mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Kolleginnen in Kontakt zu kommen, müssen wir die »Helfer- und Betreuerrolle« ablegen. Wir müssen uns gegenseitig als gleichberechtigt akzeptieren und

über unsere Interessen und Forderungen reden und versuchen, sie gemeinsam zu verwirklichen. Daß dieses kein einfacher Weg ist, bzw. daß die jetzige Situation oftmals noch von Ratlosigkeit, Ausprobieren, neue Wege suchen gekennzeichnet ist, soll das nachfolgende Beispiel verdeutlichen.

Erste Anfänge vor Ort

Das »Internationale Begegnungszentrum Friedenshaus e.V.« in Bielefeld wurde 1981 von Ausländern und Deutschen mit dem Ziel gegründet, der herkömmlichen Ausländerarbeit eine Alternative entgegenzusetzen. Insbesondere der Aufsplitterung und Isolation der Ausländer durch die existierenden Betreuungsverbände sollte entgegengewirkt werden, indem eine Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeit für Ausländer aller Nationalitäten und Deutsche geschaffen werden sollte. Der Hauptansatzpunkt unserer Arbeit liegt darin, daß wir nicht »für« die Ausländer etwas tun wollen, sondern daß wir Ausländer und Deutsche unsere Interessen und Bedürfnisse formulieren und diese gemeinsam durchsetzen.

Die Frauenarbeit des Vereins stellt neben Jugendarbeit, Weiterbildung, Zusammenarbeit mit anderen ausländischen und deutschen Vereinen einen Bereich unserer Arbeit dar. Die Hauptschwierigkeit unserer Arbeit liegt sicherlich darin, zunächst Frauen für die Arbeit zu gewinnen. Aufgrund persönlicher Kontakte über Freundinnen und Bekannte gelang es uns, einige deutsche Frauen anzusprechen. Schwieriger wurde es dann, ausländische Frauen hinzuzuziehen. Wir sahen einen Anknüpfungspunkt darin, zunächst an die Frauen heranzukommen, die bereits in Vereinen organisiert waren oder zu denen ein Kontakt über Männer möglich war. Trotzdem war es für uns deutsche Frauen unmöglich, diese Arbeit allein zu leisten. Gründe hierfür waren fehlende Sprachkenntnisse und Vorbehalte, die auf Seiten türkischer Männer gegenüber deutschen Frauen bestehen. Diese drücken sich insbesondere in der Angst aus, deutsche Frauen könnten ihre Moral- und Wertvorstellungen auf ausländische Frauen übertragen, die sich dann von den Werten und Normen ihrer eigenen Kultur entfernen würden. Die Ursache dieser teilweise unbewußten Angst ist in der Befürchtung der Männer zu suchen, daß ihre eigene Stellung, die sie in der Familie innehaben, fällt, wenn sich ihre Frau »emanzipiert«.

Über eine türkische Frau, die dem Vorstand unseres Vereins angehört, aber auch im türkischen Verein verankert ist, gelang es uns, einige türkische Frauen anzusprechen. Eine Frau, die sozusagen eine Schlüsselperson darstellt, ist deswegen besonders notwendig, weil sie, im Gegensatz zu uns, das Vertrauen ihrer Landsleute hat.

Nach einiger Zeit kamen zu den türkischen Frauen eine Afrikanerin und eine Chilenin hinzu, so daß wir über einen längeren Zeitraum eine Gruppe von 10 bis 12 Frauen waren, die sich regelmäßig traf.

Unser Anspruch, die Idee des Vereins und speziell die der internationalen Frauengruppe mehr Frauen zugänglich zu machen, veranlaßte uns zu der Überlegung, durch Aktivitäten wie Feste, Filmvorführungen andere ausländische und deutsche Frauen anzusprechen.

Durch die sich ausbreitenden Kontakte, insbesondere zu den Frauen des türkischen Vereins, gelang es uns, daß auf den Veranstaltungen in der Regel 50 bis 70 Frauen mit ihren Kindern anwesend waren. Das Programm war so gestaltet, daß es die Möglichkeit zum Erzählen und Klönen bei Kaffee und Kuchen gab, aber gleichzeitig auch immer Informationen vermittelt wurden, z.B. in Form von einem Theaterstück zur Ausländerfeindlichkeit, einem Film über die Situation der Frauen in der Türkei oder einem kurzen Vortrag über die Geschichte der Frauenbewegung anläßlich des Internationalen Frauentag-

ges. Wichtig und notwendig bei allen Veranstaltungen war eine Kinderbetreuung. So konnten die Frauen ihre Kinder mitbringen, aber gleichzeitig auch einmal »unter sich« sein.

Nachdem wir eine Reihe derartiger Veranstaltungen durchgeführt hatten mit dem Ziel, mehr Frauen für unsere Gruppe zu gewinnen, stellten wir fest, daß die Veranstaltungen zwar immer gut besucht waren, die Resonanz, sich unserer Gruppe anzuschließen, jedoch ausblieb.

Diese Situation war für uns insbesondere deswegen unbefriedigend, weil unsere Rolle, in die wir uns selbst gebracht hatten, nämlich diejenigen zu sein, die »für« andere Frauen etwas vorbereiten, etwas darbieten, also sozusagen eine »Unterhalterrolle« einnehmen, uns selbst und dem Anspruch unserer Arbeit nicht mehr gerecht wurde. Diese Tatsache löste Frustrationen aus und führte dazu, daß nach und nach immer mehr Frauen wegblieben. — An diesem Punkt setzte eine intensive und kritische Diskussion ein, die sich mit der geleisteten Arbeit, dem Anspruch, den wir an diese stellten und eventuellen Vorstellungen für die Zukunft auseinandersetzte. Ich will einige Überlegungen und Anregungen, die sich aus der Auswertung unserer Arbeit ergeben haben, hier anführen.

Ausblick

Wenn der Anspruch des »Miteinander« nicht nur ein Postulat bleiben soll, müssen beide Seiten, ausländische wie deutsche Frauen, Anstrengungen machen, einander näher zu kommen. Dies ist keine leichte Aufgabe, da auf beiden Seiten in sehr hohem Maße Unsicherheiten, Ängste und Vorbehalte vorhanden sind. Es ist aber eine notwendige Aufgabe, denn nur wenn ausländische Frauen merken, daß sie nicht nur Objekte sind, mit denen, oftmals lediglich um dem eigenen intellektuellen Anspruch genügen zu können, gearbeitet wird, ist eine gemeinsame Arbeit möglich. Im ersten Schritt muß deshalb eine Vertrauensbasis geschaffen werden, als Ausgangspunkt für alle weiteren Aktivitäten. Konkret kann das z.B. so aussehen, daß die ausländischen Frauen mit Hilfe der deutschen Frauen die deutsche Sprache lernen, umgekehrt die deutschen Frauen wiederum die Sprache eines der Heimatländer der Frauen, um auf diese Weise über die Sprache die jeweils andere Kultur kennenzulernen.

Aber auch sonst gibt es zahlreiche Möglichkeiten, wie man gegenseitig voneinander lernen kann. Das Austauschen von Kochrezepten oder das gegenseitige Handarbeiten im häuslichen Bereich gehören hierzu ebenso wie der kulturelle, soziale und politische Bereich, in dessen Rahmen der Austausch über Probleme in der Familie, am Arbeitsplatz, über die Rolle der Frau in den jeweiligen Gesellschaftsformationen stattfinden kann.

Voraussetzung bei allen diesen Beispielen ist allerdings, daß man die vorhandenen Fähigkeiten und Fertigkeiten des anderen als gleichwertig akzeptiert und, hiervon ausgehend, an diese anknüpft. Erst wenn dieser Schritt vollzogen ist, d.h. erst wenn man etwas übereinander und voneinander weiß und gegenseitiges Vertrauen hergestellt ist, sind gemeinsame Überlegungen möglich, wie die Interessen, Probleme und Forderungen von ausländischen und deutschen Frauen einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden können. Hierzu bieten sich Möglichkeiten an wie z.B. Sketche, Theatergruppen, Songgruppen, die öffentlichkeitswirksam die gemeinsam erarbeiteten Forderungen und Probleme darstellen können. Des weiteren ist der Kontakt zu anderen Frauenorganisationen notwendig. In Zusammenarbeit mit diesen können Feste, Veranstaltungen und Diskussionen durchgeführt werden und auf diese Art und Weise eine große Anzahl von Frauen angesprochen werden.

Denn erst eine breite Bewegung, in der die ausländischen Frauen einen integrativen Bestandteil darstellen, ermöglicht es, daß die ausländischen Frauen nicht mehr weiterhin als Randgruppe behandelt werden, für die man etwas tun will, sondern daß wir mit ihnen gegen bestehende Mißstände und deren Ursache ankämpfen.

Anmerkungen

- 1 Bech, R. und R. Faust: Die sogenannten Gastarbeiter. Frankfurt/M. 1981, 18.
- 2 Materialien zum Projektbereich »Ausländische Arbeiter«, H.31 (Februar 1981), 95-99.
- 3 Ebenda, 96.
- 4 Ebenda, 98.
- 5 Gürkan, U., K. Laqueur und P. Szablewski: Frauen — die »so anders sind als wir«. In: Marxistische Blätter 4/82, 35ff.
- 6 Baumgartner-Karabak und G. Landsberger: Die verkauften Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien. Hamburg 1978, 79ff.
- 7 Huth, Ch., J. Ucksch: Ausländische Frauen. Interviews, Analysen und Anregungen für die Praxis, Frankfurt/M. 1981.
- 8 Meyer, B.: Außerschulische Bildungsarbeit mit türkischen Frauen. Münster 1981, 116ff.
- 9 Ebenda, 120ff.
- 10 Materialien zum Projektbereich »Ausländische Arbeiter«, Nr. 31, a.a.O., 97.

Michael Ellwardt

DEMOKRATISCHER STAAT - VERBÄNDESTAAT -
STAAT DER MONOPOLE ?

Neu!!

Politische Entscheidungsstrukturen im heutigen kapitalistischen Staat. Eine Analyse der staatlichen Entscheidungsfindung anhand des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

294 S. broschiert, DM 29,80, ISBN 3-921630-31-0

Im Zentrum der Arbeit stehen Analysen über die Durchsetzungsfähigkeit einzelmonopolistischer Interessen gegenüber dem "Eigeninteresse" des Staates an der Systemerhaltung und über die Integration nichtmonopolistischer Interessen in eine gesamtkapitalistische Strategie.

Bitte bestellen Sie direkt beim Verlag oder fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

**Verlag Arbeiterbewegung und
Gesellschaftswissenschaft GmbH**

Postfach 510
Rosenstraße 12
3550 Marburg/Lahn
Telefon (06421) 63666

Anne Wenzel

Zur Persönlichkeitsentwicklung von Frauen

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit, dem drastischen Abbau sozialer Leistungen sowie einer reaktionären Ideologie über die Rolle der Frau, herrscht Besorgnis über den zukünftigen Emanzipationsprozeß von Frauen. Die Diskussion innerhalb der Linken und der Frauenbewegung kreist um das Problem, ob die »Frauen inzwischen ein Selbstbewußtsein entwickelt haben, das man ihnen nicht mehr nehmen kann« (so Hilde Radusch von der Gruppe L74), oder ob sie sich zu Heim und Herd zurückschicken lassen und so der gerade begonnene Emanzipationsprozeß rückgängig gemacht werden kann.

Der Betrachtung des Problems liegt die Einsicht eines bestimmten Zusammenhangs von gesellschaftlichen Verhältnissen (und Veränderungen) sowie persönlicher Entwicklung zugrunde. In diesem Zusammenhang wurde in den letzten Jahren sehr oft und kontrovers Frigga Haugs Aufsatz »Opfer oder Täter«¹, der die Frage der gesellschaftlichen Stellung der Frau und ihrer Persönlichkeitsentwicklung behandelt, diskutiert.

Zentrale These des Aufsatzes ist, daß die alte Persönlichkeitsstruktur der Frauen ihrer gesellschaftlichen und persönlichen Entwicklung im Wege steht. Angelpunkt der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau ist für Frigga Haug die Stellung der Frau in der Familie: »Die Funktion der Frau in der Familie ist ein Hemmschuh für ihre Entwicklung, bedeutet einen Ausschluß aus den wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen, macht sie abhängig, ist unterdrückend.« Die familiäre Funktion der Frau besteht ihrer Ansicht nach »im Hausfrau- und Mutterdasein (darin, den Mann zu reproduzieren, die Kinder zu erziehen, dafür ihr Lebensziel und jeden anderen Lebensinhalt aufzugeben)«² Dies sei die objektive Situation.

Der subjektive Anteil der Frauen an ihrer eigenen Unterdrückung bildet nach Frigga Haugs Ansicht die nach wie vor bestehende »Familienorientiertheit« von Frauen: »Indem sie Mutterschaft und Ehe in dieser Weise wollen, zumindest heimlich wünschen und insgeheim anstreben, willigen die Frauen freiwillig in ihre Unterwerfung ein.«³ Vermittelt ist dieser Prozeß über besondere, durch die weibliche Sozialisation geprägte Verhaltensmuster. Diesen Emanzipationsprozeß kollektiv zu unterstützen, ist für Frigga Haug das historische Recht und die Notwendigkeit der Frauenbewegung. Ihrem Ansatz liegt die Auffassung einer Stagnation im gesellschaftlichen Umfeld der Frauen sowie ihrer Persönlichkeitsstruktur zugrunde. Er wird damit weder den abgelaufenen gesellschaftlichen Veränderungen noch der heutigen sozialen und persönlichen Situation von Frauen gerecht. Schauen wir uns zunächst *die soziale Realität von Frauen* an:

- 93% aller Frauen sind heutzutage während ihres Lebens irgendwann einmal berufstätig gewesen.
- Von den Frauen im erwerbsfähigen Alter (15-65) ist heute im Bundesdurchschnitt jede zweite Frau berufstätig.

Doch hinter dieser Frauenerwerbsquote von über 50% verbergen sich weitere Differenzierungen:

- Rückgang der jüngeren (in Ausbildung befindlichen) und älteren Frauen (Rente) an der Erwerbstätigkeit.
- Zunahme verheirateter Frauen und Mütter.
- Das Motiv für die Berufsunterbrechung ist immer weniger die Heirat als die Geburt eines Kindes.

— Die Dauer der Unterbrechung nimmt ab, zunehmend mehr Frauen kehren nach der Unterbrechung ins Erwerbsleben zurück.⁴

Sieht man von den in Ausbildung befindlichen und den älteren Frauen ab, geht der überwiegende Teil der Frauen heute einer Berufstätigkeit nach (in Berlin sind 75% der Frauen im Alter zwischen 20-50 Jahren erwerbstätig). Die Berufsunterbrechung hat sich verkürzt, immer mehr Frauen wollen nach der »Familienphase« wieder erwerbstätig sein. Angesichts dieser veränderten Struktur der Frauenerwerbstätigkeit kann man heute kaum noch von einem primären Dasein der Frau für die Familie ausgehen. Dieser Veränderungsprozeß muß auch im Zusammenhang mit dem Ausbau des Sozialstaats und dem Wandel der familialen Verhältnisse betrachtet werden, die zusammengenommen die gesellschaftliche Situation der Frau wesentlich beeinflussen.

Einfluß des Sozialstaates auf die Situation der Frau

Seit dem Zweiten Weltkrieg setzt verstärkt eine staatliche finanzielle Absicherung von Personen ein, die ehemals von familialer Unterstützung abhängig waren. Mit der eigenständigen Alterssicherung für ältere Leute und finanzieller Unterstützung durch Bafög von Schülern und Studenten wird diesem Personenkreis tendenziell die eigenständige Lebensführung unabhängig von ihrer Familie ermöglicht, was gleichzeitig eine Verkleinerung des Personenkreises bedeutet, der von der Familie betreut wird. Eine weitere Auslagerung ehemals familialer Aufgaben in dieser Gesellschaft findet zudem durch verschiedene staatliche Dienste und Einrichtungen statt. Hierunter fallen der Ausbau des Gesundheitssystems und insbesondere die angebotenen Leistungen im Bereich der staatlichen Kinderversorgung.

Familiale Veränderungen

Bildet die Familie nach dem herkömmlichen Muster — bestehend aus Vater, Mutter, Kindern — die Grundeinheit der Gesellschaft? Und was ist Familienleben heute, bedeutet es für die Frau »nur außerordentliche Einschränkung, Abhängigkeit und Entwicklungshemmung«, wie Frigga Haug es faßt?

Die Formen, in denen heute erwachsene Menschen und Kinder ihre Lebensverhältnisse gestalten und miteinander leben, sind viel differenzierter geworden, wir können eine Vielfalt in den einzelnen Lebensstilen beobachten. Ein Kennzeichen für diese Entwicklung ist die Veränderung in der Größe der Haushalte: die Anzahl der Einpersonenhaushalte nimmt zu, die der Mehrpersonenhaushalte geht zurück. In West-Berlin z.B. führen 30% der Frauen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren beispielsweise ein sogenanntes »Single-Dasein«.

Betrachtet man die Mehrpersonenhaushalte, ist insgesamt eine Verkleinerung festzustellen: in der Bundesrepublik sind 30% der Ehepaare kinderlos, bei den Familien mit Kindern ist eine deutliche Abnahme bei der Anzahl der Kinder festzustellen. Darüber hinaus ist eine steigende Tendenz bei Alleinstehenden mit Kindern zu verzeichnen.

Neben der Vielfalt in der Form der Lebensgestaltung außerhalb der Arbeitswelt zeichnen sich Veränderungen im familialen Zusammenleben selbst ab. Der Ausbau des Sozialstaates hat — wie oben bereits angemerkt — zu einem Funktionswandel der Familie geführt, zur Auslagerung ehemals familialer Funktionen in der Gesellschaft und zu einem Individualisierungsprozeß der Personen, d.h. zur Möglichkeit einer eigenständigen Lebensgestaltung unabhängig von der Familie. Der erhöhte Lebensstandard und die damit verbundene Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Haushaltsgeräten (Staubsauger,

Waschmaschine, Tiefkühltruhe etc.) bewirken eine weitere Veränderung in den Haushaltsaufgaben, eine Verschiebung weg von stumpfsinniger und schwerer körperlicher Arbeit hin zu höheren Ansprüchen an Essenszubereitung, Wohnungsgestaltung und überhaupt ästhetischer Gestaltung des familialen Umfelds. Das Familienleben heute beinhaltet mehr als die Reproduktion der Arbeitskraft und das Großziehen von Kindern. Die Ausdehnung der Freizeit gegenüber der Arbeitszeit, der höhere Lebensstandard, die vielfältigen Konsummöglichkeiten, auch kultureller Art, haben das Leben in der Familie zu größeren Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Personen werden lassen.⁵

Wir können also für die heutigen familialen Verhältnisse folgende Tendenzen feststellen: Auf der einen Seite eine Vielfalt in den privaten Lebensverhältnissen, die Auflösung traditioneller Familienformen, auf der anderen Seite reichere Entwicklungsmöglichkeiten für die Individuen auch innerhalb des familialen Zusammenlebens. Haben wir es in den letzten Jahren der prosperierenden Wirtschaftsentwicklung zusammengenommen mit positiven Entwicklungen zu tun, die die materielle Basis für den beginnenden Emanzipationsprozeß von Frauen abgeben, so beinhalten die gesellschaftlichen Veränderungen zugleich auch negative Seiten und Beschränktheiten für die Situation der Frau. Es kann hier nicht im einzelnen auf die Widersprüchlichkeit der sozialen Errungenschaften insgesamt eingegangen werden, die Unzulänglichkeiten der gesellschaftlichen Veränderungen gerade in Bezug auf die Situation der Frau sollen nur an zwei Beispielen verdeutlicht werden.

Als herausragendstes Problem stellt sich die mit zunehmender Erwerbstätigkeit der Frau ungenügende gesellschaftliche Verantwortung und Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Die quantitative und qualitative Ausstattung von Kindertagesstätten (Krippen, Horte) ist völlig unzureichend. Noch immer haben wir einen Mutterschafts- anstelle eines Elternurlaubs nach der Geburt des Kindes, eine bestimmte Zeit der Kinderversorgung wird bei der Rentenversicherung nicht als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt. Die Kindererziehung fällt also auch heute noch zum größten Teil in die private Verantwortung der Familie und hier vor allem in die der Frauen, woraus sich weiterreichende Benachteiligungen für die Frauen ergeben.

Der Fortschritt, der in der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen, in einer eigenständigen ökonomischen Absicherung liegt, wird mit gravierenden Benachteiligungen im Berufsleben erkaufte. Die Tendenz einer gleichberechtigten Teilnahme von Mädchen und Frauen an der allgemeinen schulischen Ausbildung hält mit der beruflichen nicht Schritt. Hier gibt es — was die Länge, Qualifikation und Breite der Ausbildung anbelangt — noch große Differenzen zu der der Männer. Ebenso verhält es sich mit der praktischen Berufstätigkeit, wobei durch die in der Regel bei den Frauen stattfindenden Berufsunterbrechung die Dequalifikation im Erwerbsleben verschärft wird. Diesem Problem, von dem in der Realität der größte Teil von Frauen mit Kindern betroffen ist, und das weitreichende Konsequenzen für die berufliche Lebensperspektive von Frauen hat, wird von Seiten der Gesellschaft in keiner Weise Rechnung getragen.

Auswirkungen der gesellschaftlichen Veränderungen auf die Persönlichkeitsstruktur von Frauen

Wir haben es heute, im gesellschaftlichen Durchschnitt betrachtet, mit einem veränderten Typ von Frau zu tun. Die Bedürfnisse und Ansprüche von Frauen bezüglich ihres Lebensinhalts sind nicht zu vergleichen mit den Vorstellungen von vor zwanzig Jahren. Für die Mehrheit der Frauen in der Bundesrepublik gilt, daß sie beides wollen: eine qualifizierte Berufstätigkeit und ein befriedigendes Leben mit Partnern und Kindern. Die unzulängli-

chen gesellschaftlichen Verhältnisse zwingen sie dazu, Prioritäten zu setzen, beruflichen Erfolg zu haben — oder Kinder. Die Unterbrechung der Berufstätigkeit von Frauen zugunsten von Familie und Kindern ist weniger ein sich freiwilliges Fügen in die bequemerer Verhältnisse, wie Frigga Haug dies auffaßt, als der Zwang gesellschaftlicher Verhältnisse, der Mangel an Alternativen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stößt auf unzulängliche und den Bedürfnissen der Frauen nicht entsprechende staatliche Kinderversorgung sowie auf familienfeindliche Arbeitszeiten. Erschwert wird der ganze Prozeß darüber hinaus durch die zähllebigigen Rollenstrukturen zwischen Mann und Frau, durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt, in der Familie und bei der Kinderbetreuung.

Die gesellschaftlichen Veränderungen insgesamt haben den Frauen (und auch Männern) erstmals der Tendenz nach die Möglichkeit eröffnet, eine ihrer Vorstellung gemäße Lebensform zu wählen, was sich in der zunehmenden Verschiedenheit der Formen des Zusammenlebens ausdrückt. Die ökonomische Eigenständigkeit der Frau, der höhere Lebensstandard, der sich in einer größeren Teilhabe an den gesellschaftlichen Konsummöglichkeiten, materiell und kulturell, niederschlägt, das Zurückdrängen der Arbeitszeit gegenüber der Freizeit, das insgesamt gestiegene Bildungsniveau, alle diese Momente zusammen genommen haben zu einer differenzierteren Persönlichkeitsstruktur beigetragen, zur Ausprägung von neuen Eigenschaften, Fähigkeiten und Bedürfnissen. Diese positive Entwicklung negiert jedoch nicht die Schranken und Widersprüche des Emanzipationsprozesses von Frauen, im Gegenteil. Der Entwicklungsprozeß zu einer differenzierten Persönlichkeitsstruktur beinhaltet zugleich auch mehr Sensibilität und Verletzlichkeit in gesellschaftlichen und persönlichen Verhältnissen. Die »alten« Verhältnisse sind einer neuen Betrachtung ausgesetzt, werden einer schärferen Kritik unterzogen. Neue Problemdimensionen tun sich auf, sei es in Bezug auf die persönlichen Verhältnisse zwischen Mann und Frau, die sich im Infragestellen ehemals als natürlich angesehener geschlechtsspezifischer Rollenstrukturen niederschlagen, im Anspruch an gleichberechtigttere Formen des Zusammenlebens, an Reflektion und Auseinandersetzung über persönliche Verhaltensweisen. Die Lösungsformen dieser aufbrechenden Konflikte sind schwierig zu bewältigen und reichen vom Versuch eines differenzierten »Aufeinanderzugehens« bis zu hilflosen Gewalttätigkeiten in der Ehe gegenüber Frauen und Kindern. Auch im öffentlichen Bereich werden Diskriminierungen und Benachteiligungen von Frauen verschärft wahrgenommen, gekoppelt mit neuen Ansprüchen und Problemen, was sich z.B. ausdrückt in Forderungen nach einer *qualitativ* besseren staatlichen Kinderversorgung, im Infragestellen chemischer Verhütungsmittel oder im Protest der Frauen gegen die herabwürdigende Zurschaustellung nackter Frauen in der Werbung.

Die Entstehung der Frauenbewegung und ihre Aktivitäten sind ein Ausdruck dieses gesellschaftlichen Widerspruchs zwischen Anspruch und Realität, in der Frauen heute leben. Die Schranken der Emanzipation der Frau schienen in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität und sozialliberalen Klimas überwindbar. Sie stellen sich dar als in erster Linie kulturelle, persönliche, die es mit entsprechenden Aktivitäten zu überwinden galt. In diesem Sinne verstand sich auch die Frauenbewegung in erster Linie als Bewegung einer Gegenkultur. Auch Frigga Haugs Ansatz zur Persönlichkeitsentwicklung von Frauen ist Ausdruck der abgelaufenen Entwicklung. Ausgangspunkt der Analyse ist die Frau mit den differenzierten psychischen Problemen, die die gesellschaftliche Umbruchsituation für Frauen mit sich bringt. Diesen Prozeß auf der persönlichen Ebene zu analysieren und kollektiv zu unterstützen, ist eine wichtige Aufgabe.

Wir stehen heute jedoch vor einer Situation in der Bundesrepublik, wo die Stellung der Frau nicht mehr nur als gegeben hingenommen werden kann, wo gerade der Zusammenhang zwischen sozialen Verhältnissen und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten reflektiert werden muß. Den Mädchen wird nicht nur der Zugang zu einer qualifizierten Berufsausbildung noch mehr versperrt, sie bekommen nicht mal einen Job, Frauen, die ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben, können nicht mehr ins Erwerbsleben eingegliedert werden, im Berufsleben stehende Frauen werden entlassen. Den Mädchen und Frauen wird der Zugang zu einer eigenständigen ökonomischen Absicherung über die Erwerbstätigkeit versperrt, die staatliche Unterstützung arbeitsloser Frauen ist völlig unzureichend; es verbleibt das Zurückgehen in die persönliche Abhängigkeit der Familie oder des Partners. Die Sozialdemontage auf allen Ebenen bewirkt eine Rückverlagerung staatlicher sozialer Dienste in die Familie. Damit bekommt die Familie als soziales System der Gesellschaft wieder eine materielle und ideologische Aufwertung.

Die Konsequenz dieser Entwicklung für die Frauen ist eine Beschneidung realer Lebensperspektiven. Die Wahlmöglichkeiten neuer Lebensformen — sei es beruflicher oder privater Art — werden stark eingeschränkt. Der Entwicklungsprozeß der Frauen als ökonomisch eigenständige Personen wird gestoppt, die Frauen werden zurückgedrängt in traditionelle familiäre Verhältnisse, die so nicht mehr gewollt werden.

Schon in der abgelaufenen Entwicklung war der Widerspruch zwischen entwickelter Persönlichkeit und den in der Realität auftretenden Schranken und Problemen für beide Geschlechter individuell schwer zu bewältigen, was an Gewalttätigkeiten oder der Zunahme in der Beanspruchung psychosozialer Betreuung von Seiten der Bevölkerung ablesbar ist. Die Vorstellungen und Ansprüche der Frauen stoßen heute auf einen viel schmaleren Spielraum ihrer Realisierung. Wir können nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß der sich verschärfende Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine in der Tendenz nach für die Frauen produktive Bewegungsform findet, wie das in den siebziger Jahren noch der Fall war. Denkbar ist das Anwachsen persönlicher Konflikte und Katastrophen sowie das durch den objektiven Zwang mitverursachende Zurückdrängen auf alte Rollenstrukturen.

Die Antworten der Frauenbewegung und Linken in unserem Land auf die derzeitige Krise und dem Wiederaufleben traditioneller Geschlechterbeziehungen werden dem Ausmaß der anstehenden Probleme nicht gerecht. Eine konkrete, an sozialistischen Zielen orientierte Frauenpolitik müßte gerade den oben dargestellten Zusammenhang von Sozialstaatsentwicklung, Frauenerwerbstätigkeit und familialen Veränderungen als Basis für den Emanzipationsprozeß von Frauen erfassen.

Die *alleinige* Diskussion über den differenzierten Prozeß psychischer Veränderungen von Frauen bringt uns hier nicht viel weiter und geht an den tatsächlichen Problemen, vor denen Frauen heute stehen, vorbei.

Anmerkungen

1 Haug, F.: Opfer oder Täter?, in: *Das Argument* 123, Berlin 1980.

2 Ebenda, 644, 645.

3 Ebenda, 646.

4 Vgl. dazu SOST: Frauen zurück an den Herd?, *Sozialismus* 6/80

5 Vgl. dazu, H.C. Pust, P. Reichert, A. Wenzel u.a.: *Frauen in der BRD — Beruf, Familie, Gewerkschaften, Frauenbewegung*, Hamburg 1983.

Mechtild Jansen

Frauenfriedenszeichen in der Politik

Mehr noch als in anderen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen sind die Frauen in der Friedensbewegung zu einem relevanten politischen Faktor geworden. In Widerspruch dazu scheint zu stehen, daß die Rolle des Friedenskampfes für die Frauenbewegung, ihre inhaltliche Begründung, die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung sowie Anlage und Stoßrichtung der Aktionen nach wie vor umstritten sind. Was eigentlich haben die Frauen mit der Friedensbewegung »am Hut«?

Besondere Betroffenheit der Frauen?

Die *besondere* Betroffenheit der Frauen angesichts von Aufrüstung und Kriegsgefahr liegt nicht in ihrem »von Natur aus friedfertigen Wesen« begründet. Auch liegt sie nicht in ihrer Fähigkeit, Kinder zu gebären und so neues Leben in die Welt zu setzen, wobei dies sicher für viele Frauen ein besonderes Moment beim Zugang zur Friedensfrage ist. Für die These von der »friedlichen weiblichen Natur« spricht auch nicht, daß Frauen als *Resultat* der gesellschaftlichen Rollenverteilung manche besondere Aspekte und spezielle Fähigkeiten in den Kampf einbringen.

Zunächst einmal wollen Frauen — wie alle anderen Menschen — leben und überleben. Dieses Recht auf Leben ist elementar bedroht durch die Strategie des führbaren Atomkriegs der gegenwärtigen US-Regierung, die ihren brisantesten Ausdruck im Versuch der Stationierung der neuen Raketen in Westeuropa findet.

Frauen wollen — auch das unterscheidet sie im allgemeinen nicht von anderen Menschen — nicht nur nackt »existieren«, sondern sie wünschen sich ein Leben, welches menschlichen Ansprüchen genügt. Und hier spätestens setzt die besondere Betroffenheit der Frauen in der Friedensfrage ein. Von den Folgen der Aufrüstung sind sie in jeder Hinsicht besonders scharf und im allgemeinen härter als Männer betroffen. Die »Lasten«, von denen die Bundesregierung die Unternehmer »befreit«, werden auf mehr oder weniger direktem Weg den Frauen aufgebürdet, denke man/frau nur an ihre Verdrängung vom Arbeitsmarkt, die Kranken- und Altenpflege, die Kinderbetreuung, familiären Nachhilfeunterricht für Schüler, Versorgung arbeitsloser Jugendlicher und Männer bis hin zu mehr »Hausgemachtem« aufgrund steigender Lebenshaltungskosten bei gleichzeitig sinkenden Löhnen. Was bleibt bei alledem noch für die Frau selbst — geschweige denn für eine fortschreitende Emanzipation?

Diese Formen verschärfter Diskriminierungen finden eine weitere Steigerung, wenn — als Gegenstück zu einer Strategie des Sieges im Atomkrieg, der ungerührt Millionen Menschenleben kosten darf — Schwangerschaftsabbruch mit Massenmord in Auschwitz gleichgesetzt und damit die Frauen zu den eigentlichen Verbrechern abgestempelt werden. Militarisation der Gesellschaft hat solcher Logik zufolge eben spätestens in den Schlafzimmern zu beginnen. Den Frauen ist dabei die Aufgabe zgedacht, das notwendige »Menschenmaterial« für den Krieg zu liefern. Sollten sie mit all dem noch nicht ausgefüllt sein, ist für sie »freiwilliger Dienst« in der Bundeswehr vorgesehen. Der politische Druck durch die Frauen- und Friedensbewegung scheint es gegenwärtig der Bundesregierung zwar nicht opportunt erscheinen zu lassen, diese Pläne an die große Glocke zu hängen. Dennoch wird die Öffentlichkeit beinahe täglich durch Werbung und Medienberichterstattung auf schleichendem Weg an diesen Gedanken gewöhnt.

Manche CDU-Politiker stoßen sich dabei an der »emanzipierten« Verpackung eines Frauenwehrdienstes, wie sie immer noch von Familienminister Geißler vorgenommen wird. Ihnen würde sich ein »soziales Pflichtjahr« für Mädchen und Frauen besser in ihr traditionelles Frauenbild fügen. Gleichzeitig wäre dies eine billigere und weitaus breiter zu streuende Maßnahme, auf die gerade angesichts des Sozialabbaus schwer verzichtet werden kann. Von solchen Vorstellungen ist es nur ein kleiner Schritt zu den Plänen des Bundeswehrverbandes zur »Gemeinschaftsdienstpflicht«, mit der jede/r junge Bürger/in zu militärischem Drill und wahlweise zu »ziviler« oder »militärischer« Dienstpflicht gezwungen würde, und die gleichzeitig das leidige Problem der Kriegsdienstverweigerer »obsolet« machen soll.

Schließlich sind die Frauen auch unter ideologischen Aspekten besonders betroffen. Außenpolitische Feindbilder korrespondieren mit innenpolitischen. Sündenböcke müssen zur Erklärung gesellschaftlicher Mißstände erhalten. Umgekehrt zielt die Aufforderung, »sich zu opfern« und »der Gemeinschaft zu dienen«, zu allererst auf die Frauen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, welche diskriminierenden Folgen dies für die Frauen in allen Aspekten ihres Alltagslebens hat, welche physischen und psychischen Vergewaltigungen damit verbunden sind.

Frauenkampf und Friedenskampf — ein Gegensatz?

Der Vorwurf aus Teilen der Frauenbewegung gegenüber dem Frauenfriedenskampf lautet, es würde wieder einmal das eigene Frauenanliegen vergessen, die Frauen in ihrer »Ohnmacht« belassen, der täglich stattfindende »Alltagskrieg« hingenommen und die Frauen für »andere Zwecke« eingespannt bzw. von der Friedensbewegung »geschluckt«. Zu einer solchen Schlußfolgerung kann frau jedoch nur dann kommen, wenn die Ursache von Gewalt und Krieg allein bei *den Männern* lokalisiert wird. Doch es wäre eine Verschleierung tatsächlicher Ursachen und Machtverhältnisse und eine Verharmlosung der Gefahr, würden »Alltagsgewalt« und Atomkrieg gleichgesetzt und die Atomkriegsstrategie des US-Imperialismus nur als Summe herrischen Verhaltens von übergeschnappten Männern betrachtet.

Die Ursache von Frauenunterdrückung und Krieg bei »den Männern« zu lokalisieren, diese These läßt sich nicht einmal von den Oberflächenerscheinungen her halten. Beide Formen von Gewalt sind Ausdruck bestimmter ökonomischer und politischer Verhältnisse, die der privaten Aneignung des Profits dienen. In der repressiven gesellschaftlichen Hierarchie stehen die Frauen noch unter den Männern. Ihre doppelte und dreifache Ausbeutung, ihre Beherrschung durch den Mann ist dabei Mittel zur Funktionstüchtigkeit des gesamten Systems von Unterdrückung. Hier unterscheidet sich die Lage der Frau von der des Mannes. Sie ist in ihren Entfaltungsmöglichkeiten stets noch empfindlicher getroffen, zusätzlich durch Abhängigkeit vom Mann behindert. Dennoch sind beide gemeinsam betroffen durch Krisenabwälzung zugunsten der »Investitionsbedingungen« der Unternehmer, durch Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr.

Die doppelte und dreifache Unterdrückung der Frau bedingt umgekehrt ein ungleich existentielleres Interesse an Abrüstung und einer grundlegend veränderten Politik. Genau das — das Gegenteil von »Waffen strecken« — ist Grund für das große Engagement linker Frauen. Gesellschaftliche Strukturen aus der Analyse auszuklammern, würde Gefahr laufen, nur auf eine *Teilhabe* an der Machtausübung in einer auf Profit und Konkurrenz fußenden Gesellschaft zu orientieren. Dies würde zwar vielleicht einige Frauen »gleichstellen« — eine Befreiung der Frauen wäre das nicht. Ziel bleibt deshalb eine Gesellschaft, die

eine Ausbeutung zwischen Menschen überhaupt nicht erst zuläßt. Damit wäre jahrhundertertealte Frauenunterdrückung nicht mit einem Schlag beseitigt, doch es wären grundlegende Ausgangsbedingungen für diese Perspektive geschaffen.

Den Blick auf diese Zusammenhänge sollten wir uns auch nicht durch das abwertende Etikett, es handele sich um die »alte Kiste vom Haupt- und Nebenwiderspruch«, trüben lassen. Die Hauptverantwortlichen aus der politischen Schußlinie zu nehmen, würde nur eine Beeinträchtigung der Wirksamkeit unseres eigenen Kampfes bringen.

Wenn auf einer genaueren Beeinträchtigung gesellschaftlicher Ursachen bestanden wird, so heißt das nicht, daß die gegen Frauen ausgeübte Unterdrückung in mehr oder weniger erträgliche Bereiche aufgeteilt wird. Auch kann es nicht um entschuldigende Erklärungen für chauvinistisches Verhalten von Männern gehen. Doch wie wir bei Kindesmißhandlungen nicht in erster Linie die Mütter, sondern gesellschaftliche Verhältnisse verantwortlich machen und bei ihnen zu allererst anzusetzen wäre, so sollte die Frauenbewegung nicht darauf verzichten, die Wurzeln des Übels zu packen *und* zugleich jede Form auch der Diskriminierung durch Männer zu bekämpfen. Dementsprechend ist sowohl ein eigenständiger Frauenfriedenskampf als auch die Arbeit *in* der Friedensbewegung notwendig. In der politischen Praxis wird dies von der überwiegenden Mehrheit der engagierten Frauen längst so gehandhabt. Der Friedenskampf ist zu einem Hauptpunkt des Frauenkampfes geworden. In der gewerkschaftlichen Frauenarbeit, bei den Frauen in den Parteien und in den verschiedenen Bereichen der Frauenbewegung gibt es eine große Anzahl eigenständiger Frauenfriedensaktivitäten, ebenso wie es zu vielen Aktionen im gemeinsamen Bündnis und mit der Friedensbewegung zu speziellen Frauenfriedensinitiativen gekommen ist.

Ein neuer Schritt ist im Oktober 1982 mit der erstmaligen *bundesweiten* Koordinierung verschiedener Frauenfriedensinitiativen, ihrem Gedankenaustausch und gemeinsamen konkreten Aktionsvereinbarungen gelungen. Solche Koordination soll auch in diesem Jahr fortgesetzt werden. Diese Bündnisse bildenden Initiativen (die Initiative »Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen *Nein!*«, die Initiative »Frauen gegen Krieg und Militarismus« und die Initiative »Frauen für den Frieden«) repräsentieren mit fließenden Übergängen verschiedene Strömungen in der Frauenfriedensbewegung. Die Tatsache ihrer Zusammenarbeit spiegelt ein beachtliches Ausmaß an Vereinheitlichung hinsichtlich aktueller politischer Aufgaben wider.

Frauen — konsequente Motoren der Bewegung

Die Motive und Zugänge der Frauen für ihr friedenspolitisches Engagement sind dabei unverändert unterschiedlich — und Quelle vieler Diskussionen und Auseinandersetzungen. Entsprechend ihrem jeweiligen Selbst- und gesellschaftlichen Rollenverständnis sehen die einen im »Weiblichen« das »friedliche und lebenserhaltende Element« schlechthin, andere engagieren sich aus Liebe zu ihren Kindern und Männern, die sie nicht dem Krieg geopfert wissen wollen, wieder andere beharren darauf, daß es zu allererst um ihre eigenen Lebensansprüche, um das Menschenrecht auf Leben schlechthin und um ihre Emanzipationsansprüche gegenüber reaktionärer Politik geht. Die unterschiedlichen Begründungen des Frauenfriedenskampfes ändern nichts an dem Respekt, der allen Frauen für ihr Aufstehen für den Frieden entgegenzubringen ist. — Die Summe dieses Engagements ist beachtlich. Das zeigt nicht nur der relativ hohe Anteil aktiver Frauen in der Friedensbewegung, ihre wachsende Repräsentanz auch bei Kundgebungen oder in »Sprecher/innenkreisen« u.ä., sondern z.B. auch die Haltung der Frauen der IG Metall oder der Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen zum »Krefelder Appell« und zur »Stationie-

rungsfrage«. Frauen sind nicht selten der entscheidende Teil ihrer Organisation und entfalten erheblichen Druck auf diese und sind so zu einem starken Motor für die Friedensbewegung insgesamt geworden. Ihre Aktivität fußt auf einer stabilen Emotionalität gegen den Krieg, das macht sie weniger anfällig für Manipulationsmechanismen der bürgerlichen Medien und Politiker. Sie sind unverbraucher und unbefangener im Kampf, vernünftigen Überlegungen oft schneller zugänglich. Das alles macht sie auch unbestechlicher und konsequenter. Es handelt sich ohne Zweifel um Momente, die als »Pluspunkte« auch aus der traditionellen Rollenverteilung herrühren — wie sich umgekehrt aus dieser auch hinderliche Momente ergeben. Diese liegen in der geringer entwickelten Sachkompetenz (die fälschlicherweise oft mit »Männerpolitik« gleichgesetzt wird) und häufigen Anspruchslosigkeit hinsichtlich der inhaltlichen Differenziertheit und Qualität der Sach- und ideologischen Auseinandersetzungen sowie alternativer Vorstellungen. Doch wenn die Frauen für ihre Interessen und Rechte mehr noch als bisher erreichen wollen, so wird es ihnen nicht erspart bleiben, sich auch in dieser »Waffengattung« zu üben, um sie zu beherrschen.

Unübersehbar ist auch der Nutzen für die persönliche Entwicklung einzelner Frauen wie der Frauenbewegung insgesamt. Sie lassen sich nicht länger allein mit »spezifischen Frauenanliegen« (als einem neuen Sonderterrain und einer neuen Variante von Rollenfestbeschreibung) abspesen, sondern beanspruchen die Gestaltung von Gesellschaftspolitik insgesamt sowie die Unterstützung speziell von Frauenpolitik als ein politisches Anliegen aller. Sie beeinflussen Inhalt und Form von Aktionen der Friedensbewegung ebenso wie die »Umgangsformen«. Und sie tragen auf diesem Wege dazu bei, frauendiskriminierendes Verhalten auch innerhalb demokratischer Bewegungen und Organisationen zu bekämpfen. So wird eine Chance eröffnet, für Frauen und Männer endlich eine »Politik mit Herz und Verstand« möglich zu machen und die Trennung zwischen Ratio und Emotion, zwischen »Privatem« und »Gesellschaftlichem« zu durchbrechen.

Der Schlüssel für Frauen- und Friedenskampf: Nachrüstung verhindern

Wer sein/ihr Leben nicht dem Wohlwollen des US-Präsidenten überlassen will, der/die muß darum kämpfen, daß die Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik und in Westeuropa verhindert wird. Diese Aussage kann getrost als Allgemeingut der bundesdeutschen Friedensbewegung angesehen werden. Weniger klar dürfte der Zusammenhang zu den Chancen des Frauenkampfes sein. Doch wie sollte es in irgendeinem gesellschaftlichen Bereich zugunsten der Bevölkerung, insbesondere ihrer einen Hälfte, der Frauen, vorwärtsgen, wenn es nicht gelingt, diesen Hauptangriff der nationalen und internationalen Konzerne, Militärs und Politiker der politischen Rechten zurückzuweisen?!

Diesmal noch haben die Frauen die Chance, ihre Rechte geltend zu machen, *bevor* es zur Katastrophe kommt und bevor sie — falls dazu je noch eine Gelegenheit sein sollte — wieder einmal eingesetzt und mißbraucht werden, um Kriegslasten und Kriegsfolgen zu tragen, Schäden zu reparieren und Leben neu aufzubauen. Wenn die Frauen für den Frieden *und* ihre Emanzipation aufstehen, dann kann Frauenwille und Frauenrecht Wirklichkeit werden. Die Frauenfriedensbewegung hat die Aufgabe, ihre Geschlechtsgenossinnen möglichst zahlreich zu gewinnen, um ihre Ablehnung gegenüber neuen Atomraketen nicht nur durch andere Gesinnung, sondern durch praktisches Handeln und konkreten Widerstand auszudrücken. Der Herbst 1983 wird dabei der nächste Höhepunkt sein. Die Aktionswoche der Friedensbewegung, die eine Friedensbelagerung des ganzen Landes zum Ziel hat, sieht u.a. einen Kampf-Tag der Frauen vor. Alles sollte versucht werden, um möglichst flächendeckend Frauenfriedenszeichen zu setzen.

Sozialismus

Marxistische Zeitschrift
Heft 3-83 (Mai)



Sparwettlauf..

...linke

Alternativen

B. Trentin (CGIL)

H. Peter (SPD) L. Castellina (PdUP)

M. Achilli (PSI) K.D. Voigt (SPD) P. Ingrao (PCI)

D. Motchane (CERES) St. Holland (Labour)

Einzelpreis: DM 8,-; Abo: DM 42,- (+ Porto)

Kennenlernangebot: 2 Hefte für zusammen

DM 10,-; Schein oder Scheck an

VSA, Postfach 50 15 71, 2000 Hamburg 50

Interviews

»Kein Sozialismus ohne Feminismus ...«

Das Verhältnis von Krise und Frauenunterdrückung ist ein internationales Problem, das sich in verschiedenen Ländern unterschiedlich darstellt. Lydie Schmit, Präsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale betont die Notwendigkeit der an nationalen Bedingungen orientierten verschiedenen Wege der Emanzipation der Frauen sowie der Bedeutung der Zusammenarbeit mit sozialistischen Organisationen. Das nachstehende Interview führte für spw Katharina Gröning.

spw: Von der Wirtschaftskrise sind alle Lohnabhängigen, besonders aber die Frauen hart betroffen. Wie stellt sich dies genau dar und welche Aufgaben ergeben sich daraus für die sozialistische Fraueninternationale (SFI)?

Schmit: Also zuerst einmal möchte ich sagen, daß ich als praktische Politikerin antworte und keine »Expertin« bin, denn da sehe ich schon das erste Problem bezüglich der theoretischen Aufarbeitung der Ursachen der Wirtschaftskrise in den sozialistischen Parteien und der Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird behauptet, sie sei die bestprognostizierteste gewesen. Wir haben uns mit einer Flut von Expertenmeinungen auseinanderzusetzen. Die Problematik ist, da diese Auseinandersetzungen so kompliziert gemacht werden, daß sie nur in einem kleinen Teil der sozialistischen Bewegung stattfinden und ich habe manchmal den Eindruck, daß dies auch Absicht ist. Für mich besteht die Aufgabe der Sozialisten(innen) darin, den systembedingten Charakter der Krise zu verdeutlichen und dies ist (unter anderem in der Bundesrepublik nicht geschehen. Die (fehlende) Auseinandersetzung hat letztlich zur geistigen Krise, zur politischen Strukturkrise geführt.

Die Frauen der sozialistischen Internationale, die nach meinem Eindruck in ihren Forderungen und Beschlüssen sowohl in Bezug auf Vergesellschaftung und Sozialisierung von Produktionsmitteln wie auch in Fragen der Friedenssicherung konsequenter sind, fällt die Aufgabe zu, als linkes Korrektiv ihrer Parteien zu wirken. Wir müssen erklären, was eine Wirtschaftskrise ist, woher sie kommt und wohin sie führt, womit wir automatisch die Kapitalismus-Sozialismus Diskussion provozieren. In den uns Frauen betreffenden Bereichen erleben wir, wie mit der Wirtschaftskrise versucht wird, einige sehr klare politische Ziele durchzudrücken und das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Wenn wir vom Begriff der doppelten Unterdrückung ausgehen, d.h. die Unterdrückung der Frau als Angehörige ihrer Klasse wie auch als Geschlechtswesen, finden wir diesen doppelten Charakter in allen Maßnahmen der konservativen Politik. Die Herausdrängung der industriellen »Billigreserve« Frauen aus dem Arbeitsmarkt bedeutet nicht nur, daß sich als Arbeitslose ihr Lebensstandard drastisch senkt, sondern daß sie wieder verstärkt unter männliche Vorherrschaft gerät. Der Versuch, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zurückzunehmen, geschieht nicht nur aus Kostengründen, sondern auch um ihre Selbstbestimmung als Geschlechtswesen zu unterlaufen. Der Kapitalismus hat ein patriarchalisches Gesicht, wodurch die Betroffenen gespalten werden.

Ob Männer jetzt gemeinsam mit Frauen gegen den Kapitalismus kämpfen, oder ob es ihnen reicht, in der Wirtschaftskrise zwar die Betrogenen, aber nicht die doppelt Betrogenen zu sein, ist noch nicht entschieden. Gerade jetzt werden Männer auf zwei völlig ver-

schiedenen Ebenen verunsichert: zum einen durch die Frauenemanzipationsbewegung und deren Anforderungen an ihr (männliches) Verhalten, zum anderen trifft das Schicksal der Arbeitslosigkeit sie im Kern ihrer Identität. Für die sozialistische Bewegung bedeutet der gemeinsame Kampf für den Sozialismus, daß sie in Zukunft nicht mehr dabei stehen bleibt, die Arbeit und Forderungen der Frauen zu dulden, sondern sie aktiv zu unterstützen.

spw: Vielleicht kannst Du mehr zum Verhältnis von Sozialistischer Internationale (SI) zur SFI sagen: Werden durch die Existenz der SFI nicht die Frauenfragen massiv aus der SI ausgelagert? Welche Position haben die Frauen in der SI?

Schmit: Ich habe es ja schon angedeutet, höflich ausgedrückt: Wir interessieren uns mehr für die Arbeit der SI, als sie sich für unsere quantitativ und qualitativ keineswegs schlechte Arbeit interessiert ... Sicherlich sind Frauenfragen Teil der sozialistischen Kämpfe ... zumindest in der Theorie. Leider sieht die Praxis anders aus: »Wer kennt schon Bebel's Frau?« Es mag seltsam klingen, aber oberstes Ziel ist unsere Selbstauflösung durch überflüssig-werden an dem Tag, an dem Frauenprobleme in den Gesamtparteien mit der gleichen Ernsthaftigkeit behandelt werden wie z.B. Finanzprobleme. Aber soweit sind wir noch nicht, und mir scheint, als seien sich führende Sozialisten der Komplexität des Begriffs »Sozialismus« nicht bewußt.

Einige unserer Mitglieder hielten eine separate Frauenorganisation für überflüssig und mußten erleben, daß das Anliegen der Frauen in der Partei gerade dann, als es die Sondergruppe Frauen nicht mehr gab, von dieser Partei nicht nur ausgelagert wurden, sondern das Thema Frauenfragen überhaupt nicht mehr diskutiert wurde. Genauso wie es Sandmännchen im revolutionären Gewande nur dort gibt, wo Sandfrauen im demütigen Gewande sie fördern, genauso gibt es den »roten Gockel« nur dort, wo sich »Hennen« um ihn scharen.

Wir müssen also, wenn wir uns als sozialistische Frauenorganisation ernstnehmen, unser eigenes Verhalten überprüfen und unsere Situation als Frauen in einer männerberrschten Organisation in Frage stellen. Ein Mechanismus der Männerorganisation ist z.B., daß in der Regel den Frauen der Zutritt zur politischen Macht versperrt bleibt, einige wenige Frauen aber in Funktionen gewählt werden und das mit einer besonders hohen Stimmenzahl. Dies nennt man »Bienenköniginsyndrom«. So wird das schlechte Gewissen beruhigt und zum anderen wird den Frauen klargemacht, daß sie ja nicht aufgrund ihrer Weiblichkeit gewählt worden sind. Meist sagen es die Frauen selbst, daß sie nicht dauernd auf ihr Frausein angesprochen werden möchten, sondern quasi geschlechtsneutral als Gewerkschafterin oder Sozialistin. Wir brauchen deshalb eine separate Frauenpolitik innerhalb der sozialistischen Internationale und müssen den Beweis erbringen, daß ohne die weibliche Hälfte der Menschheit auch bei all den Wirtschaftsspezialisten mit den großen Hirnen und den kleinen Herzen sich nichts verändert. Wir müssen unbequeme Zukunftsfragen stellen, nicht nur im Interesse der Frauen.

spw: Wie ist das Verhältnis von nationalen Interessen einzelner Frauenorganisationen und dem internationalen Charakter der Frauenunterdrückung?

Schmit: Die sozialistische Fraueninternationale nimmt es mit dem traditionellen Internationalismus ernst. Wenn heute ganze Industriezweige in sogenannte Billiglohnländer transportiert werden, so ist das nicht nur ein Ausweichen des Kapitals in den Neo-Kolonialismus, sondern ebenfalls die schamlose Ausnutzung von Frauen, die seit Jahrhunderten unter dem Zwang und der Einengung machoider Religionen und Kulturen gelitten haben. Ich will dazu einige Beispiele nennen: Die in europäischen Kaufhäusern angebote-

nen Spitzendeckchen werden von indischen Frauen für einen Stundenlohn von etwa 15 Pfennig gehäkelt. Um ein Kilo Reis zu verdienen, müssen die Frauen ca. 4 Tage arbeiten. Diese Arbeit der Inderinnen, die schlimmsten Heimarbeitsbedingungen gleichkommt, wird als »Freizeitbeschäftigung von Hausfrauen« deklariert. Die winzigen Mikroprozessoren werden von Frauen unter der Lupe gelötet — und dies unter entsetzlichen Arbeitsbedingungen. Die multinationalen Konzerne haben zwischen den Warenbergen hier und den Menschen, die sie schaffen, eine Kluft aufgebaut, um internationale Solidarität zu verhindern. Die Käufer(innen) der Waren sollen nur interessiert sein an den billigen Preisen. Die Hersteller(innen) der Waren (und es sind in sehr hohem Maße Frauen) sollen nichts über die Konsumentinnen wissen.

Gleichzeitig verbinden sich die einheimischen Eliten mit den neuen Wirtschaftsmachthabern in den Entwicklungsländern, und schützende Überreste von Sitten und Gebräuchen fallen den Verwertungsinteressen des Kapitals endgültig zum Opfer. Die Mechanismen und Praktiken der Großkonzerne zu durchschauen und sie als Verursacher der gegenwärtigen katastrophalen Entwicklung in der 3. Welt zu entlarven, ist eine der wichtigsten Aufgaben der SFI.

Die Idee, durch eine kapitalistisch organisierte Industrialisierung die Lage der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu verbessern, findet sich immer noch in einigen Köpfen der Mitglieder der SI. Tatsächlich hat unsere Entwicklungshilfe aber zur weiteren Verarmung eben dieser Länder geführt. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß die Unternehmen die Arbeitskräfte der Industrienationen und der 3. Welt gegeneinander ausspielen. Illustrieren wir einer Europäerin das grenzenlose physische und psychische Leid einer ihrer Mitschwestern aus Taiwan oder Singapur, wird sie spontan mit der Betroffenen sympathisieren. Erfährt sie im Nachhinein, daß ihr Arbeitgeber seine Textilfirma aus Kostengründen nach Südostasien verlegt hat und sie dadurch ihren Arbeitsplatz verliert, mag sie emotional und feindlich reagieren. Dieses Gegeneinander ausspielen: Ausländer gegen Einheimische, Alte gegen Junge und nicht zuletzt Männer gegen Frauen aufzudecken, ist eine wichtige Aufklärungsarbeit innerhalb der sozialistischen Fraueninternationale. Außerdem müssen wir beachten, daß jedes Land seine eigene nationale Geschichte hat und spezifische Unterdrückungsformen, denen die Frauen unterliegen. Wir als Westeuropäerinnen sollten uns deshalb hüten, den Frauen in den Entwicklungsländern den Weg ihrer Befreiung vorzuschreiben.

Ich will dies an einem sehr schlimmen Beispiel, der Klitoridectomie aufzeigen. Die sexuelle Verstümmelung und schwere Körperverletzung, die die Klitorisbeschneidung darstellt, ist von der UNO geächtet, in einigen Ländern Afrikas, z.B. Tansania, verboten und von der europäischen Frauenbewegung aufs schärfste angegangen worden. Trotzdem wird sie weiterhin durchgeführt und von den betroffenen Frauen verteidigt. Klitoridectomie ist so tief in der Kultur der jeweiligen Länder verwurzelt, daß ein nicht beschnittenes Mädchen keine Chance hat, geheiratet zu werden, wobei die Heirat für sie die einzige Sicherung ihrer ökonomischen und sozialen Existenz bedeutet. Die Abschaffung der Klitoridectomie setzt also tiefgreifende soziale und kulturelle Veränderungen voraus und muß letztlich von den Frauen des jeweiligen Landes selbst durchgesetzt werden.

spw: Wie steht die sozialistische Fraueninternationale zum Feminismus?

Schmit: Zumindestens schwesterlich! Schließlich heißt Sozialist sein, sich für unterdrückte Gruppen einsetzen, und das gilt für die Frauen im allgemeinen. Echter Sozialismus bedingt automatisch Feminismus, genauso wie Sozialismus und Demokratie untrennbar sind.

Frauenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Das Interview mit Herta Däubler-Gmelin führte Martina Tiltmann.

spw: Welche Perspektiven siehst Du für die Frauenpolitik durch die neue Rechtsregierung?

Däubler-Gmelin: Wenn man die Regierungserklärung von Herrn Kohl durchschaut, dann haben Frauen überhaupt keine Perspektive. Herr Kohl hat sich über die Leichtlohngruppen »geärgert«, und er vertritt die Auffassung, daß die Gleichberechtigung der Frau — wie er sagt — »selbstverständlicher« werden müsse. Es ist schon komisch, wie nahtlos Herr Kohl an die späten 50er Jahre anknüpft — damals begann ja unser Kampf gegen die Leichtlohngruppen. Er merkt es spät, aber immerhin.

Soweit zum Text der Regierungserklärung. Die Taten der neuen Bundesregierung sind andere: Hier haben Frauen einiges zu fürchten. Ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich laufend — mit voller Billigung der Bundesregierung, die es nicht einmal fertigbringt, der »Doppelverdiener«-Diffamierung aus den eigenen Reihen entgegenzutreten. Von zentraler Bedeutung ist auch die Ausbildungsplatzfrage: Mädchen haben schlechtere Chancen, ... überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen; in aussichtsreiche Berufe kommen sie noch schwieriger; die Bafög-Streichungen im Schülerbereich treffen Mädchen besonders häufig, weil sie eben wegen der Ausbildungsplatzknappheit besonders häufig den Weg in die schulische Ausbildung gehen müssen.

Die neue Regierung wird auch auf dem Umweg über das Scheidungsrecht und die 218er-Regelung die Stellung der Frau beeinträchtigen: Man will die Schuldfrage wieder einführen, wo es um Unterhalt oder Rente geht; man will zumindest die Krankenkassenleistungen bei Schwangerschaftsabbrüchen wegen sozialer Notlage abschaffen.

Negativ ist das konservative Leitbild, das mit viel Unterstützung der rechten Massenmedien in die Köpfe der Frauen eingehämmert wird: Die typische Idealfrau, die Helmut Kohl gegenüber seinen ausländischen Gästen immer so rühmt, scheint im Hinblick auf partnerchaftliche Einstellung und Konsumverhalten eine Mischung zwischen Hannelore Kohl und Lady Di zu sein. Politisch wird das transportiert, indem man Hausfrauen und Mütter ins Zentrum wohlfeiler verbaler Verehrung stellt; weniger, um ihnen die notwendige Anerkennung zukommen zu lassen, nicht, um ihnen dort, wo sie Hilfe brauchen, mit konkreten Maßnahmen beizutreten, sondern um berufstätige Frauen abzuwerten. Das läuft auf die alte Tendenz zur Desolidarisierung der Gesellschaft und auf Ausspielen der einen Frauengruppe gegen die andere hinaus. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und des Umbruchs finden derartige antisolidarische Vorstöße leicht einen Nährboden. Das macht sie so gefährlich.

spw: Welchen Stellenwert wird die Frauenarbeit in der SPD-Opposition haben?

Däubler-Gmelin: Die SPD-Fraktion hat ihre Arbeit neu gestaltet und neben den traditionellen Arbeitskreisen dem Bereich Frauen und dem Bereich Umwelt einen besonderen, herausgehobenen Rang zuerkannt. Die Leitung beider Arbeitsbereiche wird durch Stellvertretende Fraktionsvorsitzende wahrgenommen. Wir werden in den nächsten Monaten unsere Arbeit dementsprechend umgestalten.

spw: Bitte führe doch diese mehr allgemeinen Überlegungen am Beispiel einiger Politikbereiche aus: Arbeitszeitverkürzung/flexible Arbeitszeiten — § 218 — Sozialpolitik — Frauen/Bundeswehr!

Däubler-Gmelin: Daß wir Arbeitszeitverkürzung, und zwar eine drastische Arbeitszeitverkürzung, für dringend geboten halten, hat sich inzwischen herumgesprochen. Die neue Bundesregierung will Teilzeitarbeit und Job-Sharing für Frauen. Wir wollen — auch im Interesse der Frauen — eine deutliche Reduzierung der tarifüblichen Wochenarbeitszeit bzw. der täglichen Arbeitszeit und halten diese für wichtiger als Job-Sharing und Teilzeitarbeit: Beide Modelle können in unserer Gesellschaft nahezu ausschließlich von Frauen akzeptiert werden. Sie grenzen wiederum besondere Arbeitnehmergruppen ab und drängen damit Frauen weiter an den Rand der Erwerbstätigen. Vereinbarkeit von Beruf und Familie muß für Männer und Frauen möglich werden.

Wir halten sowohl § 218 StGB wie auch die sozialflankierenden Maßnahmen für so wichtig, daß wir jede Manipulation ablehnen. In der Sozialpolitik gibt es viele Punkte, die angesprochen werden müssen, leiden doch Frauen, alleinerziehende Eltern mit Kindern am meisten unter den Kürzungen der Sozialhilfe. Am wichtigsten für ältere Frauen ist die Neugestaltung der Hinterbliebenenversorgung. Unter dem Stichwort Gleichbehandlung von Witwen und Witwern muß reformiert werden. Die CDU wird dies wahrscheinlich zu Lasten der berufstätigen Frauen mit Kindern versuchen. An Hausfrauenrente oder Kindergeld ist im Augenblick nicht zu denken.

Frauen als Wehrpflichtige für die Bundeswehr einzuziehen, verbietet unsere Verfassung. Blitzmädel und ähnliche Einrichtungen, die es schon einmal gab, halten wir für falsch. Wir werden einer Regelung nicht zustimmen, die dann, wenn geburtenschwache Jahrgänge die Zahl der Wehrpflichtigen vermindern, einfach darangeht, ein neues Reservoir — eben die Frauen — zu erschließen. Egal übrigens, ob uns diese von den einen als emanzipatorische Notwendigkeit oder von den anderen als wehrpolitische Notwendigkeit präsentiert wird.

spw: Siehst Du Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit den Grünen im Parlament? Welche Rolle werden die Friedensbewegung und die Gewerkschaften bei einer Oppositionspolitik der SPD spielen?

Däubler-Gmelin: Ich hoffe, daß wir im Bundestag mit allen Fraktionen zusammenarbeiten können, die unsere Haltung und unsere Forderungen unterstützen sowie unseren Kontakt zu Gewerkschaften und zur Frauenbewegung vertiefen und ausbauen.

Analysen

Wolfgang Kowalsky

Anmerkungen zum »Französischen Linksexperiment«

1. Vorbemerkungen zur Vorgeschichte

Der Sieg der französischen Linken im Mai/Juni 1981, ein Einbruch in das »hegemoniale Dispositiv« (L. Sève) der französischen Bourgeoisie, hatte, wie bereits der »Mai 68« Auswirkungen weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Bis dahin hatte die Linke nur in acht Ländern der Welt eine Mehrheit erringen können und dabei noch nie in einer der »großen« kapitalistischen Metropolen.¹ Diskussionen über die Lage und Perspektiven der Linken in Westeuropa und im fortgeschrittenen Kapitalismus allgemein kommen schon von daher am französischen Linksexperiment nicht vorbei. Aus dem dornigen Weg der französischen Linken, insbesondere dem von 1968 bis 1981, läßt sich einiges lernen, vor allem über die »Befestigung« bürgerlicher Herrschaft, die sich als weitaus stabiler und flexibler erwies als es faszinierende Bilder aus den Maitagen 68 vermuten ließen, sowie über Möglichkeiten glaubwürdiger und mehrheitsfähiger linker Politik.

Dazu ein kurzer Blick zurück in die Geschichte: In der *Fünften Republik* hat es mehrere Versuche der Organisierung einheitlicher linker Politik gegeben. Zunächst Defferres Projekt einer großen Fédération, einer »dritten Kraft«, bestehend aus SFIO, MRP und Radikalen (SFIO = Section française de l'Internationale ouvrière; Vorgängerin der heutigen Parti socialiste; MRP = Mouvement Républicain Populaire, christdemokratische »Volksrepublikaner«), das im Juni 1965 zu Bruch ging, woraufhin Defferre auf seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen verzichtete. Dann versuchte Mitterrand, das linke Zentrum ohne das MRP zu einigen, damit war die klerikale Frage ausgeklammert. Am 9. September 1965 kündigte er seine Präsidentschaftskandidatur gegen De Gaulle an, und am darauffolgenden Tage wurde die »Fédération de la gauche démocrate et socialiste« (FGDS) gegründet. Als Einheitskandidat der Linken hatte er über 45% der abgegebenen Stimmen gegen De Gaulle erringen können, 1969 schaffte die getrennt marschierende Linke gegen den weniger schillernden Pompidou nicht einmal den Sprung in den zweiten Wahlgang:

Defferre erhielt gerade 5,1%, womit der Versuch des Aufbaus einer autonomen mehrheitsfähigen Sozialdemokratie in Frankreich am traditionellen Einheitswillen der französischen Linken gescheitert war.² Die sozialistische Verwicklung in die Kolonialabenteuer der 60er Jahre und die Unterstützung der gaullistischen Machtübernahme durch den Sozialistenführer Guy Mollet hatten die SFIO als linke Kraft schwer diskreditiert. Dafür hatte sie 1969 die Quittung erhalten. Damit stand als Alternative fest: entweder eine Strategie linker Einheit, die die Einsicht voraussetzte, daß eine linke Mehrheit nur mit, nicht aber gegen die FKP (Französische Kommunistische Partei) zu erreichen ist, oder Irrelevanz. Das gleiche gilt umgekehrt für die FKP: sie konnte mit Duclos zwar beachtliche 21,5% (1969) erreichen, die Hoffnung auf eine kommunistische Mehrheit blieb jedoch reines Wunschdenken, das Schließen von Bündnissen unerläßlich für eine demokratische Massenpolitik. Der dritte Versuch bestand in der Einigung der nichtkommunistischen Linken mit der FKP. Im Juni 1972 hatten sich die FKP und die Sozialistische Partei erstmalig auf ein konkretes »Gemeinsames Regierungsprogramm« zur Gesellschaftstransformation einigen können.

Diese Reorganisation der Linksparteien innerhalb von vier Jahren (die die Neugründung der Parti socialiste einschloß), in denen sie dem spontanen Protest des »Mai 68« eine politische Form verliehen, kann als Erbschaft der Hegemoniekrise von 1968 bezeichnet werden. Im Jahrzehnt nach 68 hat die Rechte unter Frauen, Industriearbeitern und Jugendlichen erdrutschartige Verluste erlitten; gleichzeitig fand eine Erosion konservativen Wahlverhaltens unter Katholiken statt, das sich spektakulär in der Entkonfessionalisierung und Linkswende der Gewerkschaft CFDT ausdrückte. Allein die Unterstützung der Industriearbeiter fiel von 45% für De Gaulle im Jahre 1965 auf nur noch 27% für Giscard 1974, die Unterstützung der Frauen, fiel von 62 auf 54% (umgekehrt stieg die Unterstützung der Industriearbeiter für Mitterrand von 55 auf 73%).³ Diese Verluste hat die Rechte seither nicht wieder kompensieren können. Von daher sprechen beträchtliche Gründe für Skeptizismus hinsichtlich Chiracs Fähigkeiten, den gaullistischen Niedergang aufzuhalten. Schließlich sind innerhalb nur eines einzigen Jahrzehnts konservative Arbeiterstimmen um 40% zurückgegangen.

Innerhalb der Linken kam es ebenfalls zu Verschiebungen: in den Parlamentswahlen vom März 1973 konnte die Parti socialiste zusammen mit dem MRG (Mouvement des Radicaux de Gauche) erstmalig seit Kriegsende die FKP überrunden. Insgesamt erreichte die Linke mit 45,8% ihre höchste Stimmenzahl seit 1956. Bei den Präsidentschaftswahlen 1981 konnte Marchais nur 30% der Arbeiterstimmen für sich gewinnen, Mitterrand hingegen 33%. Bei den darauffolgenden Legislativwahlen erreichte die FKP nur noch 24% und die Parti socialiste 44%.⁴

1974 hatte die Rechte nochmals eine knappe, rasiermesserdünne Mehrheit erringen können (Mitterrand fehlten gerade 0,7%); die Tatsache, daß sie dabei gezwungen war, alle ihre Kräfte hinter Giscard zu sammeln, hatte jedoch klar gezeigt, daß ihr Manövrierspielraum auf ein Minimum zusammengeschrumpft war. Zudem legte Chirac 1976 seinen Posten als Premierminister nieder und die neogaullistische Sammlungsbewegung RPR (Rassemblement pour la République) trat unter seinem Vorsitz in die »Halbopposition«. Einen Kurs konsequenter Opposition konnte sich der RPR nicht leisten, da dies eine politische Krise hervorgerufen hätte.⁵ So mußte er fortwährend parlamentarische Maßnahmen unterstützen, die er gleichzeitig verbal ablehnte. Ein Ergebnis dieses zermürbenden Zerwürfnisses bestand darin, daß die Rechte 1981 zersplittert zur Wahl antreten mußte, während unter De Gaulle die nationale Rechte unbestritten dagestanden hatte.

1981 erreichte die französische Linke dann mit fast 56% ihren historischen Höchststand, die Rechte ihr historisches Tief. Die Theoriezeitschrift der britischen KP »Marxism today« vertrat die Auffassung, für die politische Niederlage der Rechten sei nicht ihr Zerwürfnis ausschlaggebend gewesen, sondern vielmehr die »unzureichenden«⁶ politischen Initiativen Giscards: De Gaulle und Nachfolger hätten die Notwendigkeit der Konsolidierung ihrer sozialen Basis im Kopf gehabt — als Beweis wird die nationalistische Haltung gegenüber der EG, die Verteidigung der Kleinindustrie und Landwirtschaft angesehen —, die liberale Rechte unter Giscard habe demgegenüber über ihre ökonomistische Politik rücksichtsloser Kapitalakkumulation und forcierter Industrieumstrukturierung, der ganze Branchen zum Opfer fielen (Fabrikschließungen, Bankrotte, Massenentlassungen), das Hegemonieproblem aus den Augen verloren, was m.E. angesichts der gewaltigen Anstrengungen Giscards im ideologischen Bereich kaum haltbar sein dürfte.⁷

Innerhalb der Linken selbst war es zu einer Demobilisierung gekommen, das Eingreifen in politische wie gewerkschaftliche Kämpfe hatte nachgelassen. Dazu trug sicherlich die Form des »Gemeinsamen Programms« als Gipfelabkommen zwischen den Leitungsgre-

mien politischer Parteien bei. Es erschien als eine abgeschlossene, bereits geregelte Angelegenheit, ein Buch, das beinahe den Eindruck einer Rezeptsammlung vermittelte: was immer passierte, auf einer bestimmten Seite gab es sicher eine Antwort. Dadurch konnte die Vorstellung bestärkt werden, es genüge, sich auf ein detailliertes linkes Programm zu beziehen und das eigene Eingreifen in die Sphäre des Politischen erübrige sich oder beschränke sich nunmehr auf den »richtigen« Wahlakt.

Die 1977 angegangene Aktualisierung erschien ebenfalls als Angelegenheit, die die Spitzengremien der Linksparteien unter sich abzumachen hätten (»einigt euch nur, dann wählen wir euch auch schon«). Dieser Eindruck hat zweifellos zu einer Demobilisierung beigetragen, deren Hauptgrund jedoch im »ideologischen Krieg« zu suchen ist, einem Phänomen, auf das die Linke erst relativ spät aufmerksam wurde: gemeint ist damit die ungeheure ideologische Gegenoffensive der Rechten, die insbesondere seit 1976 — nach trilateralen Empfehlungen⁸ — das Ziel verfolgte, die politische, pluralistische Diskussion selbst in Frage zu stellen. Diese rechte Gegenoffensive hat offenbar — trotz ihres vorläufigen Scheiterns in Frankreich — einige Erfolge davontragen können, wodurch für die gesamte Linke eine Reihe von Schwierigkeiten, Blockierungen, Widersprüchen entstanden sind, die nicht allein durch Ideenkonfrontation, durch ideologische Auseinandersetzung zu lösen sind, da erst praktische Erfahrungen in diesem Zusammenhang Veränderungen bewirken.

Verglichen mit anderen Ländern, in denen die Rechte die gleiche Gegenoffensive führt(e), war der Widerstand in Frankreich noch äußerst lebhaft. So sind — wie der Historiker François Hincker feststellte⁹ — viele Ideen, für die die Linke kämpft, so z.B. die Einsicht in die Notwendigkeit und Bedeutung von Nationalisierungen, Gemeingut eines Großteils des französischen Volkes geworden und überschreiten damit bei weitem die Wählerschaft dieser oder jener Partei. Massenhaft ist auch die Erkenntnis verbreitet, daß soziale Veränderungen nur dann von dauerhafter Natur sind, wenn die Frage der ökonomischen und finanziellen Mittel geklärt ist. Breite Kreise lehnen die Vorstellung ab, das Erdöl allein trage die Schuld an der Krise.

Vor diesem Hintergrund ist das jetzige Bündnis zwischen PS (Parti socialiste) und FKP zu betrachten. Zu den Rahmenbedingungen dieses Bündnisses gehört die Kluft, die zwischen dem hohen Niveau der Lösungen, die notwendig sind, um das Land aus der Krise zu führen (denn darum geht es letztlich, einen Ausweg aus dieser dritten Weltwirtschaftskrise zu eröffnen¹⁰), besteht und dem Niveau der Ziele, um die herum eine breite Sammlung der Volksmassen möglich ist. Auf dem Weg dorthin bedeutet jeder dem Kapital aufgezwungene Rückzug ein Privileg weniger in dessen Händen und eine zusätzliche Position für die Linke, ein Ausgangspunkt für zukünftige Fortschritte. Die unbedingte Feindseligkeit des französischen Unternehmerverbands CNPF¹¹ hat der Regierung in diesem Zusammenhang und insbesondere bei dem viermonatigen Lohn- und Preisstop (von Juli bis Oktober 1982) einen einzigartigen Dienst erwiesen: viele Lohnabhängige haben begonnen, darüber nachzudenken, daß Maßnahmen, die die »patrons« dermaßen irritieren, letztlich doch besser sein müssen, als es der unmittelbare Anschein (z.B. beim Lohnstop) vermuten läßt.

2. Vereinfachte Komplexität

Bilanzen zum »Einjährigen« wie zum Jahresende haben das französische Linksexperiment in die beiden Kategorien »Sozialdemokratie« — »Sozialismus« zu pressen versucht.¹²

Die »taz« (10.5.82) titelte ironisch »Ein Jahr 'real-existierender' Sozialismus«, »Rinas-

cita« (Nr. 17 vom 30.4., Nr. 19 vom 21.5.82) sprach ganz unironisch vom »socialismo francese« und die »Neue« (20.8.82) eher skeptisch von »Frankreichs seltsamem Sozialismus«. Die Zeitschrift »sozialismus« (3/82) begab sich erneut auf das Gebiet der Hellseherei und voraussagte, daß 1982/83 »sich die Belastungsproben für das Bündnis der Linkskräfte verschärfen« werden. Ganz folgerichtig empfahl der Trotzki Ernest Mandel (in »Konkret« vom Mai 82) der »Basis« eine Vereinheitlichung ihrer Streiks in Richtung eines Generalstreiks.

Die französische Realität jedoch sieht komplexer aus als vereinfachende Interpretationsschemata suggerieren möchten. Das weitverbreitete Denkmuster von einer »Doppelnatur« der Sozialdemokratie (zusammengefaßt in dem Schlagwort von der »rechten Praxis, verdeckt durch linke Phraseologie, um Wähler bei der Stange zu halten«) erklärt genausowenig, da die Problematik der Sozialdemokratie gerade in ihrer Massenbasis liegt. Im Unterschied zur bundesrepublikanischen SPD ist der französische PS aber nicht »organisch« mit der Arbeiterklasse verbunden. Für die französische Linke stellt sich daher weniger das Problem einer vermeintlichen »Sozialdemokratisierung«¹³ — das sieht der damalige Präsident des Unternehmerdachverbands CNPF, Ceyrac, ähnlich: »Man kann m.E. nicht von Sozialdemokratie in Frankreich sprechen, indem man einfach gewisse Realitäten ignoriert ...« (Le Monde, 3.7.81) — als vielmehr das Hegemonieproblem, d.h. das Problem der Organisation eines heterogenen dominanten Blocks, da sowohl die »ideologischen Staatsapparate« (Althusser) als auch das ideologische Terrain Betrieb noch zu »hegemonisieren«, d.h. als Hegemonieproduzenten zu nutzen sind.

3. Französische Spezifika

Eine konkrete Analyse der eigentümlichen Situation samt der ihr innewohnenden Tendenzen, die nicht bei traditionellen Kategorien stehenbleiben will, kommt um eine Bestimmung der Charakteristika und Spezifika des französischen Linksexperiments nicht herum.¹⁴ Dazu gehören zunächst die »geerbten« Rahmenbedingungen, als da wären:

a. Die in hohem Maße institutionalisierte Bipolarisierung

In der III. und IV. Republik stand das Parlament im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen und Entscheidungen und die Vielzahl politischer Parteien brachte einen Mangel an politischer Koalitionierung zur Bildung stabiler Mehrheiten mit sich. Die Einrichtung der V. Republik (1958) verlieh dem Präsidenten die ausschlaggebende politische Schlüsselrolle. Alle größeren politischen Initiativen sowohl außenpolitische (Algerienkrieg, europäisches Währungssystem) wie innenpolitische Angelegenheiten betreffend gingen seither von der Präsidentschaft aus, eine Tatsache, deren reale Bedeutung viele linke Politiker nur langsam begriffen: »Presidentialism as a form of government ... also forced the parties of the Left to think about unity.«¹⁵ Diese Regierungsform stimulierte also einheitliche Politik und Koalitionsbildung sowohl auf der rechten wie der linken Seite und brachte damit die jetzige ausgeprägte Links-Rechts-Polarisierung in Frankreich zustande.

b. Die ununterbrochene Machtausübung der Rechten seit 1958

In diesen 23 Jahren hat die Rechte ihre Hegemonie über die »ideologischen Staatsapparate«, insbesondere Medien, Schule und Betrieb systematisch ausbauen können. Diese Hegemonie ist durch die politischen Niederlagen im Mai/Juni 1981 und die Streitigkeiten zwischen UDF und RPR nicht grundlegend erschüttert worden, wenn auch die Rechte

durch ihre besonders aggressive Politik der letzten Jahre und den aristokratischen Führungsstil Giscard's offenbar an Glaubwürdigkeit verspielt hat.

c. Das Fehlen einer autonomen Sozialdemokratie und der gewerkschaftliche Pluralismus

In Frankreich hat der revolutionäre Syndikalismus einen »ouvriéristischen« Anti-Parlamentarismus wachgehalten. Seit der Charta von Amiens (1906) sind Gewerkschafts- und Parteienbewegung strikt voneinander getrennt; Verstöße gegen dieses Prinzip kamen die Gewerkschaften immer teuer zu stehen. Traditionsgemäß ist die Gewerkschaftsbewegung pluralistisch. Nebeneinander existieren: die kommunistisch-demokratische CGT, die sozialistisch-demokratische CFDT, die sozialreformistisch-antikommunistische FO, die christliche CFTC sowie Berufsgewerkschaften, die insgesamt nur 20 bis 25% der Arbeiterklasse repräsentieren (zum Vergleich: BRD 42%, Großbritannien 51%).¹⁶ Die Arbeiterbewegung ist seit dem Parteitag von Tours 1920 in Kommunisten und Sozialisten gespalten.

Aus historischen Gründen, zu denen diese numerische Schwäche der Gewerkschaften zählt, gibt es in Frankreich keine organisch mit der Arbeiterklasse verbundene Sozialdemokratie mit einer Einheitsgewerkschaft, die die Mehrheit der Lohnabhängigen organisiert.¹⁷ Diese Bedingungen erlaubten auch die Aufstellung eines »sozialistischen Projekts« der Selbstverwaltung (autogestion) und des Bruchs mit dem Kapitalismus. Dieses »politische Dispositiv« ist in Ländern mit keynesianischer Sozialdemokratie (wie Schweden oder der BRD) unauffindbar.

d. Relativ eigenständige Außenpolitik

Die gaullistische Tradition einer relativen Unabhängigkeit gegenüber den USA sowohl auf militärischem wie ökonomischem Gebiet erlaubt(e) Frankreich, eine Schlüsselstellung zwischen Erster und Dritter Welt einzunehmen und auf die neuen Beziehungen hinzuwirken, die zum gegenseitigen Überleben notwendig sind. Der Solidarität mit der 3. Welt und dem Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung wird von Mitterrand eine in den kapitalistischen Metropolen bisher ungekannte Priorität eingeräumt.¹⁸

Eine Politik, die die Unabhängigkeit des Landes kompromittiert, es den USA oder der BRD unterordnet, wird — wie zu Zeiten De Gaulles — als antinational betrachtet.

Zu diesen traditionellen *Spezifika* kommen die *des* derzeitigen *Linksexperiments* hinzu: Zunächst gilt es festzuhalten, daß die Koalitionsregierung im Bruch nicht nur mit Barrescher Austeritätspolitik, sondern neoliberalen wie neokonservativen Wirtschafts- und Krisenstrategien überhaupt versucht, ein Regierungsprogramm radikaler Strukturreformen umzusetzen.¹⁹ Dessen Achsen bilden a) die Nationalisierungen zur Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik innerhalb einer noch zu präzisierenden Industriepolitik; b) die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Herabsetzung des Rentenalters und das Berufsbildungsprogramm für Jugendliche zum Abbau der Arbeitslosigkeit; c) die Ausdehnung der Freiheitsrechte und die Dezentralisierung, d.h. die nicht nur geographische, sondern soziale und kulturelle Regionalisierung des extrem zentralistischen Landes zur Ausdehnung der Demokratie. Die äußerst kostspielige Finanzierung der sozialpolitischen Maßnahmen erfolgte durch Erhöhung des Budgetdefizits und der Steuerlast; für das laufende Jahr sind z.B. 1,2 Milliarden Francs vorgesehen als Hilfe für Betriebe, die ihre Wochenarbeitszeit bis 1985 auf 35 Stunden verkürzen.²⁰ Die Inangriffnahme der versprochenen Maßnahmen hat das soziale Klima spektakulär verändert, das Nichteinhalten von Wahlversprechen war schließlich inzwischen zum Gemeinplatz geworden.²¹ In der unscharf als »zweite Phase

des Wechsels« bezeichneten neuen Etappe der Regierungspolitik hat der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, ein Ziel klassischer Arbeiterpolitik, unverminderte Priorität. Diese Etappe wird angesetzt im Juni 1982, als neben der Abwertung des Franc ein viermonatiger Lohn- und Preisstopp verhängt wurde, über den die FAZ (15.6.82) zwar frohlockte: »Um die Abwertung des Franc zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu machen, müssen die Franzosen den Gürtel jetzt enger schnallen«, jedoch gleichzeitig Bedenken anmeldete: »Die Verteuerung der D-Mark bedeutet eine Benachteiligung deutscher Produkte auf dem französischen Markt.«

F. Hincker²² wies auf den nicht zu unterschätzenden, psychologischen Effekt hin, den dieses in Frankreich erstmalig seit 1945 wiederholte Experiment der Stabilisierung der Preise verursacht habe: Die Lohnabhängigen hätten sich nicht zu Aktionen, die objektiv gegen die Regierung gerichtet waren, hinreißen lassen und das Murren der Kleinunternehmer, die nichts sosehr schätzen, wie die Sicherheit und dazu gehört die Blockade, die die Entwicklung festschreibt, sei zurückgegangen.

Die französische politische Linke ist weiterhin uneinig: die Divergenzen, Verständnislosigkeiten und Fehler aus den Jahren nach dem Bruch der Linksunion (1977-81) sind bisher nicht aufgearbeitet worden. Seit der Unterzeichnung des Regierungsabkommens haben sich die Polemiken hauptsächlich auf die Ebene gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen verlagert, wodurch das Niveau gewerkschaftlicher Aktionseinheit oftmals gegen Null strebt. Unter der Regierung Barre konnten sich die Gewerkschaften gegenüber einem gemeinsamen Gegner, nämlich eben dieser Regierung, einigen, während dieser Faktor, der die Zurückstellung korporativistischer Interessen erzwang, seither fortgefallen ist. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Linksregierung hat sich zusehends verschlechtert; sowohl die CFDT (Protest gegen sowjetische Erdgaslieferungen Anfang 82) als auch die CGT markierten zunehmend ihre Autonomie²³ und kritisierten, daß immer wieder keine Konsultationen, geschweige denn eine Konzertation von Seiten der Regierung stattfänden.

Der Parti socialiste hat durch das Mehrheitswahlrecht mit einem Drittel der abgegebenen Stimmen (37,5%) die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erhalten für eine fünfjährige Legislaturperiode, wodurch sie — im Unterschied zu Allendes Chile — institutionell von der FKP (16,2% und vier von 44 Ministerposten) unabhängig ist. Der verfassungsmäßige und institutionelle Kontext der V. Republik hat sich für die Linke günstig ausgewirkt: erstmalig hat sie die institutionellen Mittel sowie Zeit zur Verwirklichung ihrer Ziele. Jedoch fand dieser überwältigende Wahlsieg in einer Situation ohne starke Massenmobilisierung und ohne ausreichende Klarheit über Bedingungen wie Mittel einer durchgreifenden Gesellschaftsveränderung statt. Die seit Mai 1981 durchgeführten Reformen wurden so allesamt in ultraparlamentarischer Manier, regierungsgeleitet und staatsfixiert durchgebracht, was ein reales Handicap für weitere Entwicklungen bildet, da eine neue Dimension des Kampfes auf der Tagesordnung steht: die Mitwirkung an der Leitung und deren Aneignung, die sich in die Strategie der Selbstverwaltung einschreibt. Dieses Erfordernis steht im Gegensatz zur Tradition des bloßen Protests, des Forderung-Stellens und der »contestation«, die in den Gewerkschaften tief verankert ist, da sie die gängige Praxis seit Jahrzehnten darstellt, die jedoch der jetzigen Situation nicht mehr angemessen ist. Einen Trumpf in diesem Zusammenhang stellt der unvermindert starke Wunsch nach Veränderung dar.

Hindernisse und Perspektiven

Seit geraumer Zeit mehren sich in Frankreich Zeichen von wachsender Ungeduld und

Desillusionierung, die zunächst als Ausdruck der hohen Erwartungen und Ansprüche, die an den Sieg der Linken geknüpft waren, zu betrachten sind. Diese Unzufriedenheit konnte der rechte Wahlblock zusammen mit verschiedenen Berufsorganisationen und dem Unternehmerverband auf diversen Gebieten (z.B. dem der Agrarpolitik²⁴) für sich artikulieren. Dem kam entgegen, daß die Linke die durch den internationalen Kontext verursachten Schwierigkeiten — zu nennen wären: Außenhandelsdefizit, Kapitalflucht, Spekulation gegen den Franc und der weltweite, weitgehend auf dem Rücken der 3. Welt ausgetragene ökonomische Krieg — offenbar nicht korrekt eingeschätzt hat (erinnert sei an Parolen wie: »die Krise ist wesentlich national«). Es versteht sich von selbst, daß das französische Linksexperiment mehr Erfolgchancen hätte, wenn ein ähnlicher Weg koordiniert von mehreren (süd-)europäischen Ländern in enger Verbindung mit einigen Ländern der 3. Welt eingeschlagen würde.

Innenpolitisch steht die Linke vor weiteren Problemen: Die Parti socialiste war bislang unfähig bzw. unwillig, die Massen zu mobilisieren. Dabei spielt ihre schwache organisatorische Verankerung in den Betrieben eine Rolle — unter den 270 Abgeordneten sind 2 Industriearbeiter, aber 138 Lehrer —, ihre Vorliebe für technokratische-administrative Entscheidungen und ihr Mißtrauen gegenüber jeglichem Druck von unten aus der Befürchtung heraus, die neuen Mittelschichten — mittlere Cadres, Intellektuelle, Techniker — abzustoßen. Aus der Angst davor, als Transmissionsriemen der Regierung, als »parti godillot« zu erscheinen, hat die PS in letzter Zeit eine solche Distanz gegenüber der Regierung eingenommen, daß sie praktisch als nicht existent erscheint.

Der Rückgang der Stimmen für die FKP, die ihr niedrigstes Wahlergebnis seit 1936 (15,3%) einstecken mußte, macht sie zum »Juniorpartner« der Koalition. Offenbar ist sie nicht bereit, ihre Kräfte zu einem »positiven Druck«, zu Vorschlägen und Initiativen zu bewegen und voll hinter eine Regierungspolitik zu stellen, die allein von Mitterrand/Mauroy bestimmt ist. Allein an Wahlergebnissen ist ihr Einfluß allerdings nicht abzulesen: Mit 8,4% 1932 konnte sie auf die Bildung der Volksfront hinwirken. 1947 konnte sie mit 28,6% der abgegebenen Stimmen ihren Ausschluß aus der Regierung des Sozialisten Ramadier nicht verhindern. 1956 konnte sie mit 25,9% eine Verschärfung des Algerienkriegs durch die Regierung des Sozialisten Guy Mollet ebensowenig ausschließen, aber 1958 mit 18,9% den Prozeß einleiten, der durch die widersprüchliche und mit Rückschlägen verbundene Herausarbeitung der Strategie der Linksunion schließlich zum »Gemeinsamen Programm« führte.

Solange die beiden Parteien Absprachen nur anläßlich bevorstehender Wahlen treffen und nicht beginnen, gemeinsam eine klare Strategie zu erarbeiten, werden sie auch nicht in der Lage sein, kulturelle Hegemonie aufzubauen. Die Zusammenarbeit mit der Linken außerhalb der beiden Parteien bildet ein weiteres Problem. Das historische Auftauchen und die Entwicklung neuer demokratischer Subjekte, der sogenannten neuen sozialen Bewegungen — Befreiungsbewegung der Frauen, neue Forderungen der Jugend, Ökologie-, Regionalismus-, Friedensbewegung — bilden Symptome des dramatischen Grabens, der sich aufgetan hat zwischen Staat/Institutionen/Regierung und diesen antistaatlich, antiautoritär, gegen Machtdelation eingestellten Bewegungen, die den traditionellen engen Politikbegriff, der dazu neigt, Politisches mit Staatlichem zu identifizieren, in Frage stellen.

Berührungspunkte zwischen diesen beiden Polen sind in Frankreich zwar vorhanden — so hatten feministische Gruppierungen wie große Teile der Ökologen und Jugendlichen sich 1981 für die Wahl Mitterrands entschieden, wenn auch der Anteil der Enthaltungen gerade unter Jugendlichen alarmierend hochschnellte — der Sieg Mitterrands war somit

zwar der persönliche Triumph eines Meisterstrategen, der zwei Jahrzehnte lang seine Vision einer Einheitspolitik radikaler Gesellschaftsveränderung zusammengehalten hat, damit ein Sieg über trilaterale Strategien, jedoch wesentlich der Sieg eines pluralistisch-widersprüchlichen Blocks ohne kulturelle Hegemonie. Zahlreiche der beteiligten Zusammenschlüsse, Initiativen, Bewegungen bleiben ganz »à l'américaine« voneinander isoliert. Die Hindernisse überwinden könnte eine neu entstehende Dynamik linker Einheit, eine »dynamique unitaire«, wobei von der Gewerkschaftsbewegung einige positive Ansätze zu verzeichnen sind: darauf deuteten zumindest der 40. Kongreß der CGT, von dem eine relative Autonomisierung dieser Gewerkschaft ausging, sowie die beiden letzten Kongresse von CFDT und CGT hin. Ohne diese Einheit zwischen der Arbeiterklasse, die durch die Krise immer weiter in ihre Bestandteile segmentiert zu werden droht (Organisierte — Unorganisierte, Frauen — Männer, Ausländer — Inländer, Vollzeitarbeiter — Teilzeitarbeiter bzw. job-sharer usw.), und den neuen demokratischen Subjekten wird eine Transformation der französischen Gesellschaft unmöglich. Die insgesamt zunehmende Identifikation der Linksparteien mit Regierung und Staat (von der Distanzierung nur das Gegenbild ist, da es diesen Hauptbezugspunkt nicht in Frage stellt) verbreitert nun — ganz im Gegenteil zu diesem Erfordernis — noch die Kluft zu den autonomen Kämpfen gegen Unterdrückungsformen, die sich nicht an der betrieblichen Ausbeutung entzünden und differenzielle Forderungen artikulieren. Als momentaner Ausweg bleibt den Linksparteien und der Regierung nur die Möglichkeit, Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Zusammenwirken möglich wird, bevor die in sie gesetzten Hoffnungen zerbröckeln. Die Hierarchien und sozialen Ungleichheiten, die in Frankreich wie in keinem anderen Industrieland ausgeprägt sind, haben bisher kaum abgenommen und könnten einen Ansatzpunkt — für eine gleichberechtigte Kooperation bieten. Schritte in diese Richtung sind angedeutet im »Rapport Auroux« und den vier verabschiedeten Gesetzen (über Freiheitsrechte der Arbeiter im Betrieb u.a.), dem wohl wichtigsten Durchbruch auf diesem Gebiet seit 1936.

Aktueller Nachtrag

Im Anschluß an die Kommunalwahlen und die dritte Franc-Abwertung erfolgte am 22. März 1983 eine Regierungsumbildung: Die jetzige, dritte Regierung Mauroy besteht aus nur noch 15 Ministern (die Staatsminister sind verschwunden) und stellt damit eine der gestrafftesten Regierungen der V. Republik dar. Die Mannschaft ist bekannt, neu ist allein M. Gallo, der Regierungssprecher, J. Delors, Minister für Wirtschaft, Finanzen und (neu dazu) Staatshaushalt, rückte in der Rangliste auf Platz 2 (direkt hinter Mauroy selbst) sowie Sozialminister P. Bérégovoy auf Platz 3. Die Kommunisten stellen noch zwei Minister. M. Rocard bekam das Landwirtschaftsministerium. Der bisherige Forschungs- und Industrieminister J.-P. Chevènement vom CERES, dem linken Flügel des PS, ist wegen Unstimmigkeiten über Methoden und Ziele der Regierung ausgeschieden.

Deren Orientierungen erläuterte Mitterrand am folgenden Tag in einer Fernsehansprache, in der er u.a. ausführte: »Die seit Mai [gemeint ist Mai 1981; d.Verf.] eingeschlagene Politik ist gut, wenn man die Zwänge kennt, die eine internationale Umgebung, die eine andere Wirtschaftspolitik als die unsere verfolgt, auferlegt. (...) Innerhalb eines Jahres, genau: in 14 Monaten, ist die Arbeitslosigkeit um 29% in der Bundesrepublik angestiegen, um 22% in den Vereinigten Staaten, in Frankreich um 4%. (...) Mehr denn je müssen wir an den drei Fronten Arbeitslosigkeit, Inflation und Außenhandel siegen. (...) Ich habe Herrn Pierre Mauroy damit beauftragt, diese Aktion zu leiten: was ich von ihm erwarte,

ist nicht, irgendeine Form neuer Austerität durchzusetzen, sondern das begonnene Werk fortzusetzen ...«

Am 6. April gab Mauroy dann seine Regierungserklärung ab, die spät in der Nacht angenommen wurde. Sein »Härteplan« (plan de rigueur vom 25.3.83) soll das ansteigende Handelsbilanzdefizit und den Staatshaushalt sanieren, wobei eine Beschränkung der Massenkaufkraft in Kauf genommen wird. Aus Dringlichkeitsgründen soll es auf dem Verordnungswege erlassen werden, eine Maßnahme, der die FKP erst (am 12.4.) zustimmte, als Mauroy zusicherte, die Einkommensschwächsten würden nicht zur Kasse gebeten.

Die Frage, ob die Linksregierung sich mit diesen Akzentverschiebungen Perspektiven verschlossen hat, läßt sich in der gegenwärtigen Situation kaum beantworten. Zu vermuten ist, daß das Ausscheiden des CERES Konsequenzen, insbesondere auf das Verhalten der »Cadres« hat und diese sich in nächster Zeit energischer zu Wort melden.

Anmerkungen

- 1 Buci-Glucksmann, C., und G. Therborn: Der sozialdemokratische Staat, Hamburg 1982.
- 2 Vgl. Buci-Glucksmann, C.: Die Linke und die Krise des Sozialstaats in Europa, in: sozialismus 4/82, 58.
- 3 Johnson, R.W.: The Long March of the French Left, New York 1981, 93.
- 4 Laut »Nouvel Observateur« vom 1.6. bzw. 4.7.81, zit. n.: Nugent, N., und D. Lowe: The Left in France, London, Macmillan Press 1982, 145.
- 5 Vgl. Höhne, R.A.: Chiracs Doppelstrategie, in: lendemains, 14.5.79.
- 6 Marxism today, September 81, 9.
- 7 Kowalsky, W.: Ideologischer Krieg in der Ära Giscard, in: lendemains 30/83
- 8 Über die Trilaterale Kommission, s. Kowalsky, W.: a.a.O.
- 9 Hincker, F.: Savoir reconnaître ses enfants, in: Rencontres communistes hebdo (RCH), Nr.1, 15.5.81.
- 10 Die erste bildete die Depressionsphase 1874-96, die die Entwicklung der Monopole hervorbrachte; die zweite die Depression der 30er Jahre, die den Übergang zur staatlichen Form der Entwertung durchsetzte; die dritte die tiefgehende und anhaltende Überakkumulationskrise ab 1967/68 (vgl. Paul Coccara).
- 11 Dazu: Hénissart, M., und W. Kowalsky: Die Generalstände des CNPF, in: lendemains 29/83, sowie Kolboom, I.: Frankreichs Unternehmer im Zeichen des Wechsels, demnächst in: Zeitschrift für Parlamentsfragen.
- 12 Dazu: Kowalsky, W. in: »Neue« vom 9.7.82; über G. Zieburas Einschätzung in »links« vom April 82 und die der Gewerkschaftlichen Monatshefte 8/81.
- 13 Mit dem Schlagwort »Sozialdemokratisierung« wird oft pauschal all das abqualifiziert, was vom »revolutionären Traum« abweicht.
- 14 Vgl. Dixon, K., und D. Perraud: The French Experiment, in: Marxism today, Mai 1982, 15-21.
- 15 Nugent, N., a.a.O., 151.
- 16 Ebd., 213.
- 17 Vgl. Buci-Glucksmann, C.: L'enjeu français, in: RCH Nr. 18 vom 30.10.81.
- 18 Vgl. Kowalsky, W.: Frankreichs Lateinamerikapolitik, in: lendemains 27/82, 119-128, aktualisiert im »Dritte Welt Extra«, Sender Freies Berlin vom 12.2.83.
- 19 Vgl. Kowalsky, W.: Mitterrands Regierungsprogramm, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/81.
- 20 Le Monde vom 19.-20.12.1982, J.O. vom 17.12.1982; vgl. FAZ vom 14.5.1982 über den Nachtragshaushalt von 12 Milliarden zur Stützung von Investitionen.
- 21 Vgl. Adler, A., u.a.: L'année des engagements tenus, in: Revue politique et parlementaire, Nr.897, März-April 82, 7-21.
- 22 Hincker, F.: Aider les entreprises: ça paye, in: RCH Nr. 64 vom 12.11.82.
- 23 Vgl. M. Hénissart, M., und W. Kowalsky: Das Verhältnis von CFDT und CGT zur Linksregierung, in: lendemains 28/82, 125-128.
- 24 Vgl. dazu Kowalsky, W.: Lernen von Frankreich, in: »Neue« vom 9.7.82, oder Dixon, K., u.a.: a.a.O., auf die sich die Darstellung der Kampagnen stützt, sowie Le Monde vom 6.5.81, FAZ vom 27.11.81, Le Monde vom 24.2., 1.4.82.

Albert Statz

Möglichkeiten und Grenzen des Konzepts einer atomwaffenfreien Zone in Europa*

I

Die Friedensbewegung ist mehr als eine Anti-»Nach«rüstungs-Bewegung. So wichtig es ist, auf dem Minimalkonsens der Friedensbewegung zu beharren, wenn es um den gemeinsamen Widerstand geht, so wenig läßt sich eine friedenspolitische Perspektive aus dieser Beschränkung heraus entwickeln. Die Widerstandsformen sind ebenso kontrovers wie die Vorstellungen über ein alternatives Sicherheitssystem und die politischen Strategien, es durchzusetzen. Wird die notwendige Debatte »von unten«, aus der gemeinsamen Erfahrung der politischen Praxis, geführt, und nicht als politischer Linienstreit »von oben« oder »von außen« in sie hineingetragen, dann bedeutet sie auch nicht eine Spaltung der Friedensbewegung — solange die jeweiligen Positionen nicht zur Bedingung für gemeinsames Handeln gemacht werden. Fatal wäre es, wollte man mit dem Hinweis auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verhindern, daß sich auch ein größtes gemeinsames Vielfaches in der Friedensbewegung entfaltet, daß sich Positionen weiterentwickeln und voneinander lernen. Wenn die Friedensbewegung in den Minimalkonsens »wie in einen Käfig eingesperrt« wird, dann sperren sich auch die einzelnen Gruppen in ihr jeweiliges Ghetto ein — aus Angst vor Verlust der eigenen Identität, Glaubwürdigkeit und Machtpositionen.

Soweit eine friedenspolitische Debatte in der Bewegung bereits geführt wird, hat die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa einen herausragenden Stellenwert. Nicht zufällig — und dies ist im folgenden zu erläutern — treffen in dem Konzept atomwaffenfreier Zonen zwei Entwicklungen in der Friedensbewegung zusammen: die Kampagne, Schulen, Gemeinden und Regionen »von unten«, durch eine breite Basisbewegung und durch Erklärungen in Kommunalparlamenten, für »atomwaffenfrei« zu erklären und die sicherheitspolitische Diskussion über atomwaffenfreie Zonen als Strategie der Friedenssicherung und Abrüstung. Beide Entwicklungen knüpfen an den Kampf gegen die »Nach«rüstung an und vertiefen ihn: indem der Widerstand an der Basis verbreitert und noch mehr Menschen gegen die Aufrüstung mobilisiert werden; und indem über das Ziel der Verhinderung der »Nach«rüstung hinaus eine weitergehende Perspektive diskutiert wird, zu deren Realisierung die Verhinderung neuer atomarer Mittelstreckenraketen natürlich den ersten Schritt darstellt. So formuliert die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) in einer Broschüre zu der erwähnten Kampagne über das Ziel: »Heute gehört diese Forderung eines atomwaffenfreien Europas (abgesehen von Details über die genaue Grenzziehung z.B. Polen bis Portugal) zum Minimalkonsens der westeuropäischen Friedensbewegungen.«

Diese Einschätzung ist sicherlich umstritten. Sie wird es spätestens dann sein, wenn das konkrete Konzept eines atomwaffenfreien Europas und die politischen Strategien, dieses Ziel zu erreichen, zur Diskussion stehen. Wenn im folgenden sowohl die guten Gründe angeführt werden, die der Einschätzung in der Broschüre der ASF zugrundeliegen, als auch die Probleme und Grenzen des Konzepts eines atomwaffenfreien Europas, so steht dies

* Der Beitrag erschien zuerst in der Friedens-Sondernummer Mai 1983 der »Modernen Zeiten«. Wir danken dem Autor für die Genehmigung des Nachdrucks.

immer unter dem Vorbehalt, daß es *das* Konzept nicht gibt, sondern durchaus sehr unterschiedliche Varianten. Zwei sich grundsätzlich unterscheidende sollen hier kurz benannt werden, die vor allem auch in ihrem politischen Stellenwert gegeneinanderstehen können: das Konzept des *Russell-Aufrufs*, das eine Auflösung der Blöcke einschließt und von einer Entfaltung der Friedensbewegungen an der Basis in beiden Blöcken ausgeht; sowie die konkreten Vorschläge, die im Bericht der *Palme-Kommission* enthalten sind und jetzt von Honecker positiv aufgegriffen wurden: Sie lassen die Blockgrenzen unangetastet und streben die (teilweise) Entnuklearisierung Mitteleuropas durch gleichgewichtige Maßnahmen der Rüstungskontrolle an. Diese Differenzen, aber auch die Berührungspunkte der beiden Konzeptionen müssen im folgenden mitgedacht werden, wenn zunächst die Gründe genannt werden, denen *das* Konzept eines atomwaffenfreien Europas seine Attraktivität verdankt.

II

1. Das Konzept eines atomwaffenfreien Europas knüpft an den *Ausgangspunkt und den Anlaß der neuen Friedensbewegung* an: den Kampf gegen die »Nach«rüstung mit atomaren Mittelstreckenraketen. Erst diese gefährlichen Massenvernichtungswaffen haben überhaupt den Widerstand weiter Teile der Bevölkerung hervorgerufen. Die — ja keineswegs neuen — US-amerikanischen Thesen von einer »Abkopplung« des Schlachtfelds »Europa« und der »Führbarkeit« eines Atomkrieges haben einer bislang sicherheitspolitisch desinteressierten und weitgehend uninformierten Öffentlichkeit wieder vor Augen geführt, daß die Kriegsgefahr nicht bloß eine abstrakte Möglichkeit ist. Die konkreten Auswirkungen eines Atomkrieges und die Tatsache, daß er nicht begrenzt ist, sondern im allgemeinen »Holocaust« enden wird, sind nicht zuletzt durch Initiativen wie »Ärzte gegen den Atomtod« wieder bewußt geworden. Das Konzept eines atomwaffenfreien Europas knüpft daran an, überwindet aber die Beschränkung auf den Widerstand gegen die NATO-»Nach«rüstung und wendet sich grundsätzlich gegen jede Form atomarer Bewaffnung. Indem der Abbau von Atomwaffen in Ost und West gefordert wird, knüpft es zudem an den faktisch vorhandenen Bedrohungsängsten gegenüber der Sowjetunion an, zu denen sich auch die Sowjetunion verhalten muß.

2. Das Konzept besitzt *aktuelle und konkrete real-politische Bedeutung*. Im Unterschied zu Forderungen nach radikaler einseitiger Abrüstung oder ziviler, sozialer Verteidigung gibt es hier Berührungspunkte zur etablierten Sicherheitspolitik und zur offiziellen Diskussion. Damit bieten sich *Bündnismöglichkeiten*. Seit dem Bericht der *Palme-Kommission* ist klar, daß in Kreisen sozialdemokratischer, liberaler, sozialistischer und kommunistischer Politikformulierung ein teilweiser Abbau von Atomwaffen in Erwägung gezogen wird. Alternative Sicherheitspolitik verfügt hier über eine Brücke zu Konzepten von Sicherheitspartnerschaft, Rüstungskontrolle und politisch-militärischer Entspannung, wie sie auch in etablierten Kreisen als Ausweg aus der gegenwärtigen »Krise« der Strategie und des Zusammenhalts der NATO sowie aus dem »kalten Krieg« diskutiert werden.

3. Das Konzept beinhaltet ungeachtet seiner konkreten Ausprägung gleichzeitig eine umfassendere *außenpolitische Strategie*: Schließlich sind es US-amerikanische Atomwaffen, die hier gegen erhebliche Widerstände der Europäer stationiert werden sollen. In breitem Maße artikulieren sich auf einmal »deutsche« und »europäische« Interessen — mit durchaus sehr verschiedenen Inhalten — gegen die Aufrüstungspolitik der Reagan-Administration, die Westeuropa als Geisel und als Schlachtfeld für ihre Interessen behandelt. Eine Europäisierung der Sicherheitspolitik wird gefordert, die Blockkonfrontation, zu-

mindest ihre Verschärfung, in Frage gestellt. Denn der Versuch Schmidts, Westeuropa wieder an die Sicherheitsgarantie der USA anzukoppeln und damit den Zusammenhalt der NATO zu bewahren, wurde durch die US-Strategie einer offensiven Erstschlagsdrohung ins Gegenteil verkehrt.

4. Das Konzept der Palme-Kommission *verbindet darüber hinaus allererste militärische Schritte*, die dennoch nicht bloße Rüstungskontroll-Kosmetik bleiben müssen, *mit einer Betonung der politischen Bedeutung solcher Schritte*. Der Abbau von atomaren Gefechtsfeldwaffen bedeutet eine spürbare Hebung der atomaren Schwelle und damit einen Schritt gegen die US-amerikanischen Pläne, den Atomkrieg wieder »führbar« zu machen. Selbst wenn der militärische Wert einer atomwaffenfreien Zone gering bleibt — wie bei einem atomwaffenfreien Streifen von 150 km beiderseits der Blockgrenzen, wie der Vorschlag im Palme-Bericht lautet —, so ist der politische Wert einer solchen »vertrauensbildenden Maßnahme« groß: in der gegenwärtigen Situation der Konfrontation würde Entspannungspolitik auch auf den militärischen Bereich ausgedehnt. Denn nicht zuletzt die Beschränkung auf die politischen und ökonomischen Aspekte des Ost-West-Verhältnisses hatte zu einer inneren Blockierung der Entspannungspolitik geführt.

5. Das Konzept besitzt *in der gegenwärtig immer stärker werdenden Kampagne für atomwaffenfreie Zonen »von unten« ein Verbindungsglied zu einer sicherheitspolitischen Konzeption »von oben«*. Die breite Basismobilisierung gegen die »Nach«rüstung und gegen den Militarismus allgemein kann sich hier über den spontanen, pazifistischen Widerstand gegen die Atomwaffen hinaus an dem Konzept einer alternativen Sicherheitspolitik abarbeiten, das ihrer politischen Praxis an der Basis entspricht. Hieraus könnte sich eine »politikfähigere«, aber nicht einfach in die verschiedenen Modelle alternativer Sicherheitskonzeptionen sich flüchtende Friedensbewegung entwickeln. Die Diskussion über die Kontrolle von Abrüstung kann hier auch eine wesentliche Bereicherung erfahren: atomwaffenfreie Zonen »von unten« — das kann ja auch bedeuten, daß die Kontrolle von Vereinbarungen durch die Friedensbewegung, das Volk selbst, erfolgt. Die in der Friedensbewegung geweckte Betroffenheit vor Ort wie ihre friedenspolitische Kompetenz sind Teile einer alternativen Sicherheitspolitik, die nicht nur »von oben« eingeführt wird.

III

Diese Gründe ermöglichen es, daß das Konzept atomwaffenfreier Zonen auf breite Zustimmung stößt, gegenüber Teilen etablierter Politik bündnisfähig ist und praktisch-politische Bedeutung besitzen kann, indem es eine Brücke zwischen Basisbewegung und Durchsetzung alternativer Sicherheitskonzepte im Rahmen des politischen Systems schlägt. In ihnen liegen allerdings auch eine Reihe von Problemen und Gefahren für die Politik der Friedensbewegung begründet. Sie sollen im folgenden ebenso zugespitzt formuliert werden wie die positiven Ansatzpunkte in dem Konzept, weil nur diese Konfrontation zu einer Weiterentwicklung alternativer Sicherheitskonzepte beitragen kann, die das Widerstandspotential als entscheidendes Moment der »Politikfähigkeit« der Friedensbewegung stärkt und nicht schwächt.

1. *Der Kampf gegen die NATO-»Nach«rüstung war Anlaß, aber nicht Ursache der Friedensbewegung*. Ihre Tradition reicht sehr viel weiter; denn grundsätzliche pazifistische Strömungen und der Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen haben das politische Milieu entscheidend geprägt, in dem sich ein solch massiver Widerstand gegen die Aufrüstungspolitik der sozialliberalen Koalition und der US-Regierungen entwickeln konnte. Antimilitarismus wendet sich nicht nur gegen atomare Aufrüstung und die damit verbun-

denen Kriegsstrategien, sondern ebenfalls gegen jede Art konventioneller Aufrüstung, gegen die Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens und die Triebkräfte des Rüstungswahnsinns, die in den gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen verankert sind. Es muß zu denken geben, daß die USA immer schon ein massives Interesse an dem Abbau atomarer Gefechtsfeldwaffen in Westeuropa hatten und daß die Auseinandersetzungen darüber, ob auf die »Nach«rüstung verzichtet werden könne, oft mit der Forderung nach konventioneller Aufrüstung, nach einem konventionellen »Gleichgewicht« enden. Denn in der NATO-Strategie dient ja der Einsatz taktischer Atomwaffen zum Ausgleich einer vermeintlichen konventionellen Überlegenheit des Ostens, die nur vereinzelt von etablierten Militärs oder Politikern bestritten wird. Eine entscheidende Triebkraft der NATO-Aufrüstung, die Interessen des Rüstungskapitals, für ihre weiterentwickelte Rüstungstechnologie einen staatlichen Abnehmer zu finden, sind keineswegs an atomare Waffen gebunden: Pershing II und Cruise Missiles wurden ursprünglich für konventionelle Sprengköpfe entwickelt. Die Diskussion um den Rogers-Plan zeigt darüber hinaus, daß die Entwicklung konventioneller Waffentechnologie atomare Waffen weitgehend überflüssig machen kann und sie wieder auf ihre politischen Vergeltungsfunktionen beschränkt, da deren Nebenwirkungen eine Führbarkeit eines Krieges beeinträchtigen. Die Friedensbewegung, die durch eine Führbarkeit des Atomkrieges so sehr aufgeschreckt wurde, darf nicht daran vorbeigehen, daß eine konventionelle Aufrüstung den Krieg noch leichter führbar und damit seinen Ausbruch noch wahrscheinlicher macht.

Die Forderung nach einer atomaren Abrüstung in Ost und West, die in dem Konzept eines atomwaffenfreien Europas enthalten ist, wirft das — in der Friedensbewegung sehr kontroverse — Thema der realen Bedrohung auf, dem sich der Westen durch die sowjetische Aufrüstung gegenüber sieht. Zunächst, einmal unabhängig davon, welche Position hierzu im einzelnen bezogen wird, darf dieses Konzept nicht davon ablenken, daß die NATO-Aufrüstung den Gegner in unserem Lande benennt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. An der Initiative des Westens, durch eine forcierte Aufrüstung den Osten in die Knie zu zwingen, ihn ökonomisch zu ruinieren und politisch erpressbar zu machen, kann kein Zweifel bestehen. Warum die Sowjetunion die Eskalation der Aufrüstung mitmacht, sich auf das Abschreckungssystem einläßt und dem Prinzip des Gleichgewichts des Schreckens ebenfalls folgt — das ja keine Abrüstung, sondern nur »kontrollierte« Aufrüstung nach sich ziehen kann —, ist umstritten und braucht in diesem Zusammenhang nicht beantwortet zu werden. Wir müssen uns mit dem Imperialismus unseres Systems auseinandersetzen — insbesondere, was die kriegerischen, konventionellen Interventionen in der Dritten Welt angeht.

2. Die »Bündnisfähigkeit« des Konzepts eines atomwaffenfreien Europas mit Strömungen der etablierten Politik mahnt auch zur Vorsicht. Nicht nur, daß das abstrakte Ziel einer atomwaffenfreien Zone — das schon im Godesberger Programm verankert ist — allzuleicht davon ablenken kann, daß die Verhinderung der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen den notwendigen ersten Schritt zur Atomwaffenfreiheit darstellt. So hat man in der SPD die Verhinderung der »Nach«rüstung schon mit dem Argument zu hintertreiben versucht, sie sei das weitergehende, nicht das aktuell anzustrebende Ziel, und sich statt dessen für eine atomwaffenfreie Zone als konkrete »Utopie« ausgesprochen. Hier werden »erfolgreiche« Rüstungskontrollverhandlungen und ein Gleichgewicht zwischen Ost und West zur Voraussetzung eines jeden Abbaus von Atomwaffen gemacht; die Verhinderung der »Nach«rüstung wird als einseitiger Schritt abgelehnt.

Die Trennungslinie zwischen der Friedensbewegung und der etablierten Militärpolitik,

die keinesfalls verwischt werden darf, muß in dieser Konzeption des *Gleichgewichts* liegen. Sie hat immer nur zur Aufrüstung geführt, hat echte Abrüstung unmöglich gemacht. Auch die Sowjetunion hat ihr legitimes Sicherheitsinteresse immer im Rahmen des Gleichgewichts bestimmt — die Frage kann nicht verdrängt werden, ob ihr nicht *politische* Alternativen zur Logik der militärischen Abschreckung zur Verfügung gestanden hätten. So positiv sich das Konzept einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West, wie es ausführlich im Palme-Bericht erläutert ist, von der Reaganschen Offensivstrategie abhebt — man darf nicht vergessen, daß es Schmidt war, der dieses Konzept bereits 1978 einmal vor der UNO-Abrüstungskonferenz formulierte und der mit dem gleichen Konzept die NATO-»Nach«rüstung begründete. Entscheidend für die Bündnisfähigkeit des Konzepts eines atomwaffenfreien Europas — und damit für die autonome Politikfähigkeit der Friedensbewegung — ist die Frage, ob es wieder in Rüstungskontrollverhandlungen entschärft wird, ob seine Realisierung von Gleichgewichten zwischen Ost und West abhängig gemacht wird. Die Friedensbewegung muß so mit dem Konzept umgehen, daß es nicht in Genf und Wien oder vor den Vereinten Nationen zerredet wird und so lediglich zur Legitimation weiterer Aufrüstung im strategischen oder konventionellen Bereich dient. Kämpft sie nicht für die *einseitige* Einleitung von Schritten, wird sie das Ziel eines atomwaffenfreien Europas sehr bald von der herrschenden Logik der militärischen Abschreckung und fortgesetzten Aufrüstung ideologisch mißbraucht sehen.

Die *Notwendigkeit einseitiger Abrüstungsschritte* kann auf zweierlei Weise begründet werden: man kann davon ausgehen, daß eine Seite eine »Vorrüstung« betrieben hat, die das Gleichgewicht außer Kraft setzte und nun rückgängig gemacht werden muß. Und man kann aus prinzipiellen Gründen für einseitige Abrüstungsschritte sein, weil dies die einzige Möglichkeit ist, aus der Aufrüstungsspirale und der wechselseitigen Eskalation auszubrechen — ungeachtet, wie die Kräfteverhältnisse und das »Gleichgewicht« im einzelnen wahrgenommen werden. Ein eindeutig bestimmbares, »objektives« Gleichgewicht kann es aber gar nicht geben, weil es von der *politischen* Definition der Sicherheitsinteressen abhängt. Es kann letztlich konkret nur als das Resultat von »Rüstungskontrollverhandlungen« festgelegt werden. Die Propagandafunktion der Gleichgewichtsformel zu übernehmen, heißt damit nach aller Erfahrung, sich auf Rüstungskontrolle als mehr oder weniger kontrollierte Aufrüstung einzulassen.

In der Kritik an der »Nach«rüstung der NATO spielen beide Argumentationsstränge eine Rolle. Die politische Differenz zwischen beiden ist offensichtlich: wird von den Gleichgewichtsvorstellungen ausgegangen, so muß darüber diskutiert werden, welche der beiden Großmächte im Ost-West-Konflikt die »aggressivere« ist, welche vorrüstet und eine Offensivstrategie betreibt. Sicherlich gibt es einen breiten Konsens in der Friedensbewegung, daß der Westen hier mit seinen Plänen der Führbarkeit, des Totrüstens und der Offensivstrategien in der Initiative ist. Um eine realitätstüchtige friedenspolitische Strategie zu entwerfen, ist es auch unabdingbar, sich über die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen der Außen- und Militärpolitik der Großmächte klar zu werden. Für die Bedingungen im eigenen, westlichen Lager gibt es eine kapitalismuskritische, sozialistische Tradition, auf die wir uns beziehen. Hier besitzen wir auch in unserer eigenen Praxis ein Kriterium für die Richtigkeit und den politischen Sinn unserer Theorien. Wenn im folgenden vornehmlich auf den Ost-West-Zusammenhang und friedenspolitische Alternativen eingegangen wird, bedeutet dies nicht, daß die Kritik des westlichen Imperialismus vernachlässigt werden darf.

An der Einschätzung der Sowjetunion scheiden sich aber die Geister: ist ihre Aufrü-

stung — die sie betreibt, auch wenn sie als »Nach«rüstung im Rahmen des Gleichgewichts begriffen wird —, eine (zusätzliche) Bedrohung für uns? Ist sie Ausdruck einer offensiven oder defensiven Strategie? Muß man ihr — trotz der Erfahrungen mit Afghanistan — gar einen grundsätzlich »friedliebenden« Charakter zuschreiben? Das Problem einer sicherheitspolitischen Strategie der Friedensbewegung besteht darin, eine konsensfähige Politik zu formulieren, die die Beantwortung dieser Frage *nicht* zu ihrer Voraussetzung hat. Einseitige Schritte, die die Konzeption des Gleichgewichts und die wechselseitigen Bedrohungsvorstellungen durchbrechen, können hier allein einen Ansatzpunkt bilden, weil sie sich bewußt von einer Realeinschätzung der Sowjetunion unabhängig machen. Wer im eigenen Lande einseitige Schritte in Richtung auf eine atomwaffenfreie Zone fordert, aber im Gleichgewichtdenken verhaftet bleibt, wird immer in der Gefahr stehen, als Interessenvertreter des anderen Blocks angesehen zu werden. Nur wer im eigenen Lande konsequent einseitige Schritte fordert, ohne sie mit einem militärischen Ungleichgewicht zu begründen, besitzt auch das Recht, dies von der anderen Seite zu verlangen. Schwerer zu Pflugscharen, in West und Ost — bei uns einseitig damit anfangen!

Die Verfechter des »Gleichgewichts« — in der DKP, der SPD oder auch anderswo — verstricken sich zudem in unlösbare Widersprüche: Wenn die Sowjetunion sich auf eine Zwischenlösung in Genf einläßt — die die Friedensbewegung hier immer abgelehnt hat —, geraten sie in die Gefahr, selbst dort noch sowjetische »Sicherheitsinteressen« zu vertreten, wo diese sie fallen läßt. Selbst wenn die Sowjetunion durch die westliche Offensivstrategie dazu gezwungen wird: was diese »Sicherheitsinteressen« sind, ist aber »objektiv« gar nicht auszumachen. Die Argumentation im Rahmen des »Gleichgewichts« führt allzu leicht dazu, sich seine Propagandafunktion zueigen zu machen und nachträglich die Legitimation nachzuschieben, daß die Sowjetunion über den »Modernisierungsbedarf« mit SS 20 hinaus weitergerüstet hat, um ein Faustpfand in den Verhandlungen zu haben. »Gleichgewicht« ist aber nichts anderes als das Resultat eben dieser Verhandlungen. Die Friedensbewegung ließe sich auf jene Politik wechselseitiger Bedrohung ein, die nur zur Aufrüstung geführt hat und mit dem Festschreiben der Feindbilder den innenpolitischen Spielraum für eine alternative Friedenspolitik so sehr einschränkt. Schließlich geht die Linie quer durch jeden Einzelnen von uns, die Friedenswillen und Bedrohungsängste voneinander trennt. Die etablierte Militärpolitik zementiert diesen Widerspruch, indem sie mit den Bedrohungsängsten »Frieden« durch Aufrüstung legitimiert. Die Friedensbewegung braucht einen Weg, diesen Ängsten Rechnung zu tragen, ohne sie festzuschreiben und zu verstärken. Die Parallelität zwischen Ost und West, die in den Vorschlägen für ein atomwaffenfreies Europa enthalten ist, darf keine Symmetrie des Gleichgewichts bleiben, sondern muß die andere Symmetrie der Einseitigkeit beider Seiten sein.

Die Strategie der einseitigen, schrittweisen Abrüstung bietet eine Lösung aus diesem Dilemma. Nur einseitige Vorleistungen bieten die Möglichkeit, die Frage nach den wahren Absichten der anderen Seite einem praktischen Test zu unterziehen: die Einschätzung der sowjetischen Militärpolitik erübrigt sich damit als *ideologisches* Problem der Friedensbewegung. Damit ist nicht gesagt, daß diese Frage für die Politik unwichtig sei — es muß aber für die Friedensbewegung einen Weg geben, jenseits der Ideologie gemeinsam Politik zu machen, ihre Lagermentalitäten abzubauen und mit dieser Politik gleichzeitig das Feindbild, das zur Legitimation der Aufrüstungspolitik des eigenen Blockes dient, auch in der Bevölkerung abzuschwächen. Eine solche »neue Qualität« gewinnt die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen nur dann, wenn sie als Teil einer solchen einseitigen Strategie in der Sicherheitspolitik formuliert wird — und dies gilt für jedes andere Konzept alter-

nativer Sicherheitssysteme, auf der militärischen (Defensivverteidigung z.B.) wie auf der politischen Ebene (wie z.B. Neutralität und Blockauflösung). Die »Bündnisfähigkeit«, die die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen gegenüber sozialdemokratischen und liberalen Kräften besitzen kann, muß daran gebunden werden, daß ihre Durchsetzung durch eine alternative Abrüstungsstrategie erfolgt.

Es geht dabei nicht darum, ein Bündnis mit den angesprochenen Kräften der SPD etc. von dieser Einseitigkeit abhängig zu machen. Aber für eine Bündnispolitik, die die eigene Identität der Friedensbewegung nicht verwischt und verwässert, sondern von dieser Identität aus Kompromisse eingeht, ist die Formulierung einer alternativen Sicherheitspolitik eine Überlebensnotwendigkeit. Nur auf diese Weise ist übrigens der Fundamentalopposition in der Friedensbewegung, den Christen, Pazifisten, Gewaltfreien, zu vermitteln, daß es einer Strategie und Taktik, daß es verschiedener Zwischenziele und Kompromisse bedarf, um aus der politisch zwar richtigen, aber »realpolitisch« ohnmächtigen Opposition herauszukommen. Eine Politik, die nicht von festen Positionen der grundsätzlichen Kritik an der herrschenden Militärpolitik ausgeht, untergräbt die Stärke, die die Friedensbewegung gegenwärtig hat, und verkauft sie für den billigen Preis opportunistischer »Bündnisfähigkeit«.

3. Als außenpolitische Strategie kann eine atomwaffenfreie Zone in Europa ein Abkoppeln von der atomaren »Sicherheitsgarantie« der USA und damit eine grundlegende Veränderung der NATO-Strategie bedeuten. Dies bedeutet jedoch nicht notwendig bereits einen Schritt, der aus der NATO als politischem und militärischem Bündnis führt. Denn auf die Unterschiede in den politischen Ausgangspositionen ist dabei zu achten: wird die US-amerikanische Sicherheitsgarantie lediglich als »funktionsuntüchtig« von einigen Militärs und Politikern angesehen, die nur um den Bestand des NATO-Bündnisses fürchten (wie Kennan u.a.), oder wird die atomare »Sicherheitsgarantie« grundsätzlich abgelehnt?

Die Initiativen, die in der Vergangenheit (Rapacki-Plan) und in der Gegenwart (Palme-Kommission) einen solchen Vorschlag politikfähig gemacht haben, stellen die Bündnisse nicht in Frage. Die Anerkennung der Blockgrenzen war eine Voraussetzung des Konzepts der Entspannungspolitik — auch wenn die Propagierung eines »Friedlichen Wandels durch Annäherung« durchaus offensiv-imperialistische Züge annehmen konnte.

Die Entspannungspolitik produzierte aber selbst ihre eigenen Widersprüche: sie eröffnete für oppositionelle Bewegungen neue Handlungsspielräume und provozierte damit andererseits eine Verhärtung der Blockkonfrontation — dies gilt nicht nur für die Unterdrückung von Solidarność, sondern ebenfalls für die Berufsverbote in der BRD. Darüber hinaus wurde ein entscheidender destabilisierender Faktor aus der Entspannungspolitik ausgeklammert: die Rüstungskontrolle mußte auch deshalb scheitern, weil die zunehmenden Konflikte und die akute Wiederbelebung des amerikanischen Imperialismus in der Dritten Welt eine »Teilbarkeit« der Entspannung unterliefen, eine forcierte Aufrüstung nach sich zogen und damit die Rüstungsspirale weiter anheizten.

Zwar wäre in Anbetracht dieser Entwicklungen ein militärisches Auseinanderrücken der Blöcke ein wichtiger politischer Schritt, eigenständige Interessen — seien es die der BRD und der DDR oder seien es »europäische« — zu artikulieren und durchsetzen zu können. Eine gesamteuropäische Friedensordnung ist aber ohne eine Lösung des Sicherheitsproblems der Sowjetunion im Rahmen des Ost-West-Konflikts sowohl gegenüber den USA als auch einer wiedererstarkten BRD in einem westeuropäischen Block oder gar einem wiedervereinigten Deutschland undenkbar. Jede alternative Außenpolitik, die vom Konzept der atomwaffenfreie Zone in Europa ausgeht und darüber hinaus eine Blockauf-

lösung anstrebt, hat zu allererst friedenspolitisch und erst in zweiter Linie im Hinblick auf die Blocküberwindung zu argumentieren, wenn sie eine gefährliche Destabilisierung und zunehmende militärische Konfrontation vermeiden will.

Überdeutlich wird dies, wenn man die Folgen bedenkt, die eine relativ eigenständige westeuropäische Verteidigung in der Art einer verstärkten zweiten Säule der NATO oder einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hätte. Sie würde den bestehenden Fronten, denen sich die Sowjetunion gegenübersteht, eine weitere hinzufügen; sie könnte ein Vehikel westdeutscher Dominanz sein; sie könnte einen neuen westeuropäischen Imperialismus in der Dritten Welt nach sich ziehen. Dies sind keineswegs nur abstrakte Gefahren: über eine Verstärkung der sicherheits- und militärpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der EG und eine Wiederbelebung der »Westeuropäischen Union« (als westeuropäisches Militärbündnis, das ursprünglich der Kooperation in Westeuropa und der militärischen Kontrolle der BRD diente) wird bereits laut nachgedacht. Dies würde nicht zuletzt eine atomare Sicherheitsgarantie Frankreichs und Großbritanniens für die BRD bedeuten und zu einer massiven, vor allem auch konventionellen Aufrüstung führen. Eine atomwaffenfreie BRD und eine »Europäisierung« der Sicherheitspolitik bedeuten also keineswegs bereits eine Minderung der Kriegsgefahr. Unter dem Deckmantel des Abkoppelns von den USA kann sich eine Verschärfung des Sicherheitsproblems in Europa verbergen. Eine übereilte und weitreichende Relativierung der Blockstrukturen kann sich schnell ins Gegenteil verkehren, wenn sie nicht einer vorsichtigen Veränderung der außenpolitischen Konzeption folgt. Die Wiederbelebung der »Deutschen Frage« — von einem, wenn auch nichts besonders großen Teil der Friedensbewegung in die Debatte gebracht — ist geeignet, das Konzept eines »atomwaffenfreien Europas« zu diskreditieren, wenn sie nicht eindeutig als ein Problem begriffen wird, das jeder friedenspolitischen Strategie nachgelagert ist. In der zugespitzten Situation der Kriegsgefahr, die eine grundlegende Umorientierung der Außenpolitik der BRD erfordert, aber gleichzeitig deren beschränkte Handlungsmöglichkeiten offenlegt, kann man aus der Sicht unserer europäischen Nachbarn weniger denn je den Deutschen überlassen, wie sie ihre politischen Probleme lösen.

4. Die *Verbindung zwischen militärischen und politischen Schritten*, die im Konzept eines atomwaffenfreien Europas« angelegt ist und die einen wichtigen Schritt über den bloßen Kampf gegen die NATO-»Nach«rüstung ausmacht, muß also auf sehr viel *konkretere und gradualistische Weise* begriffen werden. Stellt man die obengenannten Schranken in Rechnung, die sich aus der Berufung auf das Prinzip des Gleichgewichts ergeben, so bietet der Palme-Vorschlag einen Ansatzpunkt für ein solches schrittweises Vorgehen. Der militärische Nutzen eines atomwaffenfreien Streifens von 150 km beiderseits der Trennungslinie zwischen den Blöcken ist begrenzt. Im akuten Krisenfall ist es nur allzu leicht möglich, Atomwaffen wieder in diesen Streifen hineinzutransportieren. Die größere Reichweite anderer atomarer Trägerwaffen kann eine Stationierung von taktischen Atomwaffen mit kurzer Reichweite (bis 150 km) überflüssig machen. Nicht zuletzt ist noch einmal auf die bereits angesprochene Tendenz zur verstärkten Konventionalisierung der Kriegsführung hinzuweisen: die Forderung nach atomwaffenfreien Streifen und Zonen wird sich schon in naher Zukunft von dem Argument abzugrenzen haben, daß die NATO-Strategie selbst den Abbau atomarer Waffen anstrebt, um Krieg wieder »führbarer« zu machen, und sich gegen eine Integration in eine solche Konzeption vor der Öffentlichkeit zur Wehr setzen zu müssen.

In ihrem Widerstand gegen die NATO-»Nach«rüstung muß die Friedensbewegung gegen das Konzept eines solchen atomwaffenfreien Streifens durchaus Skepsis anmelden: in

der vorliegenden Form — und auch in dem durch den Brief von Honecker an Kohl erweiterten Angebot, taktische Atomwaffen aus der gesamten DDR abzuziehen, wenn die BRD dasselbe tut — berühren die Vorschläge nicht die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen durch die NATO. In den weitergehenden Erklärungen, zum Beispiel dem Russell-Aufruf, ist enthalten, daß die Verhinderung der »Nach«rüstung den ersten Schritt auch zu einem atomwaffenfreien Europa darstellt. In den sozialdemokratischen Vorschlägen ist dies keineswegs angelegt: auch wenn der Palme-Vorschlag unbestreitbar die politische Bedeutung besitzt, Entspannungspolitik auf militärische Probleme auszudehnen, ist er dennoch geeignet, von der NATO-Aufrüstung abzulenken. Die Frage, ob das über den Palme-Vorschlag hinausgehende Angebot Honeckers, atomare Gefechtsfeldwaffen aus der gesamten DDR abzuziehen, auch auf die Stationierung von Atomwaffen jenseits des 150-km-Streifens in der BRD und damit die »Nach«rüstung zielt, muß solange offenbleiben, solange nicht auch über die Mittelstreckenraketen ernsthaft verhandelt wird. Bereits im Rahmen der Palme-Kommission äußerte der sowjetische Vertreter Arbatow Zweifel an der Nützlichkeit des 150-km-Vorschlages: er habe nur geringe militärische Bedeutung, sei schwierig auszuhandeln und könne den falschen Eindruck erhöhter Sicherheit erwecken. Die im Ansatz positiven Reaktionen in der SPD machten eindeutig klar, daß ihre Haltung zur »Nach«rüstung losgelöst vom Palme-Vorschlag besteht und der Honecker-Vorschlag deshalb auf Ablehnung stößt.

Der entscheidende Wert der Vorschläge der Palme-Kommission liegt darin, daß sie eine öffentliche Debatte entfacht haben — denkbare Alternativen zur atomaren Kriegsführung in Mitteleuropa und vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet geraten ins Blickfeld; und ein Auseinanderrücken der Waffenarsenale und die Verringerung der Gefahr eines atomaren Einsatzes im Anfangsstadium eines Krieges erscheinen möglich. Nur im politischen Zusammenhang solcher Vorschläge ist auch zu verstehen, wenn bereits weitergehende Überlegungen angestellt werden. So regte Bahr zum Beispiel in einem Minderheitenvotum an, alle Atomwaffen aus den Staaten in Europa abzuziehen, die nicht über sie verfügen. Zwar bindet er dies an ein konventionelles Gleichgewicht in Europa und an die Aufrechterhaltung der beiden Militärblöcke. Ein solcher Schritt würde aber eine erhebliche Reorganisation der Militärstrategien erfordern und eröffnet damit die Möglichkeit einer weitergehenden öffentlichen Auseinandersetzung über die Funktion der NATO für die BRD. Denn letztlich kann dieser Vorschlag auf eine »Sicherheitsgarantie« Großbritanniens und Frankreichs für die BRD hinauslaufen. Im Zusammenhang mit der Debatte über atomwaffenfreie Streifen oder Zonen gerät auch ein anderes Problem wieder ins Blickfeld der Auseinandersetzungen: die Kontrolle von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. So scheint die Sowjetunion ihre bislang harte Ablehnung von Inspektionen »vor Ort« zu relativieren, was der westlichen Seite ein wichtiges Argument aus der Hand schlägt, mit dem sie den Abrüstungswillen der Sowjetunion in Zweifel ziehen konnte.

Die konkrete politische Bedeutung, die diesen Debatten innewohnt, ist keinesfalls zu unterschätzen und rechtfertigt allein schon, die Vorschläge trotz aller Kritikpunkte positiv aufzugreifen und sie weiterzutreiben. Gleichzeitig wird an ihnen klar, daß das entscheidende Problem nicht ein militärisches, sondern ein *politisches* ist. Die Gefahr einer Integration in veränderte, aber nicht minder gefährliche Strategien der Aufrüstung und Kriegsführung ist mit jedem dieser Entwürfe gegeben. Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Gefahr, Vorschläge dadurch zu entschärfen, daß sie zum Gegenstand der Rüstungskontrollverhandlungen gemacht werden und sie damit das Schicksal aller bisherigen Verhand-

lungen erleiden. Für die Aufgabe der Friedensbewegung, Rüstungskontroll- und Abrüstungskonzeptionen einzuschätzen und selbst solche zu entwickeln, ist nicht allein ihr konkreter Inhalt von Bedeutung. Hauptziel muß vielmehr sein, jeden Vorschlag mit einer Stoßrichtung zu versehen, die aus der Logik des Gleichgewichts und der Rüstungskontrolle ausbricht und eine Strategie der schrittweisen einseitigen Aufrüstung verfolgt. Nur auf diese Weise kann die Friedensbewegung ihre Autonomie gegenüber der etablierten Militärpolitik bewahren, gleichzeitig aber sich auch zu konkreten Einzelinitiativen verhalten, von solchen grundlegenden Positionen Bündnisse zu suchen und Kompromisse eingehen. Nur so ist sie auch dagegen geschützt, daß Vorschläge wie die der Palme-Kommission von der aktuellen Aufgabe, der Verhinderung der »Nach«rüstung, ablenken: das Beharren auf einseitigen Abrüstungsschritten ist unteilbar und gilt für jedes militärpolitische Problem.

IV

Zwischen den beiden Extremen — dem Maximalismus der Blockauflösung und der Politik der kleinen Schritte, die nur noch auf der Stelle treten — gibt es für die Friedensbewegung keinen Königsweg der politischen Strategie. Die Verbindung zwischen der Kampagne »atomwaffenfreie Städte und Regionen von unten« und den Konzepten alternativer Sicherheitspolitik »von oben«, die unter dem gleichen Titel firmieren und im Rahmen der Kampagne auch diskutiert werden, kann jedoch einen Ansatzpunkt bieten. Das Stichwort »Demokratisierung der Sicherheitspolitik«, unter dem die Kampagne in den Niederlanden läuft, verweist auf die Notwendigkeit, die herrschende Militärpolitik durch eine Friedenspolitik zu ersetzen, die einer Beteiligung der Bevölkerung breiten Raum geben. Die verschiedenen Konzeptionen von Abrüstung und alternativer Sicherheitspolitik sind daraufhin zu überprüfen. Zugleich ermöglicht das Prinzip der Einseitigkeit — verstanden als politisches Prinzip, schrittweise aus den wechselseitigen Bedrohungsvorstellungen und dem System von Abschreckung und Aufrüstung herauszukommen — eine konstruktive Haltung, erste konkrete Schritte einzuleiten und der »Realpolitik« der etablierten Kräfte eine eigene »realistische« Strategie entgegenzusetzen.

In der Diskussion über das Konzept eines atomwaffenfreien Europas trifft ein breites Spektrum friedenspolitischer Positionen zusammen. Die beiden anfangs genannten Pole in der Auseinandersetzung — die auf grundsätzliche Veränderung der Blockkonfrontation zielende Strömung des Russel-Aufrufs und die »sozialdemokratischen« Konzepte der Palme-Kommission — können sich nicht zufällig auf diese Diskussion einigen: die Abstraktheit der Maximalisten und die Konkretheit der Reformisten stehen solange nicht in Widerspruch, wie sie nur über Konzepte und nicht über die Wege zu ihrer Durchsetzung sprechen. Wer von atomwaffenfreien Zonen redet, sollte erst einmal bestimmen, wovon er spricht. Das Thema eignet sich nur zu gut für Konzeptschmiederei und ideologisches Hick-Hack. Wird über die Widerstandskraft der Friedensbewegung, über ihre politische Strategie und ihre Lernprozesse in der praktischen Arbeit gesprochen, dann kann das Konzept eines atomwaffenfreien Europas sehr zur Weiterentwicklung der Friedensbewegung beitragen, dann bietet die »Politikfähigkeit«, die das Konzept beansprucht, eine Perspektive für die Friedensbewegung. Bezieht sich die Diskussion nicht auf die gegenwärtige Praxis, muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, in der Tat von den aktuellen Aufgaben und den Problemen der Friedensbewegung — und dazu gehört an erster Stelle der Kampf gegen die »Nach«rüstung — abzulenken.

Jo Rodejohann

Rüstungsabhängige Arbeitsplätze

Arbeit für wenige — Arbeitslosigkeit für viele*

Im Dezember 1901 schrieb der Präsident des Deutschen Flottenvereins an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes:

»Dadurch, daß der Bau der durch die letzte Marine-Vorlage bewilligten Schiffe so beschleunigt würde, wie es die deutschen Werften überhaupt leisten könnten, würden viele Industriezweige neue Aufträge erhalten, wodurch nicht nur diese über Wasser gehalten, sondern auch in den Stand gesetzt würden, ihre Arbeiter zu beschäftigen u. bereits entlassene wieder einzustellen.« (zit. Kehr 1928, 146)

Als dieser Vorstoß erfolglos blieb, bedauerte die »Rheinisch-Westfälische Zeitung« im Januar 1902 »im Interesse der Industrie, der Arbeiterschaft und der deutschen Kriegsflotte« die mangelnde Einsicht der Reichsregierung (Kehr 1928, 148).

Hier ist das Argument vom wirtschaftlichen Nutzen der Rüstungsproduktion, besonders auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen, bereits klassisch formuliert, welches heute noch immer von interessierter Seite ins Feld geführt wird. Kritiker haben für die siebziger Jahre von einem »beschäftigungspolitisch begründeten Rüstungsschub« bei der Bundeswehr gesprochen (Albrecht u.a. 1982, 40). Das verwundert wenig zu Zeiten, wo in der Europäischen Gemeinschaft immer mehr Menschen arbeitslos sind und gleichzeitig immer neue Rekordsummen für Rüstungen ausgegeben wurden.

Gleichzeitig wurde berichtet, daß sich Betriebsräte in Rüstung herstellenden Unternehmen um Rüstungsaufträge bemühten und dazu einen eigenen Arbeitskreis gründeten (Wellmann 1982). In einzelnen Unternehmen hat es sogar Streiks gegeben, um rüstungsabhängige Arbeitsplätze zu erhalten; so 1980 in Kiel und 1981 in Belgien. In Belgien wurde so militant gestreikt, daß Polizei eingesetzt wurde (Metall, 14.1.1981; Flight, 7.11.1981). Das kann nur den überraschen, der die grundlegende Erfahrung ausblendet, daß »Existenzangst (in verdeckter und offener Form) ein Kennzeichen der Lohnarbeiterexistenz ist« (Zoll 1982, 224). Betriebsräte in Unternehmen, wo Rüstungsfertigung eine große Bedeutung hat, beteuern immer wieder, daß es ihren Kolleginnen und Kollegen nicht um Rüstungsproduktion, sondern um Arbeitsplätze geht: »Arbeitnehmer wollen Arbeitsplätze, keine Rüstung«. Wenn es aber keine andere Arbeitsmöglichkeit gibt, stellen sie lieber Rüstungen her, als arbeitslos zu werden. Und dabei sind Betriebsräte Partei, »sonst wären sie keine guten Belegschaftsvertreter«.

Hier aber zu schließen, ausgerechnet die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie bildeten aufgrund ihres Arbeitsplatzinteresse »eines der größten Hindernisse für Rüstungsminderungen«, geht an der Wirklichkeit rüstungsabhängiger Beschäftigung ebenso vorbei, wie an den tatsächlichen Hindernissen für Abrüstungspolitik. Es ist die drohende Arbeitslosigkeit, die die übergroße Mehrzahl der Arbeitskräfte in die Rüstungsfertigung zwingt, nicht

* Bei diesem Aufsatz handelt es sich um einen überarbeiteten und gekürzten Auszug aus dem Abschlußbericht des von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) und der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung (BSK) geförderten Forschungsprojekts »Rüstungsarbeiter und Konversion« (1978-1981). Der Abschlußbericht kann bei der DGFK in Bonn oder beim Berliner Projektverbund der BSK eingesehen werden.

aber das Interesse an der Rüstung. — Solange dies der Fall ist, muß die schon 1913 von Rosa Luxemburg berichtete Aussage überzeugend wirken, daß bei der Rüstungsfertigung

»nur eine Verschiebung in der sachlichen Form der Reproduktion ein(trete); statt anderer Waren produziere man Kreuzer und Kanonen, dank derer der Arbeiter seine Beschäftigung und sein Brot im gleichen oder noch größeren Maße, ob hier oder dort, finde.« (Luxemburg 1913, 404)

Aber das Argument trifft nur auf eine sehr verzerrte Weise zu. Denn es berücksichtigt »nur unmittelbare wirtschaftliche Interessen des Arbeiters« und übersieht »seine weiteren sozialen Interessen, die mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt ... zusammenhängen« (Luxemburg 1899, 453; vgl. auch 1913, 404; weiter Bauer 1911).

Erst aus dieser anderen Sicht erschließen sich die sozialen Kosten des Rüstens und damit auch der durch Rüstungsproduktion gesicherten Arbeitsplätze. Dies sind höhere Arbeitslosigkeit, geringere Sozialaufwendungen, verzerrte Industriestrukturen und Inflation, um nur einige der Rüstungsfolgen zu nennen. Denn jeder Rüstungsauftrag ist zugleich eine Entscheidung gegen andere Verwendungen staatlicher Finanzmittel. Zu den sozialen Kosten gehören aber auch Kriege. Denn gerüstet wird nicht, um Arbeitsplätze zu schaffen. Gerüstet wird, weil das politische Herrschaftsinteresse ungebrochen ist, sich den Krieg als Mittel der Politik vorzubehalten. Über 145 Kriege seit 1945 mit mehr als 10 Millionen Toten und aktuell mehr als vierzig Kriege überall auf der Welt sprechen eine klare Sprache.

Um zu verhindern, daß die falsche Behauptung von den wirtschaftlich nützlichen, besonders auch Arbeitsplätze schaffenden und sichernden Wirkungen der Rüstungsproduktion Abrüstungspolitik erschwert, müssen politische Strategien entwickelt werden, die eine andere Alternative als Arbeitslosigkeit für rüstungsabhängig Beschäftigte bieten. Sie zielen auf eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik, in der die geplante Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigungen ein wichtiges Kernstück ist. Nicht minder wichtig ist eine realistische Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse in der Rüstungsfertigung. Erst die Berücksichtigung beider macht den Weg zur Abrüstung kenntlich, soweit rüstungsabhängige Beschäftigung von Bedeutung ist. Die Abrüstungshindernisse sind jedoch woanders zu suchen: Im herrschaftlichen Interesse an Rüstung und Krieg als politischem Mittel und in wirtschaftlichen Einzelinteressen, die sich mit ihm verbünden.

Wieviele Arbeitsplätze hängen vom weltweiten Rüsten ab?

Wer eine Antwort darauf sucht, wieviele Menschen heute ihren Arbeitsplatz unmittelbar oder mittelbar den weltweiten Militärausgaben von nunmehr jährlich über 600 Milliarden US-Dollar verdanken, sieht sich erheblichen Schwierigkeiten gegenüber. Das beginnt damit, daß überhaupt wenig Informationen öffentlich zugänglich sind. In aller Regel sind nur Schätzungen möglich, die in vielen Fällen auf einer sehr unbefriedigenden Datengrundlage erfolgen. Recht einfach ist es noch, die Zahl der Soldaten und Soldatinnen weltweit zu bestimmen. Aber auch hier gibt es Schwierigkeiten, wie etwa die festgefahrene Datendiskussion bei den Wiener Rüstungsbegrenzungsgesprächen (MBFR) zeigt. Schwieriger wird es schon, Nachrichten über die in militärischen Einrichtungen beschäftigten Zivilisten zu finden. Am schwierigsten ist es aber, die Zahl der in der Rüstungsfertigung Beschäftigten zu bestimmen, nach der hier besonders gefragt ist. Die folgenden Angaben beschreiben eher Größenordnungen und Trends, dies jedoch recht eindeutig.

Die höchste uns bekannte Schätzung rüstungsabhängiger Beschäftigung stammt von der amerikanischen Wissenschaftlerin Ruth Sivard:

»Weltweit übersteigt die Zahl der Männer und (neuerdings verstärkt) Frauen in Uniform sowie der für Verteidigungsministerien und andere militärbezogene Zwecke arbeitenden Zivilisten 100 Millionen.« (Sivard 1981a, 155)

Eine nähere Prüfung dieser Angabe, der sich jüngst auch Friedensforscher hierzulande angeschlossen haben (Albrecht u.a. 1982, 7), zeigt jedoch, daß diese Schätzung mit Sicherheit weit überhöht ist.

Weitgehend unstrittig ist die Zahl der Arbeitskräfte in den regulären Streitkräften. Die Angaben bewegen sich zwischen 25 und 27 Millionen Menschen weltweit. Schwerer abzuschätzen ist die Zahl der Arbeitsplätze in Reserveeinheiten und paramilitärischen Formationen. Deren Zahl gibt Sivard mit rund 45 Millionen an (1981b, 6). Aber der größere Teil der weltweit rund 24 Millionen Reservisten dürfte eindeutig einer zivilen Beschäftigung nachgehen. Deswegen ist es nicht möglich, sie rüstungsabhängiger Beschäftigung zuzuschlagen. Für die USA gibt es zum Beispiel die Angabe, daß dort 1979 über 900000 Menschen in Reserveeinheiten angestellt waren; allerdings als Teilzeitbeschäftigte. Ähnlich problematisch ist das Sivardsche Verfahren, die Angehörigen paramilitärischer Einheiten als rüstungsabhängige Arbeitskräfte zu werten. So sind bei den rund 22 Millionen Angehörigen dieser Truppen vom Londoner »Internationalen Institut für strategische Studien« (IISS), auf dessen Angaben sich Sivard stützt, zum Beispiel auch die Kampfgruppen in der DDR mitgezählt worden. Diese rund 500000 Menschen haben aber in der übergroßen Mehrzahl einen zivilen Arbeitsplatz.

Ähnlich schwierig ist es, die Zahl der zivilen Arbeitskräfte in den Verteidigungsministerien und sonstigen militärischen Einrichtungen zu bestimmen. Nähere Angaben fehlen auch hier. Würde man von der Situation hierzulande ausgehen, wo zusätzlich zu knapp 500000 Soldaten in der Bundeswehr noch rund 180000 Zivilbeschäftigte kommen, dann wäre weltweit eine Zahl von mehr als 9 Millionen Zivilbeschäftigten anzunehmen. Eine Expertenkommission der Vereinten Nationen kommt dagegen auf etwa 4 Millionen Menschen (UN 1981, 48).

Es ist deutlich geworden, daß aufgrund der verfügbaren Informationen nur eine grobe Schätzung möglich ist. Offensichtlich ist aber die Zahl der im Kriege mobilisierbaren Soldatinnen und Soldaten sowie der Zivilbeschäftigten, die Sivard mit rund 70 Millionen Menschen ansetzt, nicht mit der Zahl der rüstungsabhängigen *Arbeitskräfte* gleichzusetzen. Dieser Fehler erklärt zum größten Teil die überaus hohe Schätzung Sivards. In anderer Hinsicht ist diese Zahl von 70 Millionen jedoch aufschlußreich: Sie geht ein in die Zahl der Menschen, die heute bereits im Frieden weltweit vom Rüsten erfaßt werden. Hinzu kommen jedoch noch Millionen von Angehörigen dieser Menschen, deren Alltag ebenso mehr oder weniger direkt durch Militär und Rüsten bestimmt wird. Diese Zahl, schließt man noch die rüstungsabhängigen industriellen Arbeitsplätze mit ein, dürfte weit jenseits von 100 Millionen Menschen liegen. Geht es jedoch um die *Beschäftigungswirkungen des Rüstens*, dann sind konservativere Schätzungen zutreffender; so der jüngste Bericht der Vereinten Nationen über den Zusammenhang von Rüstung und Entwicklung, demzufolge *weltweit rund 50 Millionen Menschen* in direkter und indirekter Form für militärische Zwecke arbeiten (UN 1981, 46).

Wieviele Arbeitsplätze gibt es in der Rüstungsindustrie?

Die größten Schwierigkeiten liegen in der Beantwortung dieser Frage; genaue und detaillierte Angaben fehlen weitgehend. Denn hier greift voll die »Abschirmung des Produktionsbereichs von der Öffentlichkeit«. Die Rüstungsindustrie bildet in besonderer Weise

einen durch »Werkerschutz, öffentliche Gewalt und behauptete Rechtsinstitute geschützten Arkanbereich«* (Negt/Kluge 1972, 95).

Sichtet man die vorhandenen Informationen, dann läßt sich die Zahl der durch Militär- und Rüstungsausgaben bedingten industriellen Arbeitsplätze, also sowohl durch die Nachfrage nach Rüstungswaren wie nach zivilen Waren für den militärischen Gebrauch, nach oben hin doch eindeutig abgrenzen. Entgegen verbreiteten Annahmen haben heute *weltweit* kaum mehr als 9 bis 12 Millionen Menschen Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich, die direkt oder indirekt von *Militärausgaben abhängig* sind. Etwa zwei Drittel davon sind im engeren Bereich der *Rüstungsfertigung*. Die jüngste Angabe von Albrecht u.a., daß nach amerikanischen Schätzungen rund 30 Millionen Menschen »bei der Herstellung von Rüstung beschäftigt« seien (1982, 7), ist angesichts der verfügbaren Informationen nicht zu halten.

Eine Überschlagsrechnung für dreizehn rüstungswirtschaftlich besonders wichtige kapitalistische Industriestaaten, ergibt für Ende der siebziger Jahre zwischen 2 und 2,5 Millionen Arbeitsplätze. Diese Staaten geben zusammen fast die Hälfte der Militärausgaben auf der Welt aus und bestreiten knapp zwei Drittel des weltweiten Rüstungsexports. In diesen Staaten ist der größte Teil der Rüstungsindustrie außerhalb der sozialistischen Staaten beheimatet. Eine Schätzung des »Internationalen Metallgewerkschaftsbundes« (IMB) bestätigt diese Größenordnung. Er setzt die »Beschäftigtenzahl in der Rüstungsindustrie der freien Welt mit 2,8 Millionen« an (IMB 1979, 7).

Selbst wenn man unterstellt, daß die Rüstungsproduktion in den kapitalistischen Industriestaaten besonders kapitalintensiv, in der Sowjetunion, der Volksrepublik China und in der Dritten Welt besonders arbeitsintensiv ist (zumindest im letzten Fall ist das nicht immer richtig), kommt man nicht in den Bereich der angeführten amerikanischen Schätzungen. Insgesamt scheint auch hier die Schätzung der Expertenkommission der Vereinten Nationen zuzutreffen. Sie gibt die Zahl der weltweit direkt von der Rüstungsfertigung abhängigen Arbeitsplätze zwischen 4 und 6 Millionen an (UN 1981, 49). Dazu kommen noch die Beschäftigungswirkungen der militärischen Nachfrage nach zivilen Waren, die mangels genauerer Informationen auf ungefähr zwei Millionen Arbeitsplätze kalkuliert werden (UN 1981, 50). Schließlich ist noch der Unterschied zwischen direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen zu berücksichtigen, der häufig nicht beachtet wird. Versucht man diese indirekten Beschäftigungswirkungen zu bestimmen, die den Vorleistungen für die Endproduzenten entspringen, ist man auf einer sehr schwachen empirischen Grundlage. Greenwood (1976, 30) geht von einem Multiplikator von höchstens 2 aus; also ein indirekten Arbeitsplatz für jeden direkten. Die Expertengruppe der Vereinten Nationen schätzt die Wirkungen zwischen 1,5 und 2 (UN 1981, 50). Auf dieser Grundlage ergibt sich für die Zahl der direkt und indirekt durch Militärausgaben erzeugten industriellen Arbeitsplätze eine Bandbreite von 9 bis 16 Millionen. — Für die Bundesrepublik Deutschland kommen die Mitarbeiter der Hamburger »Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung« in ihren jüngsten Berechnungen zu dem Ergebnis:

»Trotz des fast stetigen Wachstums der Rüstungsnachfrage hat die Beschäftigung in der Rüstungsindustrie seit dem ersten Beschaffungs'hoch' (als die Bundeswehr die Erstausrüstung erhielt) stark abgenommen. Generell scheint die Zahl der Beschäftigten seit dem Höhepunkt 1962 mit fast 330000 bis Anfang der 70er Jahre auf knapp 200000 Arbeitsplätze gesunken zu sein. Erst nach 1975, auf Grund der neuen großen Rüstungsprojekte, ist ein leichter Anstieg festzustellen.« (Albrecht u.a. 1982, 25f.)

* Arkan = Geheimhaltung

Eine methodisch anders vorgehende Schätzung des »Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« kommt zu dem Ergebnis, daß die Beschäftigungswirkungen noch niedriger anzusetzen sind. Aufgrund einer Input-Output-Modellrechnung werden die gesamten direkten und indirekten industriellen Beschäftigungswirkungen der inländischen Militärausgaben auf rund 300000 Arbeitsplätze im Jahr 1972 und rund 270000 im Jahr 1976 geschätzt; dazu kommen dann noch die Soldaten und die Zivilbeschäftigten. Für die »echte« Rüstungsindustrie werden die direkten Beschäftigungswirkungen für 1972 mit rund 100000 und für 1976 mit 80000 bis 85000 Arbeitsplätzen angegeben. Rüstungsexporte erzeugten zusätzlich noch einmal direkt und indirekt jeweils 36000 Arbeitsplätze (Filip-Köhn u.a., 1980, 25, 30). Unter Berücksichtigung der verschiedenen Veränderungen seit 1976 scheint die Zahl der in der *Bundesrepublik Deutschland* durch *Rüstungsproduktion* direkt und indirekt bedingten *Arbeitsplätze* heute *kaum höher als 240000* zu liegen; eher niedriger.

Damit bewegt sich die Zahl der rüstungsindustriellen Arbeitsplätze hierzulande in eher bescheidenen Größenordnungen, wenn man etwa bedenkt, daß allein von 1970 bis 1980 in der Bundesrepublik 1,3 Millionen Arbeitsplätze in der Industrie verlorengegangen sind, oder daß 1981 rund 100000 Arbeitsplätze in der Metallindustrie vernichtet wurden. Vor diesem Hintergrund wird das interessierte politische Spiel durchsichtig, welches mit überhöhten Angaben über die Beschäftigungswirkungen von Rüstungsfertigung getrieben wird — allerdings nicht nur von der Rüstungsindustrie. Wenn der Sprecher des »Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen«, Buckley, 1978 behauptete, daß eine Steigerung der inländischen Vergabe von Rüstungsaufträgen für die Bundeswehr um 10 bis 15 Prozent (beim Stand von 75%) 150000 bis 200000 Arbeitsplätze zusätzlich erzeugen würde, so war dies offensichtlich eine absurde Zahl. Ähnliches gilt auch für die Angaben aus der DDR, daß in der Rüstungsindustrie hierzulande »etwa 850000 Beschäftigte« seien (Autorenkollektiv 1979, 283).

Die Beschäftigungswirkungen von Rüstungsausgaben sind gering und nehmen ab

Falls es um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen geht, zählen Militärausgaben und Rüstungsfertigung zu den Instrumenten, die dafür vergleichsweise ungeeignet sind. Den Verdacht ließen schon die gerade beschriebenen Verhältnisse aufkommen, und er wird auch durch Einzelbeobachtungen bestätigt. So hat die Bremer »Arbeitsgruppe Abrüstung« berechnet, daß die direkten und indirekten Beschäftigungswirkungen der Produktion des Kampfpanzers Leopard 2 in den Hauptfertigungsjahren 1982 bis 1986 durchschnittlich unter 20000 Arbeitsplätzen liegen wird. Für die direkten Arbeitsplätze wurde für 1982 von nur höchstens 3520 Arbeitsplätzen ausgegangen. Insgesamt sind das deutlich niedrigere Angaben, als von der Rüstungsindustrie verbreitet werden (vgl. Barschkies 1981, 75, 77, 151). In die gleiche Richtung weist auch die Information, daß hierzulande in der U-Boot-Fertigung (Entwicklung, Konstruktion und Fertigung) nur etwa 2000 Menschen Beschäftigung finden können (Wehrtechnik 4/1982, 43). Die Ursache hierfür liegt in der hohen Kapitalintensität der Rüstungsfertigung und dem hohen Anteil des Forschungs- und Entwicklungsaufwandes. Eine Untersuchung der westeuropäischen Rüstungsindustrie kam 1981 zu dem Ergebnis:

»Im Verhältnis zur Produktion ist die Zahl der im Rüstungssektor der Industrie beschäftigten Menschen niedrig. Im Vergleich zur gesamten Industrie ist der Anteil der im Rüstungssektor eingesetzten Arbeitskräfte in allen Mitgliedsstaaten [der Westeuropäischen Union; d.Verf.] niedriger als der der Rüstungsproduktion an der Produktion der verarbeitenden Industrie insgesamt.« (Assembly of the Western European Union 1981, 223)

Die geringen Beschäftigungswirkungen von Militär- und besonders Rüstungsausgaben werden noch deutlicher, wenn man sie mit den Beschäftigungswirkungen anderer Staatsausgaben vergleicht. Überdies unterliegen sie der langfristigen Entwicklung, daß ein bestimmter Betrag an Militärausgaben immer weniger Arbeitsplätze erzeugt; jeder Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet Jahr für Jahr immer mehr Geld.

Die Belege für die relativ geringen Beschäftigungswirkungen von Militärausgaben im Vergleich zu anderen Staatsausgaben sind in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion immer wieder vorgetragen worden. So die Angabe des Ökonomen und Kongreßabgeordneten Les Aspin, daß 1972 in den USA für eine Milliarde Dollar 35 000 rüstungsabhängige Arbeitsplätze, im Bildungswesen aber 100 000 und im öffentlichen Dienst sogar 132 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Für die Bundesrepublik Deutschland weist eine Modellrechnung der Beschäftigungswirkungen von staatlichen Ausgabenkürzungen für das Jahr 1976 ähnliche, wenn auch weniger deutliche Differenzen auf. Für den Verteidigungsbereich ergab sich bei einer Verminderung der Sachkäufe (worunter die Investitionsgüterkäufe des Verteidigungsministeriums, sprich Rüstungen verstanden werden) um jeweils eine Milliarde DM der geringste Effekt im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgabenbereichen, wenn alle Beschäftigungswirkungen zusammengefaßt werden. Mit einer Ausnahme (»Kommunale Einrichtungen«) war auch der direkte Beschäftigungseffekt am geringsten (Schmidt 1977, 30-35).

Die Beschäftigungswirkungen von Militär- und Rüstungsausgaben nehmen offensichtlich auch ab. Für die USA gibt das Center for Defense Information (1977, 3) an, daß 1977 für Militärausgaben in Höhe von einer Milliarde US-Dollar nur noch 45 800 Arbeitsplätze gesichert werden konnten (einschließlich Soldaten und Zivilbeschäftigte), während es 1964 über 100 000 waren. Ein großer Teil dieser Entwicklung dürfte der Inflation zuzuschreiben sein, die jedoch selber wiederum durch die Rüstungsausgaben verstärkt wird. Für die Bundesrepublik kam die schon erwähnte Studie des »Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« zu dem Ergebnis, daß zwischen 1972 und 1976 der Beschäftigungseffekt der Militärausgaben im gewerblichen Bereich um über 30 000 Arbeitsplätze oder gut 10 Prozent gesunken ist. Gleichzeitig waren aber die Militärausgaben von 24,45 auf 34,37 Milliarden DM gestiegen. In ähnliche Richtung weist die Entwicklung beim Rüstungsexport, wo 1972 Rüstungen im Wert von 330 Millionen und 1976 von 650 Millionen US-Dollar ins Ausland gingen, die Beschäftigungswirkungen aber mit jeweils 36 000 Arbeitsplätzen gleich blieben. 1971 und 1980 gab es schätzungsweise 240 000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie; die inländische Rüstungsnachfrage stieg aber von 6,6 auf 14,4 Milliarden DM.

Rüstungsausgaben vergrößern die Arbeitslosigkeit

Wenn die Beschäftigungswirkungen von staatlichen Ausgaben für Rüstung geringer sind, als etwa im Bildungsbereich oder im Bauwesen, dann folgt daraus, daß Militärausgaben bei gleich hohen Staatsausgaben in unterschiedlichem Maße zur Arbeitslosigkeit beitragen — je nachdem, welche andere Verwendung gewählt würde. Amerikanische Untersuchungen, auf die manges deutscher Studien zurückgegriffen werden muß, zeigen dies eindeutig. So hat Bezdek (1975) mittels eines ökonometrischen Modells die Folgen untersucht, die sich aus einer Erhöhung oder Senkung der Militärausgaben (also nicht nur der Rüstungsausgaben) in den USA um jeweils 30 Prozent ergeben würden. Bedingung war, daß diese Staatsausgaben für andere Aufgaben eingesetzt würden. Eine Senkung der Militärausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der zivilen Staatsausgaben um den gleichen Betrag würde demnach die Arbeitslosigkeit um 2,1 Prozent senken, umgekehrt würde sie um 1,7

Prozent höher ausfallen. — In einer ganzen Reihe von Untersuchungen ist Marion Anderson der Frage nachgegangen, wieviele Arbeitsplätze deswegen nie geschaffen werden, weil Staatsausgaben für militärische und nicht für zivile Zwecke getätigt werden. Das Ergebnis einer Untersuchung für die US-Gewerkschaft »International Association of Machinists« (IAM) war, daß Militärausgaben in Höhe von 124 Milliarden US-Dollar den Verlust von 118 000 Arbeitsplätzen im Organisationsbereich der IAM bedeuten, weil diese Arbeitsplätze wegen der Militärausgaben nie geschaffen wurden. Abzüglich der durch die Militärausgaben geschaffenen oder gesicherten 88 000 Arbeitsplätze ergab das einen absoluten Verlust von 30 000 Arbeitsplätzen (1979, 2). Zusammen mit anderen Mitarbeitern kam sie in einer Untersuchung des Rüstungshaushalts 1981 zu dem Ergebnis, daß dieser einen absoluten Verlust von 1 520 000 Arbeitsplätzen für Handel und Industrie in den USA bedeutete. Dieselbe Rechnung für Militärausgaben insgesamt (also einschließlich der Ausgaben für Militärpersonal und zivile Beschäftigte) ergab für die USA einen absoluten Verlust von 865 000 Arbeitsplätzen, die 1981 vorhanden gewesen wären oder geschaffen hätten werden können, wenn der Militärhaushalt für zivile Aufgaben ausgegeben worden wäre (Employment Research Associates 1982, 1, 9).

Diese kurze Skizze einiger Eigenarten rüstungsabhängiger Beschäftigung hat gezeigt, daß Militär- und Rüstungsausgaben eine große Zahl von Arbeitsplätzen schaffen. In einer Industrie, die heute weltweit jährlich rund 150 Milliarden US-Dollar umsetzt, gibt es notwendig Millionen Arbeitsplätze. Aber die Beschäftigungswirkungen sind geringer, als häufig angenommen und behauptet wird. Und sie haben soziale Kosten, die den Nutzen, den einige davon haben, übertreffen. Rüstungsabhängige Arbeitsplätze sind eine hohe Belastung, was besonders daran deutlich wird, daß sie zum größten Teil hoch qualifizierte Arbeitskräfte erfordern. Die Umstellung dieser Arbeitsplätze auf die Fertigung ziviler Produkte könnte ein Beitrag dazu sein, die anstehenden globalen Probleme zu meistern: Zwar waren 1981 weltweit »nur« rund 24 Millionen Menschen nach Angaben der Welthandelskonferenz UNCTAD arbeitslos registriert, aber nach Schätzungen von Experten (vgl. Emmerij 1981, 156) lebten Mitte der siebziger Jahre schon bis zu 300 Millionen Menschen in der Dritten Welt ohne ausreichende Arbeit, bis zu 700 Millionen in schwerer Armut und rund 500 Millionen Menschen waren ständig unterernährt.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, U. (1979): Rüstungskonversion. Eine Literaturstudie mit Forschungsempfehlungen. Baden-Baden
- Albrecht, U., u.a. (1982): Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit? Reinbek bei Hamburg
- Anderson, M. (1979): The impact of military spending on the machinists union. Lansing, Mich., Employment Research Associates
- Anderson, M. (o.J.): The empty pork barrel. Unemployment and the Pentagon budget. 1982 edition. Lansing, Mich.
- Anderson, M. (o.J.): Converting the work force. Where the jobs would be. Lansing, Mich.
- Anderson, M. (o.J.): Bombs or bread. Black unemployment and the Pentagon budget. Lansing, Mich.
- Anderson, M. (o.J.): Neither jobs nor security. Women's unemployment and the Pentagon budget. Lansing, Mich.
- Assembly of the Western European Union (1981): Document 878. In: Proceedings, 27(1), 220-239
- Autorenkollektiv (1979): Militarismus heute. Wesen und Erscheinungsformen des Militarismus der Gegenwart. Berlin (DDR)
- Barschkies, H. (1981): Loks statt Leos. Zur Konversion des Leopard 2. In: Huffschmid u.a. (Hrsg.): Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion. Köln, 65-108
- Bauer, O. (1911): Großkapital und Militarismus. Wem nützen die neuen Kriegsschiffe? In: Werkausgabe. Wien 1975, Bd.1, 785-798
- Bedzek, R.H. (1975): The 1980 economic impact — regional and occupational — of compensated shifts in defense spending, in: Journal of Regional Sciences, 15(2), 183-198

- Brzoska, M. (1982): Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie. In: Brzoska u.a.: Das Geschäft mit dem Tod. Fakten & Hintergründe der Rüstungsindustrie. Frankfurt/M., 9-52
- Buckley, G. (1978): Chancen für 200000 Arbeitsplätze. Interview, in: Frankfurter Rundschau, 4.2.1978, 4
- Center for Defense Information (1977): Jobs and the Pentagon: Is military spending good for the economy?, in: The Defense Monitor, 6(7), 1-8
- Employment Research Associates (1982): The price of the Pentagon. The industrial and commercial impact of the 1981 military budget, Lansing, Mich.
- Emmerij, L. (1981): Basic need and employment-oriented strategies reconsidered, in: Development and Peace, 2(2), 151-165
- Filip-Köhn, R., u.a. (1980): Macro-economic effects of disarmament policies on sectoral production and employment in the Federal Republic of Germany. With special emphasis on development policy issues. Berlin/W., DIW
- Greenwood, D. (1976): The employment consequences of reduced defence spending, in: aberdeen studies in defence economics, (8)
- IMB (1979): Metallgewerkschaften und Rüstungsindustrie. Eine Untersuchung über die Auswirkungen der Rüstungsproduktion auf die Beschäftigung. Genf, Internationaler Metallgewerkschaftsbund
- Kehr, E. (1928): Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda. In: Kehr, E.: Der Primat der Innenpolitik. Berlin 1970, 130-148
- ders., (1982): Kriege seit 1945. Frankfurt/M. (= Militärpolitik Dokumentation, 27)
- Luxemburg, R. (1899): Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus, in: Gesammelte Werke. Berlin 1974, Bd.1, 1, 367-466
- Luxemburg, R. (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesammelte Werke. Berlin 1981, Bd.5, 5-411
- Mazurek, W. (1982): Mikroelektronik. Bedrohlich für gesellschaft und arbeitswelt, in: Der Gewerkschafter, 30 (3), 12-13
- Negt, O., und A. Kluge (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Frankfurt/M.
- Neumann, H. (1982): Metallindustrie: Das schaffen von arbeitsplätzen »zumutbar«?, in: Der Gewerkschafter, 30 (4), 41
- Rodejohann, J. (1983): Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitsplatzrisiken in der Rüstungsproduktion, in: Friedensanalysen (in Druck)
- Schmidt, J. (1977): Zur Bedeutung von Staatsausgaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkung von Ausgabenkürzungen. Berlin (= Beiträge zur Strukturforschung, 46)
- Sivard, R.L. (1981a): Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben. Weltpolitik, in: Jahrbuch für internationale Beziehungen (1), 153-165
- Sivard, R.L. (1981b): World military and social expenditures 1981. Leesburg, Va., World Priorities
- UN (1982): Study on the relationship between disarmament and development. Report of the Secretary General, New York, United Nations (A/36/356)
- UN (1982): Economic and social consequences of the armaments race and its extremely harmful effects on world peace and security. Report of the Secretary General. New York, United Nations (A/37/386)
- Wellmann, C. (1982): Gewerkschaftliche Interessenvertretung zwischen Lobbyismus und Alternativplanstrategie. In: Brzoska u.a., Das Geschäft mit dem Tod. Fakten & Hintergründe der Rüstungsindustrie. Frankfurt/M., 123-161
- Zoll, R. (1982): Krise und Solidarität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 32 (10), 222-226

Detlev Albers

Unsere Aufgaben nach dem 6. März

Beginnen wir damit, worin sie nicht bestehen: Jede Form des selbstgenügsamen »Wir haben es schon immer gewußt«, »Das geschieht der Partei schon recht«, »Nun haben sie endlich die lang verdiente Quittung erhalten« erschwert und blockiert im Extremfall die Verarbeitung dessen, was als eine der schwersten politischen Niederlagen der SPD in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen wird. Gerade linke und marxistische Sozialdemokraten, die das Abwirtschaften ihrer Partei seit langem kritisiert haben, die immer wieder auf die unausbleiblichen Enttäuschungsprozesse im Arbeitnehmerlager verwiesen haben, auf die die sozialliberale Regierungspolitik der letzten Jahre geradezu zielstrebig hinarbeitete, werden sich jetzt nicht mit vorschnellen Antworten zufrieden geben. Aber freilich: Genausowenig wie wir uns auf Rechthabereien zurückzuziehen haben, so wenig wird sich die Partei einmal mehr mit halben Erklärungen, mit Ausklammern und Beschönigungen über die Frage nach den Ursachen des 6. März begnügen können.

Damit sind wir bereits bei der ersten Aufgabe linker Sozialdemokraten angesichts der Wahlniederlage angelangt. Es gilt, jeder Tendenz zu begegnen, die wirkliche Bedeutung dieser politischen Zäsur herunterzuspielen, sie als »normalen« Abnutzungsprozeß einer Regierungspartei zu verharmlosen und dadurch das Problem ihrer Konsequenzen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Dagegen ist wieder und wieder darauf zu verweisen, worin die außergewöhnliche Tragweite dieser Wahlniederlage liegt. Denn gescheitert sind nicht Personen, nicht einmal nur einzelne Konzepte und Programme; fragwürdig geworden, weil an der Realität längst vor dem Wählerverhalten vom 6. März gescheitert, ist ein jahrzehntelang befolgtes und verinnerlichtes Grundverständnis sozialdemokratischer Politik. Die programmatische Festlegung von Godesberg, anstelle der endgültig für aussichtslos gehaltenen »Systemfrage« tatsächlich nur noch für solche Veränderungen einzutreten, die im Rahmen der »marktwirtschaftlichen Ordnung« realisierbar erschienen, muß als der eigentliche Ziel- und Fluchtpunkt erkannt werden, von dem aus die Krise des Kapitals zu einer nicht minder einschneidenden der SPD werden konnte. Gerade weil der »Realismus« des »Machers Helmut Schmidt« im Kern nicht seine Erfindung ist, muß der schließlich nur noch Opfer verlangende, aber keinerlei Auswege mehr anbietende, ständig nach rechts hin erpreßbare Immobilismus seiner Regierungspolitik in buchstäblichem Sinne radikal in Frage gestellt werden.

Wir sollten dabei erneut betonen, daß ein solcher Vorgang der Verarbeitung tiefgehender Niederlagen niemand in der Partei, also auch nicht die Linke, Momente ihrer Mitverantwortung und Verspätung bei der Entwicklung zusammenhängender Alternativen, ausnimmt. Aber es hieße, die Wirklichkeit auf den Kopf zu stellen, wollte man die Dominanz systemerhaltender Positionen in der Nach-Godesberger SPD und daher ihrer Praxis als Hauptgegenstand von Kritik und Selbstkritik bestreiten. Auszusprechen was ist, den Ursachen jener absurden Situation mit aller Hartnäckigkeit nachzugehen, daß nämlich die politische Rechte in der schwersten ökonomischen Krise der Bundesrepublik ihre Herrschaft auf komfortablere Mehrheiten stützen kann als selbst noch zu Adenauers Zeiten, das bleibt für jede Standortbestimmung unabdingbar, die sich anschickt, den Sog der Niederlage abzuschütteln.

Den gleichen Nachdruck, mit dem wir auf eine gründliche Ursachendiskussion über den 6. März in der Partei drängen müssen, sollten wir in einem zweiten Schritt darauf richten,

daß auch die Erringung von Oppositionsfähigkeit keine Sache ist, die im Selbstlauf erreichbar sein wird. Sowenig die Empörung über das Wendemanöver der Rechtsliberalen, die der SPD noch in Hessen und Hamburg zugute kam, bei den vorgezogenen Bundestagswahlen ausreichte, sowenig kann sich die Partei in Zukunft darauf verlassen, von der absehbaren Enttäuschung über die Negativfolgen der Rechtsregierung wieder in Mehrheitspositionen hineingetragen zu werden. Selbst wenn sich die SPD nicht überall in derartige Sackgassen wie unter Börner in Hessen manövriert und ihr mittelfristig hier und dort ein neuer »Genosse Trend« zu Hilfe kommen mag, die neue Qualität der jetzt eingetretenen Situation besteht allemal darin, daß sie die CDU/CSU auf sämtlichen Ebenen staatlichen Handelns mit einem massiven Vorsprung versieht — eine Konstellation, die künftig sogar mancherlei Rückschläge wegzustecken erlaubt, ohne deshalb die Zentren der politischen, geschweige denn der ökonomischen Macht auch nur entfernt zu gefährden.

Mehr denn je ist deshalb die SPD darauf verwiesen, ihre Stärke nicht allein in Wahlen und Parlamenten zu suchen. Oppositionsfähigkeit ist für die Partei gewiß von unten nach oben aufzubauen, aber nicht vom Stadtrat, über Bürgermeister und Landesparlamente zum Bundestag, sondern zuallererst durch aktives, kämpferisches Teilwerden in den progressiven Bewegungen dieser Gesellschaft. Linke Sozialdemokraten haben aus dieser Einsicht heraus seit langem versucht, die Glaubwürdigkeit einer erneuerungsfähigen SPD in den Kämpfen der Gewerkschaften, in der Friedens- und Ökologie-, nicht anders als in der Frauenbewegung durch ihr eigenes Engagement vor Augen zu führen. Jetzt muß es darum gehen, diesen Einsatz mit neuem, größerem Selbstbewußtsein fortzuführen, nicht als mühsam tolerierte Minderheit, sondern als der eigentliche Träger einer Partei, die sich allein auf dem Wege ihrer massenhaften Verankerung in den alten und neuen sozialen Bewegungen einen Wiederaufbau realer Durchsetzungschancen, in diesem Sinne von Oppositions- oder schlechthin Politikfähigkeit zu sichern vermag.

Ist damit die Richtung des Aktivwerdens linker Sozialdemokraten in der jetzigen Situation allgemein beschrieben, sind auch die zentralen Arbeitsfelder, auf denen hier und heute mit dem Wiederaufbau sozialdemokratischer Oppositionsfähigkeit zu beginnen ist, weithin vorgegeben. Die Bereitschaft der Partei, sich ohne Wenn und Aber auf die Seite des Widerstands gegen die Raketenstationierung zu stellen, und zwar als SPD und nicht nur in Parteitagbeschlüssen (so unverzichtbar ein solcher Beschluß im Herbst sein wird), sondern im tatsächlichen Handeln der Sozialdemokraten von der Basis bis zur Parteiführung und umgekehrt, wird dazu eine elementare Voraussetzung bilden. Gewiß ist die Notwendigkeit eines raschen und zugleich einschneidenden Kurswechsel gegenüber der bisherigen Politik nirgendwo dringlicher als eben hier. Trotz aller Vorarbeit der Linken und Vogens Überbrückungsformulierung, die Raketenauflösung »überflüssig« zu machen, bleibt die Einbeziehung der SPD in den Grundkonsens der Friedensbewegung ein kompliziertes, rigorose Vergangenheitsbewältigung erforderndes Unternehmen. Aber entsprechend hoch, keinerlei Aufschub mehr duldend, ist auch der Einsatz. Versäumt ihn die Partei, dürfte jedenfalls der Rückfall in eine neue Phase des »kalten Krieges« mit all seinen verhängnisvollen Konsequenzen nicht mehr zu vermeiden sein; zugleich ginge ein entscheidender Ansatz verloren, wieder zur progressiven politischen Alternative gegenüber den Rechtsparteien zu werden. Bewältigt ihn die SPD, ist die vorläufige Niederlage der Friedensbewegung noch keineswegs unmöglich; aber die elementaren Lernprozesse, die selbst ein solcher Rückschlag auslöste, schlossen die Partei ein und schufen damit eine qualitativ günstigere Bedingung, der Offensive von rechts zu begegnen. Das Eintreten für eine definitive Umorientierung in der Raketenfrage und die Ausarbeitung einer darauf beruhenden

Abrüstungs- und Entspannungsstrategie erweist sich daher mehr denn je als ein niemandem erlassenes Praxisfeld der sozialdemokratischen Linken.

Nicht weniger dringlich ist die Umorientierung der SPD auf dem zweiten Praxisfeld, ohne das der Wiederaufbau tatsächlicher Oppositions- und Veränderungsfähigkeit undenkbar erscheint, jenem der Entwicklung einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik. So fatal sich hier der vermeintliche »Kompetenzverlust« gegenüber der CDU/CSU ausgewirkt hat, dem immerhin eine zermürbende Phase unsozialer Spar- und Umstrukturierungspolitik vorausging, so verheerend wäre es, wollte sich die Partei auf diesem Gebiet mit dem bloßen Entlarven konservativer Krisenbewältigungsstrategien und dem Setzen auf die daraus entstehende Enttäuschung begnügen. Nirgendwo sonst existiert gleichzeitig ein solcher Handlungszwang, bisher vernachlässigte oder ignorierte Zusammenhänge aufzugreifen, damit grundlegend neue Konzepte zu erarbeiten und sich im gleichen Moment, schon im Vorgriff hierauf, auf Kraftproben großen Stils mit den vorhandenen (ökonomischen) Machtstrukturen einzulassen, um wenigstens die negativsten Krisenfolgen einzuschränken. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit von Millionen wird weder kurz- noch langfristig zu gewinnen sein, wenn er nicht die Krisenursachen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst, aber auch deren heute dominierende Austragungsformen, die mit immer gewaltigeren Ressourcen ausgetragene Konkurrenz der multinationalen Konzerne, das Ringen um neue Formen internationaler Arbeitsteilung zur Kenntnis nimmt und beantwortet, die die Mechanismen zur Ausplünderung der sogenannten 3. und 4. Welt noch verschärft und die Anhäufung von Reichtum am entgegengesetzten Pol der kapitalistischen Hierarchie auf immer kleinere Bevölkerungsgruppen in den westlichen Metropolen begrenzt. Und der Widerstand gegen die alte ökonomische Logik wird zu einer Zusammenführung aller hiervon bedrohten Kräfte, Klassen, Nationen nur fähig sein, wenn seine Alternative reale Lösungswege gegenüber den Gefahren weltweiter ökologischer und militärischer Katastrophen in sich aufzunehmen vermögen.

Alle diese »großen Fragen« der Krise wie der sozialistischen Perspektive, deren Hineinwirken in die täglichen Frontlinien der hiesigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht zu übersehen ist, nicht übersehen werden darf, ändern jedoch nichts daran, daß die Sozialdemokratie ihre Oppositionsfähigkeit nach dem 6. März nur wieder begründen kann, wenn sie den gewerkschaftlichen Abwehrkampf gegen die Krisenfolgen mit völlig anderer Intensität als bisher unterstützt. Jedermann weiß, daß mit Arbeitszeitverkürzungen allein die Vollbeschäftigung nicht wiederherzustellen sein wird. Aber genauso sicher ist auch, daß ohne die Schlacht um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dem Unternehmerlager weder in der Wirtschaft noch in der Politik zu begegnen sein wird. Nichts anderes gilt für die Notwendigkeit, der wirtschaftspolitischen Wende der Rechtsregierung, von der Haushalts- über die Sozial- bis hin zur Bildungspolitik, nicht nur entgegenzutreten, sondern auch zum mobilisierenden Mitträger aller Initiativen zu werden, die sich der Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen widersetzen. Beides, die Ausarbeitung kurzfristig greifender Gegenpositionen wie der Einsatz für das Vorankommen gesellschaftsverändernder Praxis, benennt deshalb gerade für linke Sozialdemokraten unabdingbare Aufgabenfelder.

Rigorose Ursachendiskussion über die Gründe, die zur Wahlniederlage vom 6. März geführt haben, Wiedererlangung tatsächlicher, gesellschaftlich verankerter Oppositionsfähigkeit — welche eigene Zielorientierung aber soll die Partei in die Bewältigung dieser Aufgaben einbringen; welche Bezugspunkte können ihr als Maßstab für den schwierigen Prozeß der Selbstkorrektur dienen; wie kann sie auf der zwangsläufig riskanten Weg-

strecke, die jetzt vor ihr liegt, jenen inneren Zusammenhalt bewahren und zurückgewinnen, ohne den die Ablösung der konservativen Vorherrschaft schwerlich vorstellbar ist? Mir scheint, die Linke sollte gegenüber allen diesen Fragen auf die Notwendigkeit wie die Chancen eines Vorhabens verweisen, daß man, ähnlich wie dies vor einigen Jahren die französischen Genossen taten, als die Ausarbeitung eines »Sozialistischen Projekts« bezeichnen könnte.

Wenn es zutrifft, daß die sozialdemokratische Regierungspraxis nicht wegen dieser oder jener subjektiven Fehleinschätzungen, sondern als Folge der Godesberger Grundsatzentscheidung in die Sackgasse geraten ist, dann ergibt sich, daß die Partei nicht auf der Basis eben dieses Programmes weitermachen kann, als sei nichts geschehen. Wenn die Interessen sozialdemokratischer Stammwähler, der Gewerkschaften, kurz des Arbeitnehmerlagers und jene der »neuen sozialen Bewegungen« innerhalb der Profitlogik oder auf dem Boden der »Marktwirtschaft« nicht mehr vereinbar zu machen sind, jede für sich bereits faktisch, wenn auch oft noch uneingestanden, darüber hinausdrängt, dann ergibt sich, daß eine Partei, die für beide eintreten muß, will sie jemals wieder hegemoniefähig werden, ohne die Wiederentdeckung, Wiederaneignung einer systemüberwindenden, sozialistischen Perspektive als ihr ureigenes, neues Bündnisse ermöglichendes Terrain nicht auskommen wird. Wenn die SPD als eine Massenpartei, der eine durch niemanden bestreitbare Schlüsselrolle für die Chancen jedes gesellschaftsverändernden Prozesses in der Bundesrepublik zufällt, ihren Zusammenhalt eben deshalb nicht aufs Spiel setzen darf, was könnte ihre Stärke und Widerstandsfähigkeit besser voranbringen als das bewußte Wiederanknüpfen an die sozialistische Tradition der eigenen Geschichte, das ebenso bewußt mit der Ausarbeitung neuer sozialistischer Lösungswege für die Gegenwart zu verbinden ist?

Um nicht mißverstanden zu werden: Die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes, das die »Systemfrage« nicht mehr ausklammert, sondern als die perspektivisch einzig tragfähige Antwort der Arbeiterbewegung wieder zum Orientierungspunkt nimmt, löst für sich genommen keine der Schwierigkeiten, gegen den seit dem 6. März installierten zweiten CDU-Staat Front zu machen. Nach wie vor gilt, daß Erfolge der realen Bewegung, zumal einer, die sich zu sozialistischen Zielsetzungen bekennt, wichtiger sind als die besten Programme. Seine Formulierung liegt im übrigen, gerade was die Festigung des inneren Zusammenhalts anbetrifft, die Chancen, Schwächen und Instabilitäten des politischen Gegners durch die überlegene Verknüpfung von Perspektive und Tageskampf in den eigenen Reihen zielstrebig zu nutzen, im Interesse der Gesamtpartei und nicht nur eines bestimmten Parteiflügels. Schließlich ist nach aller Erfahrung kaum zu erwarten, daß irgendeine der innerparteilichen Strömungen ihre Vorstellungen ohne Abstriche durchsetzen kann; jeder muß wissen, daß auf das Godesberger keine Neuauflage des Erfurter Programmes folgen kann, ja nicht einmal folgen sollte. Dennoch verfehlte die sozialdemokratische Linke eine wesentliche Aufgabe, würde sie nicht den Zusammenhang von Ursachenkritik nach dem 6. März, Wiedererlangung von Oppositions- und schließlich Hegemoniefähigkeit und letztlich auch im Grundsatzprogramm auszuweisender sozialistischer Umorientierung ihrer eigenen Arbeit zugrundelegen.

Günter Beling und Olaf Scholz

Nach dem Scheitern des »Godesberger Weges«

Thesen zur Perspektive von marxistischen Sozialdemokraten aus der Opposition

1. Die Bundesrepublik ist die europäische Hochburg des Kapitals

Marxisten beurteilen die politischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik nüchtern und ohne Illusionen. Die ökonomische Stellung und historische Entwicklung unseres Landes weisen es eindeutig als europäische Hochburg des Kapitals aus.

So wegweisend theoretische Beiträge deutscher Sozialisten in der Vergangenheit für die Entwicklung der sozialistischen Internationale waren, so unterentwickelt ist das Klassenbewußtsein der Arbeiter im eigenen Land, so schwach sind die realen Gegenmachtpositionen der Arbeiterbewegung und so selten ihre Mobilisierungserfolge. Die verheerende Niederlage der Arbeiterparteien durch den Faschismus hat bis heute ihre Folge in der Schwäche der Arbeiterorganisationen. Ohne die Erfolge deutscher Emanzipationskämpfe schmälern zu wollen: die deutsche Geschichte weist eine weitgehend ungefährdete Herrschaft der politischen Rechten aus. Die Chance grundlegender ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen nach dem Faschismus konnte nicht wahrgenommen werden. Die 13jährige Phase sozialliberaler Regierungspolitik tastete nie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse an. Der Bürgerblock verfügt gegenwärtig über stabile Mehrheiten in der Bundesrepublik.

2. Die kapitalistische Krise forderte den Regierungswechsel

Die dauerhafte Machtübernahme der Rechtsparteien am 6. März war kein Zufall, kein Erfolg geschickter Werbestrategie, kein unerklärlicher »faux-pas« der Wähler. In einer Situation sich erheblich verschärfender Krisentendenzen bestand im Rahmen kapitalistischer »Logik« der ökonomische Zwang zur »Wende«.

Die SPD/FDP-Regierung hatte die Aufgabe, unter Bedingungen gesicherten wirtschaftlichen Wachstums die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion sicherzustellen und dabei gleichzeitig befriedigend auf die Lohnabhängigen einzuwirken. Im Zuge sinkender Wachstumsziffern, neuer struktureller Krisensymptome, wachsender Verteilungskämpfe und verstärkter »Überlebenskämpfe« der Konzerne untereinander mußte eine — letztlich von Programm und sozialer Basis her den Lohnabhängigen verpflichtete — Partei wie die SPD die Regierungsbank verlassen, um rigidere Krisenlösungen zu ermöglichen.

Dieser Prozeß war so reibungslos nur möglich, weil die SPD es versäumt hatte, in der Krise Bewußtsein über deren Ursachen und grundlegende Bekämpfung zu entwickeln. So war der Demagogie reaktionärer Krisenlösungskonzepte Tür und Tor geöffnet. Geschichte wiederholt sich: die Verschärfung der kapitalistischen Krise ohne entwickeltes Bewußtsein ihrer Opfer führt zur Stärkung der politischen Rechtskräfte.

3. Die SPD zahlt den Tribut für eine Politik der Sozialpartnerschaft

In keiner Phase der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung der letzten zehn Jahre wurde von der SPD an der Entwicklung von Klassenbewußtsein gearbeitet. Vielmehr förderte die Mehrheitssozialdemokratie Illusionen in der Bevölkerung über Krisenbewältigung und Reformpolitik im Kapitalismus. — Die Partei stellte den nackten Machterhalt

über jede inhaltlich bestimmte Auseinandersetzung mit Kapitalinteressen und deren schärfste politische Verfechter CDU/CSU/FDP.

Außerparlamentarische Mobilisierungsarbeit wurde zum Tabu für die »staatstragende« SPD. Die Distanz zu Forderungen der Gewerkschaften vergrößerte sich zusehends; die wichtige Friedensbewegung wurde von den Regierungsgenossen diffamiert und bekämpft, von der Parteiführung argwöhnisch beobachtet und lediglich an der Parteibasis unterstützt.

Die Regierungspolitik von Helmut Schmidt bot lediglich abgemilderte Varianten der CDU-Konzepte. Sie zerstörte die Identität der SPD als Partei der Arbeitnehmer. Diese Politik war die Hauptursache des Verlustes von Regierungs- und Oppositionsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei.

4. Der »Godesberger Weg« ist gescheitert

Das Ende der sozialliberalen Koalition signalisiert zugleich das Ende des Weges von Godesberg. Es hat sich für die Perspektive der Sozialdemokratie nicht ausgezahlt, als Volkspartei auf die Formulierung von Klasseninteressen zu verzichten. Die Formulierung dieser Klasseninteressen hätte ein gewaltiges gesellschaftliches Potential aktivieren können.

Der Verzicht auf jede Konfrontation mit dem Kapital hat sich für die SPD verheerend ausgewirkt. Er hat das Bewußtsein der sozialen Basis der Partei, den Lohnabhängigen, schwer deformiert, er hat die eigene Parteibasis kampfunfähig gemacht und entmutigt. Die Parteirechte hat den Nachweis über die Auswirkungen ihrer Politik erbracht. Neue Antworten sind gefragt. Die Parteilinke muß *grundsätzliche* Alternativen entwickeln und propagieren.

5. Die SPD muß um ihre natürliche soziale Basis, die Arbeitnehmer, neu kämpfen

Die Wahlanalysen zeigen: die CDU erhielt mehr Arbeiterstimmen als je zuvor. Die — objektiv völlig unbegründeten — Hoffnungen auf wirtschaftliche Besserung schlugen im subjektiven Wählerverhalten für die CDU zu Buche. Immer mehr Arbeitnehmer erwarteten nichts mehr von der SPD. Wie sollten sie auch — nach den Erfahrungen der Vergangenheit? Die Zerstörung von politischem Bewußtsein in der Arbeiterklasse hat zu schweren Erosionen an der natürlichen sozialen Basis der SPD geführt. Die Partei muß jetzt neu um die Arbeitnehmer kämpfen. Verheerend wäre dabei, allein auf die heilende Wirkung der Erfahrungen mit CDU-Politik zu hoffen. Die SPD muß vielmehr »wirtschaftspolitische Kompetenz« durch neue inhaltliche Antworten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurückgewinnen. Der Schulteranschlag mit den Gewerkschaften darf sich nicht in verbalen Beteuerungen erschöpfen, sondern muß in der Übernahme und Zuspitzung gewerkschaftlicher Forderungen und Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe erfolgen. In dem Ringen um neue Unterstützung von Arbeitnehmern darf sich die SPD nicht in den Scheinkonflikt »Arbeitsplätze — Umweltschutz« und den Gegensatz von Arbeitnehmerinteressen und ökologischen Positionen begeben.

6. Eine Partei ohne Jugend hat keine Zukunft

Relevante Teile der bundesdeutschen Jugend haben sich von der SPD abgewendet. Das Maß der Enttäuschungen mit der Partei, in die Hoffnungen auf Veränderung dieser Gesellschaft gesetzt wurden, war voll. Viele dieser Jugendlichen wählten diesmal die »Grünen«. Die SPD erzielt mittlerweile ihre höchsten Wahlprozente bei den über 60jährigen. Diese Entwicklung ist auf Dauer für die SPD tödlich.

Die Gründe für die Abwanderung der Jugend sind längst bekannt. Allein — es fehlen die Konsequenzen in der Politik der Partei. Billige Integrationsversuche durch Übernahme »grüner« Themen ohne veränderte sozialdemokratische Position und Praxis werden zu Recht ohne Erfolg bleiben. Erste echte Veränderungen, erst die Einheit von Wort und Tat in der sozialdemokratischen Politik werden die SPD aus der Opposition heraus für die Jugend wieder interessant machen. Dies setzt eine solidarische Form der Diskussion mit der grünen Partei und Erweiterung gemeinsamer Vorstellungen voraus.

7. Der CDU-Staat ist keine kurze Episode

Die Wahlkampf-Träume von einer CDU-Übergangsregierung sind ausgeträumt. Vier Jahre Kohl/Genscher/Strauss sind der Bundesrepublik sicher. Es können noch mehr werden.

Die SPD darf weder Resignation noch Illusionen fördern, d.h. weder ist bis zum Jahr 2000 die Rechte jetzt fest im Sattel, noch wird nach vier CDU-Jahren das Pendel automatisch wieder nach links ausschlagen. Es muß Klarheit über die Dimensionen des CDU-Staates, seine Einflußmöglichkeiten in den Bereichen der Ökonomie wie des politischen Überbaus bestehen, um abschätzen zu können, welcher Kraftanstrengung der Sozialdemokratie es bedarf, gesellschaftliche Gegenkräfte zu mobilisieren und mehrheitsfähig zu machen. Erste Voraussetzung dafür ist der Gewinn der Oppositionsfähigkeit der SPD, deren politisches Profil allzulange keinen hinreichenden Kontrast zu CDU bot. Der CDU-Staat wird seinen Einfluß materiell und ideologisch voll zum Tragen bringen, um seine Massenbasis zu erhalten und auszubauen.

Die im Wahlkampf gemachten Erfahrungen müssen die Sozialdemokratie wachsam und reaktionsfähig machen gegenüber der sozialen Demagogie der Rechtsparteien, ihrer Fähigkeit, soziale Gruppen gegeneinander und schließlich gemeinsam gegen die SPD auszuspielen. Die historischen Erfahrungen mit der Politik der Konservativen vor 1933 ebenso wie nach 1949 müssen genutzt werden, um ihrer Ideologie und Strategie eine massenwirksame Antwort der Arbeiterbewegung entgegensetzen zu können.

8. Es gibt keinen Automatismus für linke Mobilisierungserfolge

Nach dem Schock vom 6. März rüsteten sich einige mit der Hoffnung auf, nach vier Jahren verschärfter Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Aufrüstung durch die Kohl-Regierung würde die Bevölkerung wieder klarsehen — der rechte Spuk sei dann vorbei. Demgegenüber muß festgehalten werden: es gibt keine automatische Linkswende. Sie muß erkämpft werden. Sie erfordert eine entschlossene sozialdemokratische Partei mit inhaltlichen Alternativen zur CDU und massenwirksame Aktivitäten vor Ort, starken außerparlamentarischen Druck. Die Wahrung der Chance zur Linkswendung erfordert vor allem ein Höchstmaß an Einheit der Linken im Kampf gegen Rechts.

Der Problemdruck der kapitalistischen Krise schafft Mobilisierungschancen. Die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen führt aber keinesfalls automatisch zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse. Dazu müssen die Organisationen der Arbeiterbewegung diese Auseinandersetzungen inhaltlich und praktisch mit der richtigen Stoßrichtung organisieren und führen.

9. Es gibt keinen Automatismus für eine Veränderung der SPD

Marxistische Sozialdemokraten betrachten die Veränderung der SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei als eine zwar langandauernde, in den konkreten innerparteilichen Auseinandersetzungen auch schwierige und widersprüchlich verlaufende, letztlich aber

prinzipiell lösbare und für den gesellschaftlichen Veränderungsprozeß unabdingbare Kampfaufgabe.

Diese Aussage verdeutlicht, daß sich Marxisten keine Illusionen über Widerstände und Abläufe in diesem Veränderungsprozeß machen. Sie verdeutlicht auch, daß diese Veränderung der Partei *erkämpft* werden muß und nicht wie eine reife Frucht in den Schoß der Linken fällt.

Die Situation, diesen Veränderungsprozeß ab sofort in einer Oppositionspartei herbeiführen zu müssen, eröffnet Chancen und Gefahren zugleich: einerseits zwingt das Abwirtschafte der Mehrheitssozialdemokratie die Partei zu neuer inhaltlicher Positionsbestimmung in Opposition zur Rechtsregierung, ergeben sich daraus neue Spielräume für die Parteilinke, ist schließlich nach außen der »Schmidt-Ballast« abgeworfen und die Begründung für die Organisationsentscheidung zugunsten der SPD wieder etwas einfacher.

Andererseits ist die Parteirechte zwar momentan geschwächt, aber damit keineswegs schwach oder gar abgetreten: sie wird bemüht sein, auch in der Opposition stets »Regierungsfähigkeit« zu demonstrieren, indem sie die kapitalistischen Sachzwänge weiter akzeptiert und die Formulierung grundsätzlicher Alternativen verhindert. Dies geht einher mit einer inhaltlich schwachen, defensiv agierenden parlamentarischen Parteilinken, deren aktuelles Kampfziel darin bestehen wird, den Kurs des Fraktionsvorsitzenden Vogel zu stützen. Diese Politik kann aber keine einschneidende Veränderung des Bewußtseins und der Mehrheiten in der Partei herbeiführen. Notwendig ist also eine neue Strategie der Parteilinken.

10. Die Linke muß offensiv werden

Mit der Bundestagswahl 1983 ist der Schlußstrich unter die Ära Helmut Schmidt gezogen. Das Wahlergebnis ist die hohe Rechnung, die der Partei für eine Politik des wirtschaftspolitischen Krisenmanagements auf dem Rücken der Arbeitnehmer präsentiert wird. Nach diesem Ergebnis rechtssozialdemokratischer Politik muß eine tiefgehende Debatte in der Partei um Ursachen und Konsequenzen aufgenommen werden. Sie darf dabei allerdings nicht stehenbleiben. Was jetzt nottut, ist eine umfassende alternative Positionsbestimmung der Parteilinken, die sowohl tagespolitische Forderungen als auch langfristige Orientierung der innerparteilichen Linken vor der Gesamtpartei und der Öffentlichkeit verbindlich darlegt.

Im Zentrum dieses linken Programms müssen Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie staatliche Beschäftigungsprogramme in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen (Umweltschutz, Wohnungsbau, Fernwärme, öffentlicher Personennahverkehr) und Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung stehen. Grundsätzlich muß aber auf die Notwendigkeit der Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln als Schlüssel zu gesellschaftlich geplanter Investition, Produktion und Beschäftigung deutlich hingewiesen werden. Gleichzeitig muß das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie sozialistisch bestimmt werden. In der Friedensfrage muß sich die Parteilinke klar an die Seite der Friedensbewegung gegen die NATO-Aufrüstung stellen. Für die anderen gesellschaftlichen Problemfelder müssen ebenso deutliche kurz- und langfristige Positionsbestimmungen vorgenommen werden.

Die Linke begibt sich wichtiger innerparteilicher und außerparlamentarischer Mobilisierungsmöglichkeiten, wenn sie sich lediglich als Vogel-Anhängsel präsentiert. Sie muß ihre weitergehenden Positionen — wo nötig provozierend und ohne Konfliktscheu — deutlich einbringen. Angesichts der Grünen wird dies zu einer Überlebensfrage der Parteilinken.

11. SPD und Grüne — Kooperation statt Konkurrenz

Das Bundestagswahlergebnis hat SPD und Grüne zu Oppositionsparteien gemacht. Für den Fall einer parlamentarischen »Mehrheit links von der CDU« hätte sich die Linke für eine konstruktive Zusammenarbeit von SPD und Grünen stark machen müssen. Sie muß es jetzt auch im eingetretenen Fall einer parlamentarischen »Minderheit links von der CDU«. Von ihrer inhaltlichen Positionsbestimmung und Wählerschaft stehen die Grünen der SPD näher als irgendeine andere Partei. Ungeachtet so mancher Differenz gibt es in vielen tagespolitischen und auch grundsätzlichen Fragen (Vollbeschäftigung, Soziale Sicherung, Abrüstung, Freiheitsrecht, Umweltschutz) Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten. Angesichts stabiler rechter Mehrheiten in Bund und Ländern muß es ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit der Positionen und Aktionen der Linksparteien geben. Im Spannungsfeld von Kooperation und Konkurrenz wird unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen die Zusammenarbeit von SPD und Grünen zur historischen Notwendigkeit. Ohne geschichtliche Prozesse schematisch auf die aktuelle Situation übertragen zu dürfen, muß auf den verhängnisvollen Fehler *beider* Linksparteien in der Weimarer Republik hingewiesen werden, durch schärfste Konkurrenz untereinander den gemeinsamen Widerstand und die Organisation des Arbeiterwiderstandes gegen die Politik des Rechtskartells zu lähmen. Aus den Fehlern der Vergangenheit ist heute zu lernen. Die Parteilinke muß sich für die Überwindung der Spaltung der fortschrittlichen Kräfte in der praktischen Arbeit und durch Erweiterung der inhaltlichen Gemeinsamkeiten stark machen. Nicht zuletzt hängt der Erfolg im Aufbau einer kooperierenden Oppositionsarbeit beider Linksparteien aber auch vom Willen und konkreten Agieren der uneinheitlichen grünen Partei ab.

12. Die SPD muß ihre Parlamentsfixierung aufgeben

Spätestens seit Godesberg war das Parlament und nicht die Straße die Heimat der SPD. Die traditionsreiche, kampferfahrene Partei hat es in den vergangenen Jahrzehnten verlernt, gesellschaftliche Gegenkräfte durch außerparlamentarische Aktivitäten für sich zu mobilisieren. In ihrer Geschichte identifizierte sich die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit zunehmend mit dem Staat. Sie verkannte seinen Klassencharakter, seine Funktion als im wesentlichen »kapitalistische Maschine« (Engels), als Instrument des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen. Die SPD betrachtete den Staat als neutrales, gestaltungsfähiges Gebilde, mit dem sie ohne Bruch mit dem kapitalistischen System die Gesellschaft Stück für Stück im Interesse der arbeitenden Menschen reformieren könne. Gesellschaftliche Mobilisierung außerhalb des Parlaments, Aktionen des bewußt geführten Klassenkampfes kamen für die Partei nicht in Frage. Die Lage einer parlamentarischen Oppositionspartei ohne Durchsetzungschancen in wesentlichen Fragen muß viele Sozialdemokraten für außerparlamentarische Aktivitäten einnehmen. Die SPD braucht für die Durchsetzung gesellschaftsverändernder Zielsetzungen eine »Doppelstrategie«. — An erster Stelle sind — neben den Aktivitäten der Gewerkschaften — die Aktionen der Friedensbewegung für die SPD von Bedeutung. Hier muß die Partei ihre Rolle des mißtrauischen Beobachters aufgeben und zum aktiven Kraftzentrum dieser außerparlamentarischen Bewegung werden. Dabei muß die SPD der Versuchung widerstehen, das gesellschaftliche Potential der außerparlamentarischen Bewegungen durch vordergründige Integrationsmanöver für sich instrumentalisieren zu wollen. Das Mißtrauen gegenüber Sozialdemokraten, die einst die Friedensbewegung des »Dolchstoßes« gegen ihre Regierung bezichtigten, ist dazu zu groß. Was gefragt ist, ist solidarische Integration der Massenpartei SPD in die Massenbewegung für Frieden und Abrüstung *ohne* Ausgrenzungs- und Spaltungsversuche.

13. Die Zeit drängt

In der Bundesrepublik und weltweit finden Entwicklungsprozesse mit rasanter Geschwindigkeit statt. Die monatlichen Steigerungsraten der Arbeitslosigkeit, die rapide Verelendung wachsender Bevölkerungsteile, die Eskalation internationaler Spannungen zwischen den Weltmächten, die offene Umweltzerstörung und der schnelle Marsch in den Überwachungsstaat müssen der SPD signalisieren: sie darf in den kommenden Jahren ihre Chance nicht vergeben, Mehrheiten für gesellschaftliche Veränderungen zu erkämpfen. Die Zeit für die Durchsetzung sozialistischer Problemlösungskonzepte drängt.

Die Dynamik der kapitalistischen Krise und ihrer politischen Auswirkungen zwingt die SPD zu scharfen inhaltlichen Korrekturen. Die »Beweglichkeit eines Tankers« langt dafür nicht aus. Entweder die SPD nutzt die Krise für das massenwirksame Propagieren der »Alternative Sozialismus« oder die gesellschaftliche Zustimmung für die autoritären Krisenlösungen der Rechten wird die Partei in eine folgenschwere Minderheitenposition auf Dauer drängen. Entweder die SPD erkennt jetzt ihre immer noch vorhandene gesellschaftliche Macht der Orientierung breiter Kreise der Bevölkerung, insbesondere der Lohnabhängigen, oder sie wird später ihre Ohnmacht gegenüber der Brutalität des Kapitalismus in der Sicherung seiner Macht bitter zu spüren bekommen.

14. Die »roten« Hochburgen müssen erfolgreich und wegweisend sein

Die Arbeit von Sozialdemokraten in Kommunen, Städten und Ländern muß vorbildhaft für die Politik der Sozialdemokratie insgesamt sein. Dort müssen — in Kontrast zum CDU-Staat — im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten. Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau, für Chancengleichheit in der Bildung, im Wohnungsbau, in der Stadtentwicklung, im Umweltschutz, in der Sicherung der Freiheitsrechte vorgewiesen werden. Für die Arbeit »vor Ort« besteht also eine gesteigerte Verantwortung der Parteilinken wie der Gesamtpartei. Dort muß vorgedacht und vorgeführt werden, wie es »anders«, sozialdemokratisch geht.

15. Marxisten führen die Grundsatzdiskussion um den Kurs der SPD

Noch nie war es so zwingend für die Gesamtpartei, eine Debatte um die Orientierung, die langfristige Kursbestimmung der Sozialdemokratie zu führen. Estmals seit 1945 hat die SPD Regierungsverantwortung im Bund verloren. Dies macht analytische Aufarbeitungen und strategische Folgerungen unausweichlich. Dafür werden Marxisten in der SPD gebraucht. Die Rechte in der SPD ist gescheitert. Die Linke muß jetzt die Chance für eine grundsätzliche ideologische Auseinandersetzung als Voraussetzung für eine Veränderung der innerparteilichen Mehrheiten nutzen. Dabei müssen Erfahrungen und Erfolge sozialistischer Parteien in Westeuropa ebenso einbezogen werden, wie Lehren aus der Geschichte der eigene Partei. Die SPD hat nur mit sozialistischen Positionen eine Zukunft. Bei bald drei Millionen Arbeitslosen muß die Forderung nach einer demokratisch geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft auf die Tagesordnung der politischen Auseinandersetzung gesetzt werden. 100 Jahre nach dem Tod von Karl Marx muß sich die gesamte Sozialdemokratie seiner Lehre erinnern. Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden.

Michael Häupl und Peter Pelinka

Das Ende einer Ära

Österreich nach den Nationalratswahlen vom 25. April

Sie hat also doch zu einer weitgehenden Verschiebung der politischen Landschaft Österreichs geführt, diese Nationalratswahl vom 14. April 1983. Das Ende der Ära Kreisky ist früher gekommen als erwartet. Nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung wird gegen den Widerstand der linken Kräfte in der SPÖ voraussichtlich eine kleine Koalition SP/FP regieren. Dennoch haben die SPÖ-Linken inmitten des sonst auch bei ihnen vorherrschenden Stimmungstiefs Anlaß zur Freude: »Ihr« Kandidat, der Obmann der Sozialistischen Jugend, Josef Cap, schaffte in einem in der Geschichte österreichischer Wahlen einmaligen Vorgang mittels eines sensationellen Ergebnisses bei der Vorzugsstimmenaktion (62000 in seinem Wahlkreis in Wien) den direkten Sprung auf den Parlamentssitz. Mit einem eigenen linkssozialistischen Wahlkampf.

Was waren die Gründe für den Verlust von mehr als drei Prozent der Stimmen und der absoluten Mehrheit, den die SPÖ hinnehmen mußte? — Da gab es einmal vor allem bei den »Kernschichten« der Partei großes Unbehagen über immer mehr bekannt werdende Fälle von Pfründenwirtschaft, Privilegien und Korruption. Der Kampf gegen die Verfillung von Politik und Geschäft war ja mit der »Hinaufsetzung« des Ex-Finanzministers Androsch durch Kreisky keineswegs gewonnen, im Gegenteil: Weil man eine Symbolfigur losgeworden war — zumindest vorläufig — machten auch die Kräfte im Zentrum der Parteispitze die Augen danach um so kräftiger zu. Der letzte Vorstoß von Kreisky (sein Programm zur Beendigung der Doppelbezüge von Politikern im öffentlichen Dienst, zur Reduzierung der Politikerpensionen etc.) kam zu spät. Inzwischen war bekannt geworden, daß scheidende Minister jetzt zwei Millionen als Abfindung erhalten, daß nicht nur Politiker, sondern vor allem auch Manager im öffentlichen Bereich (verstaatlichte Banken, Elektrizitätswirtschaft) unglaubliche Summen verdienen. Dabei war auffallend, daß nicht die ganz großen, kaum vorstellbaren Bezüge, sondern vor allem »kleine« Privilegien ungeheuer böses Blut machen. Die 70000 Schilling für den Sonderflug von Außenminister Pahr zu einem Begräbnis nach Saudi-Arabien, der verbilligte Strombezug für einen millionenschweren Landeshauptmann — das kostete direkt Stimmen. Die Verluste gingen dabei weniger an die — in den sozialpartnerschaftlichen Verbändestaat völlig eingebundene — Volkspartei (ÖVP, die es auf Bundesländerebene weit schlimmer treibt), sondern vielmehr an das diesmal besonders breit aufgefächerte Potential von Protestwählerparteien (die bestenfalls rechtsliberale FPÖ, die braun-grünen »Vereinten Grünen«-VGÖ und die noch am ehesten mit den deutschen Grünen vergleichbare Alternative Liste-ALÖ).

Auch war die These von der sozialdemokratischen Vollbeschäftigungspolitik mittels »austrokeynesianischer« Lenkungsmechanismen in Frage gestellt. Die Arbeitslosenrate pendelte zwischen vier und fünf Prozent, in Randregionen bis zehn Prozent. Obwohl Österreich durch den hohen Anteil der Verstaatlichten Industrie, durch die einheitliche Politik der SP-Alleinregierung und die generell schwächere Position des Privatkapitals besser dasteht als vergleichbare kapitalistische Industrienationen — der Mythos vom »Modell Österreich« war angekratzt. In städtischen Ballungsräumen und in Krisenregionen hat die SPÖ stärker verloren als sonst — und hier auch direkt an die ÖVP. Die Verluste im ländlichen Bereich bewegten sich um zwei Prozent, in den Mittel- und Großstädten um

vier Prozent. Das zur Aufrechterhaltung der Finanzierbarkeit dieses »Modells Österreich« nach dem Jahreswechsel verkündete beabsichtigte Steuerpaket — Einführung der Quellensteuer (Zinsertragssteuer) und stärkere Besteuerung des 13. und 14. Gehalts war der Anlaß für eine von mehreren wirksamen Parolen der Opposition. Hier war von einer einheitlichen und wirksam vorbereiteten SP-Politik wenig zu merken. Erst nachdem die auf-lagenstarke »Krone« direkt gegen das Steuerpaket zu trommeln begann, legten Kreisky und Finanzminister Salcher doch eine Grenze fest, bis zu der die stärkere Besteuerung nicht gelten sollte. Zu spät, zu uneinheitlich, dazu noch die Quellensteuer zu unerklärt. Schließlich wurde auch der Agitation gegen den Bau des UNO-Konferenzentrums in Wien nur ungenügend begegnet. Dieser von kleinbürgerlichen bis fremdenfeindlichen Parolen geprägten Kampagne — vermischt mit nach den diversen Korruptionsfällen bei Großprojekten dieser Art verständlichen Skepsis — kann man eben nicht einfach mit dem Wegwischen der 1,3 Millionen Unterschriften eines oppositionellen Volksbegehrens antworten. Noch dazu, wo besonders ausgeprägte Bundesländervorbehalte gegen den »Wasserkopf Wien« mitspielen.

Und »natürlich« verlor die SPÖ auch kräftig nach »grün«. Unbewußte in die Arme der VGÖ, bewußtere junge und/oder kritische Elemente an die ALÖ. Jeder zehnte Österreicher unter 30 hat eine der beiden Gruppen gewählt. Und die ÖVP hat ihre »grünen« Randschichten mit einer halbwegs klaren Opposition gegen das AKW Zwentendorf und ihrer grünen »Leimrute« Busek, dem Wiener Vizebürgermeister, besser gehalten als die SPÖ, die Monate davor noch gegen die »Rot-grüne Plattform« von Cap und Co. wegen »Fraktionierung« vorging und ihr »grünes Aushängeschild, Umweltschutzminister Steyrer, mit beschämend wenig Kompetenzen und Finanzen darben läßt.

Natürlich sind das alles nur die taktisch-tagespolitischen, direkt im Wahlkampf sichtbaren Gründe. Dahinter stecken Punkte, die die Parteilinke nicht erst seit gestern an der SPÖ kritisiert. Mit einer Politik sozialpartnerschaftlicher Befriedung und einer auch von der Gewerkschaftsspitze betriebenen Entideologisierung der Arbeiterbewegung (»1982 wurde nur 2 Sekunden pro Arbeitnehmer gestreikt«, Jubelmeldung des ÖGB) kann man nicht erwarten, daß auch nur rudimentäres Klassenbewußtsein »überlebt«. Solcherart entpolitisierte Arbeiter und Angestellte fallen eben leichter auf demagogische Oppositionsparolen herein, wenn die eine klassisch sozialdemokratisch-reformistische Politik begünstigende Aufschwungphase nachläßt und Österreich stärker in den Sog der Weltwirtschaftskrise gerät. Dazu kommt, daß SPÖ und Gewerkschaften kaum Ansätze zur Brechung der bürgerlichen Hegemonie entwickelten, im Gegenteil: In der Medienpolitik, in der Kulturpolitik, im »Alltagsverhalten« kaum Ansätze zur Herausbildung einer alternativen Hegemonie, sondern — meist schlechtes — Nachahmen politisch gegnerischer Vorbilder (letztes Beispiel war die SPÖ-Wahlkampfzeitung »Blatt am Sonntag« (BAS), eine schlechte Kopie der Kronen-Zeitung).

Die Ära Kreisky hat der SPÖ viel Erfolge gebracht. Die überragende Stellung und die Faszination der aus der klassischen Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit kommenden Leitfigur Kreisky hat aber auch zum Aussterben parteiinterner Diskussions- und Kritikfähigkeit geführt. Solange Kreisky seine Politik über Medien und Wahlerfolge erfolgreich »verkaufen« konnte, herrschte in der SPÖ weitgehend »Friedhofsruhe«. Nun werden die Widersprüche verstärkt aufbrechen, wobei zu hoffen ist, daß die nötige Fähigkeit zur wirklichen innerparteilichen Demokratie wieder erlernt werden kann. Eine Partei, deren Vorstand über eine solche Wahlniederlage nur 45 Minuten diskutiert und dann binnen einer Woche eine Weichenstellung in Richtung »Koalition« durchzieht, gibt noch wenig

Anlaß zu übertriebenen Erwartungen. Sehr viel spricht dafür, daß die Parteilinke nun genau in dieser Phase weit mehr Einfluß erhalten wird als bisher. Die zehn Prozent der Vorzugsstimmen, die Josef Cap in Wien von den SP-Wählern erhalten hat, waren nicht alles bewußte Stimmen gegen das AKW Zwentendorf, für den Linzer Appell der österreichischen Friedensbewegung, für die 35-Stunden-Woche oder für den Dialog mit den neuen sozialen Bewegungen. Sie waren in erster Linie eine Unterstützung für das bewußte Aufstehen gegen Verbürokratisierung und Privilegien in der Partei, für mehr innerparteiliche Demokratie und einen grundlegenden inhaltlichen und formalen Erneuerungsprozeß. Genau daran kann eine Strategie der Parteilinken unter den nunmehr veränderten Rahmenbedingungen anknüpfen. Auszugehen ist davon, daß ein nicht unerheblicher Teil der jungen Menschen »grün« wählte, daß 62000 sozialistische Wähler in Wien Josef Cap ihre Vorzugsstimme gegeben haben und daß insbesondere in den Industriegebieten die SPÖ überdurchschnittlich viel (zumeist direkt an die ÖVP) verloren hat. Die »Rot-Grüne Politik«, mit der die Jungsozialisten und Josef Cap ihren eigenständigen Wahlkampfbeitrag bestritten haben, wird noch konkreter und durchsetzbarer gemacht werden müssen. »Rot-Grün« ist zu einem inhaltlichen Symbol eines Politikvorschlags geworden, der wirtschaftspolitische Maßnahmen (35-Stunden-Woche, Jugendbeschäftigungsgesetz, Investitionslenkung u.ä.m.) verbindet und diese Elemente nicht vereinzelt, sondern als Gesamtprojekt betrachtet. Die Verbindung der Proteststimmen für Cap mit den für eine Erneuerung der Partei und ihrer Politik notwendigen inhaltlichen Positionen bietet nun in der Tat eine größere Chance für die Verankerung linker Politik in der SPÖ.

Dieser Veränderungsperspektive steht allerdings die voraussehbare Koalition mit der FPÖ gegenüber. Die FPÖ ähnelt mehr der Genscher-FDP als einer tatsächlich liberalen Partei. Sie vertritt im wesentlichen die ökonomischen Interessen eines kleinen Teils der Mittel- und Kleinunternehmer sowie des mittleren Wirtschaftsmanagements, und sie rekrutierte einen nicht unerheblichen Teil ihrer Wählerschaft aus dem nach wie vor in Österreich existierenden deutschnationalen Potential. Das Verhältnis ihres rechten Parteiflügels — zu dem eine Reihe ihrer Spitzenfunktionäre zählen — zu rechtsextremistischen Kreisen ist zumindest ungeklärt. Ihre Mehrheitsauffassungen zu den sensiblen Fragen der Justiz-, Schul- und Bildungspolitik sind ebenso reaktionär wie ihre Haltung in den Bereichen »Innere Sicherheit« oder »Verteidigung«. Zu Recht meinen auch einige bürgerliche Medien in Österreich, daß die FPÖ der ÖVP programmatisch weitaus näher steht als der SPÖ. Die Parteilinke tritt daher — trotz einer selbstverständlichen politischen Ablehnung einer »Bürgerblockregierung« gegen die Koalition der SPÖ mit einer bürgerlichen Partei ein. So bitter ein Gang in die Opposition wäre, der Ausgangspunkt für die Wiedererringung der absoluten Mehrheit einer erneuerten SPÖ ist heute sicherlich besser als im Fall einer Regierungskoalition nach einer absehbaren politischen Entwicklung in vier Jahren, für die die SPD spätestens seit 1980 ein warnendes Beispiel gab. Dennoch: Politisches Faktum wird diese SP-FP-Koalition in den nächsten Tagen sein, die Linke (auch die außerhalb der SP) wird vor diesem Hintergrund ihre Politik weiterzuentwickeln haben.

Ohne Ergebnisse der Konferenz der Parteilinken am 7./8. Mai vorwegnehmen zu wollen, stellen sich für diese Politik die Aufgaben, zu einer effizienten und einheitlichen Trägerfunktion zu gelangen (politische Weiterentwicklung der sozialistischen Jugendorganisationen und der Organisationen der kritischen SP-Linken, Ausbau des innerparteilichen Netzwerkes u.ä.), die durchaus existierende Glaubwürdigkeit dieses politischen Veränderungsprojekts zu erhalten sowie die Bündnisfähigkeit und -möglichkeit sowohl in der Partei als auch gegenüber den neuen sozialen Strömungen auszubauen. Die SPÖ steht am

Scheideweg. Entschließt sie sich zu einer Politik des Ignorierens der Bedürfnisse, Vorstellungen und Forderungen der Friedens-, Ökologie-, Alternativ- und Frauenbewegung, so wird sie weiterhin Wähler an die sich politisch erst entwickelnde Alternative Liste verlieren. Entschließt sie sich, den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FPÖ zu folgen, was unter den absehbaren Koalitionen nicht völlig ausgeschlossen erscheint, so wird sie ihre Glaubwürdigkeit im Bereich der Arbeitsplatzsicherung einbüßen und damit Stimmen aus der Arbeiterklasse abgeben. Die Attraktivität des »Linkssozialistischen Projekts« besteht auch vor diesem Hintergrund in einem Politikvorschlag, der sowohl die Sicherung der materiellen Existenz als auch die neuen Bedürfnisse vereint. Sollten sich wesentliche Teile der Partei auch nur in Ansätzen dieser neuen Politik anschließen, kann der Regierungskoalition ein baldiges Ende vorhergesagt werden; sollten die Einflußmöglichkeiten der Linken in der Partei eingeschränkt werden, wie der Parteiohmann der FPÖ von der SPÖ bereits gefordert hat, so wird dies zu mehr als zu Schwierigkeiten für die SPÖ führen.

SOVEC - Politische Bücher:



Zwischen Familie und Parlament
Politische Arbeit kann nicht geschlechtsneutral gesehen werden, da weit mehr Widerstände überwunden werden müssen, wenn Frauen ihre Vorstellungen versuchen politisch durchzusetzen: Anhand von Zeitungen, Protokollen, Geschäftsberichten, unvollständigen, mehr zufällig gefundenen Aktenbeständen, Resten von Aufzeichnungen und Fotos wurde mit Hilfe von Interviews ("Oral History") die sozialdemokratische Frauenpolitik der 20er Jahre an der Basis rekonstruiert.
140 Seiten DM 19,80



Jungsozialisten in der Weimarer Republik
Zwischen sozialistischer Lebensform und revolutionärer Kaderpolitik. Die politische Geschichte der Jungsozialisten von der Novemberrevolution bis zur Auflösung ihrer Organisation 1931.
170 Seiten
DM 12,80

Jede Bestellung zuzüglich 2,- DM für Porto und Verpackung.

Bestellungen und weitere Information bei:



SOVEC-Versand
Auf dem Lohberge 23
3400 Göttingen

Archiv

Otto Bauer

Schaffen die Kriegsschiffe Arbeitsgelegenheit?

Die Erbauung der Kriegsschiffe kostet viel Arbeit. Die Schiffe werden in Triest gebaut. Die Panzerplatten werden in Witkowitz hergestellt. Das Schiffseisen wird in Steiermark erzeugt. Die Schiffskanonen werden in Pilsen produziert. Bei all dem sind Arbeiter zahlreich beschäftigt. Ist das nicht nützlich? Wo fänden die Arbeiter sonst Arbeit?

Wir geben zu, daß bei der Erbauung der Schiffe, bei der Herstellung der Schiffsbestandteile sehr viele Arbeiter Beschäftigung finden. Aber wir behaupten, daß die Schiffsbauten trotzdem der Arbeiterklasse nicht nützen. (...)

Der Staat bekommt die Dreadnoughts nicht geschenkt. Er muß sie zahlen. Und wenn er 312 Millionen für Kriegsschiffe zahlen muß, muß er natürlich an anderen Dingen sparen. Er spart zum Beispiel an den Eisenbahnen. Jedermann weiß, daß die Fabriken, welche Eisenbahnwaggons und Lokomotiven erzeugen, daß die Schienenwalzwerke heute weniger Arbeiter beschäftigen als vor drei und vier Jahren. Warum? Weil die Verwaltung der Staatsbahnen wenig Eisenbahnwagen, wenig Lokomotiven, wenig Eisenbahnschienen bestellt. Der Staat muß ja sparen, um das Geld für die Kriegsschiffe aufzubringen. In den Kanonenfabriken werden freilich mehr Arbeiter beschäftigt als früher. Dafür aber werden in den Waggonfabriken, in den Schienenwalzwerken weniger Arbeiter beschäftigt. Ist das *volkswirtschaftlich nützlich*?

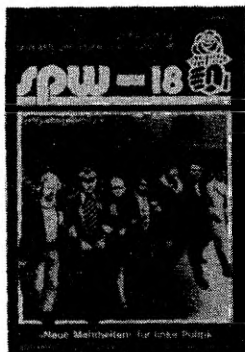
Der Finanzminister hat vor Jahren dem Abgeordnetenhaus vorgeschlagen, die Hauszinssteuer herabzusetzen. Das wäre eine sehr nützliche Maßregel. Denn die furchtbar hohe Hauszinssteuer behindert die Bautätigkeit. Wenn die Hauszinssteuer ermäßigt würde, dann würden viel mehr neue Häuser gebaut als jetzt. Bei der Erbauung der neuen Häuser fänden viele Bauarbeiter Beschäftigung. Als aber die Dreadnoughts bewilligt wurden, erklärte der Finanzminister am 8. März 1911 — sechs Tage nachdem in Budapest über die Kriegsschiffe abgestimmt wurde —, die Regierung müsse ihren Vorschlag zurückziehen, der Staat könne auf die hohen Erträge der Hauszinssteuer nicht verzichten. Wenn man 312 Millionen Kronen für Kriegsschiffe ausgibt, hat man eben kein Geld, die drückende Hauszinssteuer zu ermäßigen. Was ist die Folge? Es wird wenig gebaut, die Wohnungen werden immer teurer und Tausende österreichischer Bauarbeiter müssen nach Deutschland arbeiten gehen, weil sie in Österreich keine Arbeit finden. Es werden mehr Arbeiter bei der Erzeugung von Panzerplatten, dafür aber weniger Arbeiter bei der Erbauung von Wohnungen beschäftigt! Das ist der *volkswirtschaftliche Nutzen* der Dreadnoughts!

Aber bei aller Sparsamkeit wird der Staat doch nicht 312 Millionen ersparen können. Wir haben heute schon ein Defizit, und das Defizit wird natürlich immer größer, wenn die Ausgaben für den Militarismus so schnell wachsen. Der Staat wird daher die Steuern erhöhen müssen, um das Defizit zu decken. Was wird die Folge sein? Wenn der Arbeiter mehr Steuern zahlen muß, kann er weniger für Kleider, Wäsche, Schuhe, Bücher ausgeben. Das wird den Industriezweigen, die diese Waren erzeugen, bald fühlbar werden: Sie werden weniger Arbeiter beschäftigen können, weil sie weniger Absatz haben. Es werden mehr Arbeiter bei der Erzeugung von Mordwerkzeugen, dafür aber weniger Arbeiter bei der Erzeugung von Kleidern, Wäsche, Schuhen, Büchern beschäftigt werden! Das ist der *volkswirtschaftliche Nutzen* der Dreadnoughts.

Es ist also einfach nicht wahr, daß die Dreadnoughts den Arbeitern nützen. Das Gegenteil ist wahr! Weil der Staat so viel Geld für den Militarismus ausgibt, fehlt ihm zum Notwendigsten das Geld. Der Staat kann die drückendsten Steuern nicht ermäßigen, er wird neue drückende Steuern einführen, er muß an Schulen, Spitälern, an Eisenbahnen, an den Gehältern seiner Beamten und an den Löhnen seiner Arbeiter sparen, er hat kein Geld für die Altersversicherung — all das, weil so viel Geld für den Militarismus vergeudet wird!

Auszug aus: »Großkapital und Militarismus. Wem nützen die neuen Kriegsschiffe?« (1911); zitiert nach O. Bauer: Werkausgabe. Bd. 1, Wien 1975, 788-790.

Zeitschrift spw



Die Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft wird herausgegeben von linken Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik und Österreich: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf.

spw erscheint vierteljährlich als Themenheft. Sie finden ferner aktuelle Kommentare, Analysen und Berichte, Besprechungen und Dokumentationen. Jahresumfang 1983: 500 Seiten. Jahresabo 4 Hefte: 32,— DM.

spw 18 diskutiert aktuelle Strategieprobleme der Linken: Mit welchen Zielen und Bündnissen kann die Linke eine »neue Mehrheit« bilden? — Beiträge aus der Sicht von SPD-Linken, Grünen, DKP, Frauenbewegung und marxistischen Sozialdemokraten.

Einzelpreise (zuzüglich Versand): spw 14ff.: 9,80 DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen
Politik in Westeuropa

Wolfgang Abendroth
Detlev Albers
Thilo Andriessen
J. Antonio Barba Fidalgo
André G. Cap
Jean Pierre F. Courvoisier
Kurt G. Geyer
Gösta Gullberg
Gösta Gustafsson
Frago Haug
Wolfgang F. Haug
Josef Hindels
Heinrich Lienker
Werner Loewe
Klaus Peter Kisker
Klaus Thüsing
Klaus-Peter Wolf

spw

Kriegsgefahr, kapitalistische Krise, ökologische Zerstörung und eine veränderte Politik der Rechten erfordern die Neuformulierung des sozialistischen Projekts für die westeuropäischen Länder. Wo sind schon heute die Elemente einer Kultur der Veränderung und einer Vergesellschaftung von Macht? Was sind die Aufgaben eines erneuerten Marxismus angesichts der Frauenbewegung? Sozialdemokraten aus Großbritannien, Frankreich, Schweden, Österreich und der BRD diskutieren mit linken Gewerkschaftern, marxistischen Theoretikern und Eurokommunisten den Krisenzusammenhang von Kapital und Sozialstaat sowie die gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten in den sozialen Bewegungen.

Abendroth, Albers, Bondoux, Buci-Glucksmann, Cap, Coates, F. Haug, W.F. Haug, Hindels, Ingrao, Ohlsson, Trentin, Vikström u.a.

ISBN 3-922489-03-6

158 Seiten, br., 21,50 DM (zzgl. Versand)

Bestellungen an: spw-Vertrieb, Libellenstr. 6a, D-1000 Berlin 38

spw-Taschenbücher

Berichte

Gabriele Lükér

»Frauenalltag und Frauenbewegung in Frankfurt 1890-1980« Historische Dokumentation des 20. Jahrhunderts

Im Historischen Museum in Frankfurt ist bis Anfang 1984 eine Ausstellung dem Thema »Frauenalltag und Frauenbewegung« gewidmet. Hiermit wird ein Stück nicht nur Frankfurter »Frauengeschichte« geschrieben. Die dargestellte, spezifisch weibliche historische Erfahrung, ergänzt und kommentiert durch die subjektiven Erinnerungen von Frauen, die in der entsprechenden Zeit in Frankfurt gelebt haben, gelten exemplarisch für die Geschichte dieser Epoche. Geschichten, die Urgroßmütter, Großmütter und Mütter ihren Kindern erzählen, werden Realität und können nachempfunden werden.

Die Ausstellung ist in fünf abgeschlossene Abteilungen gegliedert: I. Frauenleben im Kaiserreich 1890-1918; II. Die »Revolutionierung« der Frau in der Weimarer Republik 1918-1933; III. Frauen zwischen Widerstand und Anpassung 1933-1945; IV. Frauen in Nachkriegszeit und Wirtschaftswunder 1945-1960 und V. Autonome Frauenbewegung 1968-1980.

Die als Tonbildschau aufgezeichneten persönlichen Berichte von 16 Frauen sind in die Abteilungen integriert. Die ausgestellten Objekte dokumentieren sehr anschaulich den Lebens- und Arbeitszusammenhang von Frauen in den ersten vier Zeitabschnitten. Die Wiederholung der Themenkreise Liebe, Schönheit, Erziehung, Häuslichkeit, Beruf, Freizeit und Frauenbewegung machen den Zusammenhang der weiblichen Kultur- und Emanzipationsgeschichte mit der gesamtpolitischen Entwicklung deutlich. Aktuelle Themen wie z.B. §218, Lohndiskriminierung, Kampf um Chancengleichheit und politische Mandate, Reduzierung der Frau auf ihre »natürliche, weibliche Rolle«, mit denen sich heute Frauen in Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und autonomen Gruppen auseinandersetzen, bekommen hier historischen Hintergrund. Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, Fotos, Möbel, Kleidung spiegeln das Umfeld von Frauen unterschiedlicher Generationen und sozialer Schichten wider.

Die Kombination Objekt — Bild — Text bietet eine Informationsfülle, die bei einem einfachen Rundgang nicht aufgenommen werden kann. Dennoch bietet die Ausstellung die Möglichkeit, unabhängig von Erwartung und Intention, die Kultur- und Emanzipationsgeschichte von Frauen anhand einzelner Themenschwerpunkte nachzuvollziehen. Die als Einführung gedachte Tafel mit historischen Eckdaten und charakteristischen Fotografien der jeweiligen Epoche, die als »eigentliche« Geschichte verstanden werden, beweist den Einfluß der politischen und ökonomischen Entwicklung auf die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen. Das jeweils propagierte Frauenleitbild wechselt, je nach Arbeitsmarktlage, zwischen »fraulich-selbstbewußt« und »weiblich-häuslich«. Unterstützt durch Familien- und Sozialpolitik wird der Frau entweder Arbeit im Produktions- und Reproduktionsbereich zugewiesen, oder sie hat mit »sanfter Macht« die »Familienpflichten« zu übernehmen.

Die Verlagerung gesellschaftlicher Aufgaben und die Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsleben, unterstützt durch die Ideologie der »neuen Mütterlichkeit« ist also für uns Frauen nichts Neues. Diese Strategie wird in Zeiten wirtschaftlicher Rezession aus der

Mottenkiste hervorgeholt und den Frauen als Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf verkauft. Auffallend ist, daß die wenigsten Frauen, besonders der Unter- und Mittelschicht, dem Frauenidealbild entsprechen konnten. Propagierete »heile Welt« und tatsächlicher Lebenszusammenhang klaffen weit auseinander.

Schon früher hat es Frauen gegeben, die sich gegen Unterdrückung gewehrt haben, die sich nicht haben anpassen lassen, die für Rechte gekämpft und für ihre Ziele gelitten haben. Obwohl es den unterschiedlichen Frauenbewegungen gelungen ist, wichtige Erfolge zu erkämpfen, hat es seit 1890 keine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung Emanzipation gegeben. So ist es den Frauen der »alten Frauenbewegung« zwar gelungen, das Wahlrecht zu erkämpfen, aber die damit verknüpften Hoffnungen konnten in den Jahren nach 1918 nicht erfüllt werden. Die berechtigten Forderungen der Frauen fielen dem allgemeinen politischen Kampf in Parteien und Gewerkschaften zum Opfer. In der Zeit der Hitler-Diktatur mußte der »Frauenkampf« Widerstand gegen den Faschismus werden. Auch in der Nachkriegszeit gelang es nicht, genug Frauen zu mobilisieren, um den ins Grundgesetz aufgenommenen Gleichberechtigungsartikel zu realisieren. Wie von Frauen nicht anders erwartet, setzten sie ihre besonderen »weiblichen Fähigkeiten« ein, um ihre eigenen Ansprüche der Gemeinschaft zu opfern und handelten somit entgegenge-setzt zu ihren eigenen Interessen.

Die fortschrittlichen Frauen in Parteien und Gewerkschaften und die Frauen der autonomen Frauenbewegung, denen die fünfte, aktuelle Abteilung für Veröffentlichungen zur Verfügung steht, werden ihre ganze Kraft brauchen, um *gemeinsam* den konservativen Kräften entgetreten zu können. Berührungsängste, Vorbehalte und Mißtrauen dürfen kein Hindernis für gemeinsames Handeln werden.

Die Ausstellung im Historischen Museum hat mehr als ihre Aufgabe erfüllt, wenn es gelingt, in ihr einen Beitrag für den Kampf um Gleichberechtigung zu sehen.

Otto Thoenißen

Marxens Reflexionsniveau oder Krise des Marxismus als Krise der Wissenschaft

Über den Marx-Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 3. bis 4. Februar 1983

»Ob das alles Marxisten sind?« rätselte einer der Eingeladenen beim Anblick des geballten Professorenangebotens am 3.2. im Domizil der Friedrich-Ebert-Stiftung. Daß aber Marxismus und »Marx in unserer Zeit« auch »aus Anlaß des 100. Todestages von Karl Marx« (Einladungstext) nicht unbedingt dasselbe sind, wird er schon ein wenig später zur Kenntnis genommen haben. Schließlich galt es, den Bezug zum Demokratischen Sozialismus herzustellen, und da konnte das wesentliche Ergebnis nur heißen, daß Marx in unserer Zeit nichts verloren hat — es sei denn, er passe sich endlich dem an, was hier und jetzt auf der Tagesordnung steht. Und daß dies etwas ganz anderes ist als das, was im finsternen »19. Jahrhundert« dem Trierer zu schaffen machte, stand für einen Großteil der zusammenge-strömten sozialwissenschaftlichen Kompetenzträger eh fest. Eigentlich galt es nur noch, genau zu lokalisieren, wo dem Altmeister seine beklagenswerten Fehler unterlaufen seien. Hatte er die Dynamik des Kapitalismus unterschätzt? Den freien Menschen in ein mecha-

nistisches Konzept zwingen wollen? Blinden Glauben in die Technik propagiert? Oder war er ganz einfach nur »zwiespältig«? — Fragen über Fragen.

Bevor jedoch jeder seine eigenen Auslegungen von Marx vortragen durfte — von denen einige, laut Gajo Petrovic, zwar »ganz unmöglich« sind (aber was macht das schon, und außerdem sagte der alte Fuchs aus Zagreb ja auch nicht, welche das waren) —, waren schon zwei Referate fast undiskutiert vorübergegangen. Mit großer Konsequenz arbeitete zunächst *Enrique Tierno-Galvan* (PSOE), Professor und Oberbürgermeister von Madrid, das Problem der sozialistischen Parteien in Europa als Problem des verschwundenen revolutionären Subjekts heraus. Dem Proletariat, führte Tierno-Galvan aus, sei das Bewußtsein seiner Ausbeutung verlorengegangen: Arbeiter hätten sich in Arbeitnehmer verwandelt. Dies habe zur Folge gehabt, daß die revolutionäre Kraft, die Marx in der Solidarität der Unterdrückten vermutete, sich parallel mit steigenden Staatseingriffen zu dem heutigen Individualismus der »Mittelschicht« entwickelt habe. Vor dem Hintergrund der hier beheimateten Ablehnung von Sozialismus und Gemeinschaft stellte Tierno-Galvan die Frage, ob Revolution überhaupt noch möglich sei. Kann eine Gesellschaft, die auf nonkonformistische Einzelgänger ausgerichtet ist, die ihre Stellung mehr durch ihren Konsum als durch ihre Rolle im Produktionsprozeß definieren, kann eine solche Gesellschaft der verbürgerlichten Arbeiter noch für sozialistische Prinzipien gewonnen werden? — In Nordeuropa hätten die sozialistischen Parteien, stellte der Referent fest, praktisch die Antwort auf diese Frage geliefert, indem sie sich nämlich den Idealen eines kleinbürgerlichen Humanismus angepaßt hätten — ein Prozeß, der leider auch in Südeuropa im Gange sei. Angesichts dieser Situation sah Tierno-Galvan die einzige Chance, der Anpassung an die kapitalistische Ideologie zu entgegen, in der argumentativen Kraft, die dem Marxismus innewohne. Sie müsse wieder zu einem Messianismus werden, zu einer ethischen Überzeugung, die sich an Herz und Verstand wende. Damit trete man am wirkungsvollsten dem Pragmatismus entgegen, der »etwas Leeres und Überholtes, für geistig alte Leute« sei. Die Hoffnung, daß mit erreichtem Wohlstand auch die Bereitschaft zu Altruismus wachse, verbindet er schließlich mit dem Aufruf, der Korrumpierung der sozialistischen Ideale in den Parteien entgegenzutreten.

Dies bot nun in der Tat eine Reihe von Anknüpfungspunkten im Sinne der Themenstellung, von denen aber nur *Peter von Oertzen* mit der Aufforderung, die materielle Basis dieser Ethik zu benennen, eine aufgriff. Ob das aus Zeitgründen den Thesen Tierno-Galvans gleich angeschlossene Referat *Willy Brandts* die Schuld dafür trug? Wenn dem so sein sollte, dann scheinen einige Diskussionsteilnehmer die Bemerkung Brandts, Marx besitze heute nicht mehr die gleiche Aktualität wie 1968, etwas überinterpretiert zu haben. Auch die Vermutungen Brandts über die »innermarxistischen« Ursachen — Verkennung der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, der Rolle des Staates und der Technik — sind ja zugleich ein Eingeständnis der steigenden Relevanz der Marx'schen Kritik der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. So gesehen sind dann »geburtenstarke Jahrgänge, Automation und sinkende Binnennachfrage« keine neuen Probleme, sondern Symptome des alten und nur zu bekannten Problems. Das unterstreichen die »ökologischen« Passagen in Marx' Werk, deren es nicht bedurft hätte, um Marx vom Vorwurf blinden Fortschritts-glaubens zu reinigen.

Jedoch die milde Mahnung Brandts, den von Tierno-Galvan beständig gebrauchten Begriff »Revolution« doch lieber durch »Veränderung« zu ersetzen, schien als Startzeichen zur »Modernisierung« Marxens gedeutet worden zu sein. Als seien die Arbeiten der Budapester, der Frankfurter und vieler anderer »Schulen« nie erschienen, wurden nun die alten

Hüte gleich reihenweise aus der Mottenkiste der Marxrezeption gezogen. Marx habe die Diktatur des Proletariats gepredigt, die schrankenlose Entfesselung der Technik verherrlicht, unentwegte Klassenkämpfe vorgesehen, die Zerstörung des Individuums gewünscht oder den Kapitalismus »von selbst« vergehen sehen. Der schüchterne Einwand, dies seien doch wohl alles Ausflüsse von Zuständen, die durch die Entfremdung im Kapitalismus, der Marx ja gerade entgegengerat, bewirkt seien, ging in dem allgemein werdenden Bemühen die eigene Marxverbesserung anzubringen, schlicht und einfach unter. Waren die Andeutungen *Jiri Kostas*, die heutige Sozialdemokratie sei im Grunde auf dem von Marx gewiesenen Wege noch unter die Rubrik »Kuriositäten« abzulegen, so fuhr ein gewisser *Thilo Ramm* von der Fernuniversität Hagen mit der Behauptung, Marx habe ja seinen eigenen Entwurf allen anderen aufzwingen und sich selbst zum Herrscher machen wollen, derart schweres Geschütz auf, daß auch *Richard Löwenthal* ein lautes »Unsinn« nicht zurückhalten konnte. So hatte er sich die von ihm allzeit beklagte Unterwanderung der Hochschulen durch fachlich nicht qualifizierte Marxisten nun wohl doch nicht vorgestellt.

Nachdem das abendliche Hauptereignis mit Johannes Rau im Rheinhotel Dreesen (Dialogfetzen: »Haben hier nicht damals auch die ...« — »Ist ja auch ganz schön hier«) die Bedürfnisse derjenigen befriedigt hatte, die vor allem des gesellschaftlichen Ereignisses wegen ... Doch das führt hier zu weit. Tip an die Friedrich-Ebert-Stiftung: Wer am nächsten Tag noch einen vollen Saal haben will, sollte Prominenz und Bufett auch erst *dann* vorsehen.

Am nächsten Tag also hob *Schlomo Alvineri* aus Israel die Dimension der Freiheit im Werk von Marx hervor, indem er den Menschen anthropologisch als ein Wesen beschrieb, das nicht nur für sein Bedürfnis, sondern universell, frei produziert, und aus dieser Freiheit den Anspruch auf die gesellschaftlich-historische Verwirklichung der Freiheit ableiten kann. Dieser an den Frühschriften orientierten Beschreibung zentraler Grundlagen, die immerhin die Möglichkeit der Integration der ökonomischen Theorie andeutete, stellte der Berliner Funkkollegschreiber *Dietrich Böhler* eine interaktionsgeprägte Interpretation entgegen. Recht mysteriös schon der Einstieg, wo über eine sogenannte »Zivilisationskrise« spekuliert wurde. Was mag damit wohl gemeint sein? Jedenfalls sei die Lehre von Marx zu deren Behebung äußerst ungeeignet. (Kein Wunder, denn schließlich hat Marx ja auch nicht über dieselbe geschrieben.) Dieser habe nämlich die Demokratie weder verstanden noch berücksichtigt und sei überhaupt schon als junger Spund dadurch aufgefallen, daß er das »Hegelsche Reflexionsniveau unterboten« habe. Zudem habe er ja erkenntnistheoretisch eine Widerspiegelungstheorie vertreten und eben deshalb einem mechanistischen Geschichtsobjektivismus gehuldt. Da sei denn auch ganz klar gewesen, daß er der Praxis die materialistische Theorie zum Opfer gebracht habe. Das sehe man z.B. auch an den Feuerbach-Thesen (vgl. MEW 3, 5-7), wo er sich als materialistischer Objektivist entlarvt habe.

Daß hier ein Materialismus aufgespürt wurde, wo er selbst bei übelster Zitatklauberei nicht zu finden ist — schließlich schrieb Marx dort *gegen* einen Materialisten, nämlich Feuerbach, weshalb es auch unmißverständlich heißt, der anschauende (= abbildende) Materialismus vergesse, daß Erkenntnis eine *Tätigkeit* des menschlichen Bewußtseins sei (vgl. 1. These über Feuerbach) —, muß als ein besonderer Tiefpunkt des intellektuellen Niveaus herausgestellt werden, blieb aber leider vor Ort ungerügt. Löwenthals Bemerkung, daß Böhler anscheinend Marx vorwerfe, daß dieser nicht Böhler sei, und die Überlegung des Aachener Politologen *Kurt Lenk*, ob Marx nicht der »Deutschen Ideologie«, hätte er Böhler gekannt, ein Kapitel »Sankt Dietrich« angeschlossen hätte, erschien als an-

gemessene Antwort auf diese ostentative Verachtung der Wahrheit. — Böhler mag sich allerdings gedacht haben: »Wenn andere mit Hegel, Nietzsche, Thomas von Aquin, Kant im Vertrauen auf die Unüberprüfbarkeit von ad-hoc-Angaben um sich werfen, wie es sich kein Student erlauben dürfte, warum nicht auch ich.« Kein Wunder auch, daß einer der wenigen anwesenden Exemplare letzterer Spezies sinnierte: »Viel weiter als die bei uns im Seminar sind die auch nicht.« Ansätze, die von Peter von Oertzen ja bereits eingangs gestellte Frage nach der materiellen Basis für ein sozialistisches Bewußtsein heute, also nach Muße, Arbeitszeit, Ideologie und alternativen Bewegungen, zu beantworten, blieben eben bloß Ansätze. Der in der historischen Einordnung überraschend ausgewogene, aber in dem Mangel, die Gegenwart auch wieder als eine der Ideologisierung unterworfenen zu erkennen, auch wieder überraschend unzureichende Beitrag Löwenthals blieb genau wie die Ausführungen Petrovics dann auch im eigentlichen Sinne undiskutiert. Dialektisches Fazit: Wenn die sozialwissenschaftliche Gebundenheit an Oberflächenphänomene, an das öde statische Hier und Jetzt, nicht die Aktualität von Marx unterstreicht, was dann?

Christoph Butterwegge

Die Demokratischen Sozialisten — wie weiter?

Politik, Programmatik und Perspektiven der DS nach der Parteigründung

Am 20. März 1983 begingen die Demokratischen Sozialisten (DS) den Jahrestag ihrer Gründung, von der sich Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen, Hauptinitiatoren des Projekts einer linkssozialistischen Partei, entscheidende Impulse zur Stärkung der außerparlamentarischen Opposition versprochen. Im folgenden soll eine Zwischenbilanz gezogen, die Entwicklung des Projekts »DS« nachgezeichnet und versucht werden, seine Zukunftsaussichten im CDU-Staat der zweiten Restaurationsperiode des BRD-Kapitalismus zu umreißen.

Auf ihrem Münsteraner Bundeskongreß (27./28.11.1982) lösten die Demokratischen Sozialisten den ein halbes Jahr vorher in Gießen gefaßten Beschluß ein, sich als Partei zu konstituieren. In der Zwischenzeit hatten sich jedoch nicht nur die innerverbandlichen Kontroversen, Fraktionierungstendenzen und Flügelkämpfe verschärft, sondern auch die äußeren Kampfbedingungen verschlechtert. Die Bildung der Bürgerblockregierung am 1. Oktober 1982 bedeutete eine Verschiebung der Regierungsbasis nach rechts und erforderte eine Verbreiterung des Bündnisspektrums links, ohne daß die Wahldiskussion Bewegung ins Lager der Systemkritiker gebracht hätte. Die DS mußten nach dem Regierungswechsel, der ihnen den Nährboden mit der Politik des Kabinetts Schmidt/Genscher unzufriedener und von den Loyalitätszwängen der Kanzlerpartei frustrierter Sozialdemokraten entzog, Farbe bekennen: rot oder grün? Am 10. Oktober 1982 faßte ihr Bundes(koordinations)ausschuß einen Beschluß, der sie nach links abgrenzen und für die *Grünen* salonfähig machen sollte, als es um Bündnisverhandlungen im Hinblick auf vorgezogene Bundestagswahlen ging: »Mit der DKP wird kein Gespräch geführt.« Drei Wochen später unterbreitete die DS-Bundeskonferenz in Hannover den *Grünen* das Angebot, sich an einer »Offenen« Grünen Liste zu beteiligen. Obwohl ein Teil der Delegierten bereit war, um des Linsengerichts weniger Listenplätze bei den *Grünen* willen ihre Autonomie und Identität als sozialistische Organisation preiszugeben, mußten sich die DS von Ernst Hopflitschek

als »Subsystem der DKP« diffamieren lassen, bis sie begriffen, daß durch einen Kotau kein Wahlbündnis zustande kam. Um ein Gegengewicht im Sinne des »alternativen Linksblocks« führender DS-Theoretiker zu schaffen, war es mittlerweile zu spät. Den Versuch, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, bezahlte die Initiative Demokratischer Sozialisten mit einem Abbröckeln ihrer Basis (Mitgliederschwund), das die Parteigründung als Flucht nach vorn erscheinen läßt.

Die 350 Delegierten des Gründungsparteitages diskutierten über den Entwurf eines Aktionsprogramms, das die Recklinghauser Thesen als politische Minimalplattform der DS ablöst. In der Präambel heißt es über die Sozialdemokratie und ihre Rolle bei der Stabilisierung des westdeutschen Kapitalismus: »Die SPD hat gerade in den letzten Jahren deutlich gezeigt, wie eng sie selbst mit der heutigen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung der Bundesrepublik verflochten ist. Auch nach dem Ende der Schmidt-Ära wird die SPD keine politischen Positionen entwickeln, die ihre bisherige Regierungspolitik grundlegend in Frage stellen würden (Kernkraft, NATO-Aufrüstung, Sparpolitik).«¹ Herwart Achterberg, einer der vier gleichberechtigten Parteivorsitzenden, brachte diese Prognose der SPD-Entwicklung in seinem Einleitungsreferat auf die simple Formel: »Die SPD dient, egal ob sie an der Regierung oder in der Opposition ist, egal ob sie mal grad einen taktischen Schwenk, einen Zacken nach rechts oder links macht, dem Kapital.«²

Daß die SPD-Einschätzung undifferenziert und historisch wenig fundiert ausfiel, verwundert in Anbetracht der leidigen bzw. fehlenden Erfahrungen mit dieser Partei nicht. Aber wie die Kongreßdelegierten über den realen Sozialismus in Osteuropa urteilten, kann selbst der hierzulande herrschende Antisowjetismus/Antikommunismus nur bedingt erklären. Die UdSSR sei, so wurde festgestellt, von Demokratie und Sozialismus, wie sie die DS anstreben, »weiter denn je« entfernt.³ Als ob es Stalin und die unter seinem Regime begangenen Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit nie gegeben hätte! Logische Folge dieser Fehleinschätzung war ein Freibrief für systemoppositionelle, selbst vor dem Bürgerkrieg nicht zurückschreckende Kräfte: »Die Demokratischen Sozialisten unterstützen alle sozialistischen, demokratischen und gewerkschaftlichen Oppositionsbewegungen in Osteuropa und der SU.«⁴

Im Laufe der Beratung und Beschlußfassung über das Aktionsprogramm wuchsen sich die ideologischen Bauchschmerzen einzelner, der sozialdemokratischen bzw. Juso-Linken nahestehender Gruppierungen zum Magengeschwür aus, weil es linksektiererischen Kräften, Trotzlisten und (Ex-)Maoisten aus K-Gruppen, mehrfach gelang, ihre Formulierungsvorschläge durchzusetzen. Im Programmteil »Kampf für Frieden und Abrüstung« findet sich beispielsweise folgender Satz zum Entspannungsprozeß: »Die zentrale außenpolitische Leitlinie der SU ist die Politik der 'Friedlichen Koexistenz', mit deren Hilfe die jetzige sowjetische Bürokratie versucht, durch ein Arrangement mit dem Imperialismus den internationalen Status quo zu erhalten.«⁵ In Wirklichkeit gab es, nachdem sich die USA bei Abschluß von SALT I zum Grundsatz der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bekannt hatten, bedeutende Kräfteverschiebungen fast überall auf der Welt (Afrika, Asien und Mittelamerika). Der US-Imperialismus leckt seine Wunden, die ihm zur Zeit der Entspannungspolitik geschlagen worden waren, und Präsident Reagans Konfrontationskurs gegenüber den sozialistischen Ländern ist überhaupt nur zu verstehen als Reaktion auf die Niederlage im Vietnam-Krieg, den Sieg der Sandinistas in Nicaragua und die iranische Revolution. Was der DS-Bundeskongreß dazu beschloß, ist nicht nur fehlerhaft und gefährlich, sondern grober Unfug, die daraus abgeleiteten Forderungen (Streichung des Rüstungshaushalts und NATO-Austritt der

BRD statt Abrüstungsvereinbarungen zwischen den Militärblöcken) sind illusionär, isolieren die Demokratischen Sozialisten und fallen hinter den Diskussionsstand der Friedensbewegung zurück.

Genauso fragwürdig erscheint das Programmkapitel »Soziale Krise und Gegenwehr«, wo sich wiederum linkssektiererische Positionen behaupteten, ohne in sämtlichen Teilbereichen (Gewerkschaftsfragen) mehrheitsfähig zu sein. Die Mitbestimmung wird als Mechanismus zur »Bindung an die Kapitalseite« bezeichnet, ihr Ausbau abgelehnt.⁶ Weniger Zündstoff enthielten das Thema »Ökologie« und der Frauen-Programmteil. Die übrigen Abschnitte des Programmentwurfs (Demokratische Rechte, Dritte Welt) wurden ausgeklammert, weil keine Zeit für ihre Beratung blieb.

Nach der Verabschiedung eines (provisorischen) Statuts wurde die Gründung der Partei »Demokratische Sozialisten« vorgenommen. Bei der Wahl des Bundesvorstandes spiegelten sich die auf dem Kongreß herrschenden Mehrheitsverhältnisse wider. Die Parteispitze besteht aus dem Gespann Manfred Coppik/Karl-Heinz Hansen, das sich zwei Mitgliedern der Mehrheitsfraktion gegenüberstellt, und einem Schatzmeister, der nicht eindeutig festgelegt ist. Auch im erweiterten Parteivorstand fällt es den beiden früheren Bundestagsabgeordneten schwer, Entscheidungen zu Lasten der Linkssektierer herbeizuführen. Sie gehen also, wie die Demokratischen Sozialisten insgesamt, einer ungewissen Zukunft entgegen.

Nach der Parteigründung gab es an mehreren Orten Massenaustritte, z.B. in Bremen, Kassel und Marburg. In anderen Städten (Regensburg, Duisburg) existieren zwei DS-Gruppen, die miteinander konkurrieren. Die Katerstimmung des Münsteraner Bundeskongresses konnte nicht verhindern, daß sich Fraktionsauseinandersetzungen und Flügelkämpfe innerhalb der Partei zuspitzten. Derweil bemühte sich der Bundesvorstand um eine Konsolidierung, und die Parteinmehrheit rang sich zu Integrationsangeboten gegenüber der Minderheit durch, die jedoch wenig glaubwürdig wirkten. In einem verständlichen Kommentar zum Münsteraner Gründungsparteitag schrieb Herwart Achterberg: »Wenn versucht wird, spezifische ideologische und historische Positionen, die in der Linken seit Generationen Streitfälle sind, zur gemeinsamen Linie der DS zu machen, werden die DS auseinanderfallen, weil die jeweils 'Unterlegenen' dies nicht mittragen werden. Mit der ML-Devise 'Erst Klarheit, dann Einheit' lassen sich die DS nicht aufbauen, sondern nur zerstören.«⁷ Ein Programmparteitag, der am 1./2. Oktober 1983 stattfindet, soll das Münsteraner Aktionsprogramm, besonders dessen friedenspolitischen Teil, überarbeiten, ergänzen und dem Kampf für eine linkssozialistische Alternative neue Perspektiven eröffnen.

Die Bundestagswahl am 6. März 1983, bei der die Demokratischen Sozialisten nicht selbst kandidierten, sondern »Parteien und Personen links von der SPD« unterstützten⁸, hat ihren Handlungsspielraum weiter eingeschränkt. Als organisatorisches Auffangbecken für fortschrittliche, durch die Regierungspraxis ihrer Partei enttäuschte Sozialdemokraten sind die DS überflüssig geworden. Die *SPD-Führung* setzt ihre Politik der Integration systemkritischer Kräfte, begünstigt durch die größeren Möglichkeiten zur (verbalen) Konzession, in der Opposition fort, biedert sich bei der Friedensbewegung an und versucht, das außerparlamentarische Protestpotential zu kanalisieren. Auch die Bäume der *Grünen* wachsen nicht in den Himmel. Eine linke Wahlbewegung, welcher der Brückenschlag zur organisierten Arbeiterbewegung nicht gelingt, ist zur Erfolglosigkeit verdammt, selbst wenn sie vorübergehend Einbrüche in (klein)bürgerliche Wählerschichten erzielt. Unter den erschwerten Kampfbedingungen einer Rechtsregierung, die Demokraten und Sozialisten

sten an den Rand der Legalität drängt, diskriminiert und kriminalisiert, wie sie es seit der »Adenauer-Ära« nicht mehr waren, ist die Überlebenschance des Projekts »DS« minimal.

Coppik/Hansen hält das Prinzip Hoffnung bzw. die Liebe zu einem (mißratenen) Kind, das sie selbst zur Welt gebracht haben, in der Partei. Innerhalb der SPD hatten die Genannten eine breite Basis für ihre Forderungen zur Friedenssicherung durch (politische und militärische) Entspannung, ohne die Parteiführung in ihrem Sinne beeinflussen zu können; innerhalb der DS ist es genau umgekehrt: Hier gibt es dafür (noch?) keine Basis, aber Coppik und Hansen bilden die Parteiführung. Das Dilemma bleibt gleich: Linke Sozialdemokraten und Jungsozialisten, die sich dem Gründungsversuch in dem Glauben angeschlossen, eine Massenbasis für grundlegende Gesellschaftsveränderungen zu gewinnen, sind vom Regen in die Traufe gekommen. Eher gelingt es, Kaninchen und Kanarienvogel zu kreuzen, als die verschiedenen DS-Fraktionen unter einen Hut zu bringen. Ein Sammelsurium ultralinken Sekten (mit Coppik/Hansen als Feigenblatt) ergibt keine schlagkräftige Partei, sondern — eine Sekte!

Anmerkungen

- 1 Aktionsprogramm, in: Bundesbüro Demokratische Sozialisten (Hrsg.), Gründungsparteitag, 27./28.11.82 Münster-Hiltrup, Hannover o.J., 6.
- 2 Achterberg, Herwart, Soziale Krise und Gegenwehr, Auszüge aus dem Referat, gehalten auf dem DS-Gründungsparteitag am 27.11.82, in: Linker Extradienst 24/1982, 3.
- 3 Aktionsprogramm, a.a.O., 5.
- 4 Ebd., 8.
- 5 Ebd.
- 6 Siehe ebd., 21.
- 7 Achterberg, Herwart: Die Belastbarkeit des Bündnisses DS nicht länger austesten!, in: Linker Extradienst 24/1982, 6.
- 8 Vgl. Beschluß zu den vorgezogenen Bundestagswahlen, in: Bundesbüro Demokratische Sozialisten (Hrsg.), Gründungsparteitag, 27./28.11.82, a.a.O., 54.

Olaf Scholz

Bundeskongreß der Jungsozialisten am 26./27.3.83 in Oberhausen

Der diesjährige Juso-Bundeskongreß mit dem Motto »Gegen die NATO-Rüstung — Gemeinsam für Frieden und Arbeit« fand vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Auseinandersetzungen um die geplante Stationierung neuer atomarer US-Mittelstreckensysteme in Westeuropa statt. Auch eine Einschätzung der strategischen Konsequenzen der Ergebnisse der Bundestagswahl mußte geleistet werden.

In einer vom Kongreß beschlossenen Resolution, die im wesentlichen von den Bezirken des Hannoveraner Kreises erarbeitet worden war, heißt es:

»Das Wahlergebnis ist Ausdruck des Scheiterns des sozialpartnerschaftlichen Konzepts der SPD, wie es seit dem Godesberger Programm auch offizielles Parteikonzept ist. In der Regierungsverantwortung der letzten 13 Jahre hat sich die SPD im wesentlichen darauf bechränkt, wie es Matthöfer einmal ausdrückte, den kapitalistischen Staat zu verwalten. Nicht zuletzt hat sich in dem Wahlergebnis vom 6. März gezeigt, daß eine rechtssozialdemokratische Politik, wie sie in den vergangenen Jahren betrieben wurde, die rechte Demagogie erleichtert hat. Die von der Regierung Schmidt seit 1981 betriebene angebotsorientierte Politik und der mit den Haushaltsoperationen 82 und 83 verbundene Sozialabbau führte zu immer stärkerer Verwischung der Unterschiede zum Konzept der CDU/CSU. Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stand in völligem Gegensatz zu den Kerninteressen der eigenen Wählerbasis und der großen Mehrheit der Parteimitglieder.«

Im Mittelpunkt der Antragsberatung stand der vom Juso-Bundesvorstand vorgelegte Leit-antrag »Gegen die NATO-Rüstung«. In der Debatte entstand der Eindruck, daß für einige Jusos die Entwicklung umfangreicher sicherheitspolitischer Konzepte wichtiger ist als die Diskussion um die Verhinderung der Aufstellung neuer Raketen, die Analyse der konkreten Bedingungen des Kampfes und ein präziser, aktionsorientierter Politikentwurf. Oskar Lafontaine sagte in seiner Rede vor dem Kongreß: »Ich glaube nämlich, daß die Mehrheit der Bevölkerung sich, wie Meinungsforschungen uns klarmachen, gegen das Aufstellen neuer Atomraketen ... wendet, daß (aber) immer noch nicht klar ist, wie entscheidend die Situation in Europa sich verändern würde, wenn es zur Aufstellung dieser neuen Waffen in Europa kommt.« Dies muß von den Jungsozialisten in den Mittelpunkt ihrer friedenspolitischen Arbeit gestellt werden. Allzu schnell wurde von manchem angesichts der Rechtsregierung in Bonn verdrängt, daß die SPD die Raketenstationierungsbeschlüsse wesentlich selbst mit zu verantworten hat und bis heute nicht vom NATO-Doppelbeschluß abgerückt ist. Der Leitantrag des Bundesvorstandes stellte die Stationierung von Angriffs- und Erstschlagswaffen in der BRD in Zusammenhang mit der sich auf allen Ebenen äußernden aggressiven Variante imperialistischer US-Politik und leitete diese aus den vielfältigen »Krisenerscheinungen in den imperialistischen Zentren« ab. »Die härtere Gangart imperialistischer Politik dient nicht zuletzt außenwirtschaftlichen Interessen wie der Sicherung von billigen Rohstoffquellen, der Aufrechterhaltung des freien Welthandels, der Begrenzung des Vordringens antiimperialistischer Befreiungsbewegungen und einer bis an die Grenze des Totrüstens reichenden Eindämmung und Zurückdrängung des Einflusses der Sowjetunion in der Welt«. Genannt werden im Leitantrag auch die innerimperialistischen Interessengegensätze zwischen den USA, Westeuropa und Japan, die Ansätze zum Unterlaufen der US-Globalstrategie bieten. Die Verhandlungsangebote der Reagan-Administration für die Genfer Verhandlungen werden als »an Schlitzohrigkeit

kaum zu überbieten« gekennzeichnet, da sie »entweder wegen ihrer Unannehmbarkeit zum durchaus eingeplanten Scheitern der Verhandlungen oder — bei 'Erfolg' — zu einseitiger Abrüstung der Sowjetunion« führen. Im Gegensatz dazu werden Andropows Vorschläge als zu »tatsächlicher Abrüstung und zur Verringerung der Bedrohung der europäischen Völker« führend beurteilt. In dem Antrag werden die zentralen Aktivitäten der Jungsozialisten zur Verhinderung der Raketenstationierung im Jahre 1983 aufgeführt. Zu den wichtigsten zählen die Ostermärsche und die große Friedensdemonstration im Herbst.

Positiv bewerten die Jungsozialisten den Krefelder Appell und die Kampagne zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen in der BRD. Diskussionen wird es in Zukunft vor allem um konkrete Aktionsformen geben. Immerhin enthält der beschlossene Antrag im Hinblick auf die neuerdings diskutierten Blockaden an Stationierungsorten die Aussage, daß die Jungsozialisten nur gewaltfreie Aktionen unterstützen. Unklar ist jedoch geblieben, in welcher Form symbolische Blockaden unterstützt werden sollen. Derartige Aktionen können sicher auch einen positiven Beitrag zur politischen Verhinderung der Raketen leisten, sind jedoch dann gefährlich, wenn sie mit der Vorstellung durchgeführt werden, die Aufstellung von Raketen physisch verhindern zu können.

Der Versuch, detaillierte Aussagen in einem gesonderten Antrag zu beschließen, den der Bezirk Westliches Westfalen und die Bezirke des Hannoveraner Kreises unterstützen, scheiterte an einer Negativkoalition von solchen Jungsozialisten, die vor allem auf Blockaden orientieren und den Bezirken des Göttinger Kreises, die von Blockaden zwar überhaupt nichts halten, die vorgelegten detaillierten Aussagen aber für überflüssig halten. In dieser Antragsablehnung kommt einmal mehr das schon bei den Debatten um Aktionsprogramme auf früheren Bundeskongressen bekanntgewordene unpraktische Politikverständnis des Göttinger Kreises zum Ausdruck.

Der Kongreß beschloß einen vom Berliner Juso-Vorstand vorgelegten Oberhausener Appell, in dem es heißt:

»Für die Verhinderung der Stationierung ist eine klar ablehnende Haltung der SPD von zentraler Bedeutung. — Wenn die SPD jetzt ein klares und deutliches NEIN zur Stationierung sagt, wenn die SPD jetzt auf dieser Basis als Teil der Friedensbewegung den außerparlamentarischen Kampf aufnimmt, dann wird die Stationierung neuer US-Atomraketen in der BRD politisch undurchführbar. Deshalb muß die Partei jetzt ihre Position ändern. Es reicht nicht aus, die Stationierung überflüssig machen zu wollen und in letzter Konsequenz doch die Zustimmung zur Stationierung offenzuhalten. Die SPD muß sich jetzt grundsätzlich und aktiv gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen in der BRD stemmen.«

Der Leitantrag des Bundesvorstandes wurde schließlich mit großer Mehrheit verabschiedet und bietet eine breite — aber keineswegs verwässerte — inhaltliche Plattform für die politische Arbeit der Jungsozialisten.

Der Leitantrag, insbesondere seine Entstehungsgeschichte, zeigt auch, daß die Mehrheitsposition der Reformisten im Bundesvorstand nicht inhaltlich ausgewiesen ist. Auf Initiative des Hannoveraner Kreises erarbeiteten Göttinger und Hannoveraner Kreis den Antragsentwurf. Weder der Arbeitskreis Sicherheitspolitik auf Bundesebene noch reformistische Bezirke noch der Bundesvorsitzende Hartung selbst konnten in diesem zentralen Arbeitsfeld der Jungsozialisten eine inhaltliche Alternative anbieten.

Leserbrief

Ich kenne mittlerweile die Hefte 11 bis 18 der *spw* — zwar nicht vollständig, aber etwa 70 Prozent davon. Insgesamt gefällt mir die Zeitschrift sehr gut, und ich möchte auch nicht darauf verzichten. Dennoch einige Anmerkungen dazu, die allerdings nicht repräsentativ sein können, da ich ja der Sozialdemokratie nicht angehöre, jedoch meine Interessenlage widerspiegeln. Format und Layout passen. Die Kommentare könnten in Spalten geschrieben sein. Besonders gut gefällt mir die Hefenteilung. Das Artikelangebot ist breit gefächert und geht auch über die ewige Wiederholung von Frieden, Berufsverboten und Abrüstung weit hinaus. Besonders nervt mich das im Augenblick bei der MOZ ... Da werden in den meisten Heften gleich vier oder fünf Artikel zu den Grünen angeboten. (...) Das mag für Leute interessant sein, die nichts anderes zu tun haben. Für mich ist das Lesen einer politischen Zeitung Freizeitbeschäftigung. Ich kann auch nicht fünf Zeitschriften lesen ... Ich glaube, daß das vielen Lesern ähnlich geht. Die Artikel der *spw* sind in sich geschlossen. Ich hatte bisher nicht das Gefühl, daß ich nach einem Artikel noch zehn weitere lesen muß, um den Durchblick zu schieben. Die einzelnen Rubriken sind gut gewählt. Wichtig für mich ist das »Archiv«, »Leserbriefe«, »Berichte«.

Besonders gut gefallen haben mir die beiden Artikel zur »Männeremanzipation« (eine ganz wichtige Sache), Beate Wagner (Matriarchatsforschung), Heft 13 und 16. Bei Heft 18 habe ich schon einige Einschätzungen zur »Neuen Linken« vermisst. Ausgerechnet den Hoplitschek als »Vertreter« der Grünen ausschließlichaft abzudrucken war etwas dünn. Damit bin ich schon bei einem Kritikpunkt. Was fehlt in der *spw*?

Die Berichterstattung über Länder außerhalb Europas (Indien, China usw.). Diskussionen über die Gewaltfrage (gewaltfreier Widerstand etc.), die innerdeutsche Linke scheint in der *spw* nur wenig zu existieren (ein zusammenfassender Artikel z.B. über die DS fehlt mir — wobei ... *ein* Artikel mal genügen würde. Es geht nicht an, daß die Linke der BRD in der *spw* nur aus Jusos und Grünen besteht), Einschätzungen zu Osteuropa (neben Polen gibt es auch noch andere Länder des realen Sozialismus), Artikel zu den »Neuen Lebensformen« (Alternative Produktionen und -formen, Sekten usw. usw.), der Bereich Medien (Filmindustrie usw.), Diskussionen über neue Äußerungsformen in der politischen Arbeit (da wäre auch der praktische Nutzen, den die *spw* für sich beansprucht), ganz ausgespart bleibt auch der Bereich Medizin (alternative Medizin?). Ich weiß zwar, daß diese Vorschläge nicht umsetzbar sind (die Gründe brauche ich nicht darlegen!), würde es aber natürlich begrüßen, wenn zumindest jede zweite Nummer der *spw* sich aufraffen könnte, aus dem sog. »gesellschaftspolitischen Bereich« mal ein Artikelchen zu bringen. Ich bin natürlich schon zufrieden, daß die *spw* überhaupt auch schon in diese Richtung arbeitet, wie Heft 11, 12, 13 beweist. Aus Gesprächen mit Bekannten weiß ich eben auch, daß viele Leser immer noch nach *einer* Zeitschrift suchen, die in verständlicher Form und in entsprechendem Umfang ein breites Themenspektrum anbietet. Sollte nicht die alleseits gebildete »sozialistische Persönlichkeit« das Ziel sein? Fachidioten gibt es schon genug! Ich hoffe, daß Ihr mich nach diesen Vorschlägen nicht für verrückt erklärt. Ich weiß ganz genau, mit welchen Schwierigkeiten die *spw* zu kämpfen hat. Doch ohne Utopien ist weder ein Mensch noch eine Zeitung lebensfähig. Außerdem wäre es für die Abentwicklung der *spw* sicherlich förderlich, wenn das Themenspektrum erweitert wird.

Zu den Autoren ...: Nach meinem Geschmack fehlen Autoren aus der »undogmatischen Linken«. So ab und zu mal ein Aufsätzlein von Altvater, Negt, Ziehe, Leggewie, Buro, Offe oder Klaus Horn usw. wäre schon interessant und für die Leserbriefflut sicher inflationär.

Verständlichkeit: Bisher ist mir nur ein Artikel untergekommen, den ich nicht verstanden habe (etwa 50% ging flöten) — Goldberg (Wirtschaftskrise). Ich habe mir von dem Artikel wirklich viel versprochen, weil ich wirtschaftspolitisch eine Null bin. Nachdem ich ihn dann vielleicht viermal gelesen habe, bin ich so einigermaßen durchgestiegen. (...) Es fehlten einfach die Beispiele, die Erklärung der Fachausdrücke. Der Goldberg sollte mal einen Artikel aus der Psychologie lesen, in dem sich der Anteil der Fachausdrücke zu den gängigen Begriffen wie 50 zu 50 verhält. Würde der nicht auch das Handtuch werfen?

Günther Schmidt (Ansbach)



AKTUALISIERUNG
MARX
AS 100

Das Argument-Konzept

Das Verlagsprogramm soll der Entwicklung der theoretischen Kultur der Linken dienen. Wissenschaftliche Zuarbeit zu den sozialen Bewegungen: den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur, der Frauenbefreiung, der Naturbewahrung und der Friedensbewegung. Zuarbeit zu einem sozialistischen Projekt, das diese Bewegungen aneinanderlagert.

Die wissenschaftliche Taschenbuchreihe **Argument-Sonderbände** stellt im Rahmen dieses allgemeinen Projekts einen Verbund spezieller Projekte dar. Die einzelnen Serien innerhalb der Reihe sind Medien der Forschung und Kommunikation spezifischer Praxisbereiche:

Gewerkschaftsfragen/Arbeitergeschichtsschreibung

Frauen-Forschung

Kultur-von-unten/Eisler/Brecht

* Literatur im historischen Prozeß

* Gulliver/Deutsch-Englische Jahrbücher

Ideologie-Theorie

* Kritische Psychologie

* Kritische Medizin

Automation und Qualifikation

Alternative Wirtschaftspolitik

Alternative Umweltpolitik

Theorie der Politik und der Parteien

Internationale Sozialismus-Diskussion.



FRAUEN-
FORMEN
AS 45

Wie bei einem Buchklub kann man AS-Bände auch billiger beziehen, wenn man sich auf eine jährliche Mindestbestellung festlegt. Das **Auswahl-Abo** verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach Wahl aus der Jahresproduktion. Man kann sich auch auf ein **Spezial-Abo** einer der mit Sternchen bezeichneten Serien beschränken. Schließlich gibt es das besonders preisgünstige **AS-Gesamt-Abo**. Jede dieser Abo-Arten berechtigt zum Bezug weiterer AS-Bände — auch aus früheren Jahrgängen — zum Abo-Preis.

Die einzelnen Projekte der **Argument-Sonderbände** werden verbunden über die Zeitschrift **Das Argument**. Sie dient der Entwicklung des allgemeinen Wissens- und Diskussionszusammenhangs.

Die Zeitschrift ist ein Forum

— in dem verbindende politische und methodische Diskussionen ausgetragen werden;

— in dem Exposés und Forschungsergebnisse aus den Spezialgebieten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden;

— in dem Literaturübersichten und ein beispielloser Rezensionsteil helfen, Überblick zu gewinnen;

— in dem allgemeentheoretische Entwicklungen auch aus anderen Ländern kritisch und kollektiv (= diskutierend) angeeignet werden, damit permanente Erneuerung marxistischer Theorie stattfinden kann.

Zur Kontinuität der theoretischen Kultur der Linken trägt die Reihe **Argument-Studienhefte** bei. Hier werden Grundlagen- und Einführungstexte für Arbeitsgruppen verfügbar gehalten.



NEUE TECHNIK
UND
SOZIALISMUS



NEUE SOZIALE
BEWEGUNGEN UND
MARXISMUS

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel.: 461 9061

Besprechungen

Ulrich Schreiber: Die politische Theorie Antonio Gramscis. Argument-Verlag, Berlin 1982 (Argument-Studienhefte; SH 55; 151 Seiten, br., DM 9,80)

Wer sich durch die Begriffsklauberei (was ist das, politische Theorie?) auf den ersten Seiten des Gramsci-Buches von U. Schreiber von der weiteren Lektüre abhalten ließe, würde einen Fehler machen. Er/sie verpaßte eine wichtige Einführung in die politische Theorie des kreativen italienischen Kommunisten Antonio Gramsci (1891-1937). Nach einer sehr kurz geratenen historischen Einleitung überzeugt der Autor durch sorgfältig zusammengestellte Zitate Gramscis, die er mittels einer systematischen Interpretation verbindet.

Mit Gramsci geht Schreiber davon aus, daß es keinen dogmatischen Katechismus marxistischer Theorie geben könne (20ff.). Er stellt dann als Gramscis besonderen Beitrag zur Theorieentwicklung heraus, daß dieser »den hegemonialen Aspekt von Herrschaft und Staat hervorgehoben und analysiert« hat (33). Diese analytische Erweiterung des Staats- und Herrschaftsbegriffs um den geistig-moralischen Aspekt führt zu wichtigen strategischen Konsequenzen: auf allen Ebenen müßen schon vor der sozialistischen Gesellschaftsveränderung inhaltliche Alternativen aufgezeigt, der »Geist der Abspaltung« bis ins Lager der Herrschenden getragen werden (94, 99, 108). Auf der Grundlage der gegebenen ökonomischen Ausgangsposition sei politische Initiative zur Gesellschaftsveränderung nötig, die Hoffnung auf eine »naturgesetzliche« Entwicklung der Produktivkräfte münde in der Sackgasse (64, 77ff., 85). In einem langwierigen Prozeß müsse sich die Arbeiterklasse von der »ökonomisch-korporativen Phase« der ständischen Interessenvertretung über eine »ethisch-politische Phase« der programmatischen Klassenpolitik in die Lage versetzen, durch eine umfassende »intellektuelle und moralische Reform« eine gesamtgesellschaftlich und staatlich hegemoniale Position zu erobern (82ff.). So könne sie gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen einen »historischen Block« bilden und eine Einheit zwischen Basis und Überbau herstellen. Zielsetzung sei, durch freie und bewußte Selbstbestimmung den Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten aufzuheben und den Zwangscharakter gesellschaftlicher Macht zu beseitigen (126f.). Die Partei — »prinzipiell gegen den Staat gerichtet« (127) — dürfe dabei nicht zur Staatspartei werden, sondern sie müsse das Absterben des Staates vorantreiben, um sich auch selbst überflüssig zu machen (128). Schreiber zieht aus den strategischen Vorstellungen Gramscis den Schluß, daß durch sie »ein friedlicher Weg zum Sozialismus ... im Rahmen der politischen Demokratie« denkbar werde (116).

Besonders wichtig scheinen mir zwei Punkte, die Schreiber aus den gramscischen Überlegungen herausarbeitet: (a) Eine Krise der traditionellen Hegemonie ergibt sich laut Gramsci, wenn »Massen ... schlagartig aus der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität übergehen und Forderungen anmelden, die in ihrer Gesamtheit eine Revolution bedeuten« (72). In Theorie und Praxis müsse die »organische Partei« bereit sein, auf diese Verschiedenartigkeit und Vielfältigkeit einzugehen, um einen organischen Einheitsblock bilden zu können (72, 94). Schreiber folgert: »Für die Organisationsform der Arbeiterparteien bedeutet dies, daß sie selbst vor allem die Dialektik von spontan entstehenden Bewegungen und ihr selbst fördern muß, also die organische Verbindung von Organisierten und parteipolitisch Nichtorganisierten« (119). (b) Politische Veränderungen müßten, so Gramsci, einhergehen mit dem »Kampf für eine neue Kultur ..., das heißt, für eine neue Lebensmoral, die so eng mit einer neuen Lebensauffassung verbunden sein muß, daß die-

se schließlich dazu führt, die Realität auf neue Weise zu empfinden und zu sehen ...« (99). Schreiber zeigt, daß Gramsci der Veränderung des »Alltagsverstands« und der Lebensweise (89ff.) besondere Bedeutung zumißt, Ziel sei die Schaffung eines »neuen Menschen« (128).

Der Autor notiert eingangs, daß »Gramscis Vorschläge und Haltungen ... nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern auch für andere soziale Bewegungen fruchtbar gemacht werden« können (III). Es ist zu wünschen, daß Schreiber diese interessante Überlegung bald weiter konkretisiert, vor allem im Hinblick auf ein »rot-grünes« Zusammenwirken von Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen. Für dieses politische Weiterdenken hat er auf jeden Fall eine ausgezeichnete theoretische Grundlage geschaffen. Insgesamt ist Schreibers Buch eine trotz einiger akademischer Ausrutscher (Fremdwörter, lange Anmerkungen) gut geschriebene und sehr informative Einführung in die politische Theorie Antonio Gramscis, vor allem in dessen klassentheoretische und strategische Überlegungen. Zugunsten seiner Systematisierung und Gliederung hat Schreiber weniger Gewicht auf historisch-kritische Aspekte gelegt. Jeder Interessierte kann aber, was diese Aspekte betrifft, ergänzend auf G. Fioris gleichfalls hervorragende Gramsci-Biografie (Berlin 1979) zurückgreifen.

Alfred Georg Frei (Darmstadt)

Franz Kaminski, Heiner Karuscheit und Klaus Winter: Antonio Gramsci — Philosophie und Praxis. Sandler-Verlag, Frankfurt/M. 1982 (314 Seiten, br., DM 29,-)

Die Gramsci-Debatte hat hierzulande einige Verwirrung gestiftet. Da sie vornehmlich in der Form eines politisch-ideologischen Richtungsstreits zwischen den diversen Gruppierungen der BRD-Linken ausgetragen wird, in der jeder gegen jeden unter Berufung auf Gramsci für die Bestätigung der eigenen Position kämpft, herrscht allemal große Konfusion. Um diesem Mißstand ein Ende zu setzen und zu einem »endgültigen Urteil« (226) über den »wirklichen Gramsci in seiner Widersprüchlichkeit« zu gelangen, haben sich zu guter Letzt die Gralhüter des Marxismus-Leninismus zu Wort gemeldet, als die sich einige ehemalige Repräsentanten der studentischen K-Parteien begreifen. Nachdem die ML-Bewegung in der politischen Versenkung wieder verschwunden ist, haben sich ihre übriggebliebenen Theoriekader darauf verlegt, den Kampf auf dem ideologischen Feld voranzutreiben. Und da dort derzeit an Gramsci kein Weg vorbeiführt, fühlen sie sich aufgefordert, im Namen des »revolutionären Marxismus« (10) auch zu dieser Stellung zu beziehen.

Wie zu erwarten war, führen sie die Auseinandersetzung im Grundsätzlichen, d.h. im Philosophischen — dort, wo für sie der Schlüssel zu Gramscis Denken liegt. Gefestigt im Glauben an ehernen Grundsätze eines dialektischen Materialismus und gestützt auf eine stattliche Sammlung bewährter Klassiker-Zitate, fällt es ihnen nicht schwer, im »subjektiven Idealismus« die philosophische Grundposition Gramscis auszumachen. Ist der Idealismus-Vorwurf an sich auch nicht sonderlich originell; so verdient immerhin die Art der Beweisführung Erwähnung. Diese besteht im wesentlichen aus einer Aneinanderreihung willkürlich herausgegriffener, weder in ihrem textimmanenten noch in ihrem politisch-theoretischen Kontext kenntlich gemachter Zitatstellen, die auf ihre jeweilige (Nicht-)Übereinstimmung mit einer bestimmten, absolut gesetzten Auffassung von Marxismus hin überprüft werden. Widersprechende Äußerungen Gramscis, seine eigene Kritik am Idealismus werden dabei virtuos in das Reich einfacher »Inkonsequenzen« (46) oder »unglücklicher Formulierungen« (220) verwiesen. Nicht der innere Zusammenhang von Gramscis philosophischem Denken, der von praktisch-politischen Erfahrungen bestimmt ist, interessiert

die Autoren, sondern seine »Abweichung« von der reinen Lehre. Daß Gramsci in der Produktion des materiellen Lebens, d.h. in der Praxis des Klassenkampfes, und nicht in irgendwelchen »objektiven Bewegungsgesetzen« der Materie (ebensowenig wie in der abstrakten Tätigkeit des Bewußtseins) den Ausgangspunkt seiner Philosophie der Praxis sah, entfernt ihn in den Augen der Autoren vom »Boden des Materialismus«. Daß sie in ihrer Argumentation auf einen philosophischen Vulgärmaterialismus zurückfallen, den Gramsci als religiösen Mystizismus bekämpft hat, scheint sie dabei nicht weiter zu beirren.

Während der erste Teil des Buches dem Nachweis des philosophischen Idealismus gewidmet ist, dienen die folgenden Kapitel vor allem der Wiederholung und Variation dieses Themas, so etwa, wenn Gramscis »erkenntnistheoretischer Idealismus« als Grundlage seines »staatstheoretischen Idealismus« (204ff.) wiederentdeckt wird — ohne daß die Kritik seiner Staats- und Hegemonietheorie viel Neues oder auch nur Richtiges enthielte. Gramsci wird unter der Rubrik »hegelianisierender Marxismus« mit den Vertretern der Kritischen Theorie in einen Topf geworfen, um in der unzulänglichen »Abrechnung« mit ihrem bürgerlichen Erbe den gemeinsamen Ursprung allerlei theoretischer Irrtümer zu erblicken. Daß es Gramsci nicht eingefallen ist, sich über die »Grundsätze der Dialektik« auszulassen, trägt ihm in der demagogisch-zensorischen Sprache selbsternannter Revolutionäre den Vorwurf ein, er habe »nicht begriffen, was Dialektik eigentlich ist, bzw.« — was offenbar das Gleiche meint — »er versteht etwas anderes unter 'Dialektik' als der Marxismus« (106). Welche Absurditäten dagegen eine in Schematismus und dogmatischen Leerformeln erstarrte »Dialektik« hervorzubringen imstande ist, zeigt sich beispielsweise dort, wo der »Idealist« Gramsci kurzerhand zum »Zusammenbruchstheoretiker« gemacht wird, der das Ende des Kapitalismus unaufhaltsam näherrücken sah (127). Oder wenn schließlich, allen behaupteten Abweichungen vom materialistischen Standpunkt zum Trotz, deklamiert wird: »Wer behauptet, daß Gramsci im Gefängnis von den Erkenntnissen des revolutionären Marxismus abgerückt sei, kann das nur gegen seine ausdrücklichen Bemerkungen tun.« (214)

So bleibt denn das »endgültige Urteil« über Gramsci gespalten. Vermochte er sich als Theoretiker auch nie aus dem Bannkreis der idealistischen Philosophie zu befreien, so war er doch zweifelsohne auch ein Kommunist und Revolutionär, und als solcher hatte er »die revolutionäre Praxis betreffend ... keinerlei Illusionen« (201), was ihn in den Augen revolutionärer Marxisten wiederum rehabilitiert. Daß das eine (Theorie) mit dem andern (Praxis) etwas zu tun haben könnte, scheinen die Autoren auszuschließen. Sinnigerweise stellen sie daher das Kapitel über Gramscis politischen Lebensweg auch ans Ende ihrer theoretischen »Widerlegung«. Die philosophische Kritik verkümmert so zu einem reinen Dogmenstreit, ohne jeden Bezug zur politischen Erfahrung und Praxis. Vielleicht sollte man solch offenkundigem Widersinn auch keine allzu große Bedeutung beimessen, zielt die »Abrechnung« der Autoren doch ohnehin weniger auf Gramsci selber als vielmehr auf alle jene, die sich heute auf seine Theorien berufen und sich dadurch »reformistischer Abweichungen« verdächtig machen (vgl. »Der Streit um das Erbe«, 249ff.). Ihnen wird (nicht zu Unrecht) vorgeworfen, Gramsci wie einen Steinbruch zu behandeln, aus dem sich jeder das herausbreche, was ihm ins politische Konzept passe. Dieser »unglaubliche Mißbrauch« (218) wird eigentlich nur noch von dem der Autoren selber übertroffen, wenn sie abschließend urteilen: »Ungeachtet erheblicher theoretischer Mängel in seinen Schriften gehört Gramsci untrennbar der revolutionären und kommunistischen Arbeiterbewegung an und ist Teil ihres und damit unseres (sic!) Erbes.« (248)

Dem Text ist ein Begriffsverzeichnis angehängt, in dem unter dem Stichwort »Schola-

stik« zu lesen ist: »mittelalterliche Philosophie. Ihr Anliegen war, die Glaubensdogmen des Katholizismus zu begründen«. Mit ihrem Buch haben die Autoren ein Musterbeispiel zeitgenössischer Scholastik vorgelegt, insofern sie gegen Gramsci noch einmal die konsequente Gegenposition eines erstarrten philosophischen Materialismus beziehen.

Rainer Staudhammer (Frankfurt/M.)

Carla Ravaioli: Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung. Feminismus und die KPI. VSA-Verlag Hamburg/West Berlin 1977 (190 Seiten, DM 16,-)

Im Februar 1976 fand eine, für das Verhältnis zwischen italienischen Kommunisten und der autonomen Frauenbewegung Italiens bedeutende Konferenz der kommunistischen Frauen statt. Das Umdenken der KPI in Bezug auf den Feminismus hatte nicht nur pragmatische Gründe wie die Rückgewinnung eines progressiven Wählerpotentials. Mit Berufung auf Togliatti (»die Emanzipation der Frau (sei) wesentlicher Bestandteil der demokratischen Entwicklung und das Problem aller Klassen und Parteien«) wird der feministischen Bewegung die Hand gereicht (8). Die Auseinandersetzung soll ohne — so Chiaromonte — Heuchelei stattfinden, mit der Bereitschaft, Fehler, Versäumnisse, Taubheiten und Unverständnis einzugestehen und zu korrigieren (9). Für Carla Ravaioli, deren »natürliche Verbündete im Befreiungskampf der Frau ... nur die politischen Organisationen der Linken sein (können) und als erste unter allen die kommunistische Partei«, Anlaß genug, um führende Funktionäre der KPI zur Frauenproblematik zu befragen. Sie will informieren über die neuen Positionen der KPI, welche die »Frauenfrage nicht mehr nur im Sinne des traditionellen Konzepts der »Emanzipation«, sondern auch im Sinne der neuen vom feministischen Konzept der 'Befreiung' beeinflussten Perspektive« (14) auffassen.

Ravaiolis Interviewpartner sind in ihren jeweiligen Ressorts (Arbeit, Schule, Gesundheit etc.) zuständig für die Belange der Frauen. Bis auf die Verantwortliche der Frauensektion, Adriana Seroni, sind alle Interviewpartner männlich! Von den insgesamt neun Interviews beziehe ich mich hier auf die Gespräche mit Giorgio Napolitano: »Frauen, Kapital und patriarchalische Gesellschaft«; Giovanni Berlinguer: »Die Wiederaneignung des Körpers«, und Adriana Seroni: »Die Kommunistinnen haben das Wort«. In ihrem Gespräch mit Napolitano leitet Ravaioli die untergeordnete gesellschaftliche Stellung von Frauen aus ihrem Ausschluß von der gesellschaftlich organisierten Arbeit in Verbindung mit der Alleinständigkeit für die Reproduktion ab. Dies führt zu einer Art »Ghettobildung« einer Begrenzung des Ausdrucksvermögens auf den häuslichen Bereich. Das »Ghetto weiblich« aufzulösen, ist für beide, Napolitano und Ravaioli, nur möglich durch eine Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftlich organisierte Arbeit. Napolitano stellt jedoch den Kampf um das Recht auf Arbeit für Frauen in einen wirtschaftspolitischen Zusammenhang. Er will die produktive Basis erweitern und in diesem Zusammenhang das Problem der Frauenerbeitslosigkeit lösen. Der Vorschlag Ravaiolis, die in der Krise vorhandene Arbeit bei vollem Lohnausgleich gleichermaßen auf Männer und Frauen zu verteilen, wird von Napolitano zurückgewiesen. Die von Ravaioli angesprochene These der Dominanz von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung über gesellschaftliche Arbeitsteilung, und das bedeutet, in der Geschlechterbeziehung die Wurzel der Unterdrückung der Frauen zu sehen, wird von Napolitano genauso wie Ravaiolis Gleichsetzung von Hausarbeit mit Schwarzarbeit zurückgewiesen. Napolitano plädiert für eine »außerfamiliäre« Organisation der Reproduktionsarbeit, ohne jedoch auf Ravaiolis Argumentation der Bedeutung des Geschlechterverhältnisses für die gegenwärtige gesellschaftliche Organisation einzugehen.

Im Gespräch mit *Giovanni Berlinguer*, nationaler Beauftragter der KPI für Gesundheit, geht es um die Problematik der Verhütung, Abtreibung und Sexualität. Eine ökonomistische Auffassung des Marxismus habe, so Berlinguer, lange Zeit die Praxis der KPI bestimmt. Im Mittelpunkt standen die Produktionsverhältnisse und die in ihr tätigen Menschen, während der Reproduktion kaum Beachtung geschenkt wurde. Für Ravaoli ist hier die Verfügung und Verwaltung weiblicher Sexualität durch die herrschende Medizin das zentrale Problem. Die Enteignung der weiblichen Geschlechtsorgane, sei es als Instrumente zur Fortpflanzung oder Gegenstand sexueller Lust, stellt für sie eine der tiefgreifendsten Formen der Entfremdung dar, weshalb sie Selbsthilfegruppen etc. innerhalb der feministischen Bewegung verteidigt. Anders Giovanni Berlinguer, der die Entfremdung der Frau von ihrer Sexualität gleichzusetzen versucht mit der Entfremdung des Arbeiters. An dieser Stelle erscheint Berlinguer ignorant. Die enge Verknüpfung von Psyche und Sexualität bewirkt letztlich einen viel schärferen Angriff auf die persönliche Integrität und Identität durch sexuelle Entfremdung.

Die Argumentationen von Berlinguer sind gerade das, was er zu Anfang des Gesprächs kritisiert, ökonomistisch und reduktionistisch.

Im Gespräch mit *Adriana Seroni*, der Beauftragten für Frauenfragen, stehen die Politik und das Verhältnis der Frauen gegenüber den eigenen Genossen im Vordergrund. Gerade in diesem Interview wird das Dilemma organisierter Frauen in einer Männerpartei, die den Anspruch erhebt, die Gesellschaft grundsätzlich, also auch für die Frauen ändern zu wollen, deutlich. Auf die Frage Ravaolis, inwiefern die Beschlüsse und die Politik der Frauen Eingang finden in die Entscheidungsgremien der Parteien, an deren Schaltstellen Männer sitzen, antwortet Seroni, daß es zwar nie Widerstand von Seiten der Männer gegeben habe, aber auch nie wirkliche Unterstützung und aktives Engagement. Seroni verteidigt recht pauschal die Politik der KPI. Sie versucht, die Partei vor Kritik abzuschotten. Dagegen übt sie harte Kritik an der feministischen Bewegung und an der »Männerfeindlichkeit« verschiedener feministischer Gruppen.

In diesem Gespräch wird teilweise ein Dilemma deutlich: Die Solidarität zu den Männern in der Organisation, die fast zur Selbstverleugnung führt und eine häufig zu schnelle, vordergründige Ablehnung der feministischen Frauenbewegung, weil ein Einlassen auf deren Argumentationen die Begrenztheit unserer politischen Wirkung, unsere Ohnmacht nur allzu deutlich werden lassen würde.

Warum ist das Buch für uns noch heute wichtig? Der Schwerpunkt der Interviews liegt in den Bereichen des gesellschaftlichen Überbaus, in den Verkehrsformen, Gebräuchen, Sexualität etc. Innerhalb der marxistischen Diskussion der letzten Jahre ist gerade dieser Bereich, wie auch die Klärung des Verhältnisses Frauenbewegung/Arbeiterbewegung unterbelichtet geblieben. Wie arbeiten wir als Frauen selbst in männlich dominierten Organisationen und welche Auswirkungen hat dies auf unser Bewußtsein? Ebenso müssen wir diskutieren, welche Konsequenzen für die autonome Frauenbewegung, ihre Bewertung der Kultur, für sie selbst bedeutet hat. Ist der »Rückzug« in Frauenprojekte ein Versuch, eine Gegenkultur ohne Männer aufzubauen? Ist eine Frauenbewegung, die in feministischen Projekten steckt, überhaupt noch handlungsfähig? Ravaolis Buch wirkt anregend für unsere Diskussion und bietet neue Antworten an. Allerdings müssen wir berücksichtigen, daß die italienische Frauenbewegung sowohl von der theoretischen Ausrichtung wie auch von den Strategien her andere Akzente setzt.

Katharina Gröning (Heidelberg)

Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn/Bad Godesberg 1982 (656 Seiten, Ln., DM 75,—)

Obwohl die SPD die älteste und traditionsreichste Partei in Deutschland ist, fehlte es bislang an einer umfassenden, wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer Nachkriegsgeschichte. Kurt Klotzbach, Leiter der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiter des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig/Bonn und Verfasser einer Vielzahl von Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ausgezeichnete Kenner der Parteienforschung, hat jetzt das Ergebnis seiner langjährigen Forschungsarbeiten über die Nachkriegsentwicklung der SPD vorgelegt. Seine *vorwiegend zeitgeschichtlich* orientierte Studie unternimmt den erstmaligen »Versuch einer Gesamtdarstellung der sozialdemokratischen Parteigeschichte für die Zeit vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur fünften Bundestagswahl« (34); es geht ihm vor allem um die Aufhellung von Bedingungs- und Entwicklungszusammenhängen, von Kontinuitäten und Diskontinuitäten« (17). Programmatik, politische Praxis und Organisation bzw. Führungsstruktur werden auf dem Hintergrund des *Grundkonfliktmusters der SPD* analysiert, das nach Auffassung des Autors in dem »Widerspruch zwischen programmatischem Anspruch und politischen Möglichkeiten, revolutionären Zielperspektiven und tagespolitischer Bewährung, scholastischer Vision und reformerischen Teilerfolgen im jeweiligen Hier und Jetzt« (25) bestehe.

Man mag dieser Einschätzung des Autors, seinem eher pragmatisch-reformistischen, ethisch orientierten Sozialismus-Verständnis und seiner offensichtlichen Sympathie für die Löwenthal-Thesen sehr kritisch gegenüberstehen. Deutliche Positionen machen die Auseinandersetzung erst möglich. Gleichzeitig zeichnet sich sein Buch durch methodische Strenge, Akribie und Klarheit aus.

Wie ist der Aufbau dieses Buches? In einer kenntnisreichen Einleitung zu dem Stand und zu den Methoden und Fragestellungen der modernen Parteienforschung versucht der Autor, in einem historisch-systematischen Zugriff seine Hauptthese von der Theorie-Praxisspannung als Kernproblem der sozialdemokratischen Parteigeschichte zu belegen. In vier Hauptkapiteln werden überwiegend chronologisch die programmatischen, politischen und personellen Entwicklungsstränge der SPD vom Wiederaufbau nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus bis zur Wahlniederlage im Jahre 1965 ausführlich untersucht; dabei werden sowohl die Wirtschafts- und Europapolitik als auch die deutschlandpolitischen Vorstellungen der SPD miteinbezogen; die zeitlichen Einschnitte wurden leider nicht von der allgemeinen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik abgeleitet, sondern orientieren sich ausschließlich an *innerparteilichen* Kriterien:

Der partei- und staatspolitische Neubauanspruch zwischen Idee und Wirklichkeit (1945-48) — Periode der rigorosen Opposition (1947-53) — Der Weg zur reformistischen Volkspartei (1953-59/60) — Die SPD der frühen sechziger Jahre: »Nicht mehr die große Alternative, sondern die 'bessere' Partei«.

Schwerpunktmäßig befaßt sich die Studie mit den vierziger und fünfziger Jahren, während die sechziger Jahre relativ knappen Raum einnehmen. In diesem letzten Kapitel verfolgt der Autor die kontinuierliche Weiterentwicklung der SPD zum Modell einer »liberaldemokratisch-sozialreformerischen Staatspartei« (600), in der zum ersten Mal in der Parteigeschichte die »Synchronisierung von Programmaussage und praktischem Handeln« (599) gelungen sei. Darüber ließe sich trefflich streiten, ebenso über viele andere Thesen

des Verfassers, die natürlich jenseits von wissenschaftlichem Anspruch auch vom *persönlichen* politischen Standort geprägt sind, was legitim und einer fruchtbaren, kontroversen Diskussion förderlich sein kann. Das Buch kann daher nicht nur »historische Neugierde« befriedigen, sondern auch die *aktuelle* Programm- und Selbstverständnisdiskussion innerhalb der SPD produktiv vorantreiben. Allein der stolze Preis widerspricht, es als Pflichtlektüre zu empfehlen. Besonders positiv und wissenschaftlich wertvoll ist die genaue Einbeziehung der umfangreichen Sekundärliteratur und die Verarbeitung von reichhaltigem Quellenmaterial aus den Akten des Parteivorstandes, der Protokolle des Präsidiums- und Vorstandssitzungen und aus den Nachlässen von Schumacher, Erler und Ollenhauer.

Klaus Helf (Mannheim)

Joachim Streisand: Kulturgeschichte der DDR. Studien zu ihren historischen Grundlagen und ihren Entwicklungsetappen, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981 (247 Seiten, br., DM 14,80)

Bei dieser Kulturgeschichte der DDR handele es sich nicht um eine geschlossene oder umfassende Darlegung von Prozessen und Problemen, sondern lediglich um Vorstufen und Beiträge zu einer solchen Darstellung; über der Arbeit an dem Projekt, das aus Vorlesungen hervorging, starb der Verfasser, Professor für Geschichte und Nationalpreisträger. »Infolgedessen sind nicht alle Teile gleichmäßig ausgereift, manches bleibt thesenhaft, manches fragmentarisch, manches ist nur gestreift und vieles unberücksichtigt. Aber das, was er bringt, ist immer geistvoll, gedankenreich und unerhört anregend — ein echter Streisand, für den der Streit der Meinungen ein Schaffensbedürfnis war«, so Heinrich Scheel im Geleitwort. Die in der DDR praktizierte marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft sorgt dafür, daß die Analysen fugenlos »gebaut« sind. »Geistvoll«: stringent die ideologischen Ableitungen; »gedankenreich«: nur darf es sich nicht um sperrige, abweichlerische Gedanken handeln; »unerhört anregend«: zumindest voller konkreter Informationen über das Kulturleben der DDR.

Die vier Hauptkapitel behandeln die Kulturpolitik der bürgerlichen Gesellschaft, die Etappen der Kulturgeschichte der DDR, die Entwicklung einzelner Gebiete des geistig-kulturellen Lebens und die Geschichte im geistig-kulturellen Leben der DDR. Jede Klasse versuche, ihre Interessen auch auf dem Gebiet der Kultur im Kampf um die Erringung und Sicherung der politischen Macht durchzusetzen; sie bediene sich dabei politischer Mittel, darunter auch solchen des kollektiv-organisierten Zwanges. Kulturpolitik habe stets zwei Seiten: Sie sei Element des Kampfes um die politische Macht, und Ergebnis dieses Kampfes. Die Erkenntnis, daß Kulturpolitik eine notwendige Erscheinung in jeder Klassengesellschaft sei, bedeute einen Gegensatz zur bürgerlichen Vorstellung, wonach Politik und Kultur einander gegenüberstehen und die Politik allenfalls äußere Bedingungen für die Entwicklung der Kultur zu sichern habe. Die Einsicht in die Unterbau-Überbau-Relation schärft den Blick für die Hohlstellen affirmativer Kultur; dementsprechend ist dieser Band auch besonders ergiebig bei seiner Auseinandersetzung mit der Kultur der bürgerlichen Gesellschaft. Doch fehlt, wie es beim Staats-Marxismus nicht anders zu erwarten ist, die reflexive Anwendung kritischer Kategorien auf die eigene Situation. So gerät der Verfasser angesichts der DDR-Kultur in eine Sing-Out-Philosophie, die in der Theorie durchaus human ist, aber die Wirklichkeit des eigenen Staates nicht zur Kenntnis nimmt — etwa wenn die dem Sozialismus eigene Kultur dadurch charakterisiert wird, daß sie eine Einheit aller schöpferischen Arbeitstätigkeit darstelle, in der sich die Fähigkeiten der Menschen

entfalten könnten, und daß sozialistische Gemeinschaftsbeziehungen im Arbeitskollektiv mit komplexer, auch ästhetischer Gestaltung der Arbeitsumwelt Hand in Hand gingen.

Hermann Glaser (Nürnberg)

Wolfgang Emmerich: Kleine Literaturgeschichte der DDR. Luchterhand-Verlag, Darmstadt und Neuwied 1981 (264 Seiten, br., DM 15,80)

Der Autor, geboren 1941 in Chemnitz, und bisher hervorgetreten vor allem als Herausgeber einer zweibändigen Veröffentlichung zur Arbeiterkultur (Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, Reinbek 1974/75), in deren kenntnisreicher Einleitung er Theorie und Empirie geschickt zu verbinden gewußt hat, ist Professor für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Universität Bremen. Das vorliegende Buch ist in zwei systematische Kapitel zu den Grundelementen der Gesellschafts- und Kulturpolitik im Querschnitt und zur DDR als Literaturgesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit sowie in vier historische Abschnitte gegliedert, in denen er sich weitgehend an der Periodisierung der neueren DDR-Geschichtsschreibung orientiert (vgl. dazu Heinz Heitzer, DDR — Geschichtlicher Überblick, Frankfurt/M. 1979, Lizenzausgabe).

Seine These, daß »der DDR-Sozialismus in einer emanzipationsfeindlichen Weise determiniert wurde« (21) infolge des Imports der neuen Gesellschaftsordnung durch die sowjetische Besatzungsmacht, und daß deshalb »der 'reale Sozialismus' aus sich selbst die Widersprüche hervortreibt, die junge Leute zu politischer und ästhetischer Opposition veranlassen« (191), variiert Emmerich durch alle historischen Phasen der DDR-Literatur und veranschaulicht sie an etwa dreißig Einzelinterpretationen. Durch diese Verbindung von Literaturgeschichte mit den Koordinaten der staatlichen Kulturpolitik ist eine Emanzipationsbewegung feststellbar: Ernstzunehmende Literatur löst sich aus der angestammten Haltung des Verdrängens und Verschweigens wie aus dem didaktischen Gestus der ersten fünfzehn Jahre (und der dazugehörigen orthodoxen Widerspiegelungsästhetik) und findet zu Haltungen des erkennenden Experimentierens, zum ästhetischen Text als Differenz zur Wirklichkeit, nicht als deren planes Abbild.

Emmerich geht in seiner Darstellung wesentlich differenzierter vor als hierzulande das beliebte Gerede von »Eiszeit« und »Tauwetter«. Der Autor versteht Literatur nicht als Reflex gesellschaftlicher Verhältnisse oder Lieferant für funktionale Problemlösungsmodelle in einer »nicht antagonistischen Gesellschaft«, sondern in Anlehnung an Medwedew als »Widerspiegelung bereits existierender Zeichen (= ideologischer Objekte). Danach ist das literarische Werk ein Zeichen, das sich auf der Basis anderer Zeichen konstituiert, ein Zeichen zweiten Grades, was aber keineswegs heißt, daß es ein zweitrangiges oder ein an anderen ideologischen Objekten parasitär haftendes ideologisches Objekt ist« (16). So ist das Verhältnis der Literatur zu anderen Bereichen des Überbaus sowie zur gesellschaftlichen Basis der Dreh- und Angelpunkt des Buches. Sowohl als »Zeuge der Geschichte« (16) als auch als »Bewußtsein gegen die Geschichte als Unterdrückungszusammenhang« (17) konstituiert sie sich in einem konkreten Produktions- und Rezeptionsprozeß. Emmerich untersucht deshalb (21-23) die formale und inhaltliche Planung der Buchproduktion, die ebenfalls trotz sozialistischer Eigentumsverhältnisse hierarchische Lenkung und Kontrolle der Vertriebsinstitutionen, die soziale Differenzierung der Leserschaft, Lebens- und Arbeitsbedingungen der Autoren, die Probleme zentraler Verteilung ihrer Produkte per Kulturpolitik, schließlich die oftmals nachzensierende Literaturkritik.

Als den Hauptwiderspruch der DDR als Literaturgesellschaft bezeichnet Emmerich:

»Sie fordert die immer weiter vorausschreitende Selbstverständigung und Bewußtwerdung des ganzen Volkes durch die Literatur — und will diese gleichzeitig auf eine Haltung festlegen, zu der sie, qua Literatur (und zumal als marxistische, auf Veränderung drängende) nicht fähig ist: das Erreichte zu beständigen und zu rechtfertigen.« (26) Solche Literaturverhältnisse definieren die Identitätskrise von Schriftstellern, die bis zur »Internalisierung der Zensur als Selbstzensur« (32) reicht. Indem er bei seiner historischen Analyse den Bewegungsspielraum der Literatur zwischen Spiegelung der sozio-ökonomischen Gesamtlage und der individuellen Empfindsamkeit der schreibenden und lesenden Subjekte unverkürzt anerkennt, gelingen Emmerich auch in den Einzeldarstellungen differenzierte Aussagen über einen Teil der DDR-Wirklichkeit. Seine Ausführungen über den DDR-Kulturbetrieb können als exemplarische Verdeutlichung des Bürokratiebegriffs gelten, der gerade in der undogmatischen linken Forschung noch sehr schwammig gehandhabt wird.

Obwohl die Materiallage diesbezüglich sehr schlecht ist, wäre ein Hinweis auf Alltags- und Gebrauchsliteratur gerade der letzten zehn Jahre als Beispiel lebendiger Betroffenheit außerhalb des institutionalisierten Kulturbetriebs nützlich gewesen (vgl. z.B. DDR-konkret. Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land, Berlin/DDR 1978). Leider fehlt zwar ein Anmerkungsapparat, trotzdem ist das Buch mit Zeittafeln und Literaturverzeichnis gut ausgestattet. Somit ein spannendes und erfrischendes Werk für alle, die nicht, wie Hans Matthöfer, der Ansicht sind, daß sie das Wenige, das sie lesen, selbst schreiben müssen.

Patrik Baab (Mannheim)

Rainer Barzel: Unterwegs. Woher und wohin? Droemer Knauer-Verlag, München 1982 (240 Seiten, Ln., DM 29,80)

Barzel, 1972 fast Bundeskanzler, heute immer noch einer der Spitzenpolitiker der CDU, bietet alle paar Jahre auch auf dem Buchmarkt seine Enthüllungen an. Etwa die folgenden: »Das Gewehr kann die Gedanken nicht ersetzen. (...) Die Zukunft ist mit dem Geiste. An seine erwiesene Kraft muß man glauben; an seine Stärke vor aller Macht. Das versetzt Berge, gibt Mut, erzeugt Hoffnung. — Der Geist lebt, bewegt, fordert heraus, trotz, verändert, widersteht, öffnet neue Wege, bringt bessere Ziele zum Greifen nahe — dem, der sie erkennt, der sie will und sich den Weg dahin zutraut.«

Das ist gekonnt. Der kluge Autor Barzel, der dem deutschen Volk diese Handreichung just kurz vor der Wende im Herbst 1982 widmete, weiß natürlich, daß die konservativen Versprechungen allesamt nicht greifen, daß die Krise durch Investitionszulagen, Steuergeschenke für die Reichen, Sparen bei den anderen und werweißwas die Bonner neuen Herren noch kreieren, nicht abzuwenden ist. Er hat darum den Markenartikel »Geist« mit eingeführt, verbunden mit Werten wie Glaube und Hoffnung, Zusammenstehen, Wille und Opferbereitschaft. Wer sich dareinfindet, hat einen Schutz vor den Unbilden der Realität, und wenn's mit ihr immer weiter bergab geht, auch eine Erklärung: der eigene Geist, die eigene Hoffnung, sie waren zu schwach, und die faulen und bösen Widersacher waren zu stark.

Was, in Verbindung mit dem Geist, der fast alles bejaht, hat Barzel anzubieten? Kurz gesagt, das Modell der 50er Jahre mit klaren Freund-Feind-Verhältnissen, mit dem Markt, dem Christentum und Amerika als Fixsternen, den Russen und ihren inwärtigen Helfershelfern als dem Gottseibeins, der das Licht braucht, damit man es überhaupt schätzt und der immer als Erklärung zu brauchen ist, wenn es flackert. Damals ging's bergauf, der Geist beschränkte sich auf den Geist, von Umverteilung sprachen selbst Sozialisten kaum, die Arbeitnehmer forderten nicht zuviel, der Staat half den Unternehmern, so gut er

konnte, und Kritik an den Freunden in den USA glich einer Obszönität. So müsse es, sagt uns der Autor, wieder werden (und kurz nach dem Bucherscheinen war die Wende ja auch da); Schluß müsse sein mit dem übertriebenen Wohlfahrtsstaat, dem überzogenen Anspruchsdenken, der auswuchernden staatlichen Planung (gern mit »Bürokratie« umschrieben). Der Markt müsse wieder her, tönt er so, als wollten die Sozialdemokraten ihn abschaffen; aufhören müsse es mit der »Erstickung der Lust, etwas zu unternehmen«, mit der »Erdrosselung der Initiative«; damit, daß ein Anwalt »stöhnte«, weil er das vom Umfang verdreifachte Bundesgesetzblatt kaum mehr schaffe, daß ein Bauherr »achtundzwanzig Richtlinien habe studieren müssen« und ein »Computerfachmann« die »autoritäre Bundespost« nicht mehr verstehe, »welche in erkennbarem Eigeninteresse technischen Fortschritt behindert und so Chancen für viele, viele tausend Arbeitsplätze zerstöre«. Also: »Wir brauchen mehr Markt, nicht mehr Staat. Bremsklötze weg!«

Familie, Gemeinschaftsinn, Vertrauen undsoweiter undsofort — deren Schwung haben nach Barzel die Reformer, die Technokraten auf dem Gewissen. Manches bleibt in dunklen Andeutungen, aber der Zweck der zusammengepuzzelten Assoziationen ist deutlich: Die sozial-liberalen Reformen kamen an ihr Ende, nicht weil die Widerstände stark waren und der Durchsetzungswille zu schwach, sondern weil es vermessene bis unmoralisch war, gewachsene Strukturen überhaupt auf sozialstaatlich geforderte Chancengleichheit, auf reale, das heißt auch: materielle Gerechtigkeit hin zu verändern. Die Familie kommt immer wieder vor bei einem Vertreter der neuen Politik, deren Regierung Hunderttausende von Familien in die Armut treibt; mehrfach beschwört Barzel das die Gesellschaft stabilisierende »Familienheim«, ohne dessen Unbezahlbarkeit für eine durchschnittlich verdienende Arbeitnehmerfamilie zu erwähnen und auch ohne den Widerspruch zur von den gleichen Konservativen geforderten »Mobilität« der Arbeitnehmer abzuhandeln.

Doch für Barzels Lesepublikum reicht es wohl, wenn Schuldige vorgeführt werden für die Miseren dieser Welt. Nicht nur Aufklärer bekommen dabei ihr Fett. Auch die Grünen, zumal »aggressiver Pazifismus« bei ihnen gedeihe. Aber auch Faschistisches, wobei der geübte moralische Aufrüster gleich die nützliche Assoziation von Sozialismus und NS mitpräsentiert: »Wieviel 'Braun' ist im 'Grün'? Wieviel sozialistischer Nationalismus erblüht, wo gerade nationalistischer Sozialismus Volk und Erde verwüstet hat?« Am meisten werden, wie immer, Sozialdemokraten angegriffen: »Brandt wollte 'den Frieden sicherer machen' — und nun grassiert Kriegsangst. Jetzt gehe es mit Demokratie und Reform erst richtig los, verkündete er. Nun steht man in Bonn in politischen Trümmern — Trümmer nicht nur von Versprechungen und Vorhaben, sondern vom Zerbröseln des Übernommenen. Es stand schon besser um die Sicherheit des Friedens wie um den sozialen Rechtsstaat hierzulande.« Da sage einer, die Deutsch-Nationalen seien nicht vornehm — und vor allem, sie wüßten keine Alternativen. Barzel trägt sie mit der Vehemenz und der Selbstsicherheit eines Gesundbeters vor, der vor dem Krankenhaus steht und täglich dem staunenden Publikum anhand der dort herausgetragenen Leichen seine bessere Methode beweist.

In pseudo-biblischem Stakkato beschwört Barzel den Marxismus als Angelpunkt jeglicher Teufelei: »Alle Marxisten führen ihren Kampf mit den Mitteln der Psychologie und der Propaganda. Ihr Leitmotiv heißt: im Gegner ein schlechtes Gewissen erzeugen. Weil du mehr hast als ich, bist du böse. Du hättest nur deshalb mehr, weil du mehr und besser gearbeitet, etwas Besonderes geleistet hast? Nichts da! Du hast mehr, also bist du böse. Du bist böse, einfach böse, laß es dir sagen: Du bist böse, sieh doch endlich ein: Du bist böse — böse, weil du mehr hast; hast mehr, weil du böse bist! Du arger, schlimmer Bösewicht! Weil du böse bist, schuldest du uns. Gib es uns heraus, du niederträchtiger böser

Bube! — Wer sich vertheidigt, ist böse; wer nachrüstet, die Wahrheit sagt ... [Punkte im Original] Und sie haben zu oft Erfolg mit ihrem Einimpfen des schlechten Gewissens. So verbreiten sie zugleich Angst und Schrecken. Das Europa unserer Tage lehrt und zeigt das alles.«

Die Klischees gewinnen an Farbigkeit, wenn der Autor auf die Außenpolitik zu sprechen kommt, deren Stabilität er durch die Erosion der Macht im Innern und durch westliche Anpassungspolitik gegenüber dem Osten gefährdet sieht. Denn: »Reale Freiheit hat diese 'Entspannung' bisher nicht gebracht und kaum gefördert.« Diese Auffassung haftet tief in einem verquerten Geschichtsverständnis, bei dem es schwerfällt, den realen Kern zu finden, der ja selbst in jeder Lüge versteckt sein soll. Die beiden Weltkriege gründen in nichts weniger als im Antiamerikanismus, wird der Friedensbewegung (die gegen die Welt-Vorherrschaftspläne der Regierung Reagan arbeitet) vorgehalten. Sie wird frühzeitig schon für den dritten Weltkrieg haftbar gemacht: »Zweimal haben wir Deutschen in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen mit dieser Münze — und schließlich mit dem Verlust des Reiches — zahlen müssen, weil in Berlin die politische Führung die USA falsch einschätzte. In diesem Fehler waren sich leider Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler gleich. Man glaubte vielfach weder an das politische noch an das militärische Eingreifen der USA in Europa zugunsten ihrer Freunde und ihrer gemeinsamen Werte. — Wieder sind Narren deutscher Zunge am Werk, Antiamerikanismus zu entfachen, die Freundschaft mit den USA aufs Spiel und uns so wieder einmal zwischen die Stühle zu setzen.«

Die Rolle der UdSSR im zweiten Weltkrieg wird vom promovierten Juristen des Jahrgangs 1924, der laut Verlagswerbung für seine Reden 1981 das »Goldene Mikrophon« erhielt, so beschrieben (in einem diabolischen Satz, dem angesichts der zwanzig Millionen toten Sowjetbürger, die deutsche Kriegstreiber auf dem Gewissen haben, weder Satire noch Kommentar beikommen können): »Man muß festhalten: Ohne die entscheidende, materielle Hilfe der USA hätte die Sowjetunion den Krieg gegen Hitler verloren.« Der Satrap in Barzels Augen wird verächtlich gestreift: »Die Wirklichkeit in der DDR ist nicht so gespenstisch, wie sie Herr Honecker dem deutschen Bundeskanzler im Advent 1981 in Güstrow vorführte.«

Die Wild-West-Gesinnung in der Außenpolitik ist nicht kaschiert: Der Osten soll, da er ein falsches Menschenbild habe und der friedliebende Westen für ihn keine Gefahr sei (wer warf aber die ersten und einzigen Atombomben auf Menschen?; wer, auf der anderen Seite, verzichtete auf ihren Ersteininsatz?; wer verfaßte Pläne über die Gewinnbarkeit eines Kernwaffenkrieges und über die schnelle »Enthauptung« der gegnerischen Regierungsbürokratie?), die Waffen ablegen, seine Ideologie ändern und die Grenzen öffnen. Nur bei offenen Grenzen und somit möglicher Geistesfreiheit sei, so der Autor, der ausdrücklich das geduldige Messen und Zählen der gegenseitigen Waffenpotentiale als »Materialisierung des Begriffs 'Gleichgewicht'« ablehnt (da zu wenig aussagekräftig »für solche existenziellen Entscheidungen«), Kriegsverhetzung und Krieg unmöglich.

Nun ist aber schon Kritik an den USA nach Ansicht des Autors so eine Art Kriegshetze. Denn die USA seien unser Vorbild, Helfer und Freund. Sie und die NATO haben »seit 32 Jahren durch Solidarität und Abschreckung den Frieden in Europa« gesichert. Daß einige europäische Staaten nicht so recht die Stützung lateinamerikanischer Diktatoren durch die USA begrüßten, bewirkt bei Barzel harte Kritik. Es sei schlimm, daß »die Europäer die USA mit ihren Sorgen über die Entwicklung in Mittelamerika allein« ließen und sogar die Nasen »rümpfen«, was Folgen habe könne wie in Indochina, wo die Kommunisten den Sieg »weniger auf dem Schlachtfeld errungen (haben) als auf den Straßen, in den Univer-

sitäten und Redaktionen der freien Welt.« Auch in Sachen der von einer proamerikanischen Militärjunta beherrschten Türkei dürfe man sich nicht, anders als in Polen, »aufklärerisch und bankersmäßig« engagieren: »Wie lange will man auf den Nerven der Enkel des Kemal Atatürk noch herumtrampeln? Bis sie den Weg wählen, zu dem die Moskauer sie locken, den Khomeini ihnen rät?«

Für die dritte Welt müsse, natürlich, mehr getan werden. Allerdings täte da der »aggressive Kommunismus« zum einen nichts Positives; zum anderen verantwortete er die zu schwache Entwicklungshilfe des Westens, weil er »die Rüstung der freien Welt erzwingt«.

Ob damit die »geistige Führung« zu gewinnen ist, die Barzel verspricht und jetzt, wohl oder übel, mitverwirklichen muß — gegen Materialismus, Angst und Dekadenz und, wohlgermerkt, auch gegen die »Moskauer Vorherrschaft« in Osteuropa?

Anders als nach solchen Tiraden zu vermuten, hatte Barzel keinen schlechten Einstieg in sein Amt als Innerdeutscher Minister seit dem Herbst 1982. Verschiedenes an recht abgewogenen Aussagen ließ hoffen auf ein Mindestmaß an Kontinuität zu der bisherigen Vertragspolitik mit der DDR; eine Politik, die ganz offensichtlich in der CDU und besonders der CSU umstritten ist. Ein Barzel im Amt muß die Realitäten mehr berücksichtigen, als ein Barzel der Feder; er ist so klug, zu wissen, daß, wenn einem die ganze Richtung nicht paßt, man nicht gleich zum Geisterfahrer und Sicherheitsrisiko werden muß. Verglichen mit anderen Positionen in den Unionsparteien, enthält auch das neue Barzel-Buch Hinweise, daß dieser Politiker innerhalb der Bandbreite seiner politischen Freunde durchaus gemäßigt ist. Eindringlich betont Barzel darin mehrfach, daß die NATO, vor allem, was die Beteiligung der Bundesrepublik betrifft, nichts mit der Sicherung von Ölquellen im Nahen Osten zu schaffen haben dürfe — eine Warnung, die, da auf durchsetzungsfähige Kräfte bezogen, frösteln macht. Barzels Geist weht eben, wohin er will — und manchmal auch in die richtige Richtung. (Zuweilen vermischt sich damit eine eigenartige Spaßigkeit — so, wenn Barzel, sozusagen in eigener Sache und aus dem Glashaas heraus, die hohlen Phrasen aus Bonn und den dort einflußreichen »Demoskopismus« attackiert.)

Wer sich um die politische Kultur dieses Landes sorgt, muß Barzels Buch ernüchtert aus der Hand legen: Die deutsche Rechte hat nicht viel dazugelernt, ihre Sündenbock-Ideen vergiften weiter den sozialen Frieden und ihr rot-schwarzes Weltbild hat für die Entspannung wenig Platz. Es ist nicht so wichtig, ob ein Dr. Barzel schreibt, wie er denkt oder, wofür mehr spricht, eher publiziersüchtig schreibt, wie Leute es gern lesen. Ob er seine Buchdeckel mit Stammtischweisheiten füllt, die er zum Teil oder ganz oder auch gar nicht selber vertritt, wenn er vor dem Spiegel steht. Beunruhigend ist, daß er offensichtlich erstarkende rechte Strömungen widerspiegelt und daß dies Elaborat wochenlang den achten Platz der »Spiegel«-Bestsellerliste (Abteilung Sachbücher) behauptete. — Die Friedensbewegung hat noch viel zu tun bei uns.

Hans-Dieter Bamberg

Gerhard Huck (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Peter Hammer Verlag, 2. Aufl., Wuppertal 1982 (352 Seiten, br., 18,80 DM)

Am Ende seiner Einleitung »Freizeit als Forschungsproblem« zitiert Gerhard Huck das bittere »Gedicht« eines amerikanischen Arbeiters: »Das Fünf-Minuten-Signal ertönt. / Es ist Zeit in die Werkstatt zu gehen. / Ich nehme meine Karte vom 'Abwesend'-Brett / und stecke sie in das 'Anwesend'-Brett. / Ich ziehe mich um und begeben mich an meinen Arbeitsplatz. / Das Signal zum Beginn ertönt. / Ich esse mein Mittagsbrot. / Es ist verboten, vorher zu essen. / Fünf Minuten vor Arbeitsbeginn ertönt die Sirene. / Ich kehre an die

Arbeit zurück. / Ich arbeite, bis das Signal zum Feierabend ertönt. / Ich lasse meinen Arbeitsplatz aufgeräumt und sauber zurück. / Ich muß nach Hause gehen.« Viel mehr als mancher theoretischer Diskurs kann eine derartig konzentriert vermittelte Alltagserfahrung aus dem Fabrikleben verdeutlichen, was »Arbeitszeit« bedeutet: die exakte Organisation entfremdeter, unter dem Gebot von Zeitnot stehender mechanisierter Arbeit. Der Zeittakt der Maschinen bestimmt den Tagesrhythmus; nichts bleibt mehr der Eigeninitiative, der Kreativität und Ingeniosität des Homo faber überlassen; der Arbeiter ist — um einen Begriff früherer Dezennien, für die solche Entindividualisierung noch »neu« war, aufzugreifen — »seelenloser Roboter«. Freizeit? Zum einen wird sie weitgehend von der Nachwirkung und Fortwirkung der täglichen Arbeitsmonotonie bestimmt; zum anderen ist sie besonders notwendig, um kompensatorisch die ausgelaugte »Psychosomatik« des Arbeiters einigermaßen wieder anzureichern, damit er erneut »fit« für die Arbeit wird. »Nicht Voreingenommenheit der Unkenntnis der Autoren ist es zuzuschreiben, daß in den Beiträgen des Bandes so wenig von Freiheit, Freude, Ausgelassenheit und glückvoller Freizeit die Rede ist und so viel von den dunklen Seiten einer historischen Entwicklung.«

»Wir wären gut — anstatt so roh / doch die Verhältnisse, die sind nicht so« — Bert Brechts Diktum gilt weiterhin, auch wenn die Repressionen sublimier geworden sind. So wie nämlich, analysierten Karl Marx und Friedrich Engels in der »Deutschen Ideologie«, die Arbeit verteilt zu werden anfängt, »... hat jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muß es bleiben,, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will« (MEW Bd. 3, S. 83). In der kommunistischen Gesellschaft dagegen könnten sich die Menschen in jedem beliebigen Tätigkeitsgebiet ausbilden; wenn die Gesellschaft die allgemeine Produktion regle, sei es für den Menschen möglich, »heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren... ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.« (ebd.) Mag dies auch eine irrealer Utopie sein, die zudem nicht genügend den sozialen Fortschritt, wie ihn gerade die Arbeitsteilung ermöglichte, berücksichtigt — als Vorzeichen der Idee nicht-entfremdeter Arbeit ist die Schilderung eines paradiesischen Zustandes wichtig: kann sie doch die Bemühungen um Humanisierung der Arbeitsverhältnisse anspornen.

Der Band, an dem 15 Autoren mitwirkten, zeigt ein weites Spektrum: Es reicht von den Spinnstuben auf dem Dorf (dem Feierabendbrauch in der ländlichen Gesellschaft der frühen Neuzeit) bis zu »Edelweißpiraten, Meuten, Swing«, den Jugendsubkulturen im Dritten Reich. Der Themenbogen spannt sich von der Arbeitszeit der Schüler über die Freizeitfunktion des Sportes und die Rolle des Wirtshauses bis zum kirchlichen Vereinswesen, zur Ideologie und Praxis der Volksbildung in der Weimarer Republik und zum Massentourismus im Dritten Reich. Die Fülle der Aspekte und die Qualität der konkreten Argumentation machen diese »Sozialgeschichte der Freiheit«, auch wenn sie keine eigentliche »Geschichte«, sondern ein Mosaik von Einzeluntersuchungen ist, zu einem wichtigen Band für all diejenigen, die um ein neues republikanisches Geschichtsverständnis bemüht sind. »Daß die Geschichtswissenschaft so wenig über Freizeit weiß, erklärt sich, wenigstens zum Teil, aus ihrer Fachgeschichte: aus ihrer langwährenden Beschränkung auf die Geschichte der großen Politik, des Staates und der Dynastien, auf Ideen — und Verfassungsgeschichte im nationalen Rahmen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die umstandlose Identifikation der Geschichtswissenschaft mit dem Aufbruch des deutschen Nationalstaats so gründlich in Frage gestellt worden war, konnte die Beschäftigung mit den ökonomischen

Wandlungsprozessen und den gesellschaftlichen Strukturen sich aus der Außenseiterposition befreien, die sie im Rahmen der historischen Wissenschaften lange innegehabt hatte.«

Hermann Glaser (Nürnberg)

Bell, Daniel: Die Zukunft der westlichen Welt. Kultur und Technologie im Widerstreit, Frankfurt/M. 1979 (348 S., br., 7,80 DM)

Daniel Bell, Professor für Sozialwissenschaften an der Harvard University, zugleich Vorsitzender der von der »American Academy of Arts and Sciences« gegründeten »Kommission für das Jahr 2000« wird zu jener Art neoliberaler Intellektuellen gezählt, die zu den geistigen Wegbereitern der Neuen Rechten der USA zählen. In seinem 1976 erschienenen Buch *The Cultural Contradictions of Capitalism*, dessen obiger deutscher Titel den Inhalt nur zum Teil adäquat wiedergibt, argumentiert er dagegen von einer Position aus, die Berührungspunkte mit konservativen Strömungen des Sozialliberalismus in der BRD und Westeuropa aufweist.

Bell geht von der These aus, daß angesichts einer sich verschärfenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Krise die westlichen Demokratien an einem Scheideweg angekommen sind. Den Beginn der Krise verlegt er in die Mitte des 19. Jahrhunderts, die Ursachen sieht er indessen bereits im entstehenden bürgerlichen Denken der Renaissance angelegt, in dem dort entwickelten Ideal des autonomen, selbstbestimmten und dadurch freien Menschen. In der Wirtschaft habe dies die Entfaltung des ungezügeltten Privatinteresses in der Figur des bürgerlichen Unternehmers, in der Kultur die Vorstellung des von allen Bindungen unabhängigen Künstlers, des sich selbst vergötzenden entfesselten Ich, kurz: des faustischen Menschen zur Folge gehabt, der in seinem Drang nach universaler Entwicklung und Befriedigung, ja nach Gottähnlichkeit, alle von Tradition und Erfahrung gesetzten Schranken eingerissen habe. Damit sei der Zerfall der religiösen Bindungen, die Säkularisierung und Profanierung des Heiligen und vor allem die Verdrängung der protestantischen Ethik und des puritanischen Charakters in den USA einhergegangen. Die protestantische Ethik aber sei das Sinnsystem gewesen, aus dem sich die Sozialstruktur der USA, das politische System und auch die Kultur legitimiert hätten. Dieser Klammer beraubt, begähnen Wirtschaft, politisches System und Kultur nach verschiedenen Wertorientierungen auseinanderzudriften, während gleichzeitig ein hemmungsloser Hedonismus von der Kultur aus die anderen Bereiche durchdringe und sich verbinde mit ständig wachsenden sozialen Ansprüchen, die aufgrund des dort verankerten Gleichheitsprinzips an die politische Ordnung herangetragen würden.

Für die Gegenwart sieht Bell den größten Widerspruch und die größte Quelle politischer Instabilität darin, daß Wirtschaftskrise, Kapitalknappheit, steuerliche Belastungen, Lohnkosten, Einschränkung durch staatliche Lenkung und Inflation den Spielraum der Wirtschaft einschränkten, während gleichzeitig die Leistungsbereitschaft nachlasse, die Verantwortlichkeit für das Gemeinwohl bei den Bürgern nicht mehr gegeben sei und der Staatshaushalt über seine Kapazität hinaus zum Tummelplatz konkurrierender Gruppenansprüche würde. Bisher sei versucht worden, dieses Problem durch die Aussicht auf wirtschaftliches Wachstum und die darin angelegte Möglichkeit des steigenden Lebensstandards zu lösen, indessen wüchsen gegenwärtig die Zweifel an den Chancen und negativen Folgen weiteren Wachstums, das so offensichtlich mit Schädigung der Ökologie und Inflation einhergehe. Durch den Zerfall der Kultur in Subkulturen der Gruppen und Klassen, die sich auf keine gemeinsamen Traditionen, Erfahrungen und Ziele mehr bezögen, existiere auch keine gemeinsame Sprache mehr, keine gemeinsame Sinn- und Symbolwelt, in der

die Krise in Richtung auf ihre gemeinschaftliche Überwindung diskutiert werden könnte. In der vordersten Reihe der Verantwortlichen für diesen kulturellen Niedergang sieht Bell die intellektuellen und künstlerischen Propagandisten des Modernismus als eines Ensembles zersetzender künstlerischer Strömungen. Es »findet sich eine zwanghafte Beschäftigung mit Homosexualität, Transvestismus, Sodomie und, am aufdringlichsten, mit öffentlich vorgeführtem oralgenitalem Verkehr« in Literatur und Film. (150)

Der beschworenen Apokalypse stellt Bell eine Reihe von Vorschlägen zur Überwindung der Krise gegenüber, während er zugleich, nach links gewandt, Gedanken an eine sozialistische Alternative entmutigt. Das wesentliche Faktum heute sei der Tod der sozialistischen Ideen; die sich sozialistisch nennenden Gesellschaften seien staatskapitalistisch, in dessen auf Zwang gebaut und daher in ihrer internen Funktionsfähigkeit wegen des fehlenden Liberalismus dem Westen unterlegen, während sie zugleich wesentliche Probleme mit diesem teilten. Indessen gilt es auch noch vor anderen Katastrophen zu warnen, falls die gesellschaftliche Erneuerung nicht gelingt. »Im letzten Viertel dieses Jahrhunderts könnten der Zerfall der liberalen Demokratie, vor allem in Europa, und die Hinwendung zu politischen Extremen durchaus die einschneidendsten Tatbestände darstellen.« (287)

Doch wo Gefahr droht, zeigt auch das Rettende sich. Die Rettung erblickt Bell in der Konzeption eines »öffentlichen Haushaltes«, der als am Gemeinwohl orientiertes staatliches Budget die privaten Haushalte und den Markt übergreift und beeinflusst. Dem »öffentlichen Haushalt« kommen die entscheidenden Aufgaben zu, er repräsentiert ein neues integrierendes Sinn- und Wertsystem, die öffentliche Moral. Seine politische Kernidee ist ein reformulierter Liberalismus, der, von der historischen Hypothek des zügellosen Wirtschaftsliberalismus des Laissez-Faire befreit, in Einklang gebracht werden müsse mit der staatlichen Steuerungsaktivität in allen Bereichen und zugleich den Schutz des Individuums vor Zwang und die Gratifikation von Leistungen und Verdiensten gewährleiste. Kernpunkt bei all dem ist die Einschränkung der privaten Konsumtion zugunsten der Förderung öffentlicher Ausgaben und zugunsten der Behebung der Kapitalknappheit der amerikanischen Industrie. Darum kreist alles. Die neue Moral soll den Hedonismus und die Disziplinlosigkeit bekämpfen, asketischere Lebensführung propagieren, das Leistungsprinzip stärken, das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Opfern, ja sogar des Opfers der eigenen Interessen zugunsten des Gemeinwohls zu wecken. Die »Verteilungsgerechtigkeit« des »öffentlichen Haushaltes« basiert nicht auf den privaten Wünschen, die Bell per definitionem als schrankenlos und damit nicht zufriedenzustellend ansieht, sondern auf anerkannten öffentlichen Bedürfnissen, die in jedem Falle hinter den Wünschen zurückbleiben. Nicht mehr unbegrenzte »faustische« Entwicklung, sondern Rückkehr zur Mäßigung und Bescheidenheit. Mit dem Entwurf des »öffentlichen Haushaltes« habe die »Neuorganisation der Regierungs- und Verwaltungsstruktur der Gesellschaft, der Aufbau einer den Anforderungen nationaler Gesellschaften angemessenen Politik für die Bereiche Gesundheit, Ausbildung und Wohlfahrt, ... die Entwicklung einer umfassenden Wissenschafts- und Forschungspolitik« einherzugehen. (236) Darüber hinaus sei eine neue Religiosität wünschenswert, die den transzendentalen Rahmen zur Absicherung der neuen moralischen Prinzipien bereitstellen könnte, gegenüber dem Göttlichen und Sakralen die menschlichen Grenzen und Beschränkungen hervorhebe.

Bells Konzeption eines restaurativ ausgerichteten Sozial- und Rechtsstaats enthält für die USA, wo der Ausbau des Sozialstaats im Grunde erst in den 60er Jahren in Angriff genommen wurde, zweifellos einige Anstöße, in dieser Richtung weiter zu gehen. Sie stimmt von daher auch nicht mit der Sozialpolitik der Regierung Reagan in Programmatik und

Praxis überein. Wie weit aber trägt dieses Konzept in der gegenwärtigen Krise, über deren Ursachen man mit Bell wohl streiten könnte, nicht jedoch über deren Umfang und Tendenzen? Wie seriös sind die Überlegungen, die beanspruchen, die Grundlagen für eine neue Legitimation des kapitalistischen Systems zu legen? Man wird die Ernsthaftigkeit, mit der nach einem integrierenden Konsens gesucht wird, daran messen müssen, wie die drängendsten Probleme und Widersprüche behandelt werden.

Zunächst — der Kapitalismus wird nicht in Frage gestellt, die Krise ist zwar auch eine ökonomische, aber ihre Ursachen sind letztlich geistig-kultureller Art: Individualismus, Modernismus, Hedonismus. Auch die Rettung ist primär eine moralische, aus der alles Weitere erfolgt. Die Eigentumsverhältnisse geraten nicht einmal in den Blick. Die Ungleichheiten, die aus der Klassenstruktur resultieren, das Faktum von Klassenherrschaft und Ausbeutung wird mit Hinweis auf sozialstaatliche Ausgleiche hinweggezaubert. Arbeitslosigkeit und Inflation werden erwähnt, es findet sich indessen kein Gedanke für ihrer Beseitigung. Die Probleme, die aus der Existenz multinationaler Konzerne, aus der zunehmenden Verflechtung der nationalen Wirtschaften zu einer Weltwirtschaft in bezug auf Absatzmärkte, Ressourcen und der imperialen Rolle der USA entstehen, werden kurz angedeutet, ohne daß ein Weg zur Lösung skizziert würde. Dem Nord-Südkonflikt kommt keine Bedeutung zu, die weltweite aggressive Strategie gegen den sozialistischen Block wird zur Marginalie heruntergespielt, die Auswirkung der Rüstungslasten auf die Ökonomie geht im Schweigen unter. Aber auch dort, wo Probleme und Widersprüche thematisiert werden, ersetzen Beschreibung von Symptomen, Bestandsaufnahme von Oberflächenphänomenen die Analyse der Strukturen. Statt die Frage der Legitimation und der Sinnkrise des Systems von den zentralen Konfliktfronten her zu stellen, wird sie reduziert auf geistesgeschichtliche Klitterungen bürgerlicher Denktraditionen, wie denn auch die »philosophische« Begründung des »öffentlichen Haushalts« nichts ist als pragmatisches Zusammenflicken von Versatzstücken aus der Konkursmasse, die noch nicht völlig diskreditiert zu sein scheinen. Nicht um Legitimation geht es, sondern um den Aufbau einer Legitimationsfassade.

Rüdiger Hillgärtner (Oldenburg)

Über die Autoren

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen im Fachbereich Arbeitslehre/Politik, Mitglied der SPD und GEW. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen des »Dritten Weges« und zu Italien.

Baab, Patrick, geb. 1959; Student der Germanistik und der Politischen Wissenschaften in Mannheim. Arbeitsgebiete: Literaturtheorie, marxistische Philosophie, Ideengeschichte der sozialen Bewegungen, Geschichte der Arbeiterbewegung, DDR, Politische Kultur. Mitglied der SPD.

Bamberg, Hans-Dieter, geb. 1942; Dipl. Pol., Zweiter Bildungsweg, Veröffentlichungen zu Rechtsradikalismus und Konservatismus sowie zum Verhältnis zwischen Hochschule und Gewerkschaften. Mitglied der SPD und der HBV.

Beling, Günther, geb. 1957; Studium der Polit. Wiss. an der Universität Hamburg. Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger Jungsozialisten, Mitglied der ÖTV, der Falken und der Arbeiterwohlfahrt.

Butterwege, Christoph, geb. 1951; Dr. rer. pol., Lehrbeauftragter für Soziologie an der Hochschule Bremen; wichtigste Veröffentlichung: SPD und Staat heute (1979), 1974/75 Ausschluß aus der SPD, bis Dezember 1982 Mitglied des DS-Bundeskoordinationsausschusses, Mitglied der GEW.

Ernst-Pörksen, Michael, geb. 1951; Dipl.-Volkswirt, Mitglied der ÖTV.

Frei, Alfred Georg, geb. 1954; Staatsex. in Geschichte und Politikwiss. Veröffentlichung: Antonio Gramsci — Theoretiker des demokratischen Übergangs zum Sozialismus (1978), Mitglied in ÖTV und SPD.

Fricke, Ruth, geb. 1948; Zweiter Bildungsweg, Studium der Wirtsch.-Wissenschaften und Geschichte, Studienreferendarin im berufsbildenden Schulwesen. Seit 1968 Mitglied der SPD.

Glaser, Hermann, geb. 1928; Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg; Arbeitsgebiet: Kulturpolitik der SPD und Kulturtheorie. Mitglied der SPD, der Kulturpolitischen Gesellschaft und Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages.

Gröning, Katharina, geb. 1957; Erzieherin, Studium der Psychologie und Soziologie, Mitglied der GEW, der SPD und des SHB.

Günther, Ilse, geb. 1948; Studium der Wirtsch.-Wiss. an der FU Berlin, Mitglied der SPÖ, SPD, IG Druck und Papier, Falken, Mitglied im Juso-Kreisvorstand Berlin-Kreuzberg und der spw-Frauenkommission.

Häupl, Michael, geb. 1949; Biologe. Veröffentlichungen zu Ökologie, Austromarxismus und marxistischer Philosophie. Landesvorsitzender der Jungen Generation (JG) in der SPÖ Wien und Mitglied des JG-Bundesvorstands.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Studium der Geschichte und Politik an der Freien Universität Berlin, Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten, der GEW und der spw-Redaktion.

Helf, Klaus, Dozent bei der FHS, Mitglied der SPD.

Hillgärtner, Rüdiger, Prof.Dr.phil., geb. 1941; Prof. an der Universität Oldenburg. Veröffentlichungen: *Bürgerlicher Individualismus und revolutionäre Moral. Percy Bysshe Shelley* (1974); Aufsätze. Arbeitsgebiete: Britische und amerikanische Literatur; Literatur- und Kulturtheorie. Mitglied in GEW und BdWi.

Jansen, Mechthild, geb. 1952; Vorsitzende des SHB von 1975-1978, Ausschluß aus der SPD 1978, Mitglied der GEW sowie des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«. Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes in der Bundesrepublik.

Klöckner, Bärbel, geb. 1955; Sozialarbeiterin, Mitglied in SPD, ÖTV und im Vorstand der Bielefelder Friedensinitiative.

Kowalski, Wolfgang, geb. 1956; Dipl.-Soz., Doktorand (Thema: Verhältnis des Parti Socialiste zum französischen Arbeitgeberverband und dessen ideologische Strategie), diverse Veröffentlichungen zur französischen Zeitgeschichte, Mitglied der HBV.

Lüker, Gabriele, geb. 1954, Fernmeldeobersekretärin, Funktionärin der DPG, Vorsitzende des Ortsfrauenausschusses des Fernmeldeamtes I Bielefeld.

Neumann, Ulrike, geb. 1945; Studium der Rechtswiss. und Pol. an der FU Berlin, Zweiter Bildungsweg, Mitglied der ÖTV, Falken, Juso-HSG, AWO und der SPD. Stellvertr. Ortsvereinsvorsitzende der SPD in Berlin Steglitz, Mitglied der *spw*-Frauenkommission.

Pelinka, Peter, geb. 1951; Redakteur der »Arbeiter-Zeitung« (AZ), Wien. Veröffentlichungen zum Austromarxismus und zur Geschichte der Sozialistischen Jugend. Mitglied in SJÖ und SPÖ.

Rodejohann, Jo, geb. 1947; Dipl.-Pol., Friedensforscher und freier Publizist; Veröffentlichungen zur Rüstungs- und Abrüstungspolitik.

Roth, Karin, geb. 1949; IG-Metall-Sekretärin, Mitglied der SPD.

Schmit, Lydie, geb. 1939 in Luxemburg; Dr.phil., seit 1980 Präsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale.

Scholz, Dieter, geb. 1947, Dipl.-Pol., Doktorand, Mitglied der SPD, der HBV, der AWO, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Scholz, Olaf, geb. 1958; Jurist, stellvertr. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied der ÖTV.

Statz, Albert, geb. 1946; Dr.phil., Hochschulassistent am Institut für Internationale Politik und Regionalstudien am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin. Veröffentlichungen zur Theorie und Geschichte der westeuropäischen Integration und zur Linksunion in Frankreich. Mitglied der Alternativen Liste Berlin, der ÖTV und des BdWi.

Staudhammer, Rainer, geb. 1954; wiss. Mitarbeiter am FB Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt/M. Arbeitsgebiete: Staats- und Parteientheorie.

Thoenßen, Otto, geb. 1949, Dipl.rer.soc., Doktorand (Thema: Demokratietheorie), stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender, Mitglied in SPD, ÖTV

Tiltmann, Martina, geb. 1953, Dipl.-Soz., wiss. Angestellte im Forschungsprojekt »Umschulung von Frauen in gewerblich-technische Berufe«, Mitglied in SPD, HBV, ASF-Bezirksvorstand OWL.

Wenzel, Anne, geb. 1951, Dipl.-Psych. wiss. Mitarbeiterin am Psychologischen Institut der FU Berlin, Mitglied der ÖTV und der Sozialistischen Studiengruppen (SOST)

Zmuda-Schamper, Erna, Bundesfrauensekretärin der HBV, Mitglied der SPD.

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65



Aktualisierung Marx'

Kritische Neuinterpretation von Marx vom Standpunkt der heutigen Probleme. Albers, Altvater, Volker Braun, Deppe, Frigga Haug, W.F. Haug, Hirsch, Holzkamp, Tjaden u.a.

Argument-Sonderband AS 100
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Forum Kritische Psychologie FKP 11

Kontroverse um Ideologie und Erziehung.

Osterkamp, W.F. Haug, Holzkamp, Jantzen u.a.

Argument-Sonderband AS 93
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



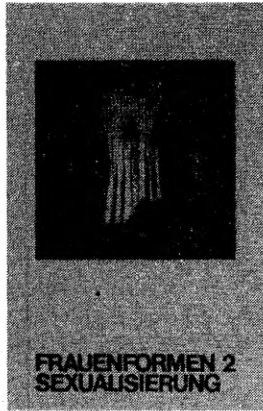
Frauen und Kultur

Kultureller Marxismus, weibliche Identitätsbildung
'unbeachtete Produktionen'

Beiträge v. Jula Dech, Emily Hicks u.a.
Cerutti über Marx

Ausländerfeindlichkeit

DM 12,-/f. Stud. 9,- (Abo: 9,80/7,50)



FRAUENFORMEN 2 **Sexualisierung der Körper**

Argument-Sonderband AS 90
204 Seiten, 16,80 DM (f. Stud. 13,80)

Sexualisierung der Körper! Das soll meinen, daß es eine lange Geschichte ist, bis wir unsere Körper nur noch schamhaft, unter niedergeschlagenen Augen verstohlen wahrnehmen oder jeder nackte Körper, Gegenstand von Pornographie wird, jede Bewegung zur sexuellen Technik, die geübt werden muß. In diesem Band geht es um die alltägliche Geschichte, in der die weiblichen Körper in die herrschende Ordnung sich einfügen, um die Konstituierung des Geschlechtswesens Frau.

Erinnerungsarbeit

Haare, Körper, Beine, Sklavinnen

Kunstturnen

Sexualität und Macht und Kirche

feministische Sichtweisen

Marxismus und Sexualität

Frauenredaktion im Argument-Verlag

**Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6,
1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061**

antimilitarismus information

Die **antimilitarismus information** ist ein monatlicher Informationsdienst für alle, die sich gegen militaristische Strukturen und für eine friedliche Gesellschaft engagieren. Sie erscheint seit 1971. Die Hauptarbeit der unbezahlten Mitarbeiter besteht in der ständigen Auswertung von über 40 Zeitungen, Fach- und anderen Zeitschriften.

Die **ami** ist untergliedert in vier verschiedenfarbige Teile und berichtet laufend über:

- **Aktuelle militärpolitische Entwicklungen**

in den Bereichen: KDV, Zivildienst, Bundeswehr, Militärbündnisse, Rüstungskosten, Waffentechnik und Kriegsforschung, Waffenhandel, Rüstung und Wirtschaft, ideologische Militarisierung, Kriege und Abrüstung ...

- **Neue juristische Entwicklungen**

im Bereich des KDV-, Zivildienst-, Soldaten- und Aktionsrechts.

- **Theorieresultate**

aus der Diskussion über Militarismus, Sicherheitspolitik und Kommentare zu aktuellen Problemen sowie Literatur zum Thema.

- **Aktionen der Friedensbewegung**

wie etwa Straßenaktionen, Friedenswochen, gewaltfreie Aktionen, Seminare, Antikriegsspielzeugaktionen, Ausstellungen etc.

Themenhefte: Drei Hefte im Jahr sind Themenhefte mit doppeltem Umfang (ca. 60 S.), in denen eine spezielle Fragestellung ausführlicher behandelt wird.

Folgende Hefte sind noch erhältlich: Daten und Fakten (3. Auflage) + Alternative Sicherheitskonzepte (3. Auflage) + Militärherrschaft in der 3. Welt (2. Auflage) + Atomwaffenrisiken + Rüstung und Wirtschaft + NATO, Geschichte, Strategie, Politik.

Ein antimilitaristisches Handbuch

Die **ami** ist so gemacht, daß sie in einem gewöhnlichen DIN-A-5-Ordner nach Farben und Rubriken getrennt gesammelt werden kann. So entsteht Heft um Heft mit jedem Jahrgang ein antimilitaristisches Handbuch, in dem man alle Daten, Fakten und Vorgänge leicht wiederfindet.

Das Abonnement der **ami** kostet 26,25 DM pro Jahr (incl. Porto), ein Einzelheft 1,75 DM, ein Themenheft 3,50 DM (+ Porto). Wer mindestens 10 Exemplare bestellt, bekommt 30% Rabatt. Alle Preise incl. gesetzlicher Mehrwertsteuer.

Kostenloses Probe-Exemplar, Themenhefte und Abonnement:

Vertrieb **ami**, Deidesheimer Str. 3, D-1000 Berlin 33 (Postkarte genügt!)

über die
"vergessenen"
Millionen "einfacher"
Nationalsozialisten



256 S. 24,- DM

Lothar Steinbach: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich

Gespräche mit „gewöhnlichen“ Nationalsozialisten

neue Analyse
eines alten
Begriffs:
Was ist Klasse?



208 S. 16,80 DM

Jürgen Kocka: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875

Kocka: „Es muß möglich sein, von der analytischen Kraft des Klassenbegriffs zu profitieren, ohne in die Fallen zu stolpern, die er bereithält.“

gegen das Packeis
zwischen den
Generationen



144 S. 16,- DM

Walter Hollstein: Die gespaltene Generation. Jugendliche zwischen Aufbruch und Anpassung

Analyse und Geschichte des Jugendprotests: von Beats und Provos bis zur Alternativbewegung, von den Halbstarken bis zu den Rockern und Neonazis.

für das
Selbstbestimmungs-
recht der
Palästinenser



174 S. 24,- DM

Raja Shehadeh: Aufzeichnungen aus einem Ghetto. Leben unter israelischer Besatzung

Shehadeh, Anwalt auf der besetzten Westbank: „Die Welt wird nicht hinschauen, wenn man mein Volk langsam stranguliert“. Doch gerade dies will er mit diesem Buch verhindern.